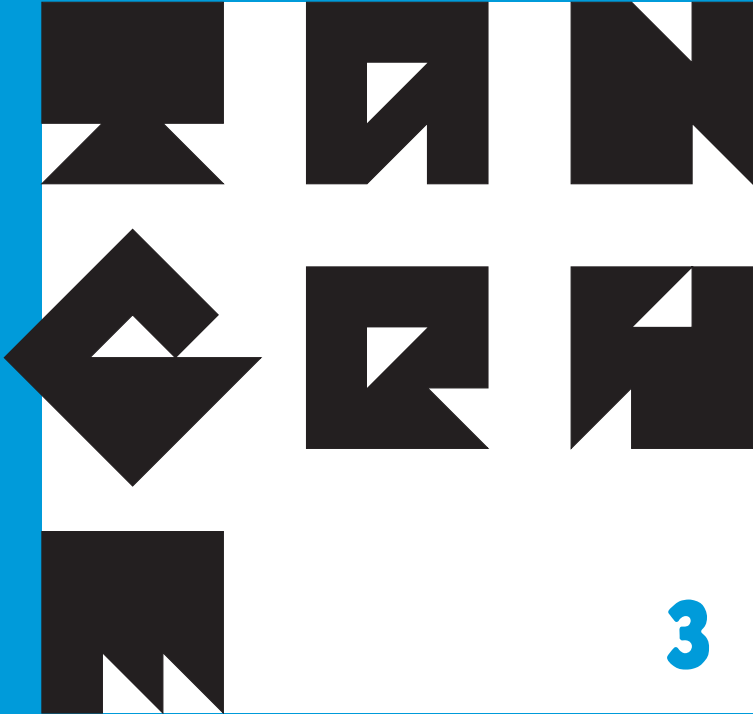




INHALTSVERZEICHNIS

TABLE DES MATIÈRES

Editorial

Georg Kreis	Die dritte Kategorie oder: Wie lustig ist das Zigeunerleben?	3
	La troisième catégorie, ou: Joyeuse, la vie de bohème?	6

Thema

Zigeuner/Tsiganes/Zingari

Doris Angst Yilmaz	Médiateur avec l'aide de Dieu; Interview avec May Bittel	9
Doris Angst Yilmaz	Im Einsatz für die Bürgerrechte; Interview mit Robert Huber	12
Christine Hofmann	Die Bundesverwaltung und die Fahrenden; die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende»	14
Maïté Michon	Minorité: un concept commode, mais ambigu	17
Alex Pedrazzini	I cani abbaiano, la carovana passa – Esperienze ticinesi di convivenza con i nomadi – Dalla dissuasione al reciproco rispetto	22
Sergius Golowin	Vom «Anti-Nomadismus» zur lebendigen Zusammenarbeit – Erwartungen und Hoffnungen einer Minderheit	27
Maria Roselli	Portrait einer Jenischen – «Ich bin eine Einzelgängerin geworden»	30
Annemarie		
Sancar-Flückiger	Buech – ein definitiver Standplatz für die Berner Fahrenden	33
Jean-Pierre Liégeois	Les organisations internationales et les Tsiganes	37
Claude Cahn	Roma: Die verwundbarste Minderheit. Zur Situation der Roma in Zentraleuropa	43
Stéphane Laederich	Die Musik der Roma	46

Interna

Campagne de sensibilisation de la CFR		
Sensibilisierungskampagne der EKR		
Campagna di sensibilizzazione della CFR		53
Stichworte zu Rassismus – Eine Diskussionsgrundlage		58
Mots clés sur le racisme – Une base de discussion		59
Liste der Mitglieder der EKR – Liste des membres de la CFR – Lista dei membri della CFR		61

Media

Pressespiegel		62
Revue de presse		67

Stéphane Laederich	Quelques propositions bibliographiques sur les Rom	73
--------------------	--	----

Bücher/Livres

Marielle Danbakli	Textes des institutions internationales concernant les Tsiganes/On Gypsies: Texts issued by International Institutions	74
Marie Ruth Krízková,		
Kurt Jirí Kotouc,	Ist meine Heimat der Ghettowall?	
Zdenek Ornest	Gedichte, Prosa und Zeichnungen der Kinder von Theresienstadt	74
Anja Tuckermann	Muscha	75
Jerzy Ficowski	Die Schwester der Vögel. Märchen der polnischen Roma	76
Howard Cruse	Am Rande des Himmels	76



Forum

Untersuchungsbericht zur Situation der Roma in Bosnien	78
Die Radgenossenschaft der Landstrasse	79
Genossenschaft fahrendes Zigeunerkulturzentrum	80
Opre	80
European Roma Rights Center (ERRC)	81
La Collection Interface	82
Einige Homepages zu Zigeuner-Fragen auf dem Internet	84
Ein Projekt der DEZA für Roma-Kinder in der Ostslowakei	84
Rassismus, Xenophobie und die «Fremden» – Ein Forschungsverbund	85
Violence raciste en Suisse romande – Un projet dans le cadre du Fonds national	86
Medienpaket Rassismus – Ein neues Lehrmittel für die Sekundarstufe II	87
Formen rassistischer Diskriminierung im Alltag – Lizentiatsarbeit an der Universität Freiburg	88
Migration und ihre Auswirkungen auf die Schweiz – Weiterbildungsreihe an der Universität Bern	88
Seminar für Intra- und Interkulturelle Studien (SIIS)	89
Rassismus und Versöhnung? Zweite europäische ökumenische Versammlung	89



Schlusspunkt

Mariella Mehr	Nachrichten aus dem Exil	90
---------------	--------------------------	----



Kalender/Calendrier

91



In der nächsten Nummer/Dans le prochain numéro/Nel prossimo numero

95



Die dritte Kategorie oder: Wie lustig ist das Zigeunerleben?

GEORG KREIS

Die Schweiz, so kann man zuweilen hören, bestehe eigentlich nur aus Minderheiten. Und darum gebe es auch, formell wie informell, einen Minderheitenschutz. Die schweizerische Minderheitenvorstellung orientiert sich an den klassischen Kriterien erstens der Sprache und zweitens der Konfession. Vielleicht schwingt auch etwas föderalistischer Respekt vor kleineren Kantonen und Gemeinden mit. Daneben gibt es aber wegen der Immigration in wachsendem Masse neue Minderheiten, wiederum sprachliche, aber auch religiöse Minderheiten. Sie bilden vielleicht Konzentrationen in bestimmten Stadtquartieren, sie haben aber keine Territorien, keine Talschaften und werden nicht automatisch mitgedacht, wenn davon die Rede ist, dass die Schweiz ein Vorbild im friedlichen Koexistieren von verschiedenen Kulturen sei.

Nun gibt es noch eine dritte Minderheitenkategorie: die Zigeuner. Sie ist so alt wie die Gruppe der klassischen Minderheiten, und sie hat, weil sie über keine Territorien, keine Kantone verfügt, den prekären Status der neuen Minderheiten. Sie hat aber die zusätzliche Schwierigkeit, dass sie unter sich wiederum in verschiedene Gruppen – wiederum Minderheiten – gegliedert ist und darum gegen aussen kaum effizient als Lobby auftreten kann.

Es gibt schweizerische und nichtschweizerische Zigeuner. Die schweizerischen Zigeuner wollen nicht automatisch mit den nichtschweizerischen identifiziert werden und sich dennoch mit diesen identifizieren können. Die grösste Gruppe in der Schweiz sind die Jenischen, die im Volk der Zigeuner vielleicht wiederum die kleinste Gruppe sind.

Jenische? Wer sie sind, wird im Beitrag von Maité Michon ausgeführt. Ohne im Namen eine erklärende Sachbezeichnung suchen zu wollen, könnte man sich aber auch mit der Auffassung zufriedengeben, dass Jenische eben Jenische sind, das heisst: der Name für eine nicht weiter erklärbare Eigenbezeichnung steht. Wichtig ist, dass sie, wie die Zigeuner insgesamt, den Status einer Ethnie haben und dem Schutz vor rassistischer Diskriminierung unterstellt sind. Es ist unwichtig, dass die meisten von ihnen wie die meisten Zigeuner insgesamt sich selber stärker als Volk begreifen, als vor allem gutmeinende Aussenstehende dies zuweilen verstehen können.

Zigeuner? Der Begriff stand bis vor kurzem auf der Liste der unkorrekten Ausdrucksweise. Und er wird selbstverständlich noch immer auch im Sinne

eines Schimpfwortes eingesetzt. Wer sich einer nichtdiffamierenden Sprache befleißigen wollte, sprach lieber von Fahrenden. Nun ist es aber so, dass nur ein kleiner Bruchteil auch der Jenischen das Leben von Fahrenden führen, abgesehen davon, dass die sogenannten Fahrenden während des Winters durchaus sesshaft sind und immer wieder an den gleichen Ort zurückkehren. Man könnte in der Fixierung auf das Nomadisierende ebenfalls eine die Würde tangierende Etikettierung erblicken. In Gesprächen mit den direkt Betroffenen hat sich die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) sagen lassen, dass man die Bezeichnung Zigeuner vorziehe.

Die fahrenden Zigeuner sind darauf angewiesen, dass die Mehrheit der Nichtzigeuner mehr Verständnis für sie aufbringt. Verständnis für die ursprüngliche, für die echtere Variante dessen, was in komprimierter Form bei den meisten weiterlebt zum Beispiel in Form des sommerlichen Reisetriebs, aber auch in der Faszination für Buden- und Jahrmarktzauber. Das hier vorliegende TANGRAM-Heft will etwas zur Mehrung des Verständnisses für die Welt der Zigeuner beitragen.

Die Schweiz, so kann man zuweilen hören, bestehe eigentlich nur aus Minderheiten.

Ein Mehr an Verständnis genügt freilich nicht, wenn es nicht mit Taten eingelöst wird. Mit Taten, die zum einen – in der Minimalvariante – darin bestehen, dass man nicht mit Verachtung und Aggression reagiert, wenn man der Welt der Zigeuner begegnet. Mit Taten, die – in der konstruktiven Variante – die Ordnung der Mehrheit aber auch so gestaltet, dass sie eine Weiterführung der älteren Lebensform der Minderheit der Fahrenden mit möglichst wenigen Reibereien gestattet.

Die EKR hat sich in ihrer letzten Klausurtagung mit den Problemen der Fahrenden bzw. der Zigeuner befasst und dabei drei Kernprobleme identifiziert: 1. die Arbeitsbewilligungen, 2. die Durchgangsplätze und 3. den Schulunterricht.

Hinzu kommt, sozusagen als Hintergrundproblem, die rassistische Klischeevorstellung der Mehrheit, Zigeuner seien minderwertige und kriminelle Menschen. Bezeichnenderweise ist diese negative Grundhaltung ohne weiteres kombinierbar mit der positiven Würdigung der Zigeunermusik, der Zigeunerplätzli u. a. m.

Durchgangsplätze: Es ist irgendwie verständlich, dass man auf den bestehenden Campingplätzen den beiden Seiten keine Kohabitation zumuten will – den Neo-

nomaden in Badehosen mit Transistorlärm und den traditionellen Nomaden in ihren zuweilen altmodischen Kitteln und Hüten und ihrem zumeist ernsten Lebensstil. Um so angezeigt wäre es, wenn neben den zahlreichen Touristen-Durchgangsplätzen auch ein paar Zigeuner-Durchgangsplätze mehr zur Verfügung stünden.

Kinder/Schule: Fahrende spüren bei vielen Lehrerinnen und Lehrern grosse Flexibilität und die Bereitschaft, den Abwesenheiten der Kinder während der Sommerzeit Rechnung zu tragen. Eine grössere Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass die Kinder (aus gutgemeintem Jugendschutz) ihre Eltern nicht zur Arbeit begleiten dürfen. Den Kindern fehlt so die Aufsicht und entgeht die Möglichkeit, in die Erwerbstätigkeit der Eltern hineinzuwachsen.

Arbeitswelt: Die Schweiz will mit dem sogenannten Binnenmarktgesetz endlich den einheitlichen Wirtschaftsraum vollenden, der mit der Schaffung des Bundesstaates 1848 eine erste Grundlage erhalten hat. Während man aber den etablierten Firmen nun das Recht gibt, überall unternehmerisch tätig zu sein, und für Anwälte, Skilehrer u. a. die berufliche Freizügigkeit einführt, werden die Fahrenden weiterhin mit kantonalen und kommunalen Vorschriften in ihrer Berufsausübung eingeschränkt.

Manche der schikanös anmutenden Einschränkungen richten sich nicht absicht-

lich und gezielt gegen die Fahrenden. Sie ergeben sich vielmehr aus der Tatsache, dass die Bestimmungen aus der Perspektive der sesshaften Mehrheit formuliert worden sind. Die geltenden Vorschriften sollten dahingehend überprüft werden, ob nicht mit wenigen Änderungen wesentliche Verbesserungen im Leben der fahrenden Minderheit erzielt werden können. Die eben geschaffene Stiftung «Zukunft der Schweizer Fahrenden» könnte sich zusammen mit anderen Stellen (dem BIGA, den kantonalen Arbeitsämtern, der EKR) dieser Aufgabe annehmen.



La troisième catégorie, ou: Joyeuse, la vie de bohème?

GEORG KREIS

La Suisse, dit-on, ne se compose que de minorités, bénéficiaires d'une protection à la fois formelle et informelle. La représentation que se font les Suisses des minorités s'inspire du modèle classique fondé sur la langue et la confession, et elle est par ailleurs teintée chez nous d'un soupçon de respect fédéraliste pour les petits cantons et les petites communes.

Mais parallèlement à ces minorités classiques existent en Suisse, dans une mesure croissante, de nouvelles minorités, linguistiques et religieuses elles aussi, qui résultent de l'immigration. Ces «nouvelles minorités» se concentrent parfois sur certains quartiers urbains, mais elles ne disposent pas de territoire – de vallée par exemple – et ce n'est pas nécessairement par référence à elles que retentit le discours sur la «Suisse modèle de coexistence pacifique de différentes cultures».

Et il existe encore en Suisse une troisième catégorie de minorités: celle des Tsiganes. Aussi ancienne que le groupe des minorités classiques, mais faute de territoire ou de canton qui lui seraient propres, elle ne possède que le statut précaire des nouvelles minorités. Elle se heurte par ailleurs aux difficultés supplémentaires inhérentes à sa structure en plusieurs groupes – des minorités là encore – de sorte qu'elle ne parvient guère à s'imposer efficace-

ment à l'extérieur en tant que groupe de pression.

Il existe des Tsiganes suisses et des Tsiganes étrangers. Les Tsiganes suisses ne veulent pas être assimilés automatiquement aux étrangers, mais tiennent tout de même à pouvoir s'identifier à eux. Le plus grand groupe de Tsiganes vivant en Suisse sont des Yenish, alors que les Yenish constituent le plus petit groupe au sein du peuple tsigane.

Les Yenish? Qui sont-ils? On le saura en lisant l'article de Maïté Michon. Sans vouloir approfondir l'étymologie du nom, il nous suffit de savoir que les Yenish se reconnaissent eux-mêmes sous cette désignation. Ils constituent une ethnie et jouissent de la protection légale contre la discrimination. La plupart d'entre eux ressentent des attaches beaucoup plus fortes avec le peuple tsigane auquel ils appartiennent que les personnes de l'extérieur, aussi bien intentionnées soient-elles, ne peuvent l'imaginer.

Tsigane? Il n'y a pas longtemps encore, cette désignation figurait sur la liste des expressions bannies du vocabulaire. Il est vrai que certains y voient encore une injure et l'utilisent comme telle. On préférerait donc parler des Gens du voyage. Pourtant, une faible partie seulement des

Tsiganes mène encore une vie itinérante pendant la belle saison. Et cette partie «itinérante» ou «nomade» de la population tsigane retourne toujours à la même place et demeure sédentaire en hiver. Insister de manière trop pénétrante sur le caractère nomadisant de sa vie peut aussi être ressenti comme une atteinte à sa dignité. La Commission fédérale contre le racisme (CFR) a retiré de différents entretiens l'impression que les intéressés directs donnaient finalement la préférence au nom de Tsiganes.

Les Tsiganes itinérants ont besoin que la majorité non-tsigane fasse montre de plus de compréhension à leur endroit. Compréhension pour cette formule d'existence ancestrale et plus authentique, qui vit encore faiblement en chacun de nous et ressort par exemple sous forme d'envie de voyager en été, mais aussi dans la fascination qu'exerce sur nous la magie des foires et des baraques foraines. Le numéro de TANGRAM que vous avez sous les yeux veut contribuer à améliorer la compréhension pour le monde des Tsiganes.

Mais plus de compréhension, ce n'est pas suffisant s'il n'en résulte aucune action concrète. Des actions qui consistent –

dans la variante minimale – à ne pas réagir avec mépris et agressivité lorsqu'on entre en contact un jour ou l'autre avec le monde tsigane; dans la variante constructive, à aménager la réalité de la majorité de telle manière qu'elle ne fasse pas obstacle à la poursuite d'une des formes de vie les plus ancestrales de notre pays, celle de la minorité des Tsiganes itinérants, et que cette existence particulière puisse se dérouler sans heurts.

La CFR s'est penchée lors de son dernier séminaire à huis clos sur les problèmes des Tsiganes itinérants, et des Tsiganes en général, et a identifié trois problèmes principaux:

1. L'obtention de permis de travail (patentes); 2. Les places de stationnement et de passage;
3. L'enseignement scolaire. S'ajoute à cela, pour ainsi dire comme problème de fond, le cliché raciste de la majorité selon lequel les Tsiganes seraient des gens de moindre valeur et criminels. Ce qui n'empêche pas les détracteurs d'apprécier la musique tsigane et tout ce qui a trait à leur folklore!

Places de passage: On comprend d'une certaine manière que ni les amateurs de camping ni les Tsiganes ne souhaitent vraiment partager les mêmes terrains – les uns en costume de bain, dans le bruit des

**La
Suisse,
dit-on, ne se com-
pose que de
minorité-
tés.**

transistors qu'ils affectionnent, les autres en vêtements d'autrefois, dans la gravité de leur style de vie traditionnel. Il serait donc d'autant plus indiqué d'aménager pour les Tsiganes un certain nombre de places de passage supplémentaires indépendantes des terrains de camping.

Enseignement scolaire:

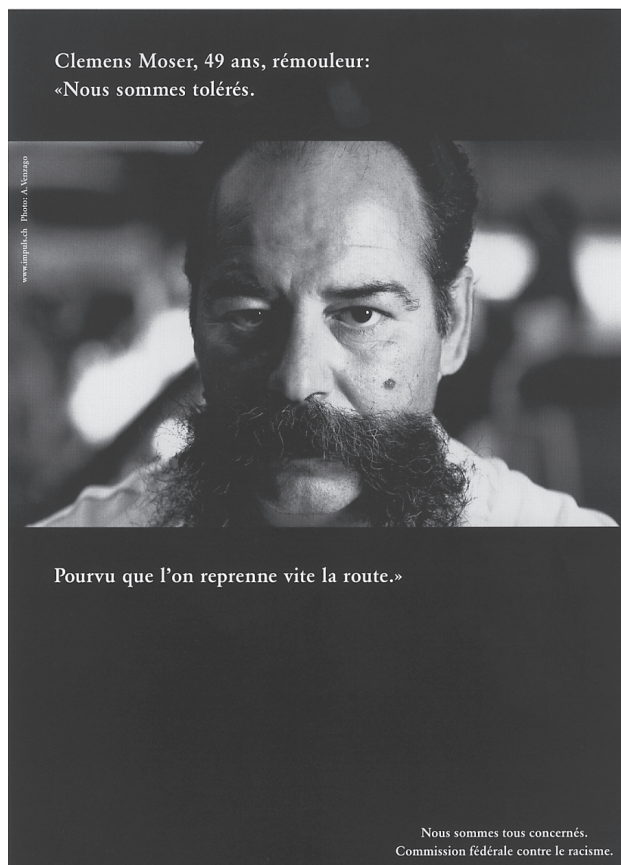
Les Tsiganes itinérants rencontrent souvent beaucoup de compréhension et de souplesse de la part du corps enseignant, et la plupart des instituteurs et institutrices se montrent disposés à tenir compte de l'absence des enfants durant l'été. Une difficulté plus sérieuse vient du fait que (dans une intention louable de protection de la jeunesse), on empêche les enfants d'accompagner leurs parents à leur travail, de sorte qu'ils ne le connaissent plus de l'intérieur et ne peuvent pas l'apprendre de manière «organique» comme autrefois.

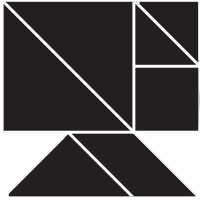
Monde du travail: En adoptant la loi sur le Marché intérieur, la Suisse entend parachever enfin son espace économique intérieur, dont les premières bases avaient été établies en 1848 déjà, lors de la créa-

tion de la Confédération. Mais alors qu'on entend donner aux firmes établies le droit d'étendre leurs activités à tout le pays et instaurer le libre passage professionnel des avocats, maîtres de ski, etc., les Gens du voyage resteraient soumis aux dispositions communales et cantonales limitant l'exercice de leurs professions.

Beaucoup de limitations ressenties comme des chicanes n'ont pas été édictées précisément et systématiquement contre les Tsiganes. Elles sont simplement le résultat d'activités législatives situées

dans une perspective sédentaire. Il faudrait donc réexaminer les dispositions en vigueur pour voir si quelques modifications ne suffiraient pas à améliorer considérablement la vie de la minorité itinérante. La «Fondation pour le futur des gens du voyage suisses» récemment créée pourrait se charger de cette tâche avec d'autres instances (l'OFIAMT, les offices cantonaux du travail, la CFR).





Médiateur avec l'aide de Dieu

DORIS ANGST YILMAZ

Interview avec May Bittel, représentant au sein de la CFR de l'«Association des gens du voyage», Pasteur de la «Mission évangélique tsigane suisse»

May Bittel, y a-t-il des éléments, dans l'actualité suisse récente, qui ont fait bouger les choses, dans ta vie et dans celle des Tsiganes suisses?

Oui, certainement, les choses bougent. Mais cela s'inscrit dans un processus de longue durée. Du point de vue politique, l'acceptation des Gens du voyage et des Tsiganes en général doit s'instaurer sur différents plans: au niveau fédéral, au niveau cantonal, dans la conscience populaire.

Y a-t-il des développements qui te satisfont particulièrement?

Nous entretenons aujourd'hui d'excellents contacts avec différents cantons. Très appréciables sont les efforts déployés pour unifier la politique des places de stationnement et la politique des patentes dans toute la Suisse. Il y faut la volonté des gouvernements cantonaux et du Conseil fédéral, et par conséquent aussi la volonté populaire. Des changements positifs ne sont possibles que si la mentalité des sédentaires change à notre égard.

Tu joues toi-même un rôle non négligeable dans ce processus d'amélioration de la compréhension. Comment le définirais-tu toi-même?

Oui, aujourd'hui, je suis l'un des rares parmi nous à intervenir en tant qu'enseignant et médiateur – il faudrait beaucoup plus de personnes disposées à remplir cette fonction. Je me vois confier une lourde tâche de réconciliation, et je dois même parfois faire en quelque sorte figure d'avocat. Le but doit toujours rester d'élaborer des solutions acceptables pour toutes les parties, les sédentaires et les itinérants Yenish, Rom, Sinti, Manouches. Je suis persuadé que je peux compter, dans cette activité, sur l'aide de Dieu. En fait, c'est simple: je défends mes droits et intérêts personnels, qui sont aussi ceux de mon peuple.

Quelle valeur attribues-tu à ta qualité de membre de la CFR?

J'ai trouvé de bons et précieux contacts au sein de la CFR. Je pense que cette commission devrait intervenir avant tout en cas de conflits, s'interposer en tant

que médiatrice chaque fois que se manifeste une forme de racisme, directe ou indirecte.

Une source de conflits réside dans le fait que les autorités et les voisins sédentaires ressentent les grands groupes de Tsiganes étrangers, eux surtout, comme une source de dérangement. Peux-tu, ou l'Association des gens de roulotte peut-elle, faire œuvre de médiation dans ce cas?

Ce n'est pas toujours très facile pour nous non plus. Nous avons constaté que les Gens du voyage suisses, qui se présentent toujours en petits groupes et sont très adaptés à la vie helvétique, ne sont pas pris très au sérieux quand ils demandent quelque chose. Mais lorsqu'à partir des années quatre-vingts, de grands groupes tsiganes provenant de pays européens voisins sont entrés en Suisse, une pression s'est fait subitement sentir. Je m'efforce d'intervenir en tant que médiateur sous toutes sortes de formes. Du reste, je suis probablement prédestiné à cela: en tant que Manouche, je parle la langue manouche, mais aussi le romanes, et en tant que pasteur, je possède une légitimité supplémentaire aux yeux des groupes étrangers. Enfin, je représente aussi l'«Association des gens du voyage».

Peux-tu donner quelques informations sur les appartenances religieuses?

La majorité des Tsiganes suisses sont catholiques, mais non pratiquants. Je suis pasteur de la «Mission évangélique tsigane suisse», proche des Pentecôtistes. Une résistance s'est tout d'abord manifestée dans les milieux yenish et romani suisses contre cette nouvelle «secte», comme on disait. Mais tous ont reconnu entre temps qu'il valait mieux ne pas nous diviser pour des raisons religieuses. Cela nous affaiblirait. Il vaut beaucoup mieux unir nos forces, tout en acceptant les différences, et lutter ensemble pour notre cause commune.

Parle-moi un peu de la «Mission évangélique tsigane suisse».

Le fils d'une famille tsigane étant mourant, un pasteur vint prier à son chevet, et le jeune homme guérit. Cette guérison fut considérée comme un miracle, et la nouvelle se répandit comme une traînée de poudre parmi les Tsiganes. Un mouvement de prière pour les malades prit forme. Beaucoup partirent prêcher la bonne nouvelle. C'est ainsi qu'a pris naissance la «Mission évangélique tsigane» sous la



direction du pasteur Clément Le Cosec. Il se tient aujourd'hui des réunions de prière réunissant des milliers de fidèles. La Mission tzigane compte quelque 2200 pasteurs tziganes, et environ 6000 pasteurs au total dans le monde. Ceux qui gagnent assez pour vivre grâce à d'autres occupations ne touchent aucun salaire pour leur ministère. C'est mon cas. La «Mission évangélique tzigane» réunit aujourd'hui environ 600 000 membres. Notons qu'auparavant, aucune communauté religieuse ne s'était vraiment intéressée à nous. Ma conviction est que l'Évangile nous ramène, nous Tsiganes, à nos sources, à une vie naturelle. Le Christ lui-même était «nomade», un prédicateur itinérant, sans domicile fixe!

Quelque chose a-t-il changé dans la vie des Tsiganes qui ont été évangélisés?

Traditionnellement, la vie des Tsiganes se déroule au plan de la famille et du clan. C'est au groupe que va l'entière loyauté du Tzigane. L'Évangile apporte une nouvelle dimension: les Dix commandements, la loyauté à l'égard de Dieu – un pouvoir spirituel qui dépasse le pouvoir du chef de clan. Si tu veux respecter les Dix commandements, tu dois changer ta vie: pas de vol, pas d'alcoolisme. L'alcoolisme qui est précisément un grand problème pour les familles tziganes. Quiconque s'est libéré de l'alcoolisme grâce à sa conversion témoigne de la force de l'Évangile.

Comment dois-je me représenter la situation des Manouches par rapport à la majorité yenish en Suisse?

Dans les premières années de la Confédération, certains Manouches ont reçu le droit de bourgeoisie. Il y a toujours aussi eu des mariages entre Yenish et Manouches. Mon grand-père paternel yenish a épousé une Manouche. D'où mon nom de famille Bittel!

On dit souvent que dans les sociétés tziganes intactes, il y a moins de criminalité. Comment l'expliques-tu?

C'est une question de valeurs. Là où elles sont intactes et où on se sent intégré, rien ne nous pousse à devenir criminel. Dans le monde des sédentaires, la valeur pratiquement suprême est aujourd'hui le travail. Quiconque n'a pas de profession ou devient chômeur perd tout respect de soi, car il n'a plus de valeur aux yeux de la société majoritaire. Chez nous, le chômage n'existe pas. Chacun participe là où il y a quelque chose à faire, aide les autres. Si nécessaire, on s'essaie à de nouvelles activités. Je me souviens par exemple qu'autrefois, dans le canton de Glaris, nous réparions des parapluies. Aujourd'hui, personne ne fait plus réparer son parapluie. Donc, je gagne actuellement ma vie en tenant un stand de brocanteur.

Seriez-vous donc quelque chose comme un modèle idéal de société globale très souple?

Ça, c'est une idée amusante! Oui, nous avons notre système économique, mais aussi social, global. Mais comme il n'a pas les mêmes valeurs que la *global economy* des *shareholder values*, les deux systèmes ne sont pas compatibles! Chez nous, ce n'est pas la position économique qui définit le rang dans la société. Une personne peut accumuler une fortune – tout ce qu'il y gagnera, c'est de s'éloigner du mode de vie itinérant et donc de la société tzigane. Tant qu'il dépense son argent dans le cadre du voyage, il est des nôtres, mais il ne jouit pas d'un respect extraordinaire de ce seul fait.

Pour terminer, j'aimerais que tu nous parles de la musique, toi qui es un musicien doné et très connu.

Disons d'abord que ce qu'on appelle la musique tzigane n'existe pas. La soi-disant musique tzigane que diffuse la radio, c'est de la musique hongroise des siècles passés. Lorsque les Tsiganes venant de l'Est sont arrivés en Europe, ils n'ont pas tardé à remarquer que leur musique leur permettait de gagner de l'argent. Ils ont donc adapté au goût local les traditions musicales ramenées des Indes par des voies très longues, gagnant leur vie de cette manière.

Et qu'en est-il du jazz tzigane?

On le sait, le jazz est la musique expressive des Noirs autrefois capturés et déportés comme esclaves dans le Nouveau Monde. La guitare y joue un rôle très secondaire. Django Reinhardt en a fait un instrument solo. La forme expressive et libre du jazz répondait au goût des Tsiganes. Il en est résulté le jazz manouche, aujourd'hui une forme musicale intermédiaire entre le jazz et la bossa nova.

Et toi, à quel style te rattaches-tu?

Je fais beaucoup de Latin Jazz, mais j'ai aussi écrit des chorals. Pour moi, la musique est la forme la plus merveilleuse d'expression de ses sentiments, sans aucun recours à la parole.

May Bittel, je te remercie de cet entretien, mené à l'ombre de ta caravane sur la nouvelle aire de stationnement de Bellinzona.

Résumé

May Bittel, pasteur de la «Mission évangélique tzigane suisse» et représentant de l'«Association des gens de roulotte» au sein de la CFR, compte, en tant que membre du clan des Manouches et que pasteur, au nombre des médiateurs. Dans la majorité yenish des Tsiganes de Suisse, il fait lui aussi partie d'une minorité, celle des Manouches. Il exerce un rôle de médiateur entre les autorités et les groupes tziganes étrangers, dont il parle la langue. Il s'efforce d'améliorer la compréhension mutuelle entre les religions,

pour renouveler l'engagement des Tsiganes envers les Dix commandements. Il rappelle que le Christ était, lui aussi, un nomade. Il évoque les valeurs des Tsiganes, qui ne connaissent pas le chômage, et guère la criminalité. Ce musicien doué attache une grande importance à la musique en tant que moyen de communication sans paroles.

Zusammenfassung

May Bittel, Pasteur der Evangelischen Zigeunermission Schweiz und Vertreter der Radgenossenschaft in der EKR,

gehört als Angehöriger des Stammes der Manouch und Pfarrer zu den Vermittlern. Unter der jesischen Mehrheit der Zigeuner in der Schweiz gehört er als Manouch ebenfalls zu einer Minderheit. Er vermittelt zwischen den Behörden und ausländischen Zigeunergruppen, deren Sprache er spricht. Er bemüht sich um bessere Verständigung zwischen den Religionen, um eine neue Verpflichtung der Zigeuner gegenüber den Zehn Geboten. Auch Christus war ein Wanderer, meint er. Er reflektiert über die Werte der Zigeuner, welche keine Arbeitslosigkeit und kaum Kriminalität kennen. Nicht zuletzt sind dem begabten Musiker die Verbindungen, die sich über dieses Medium ohne Worte ergeben, wichtig.





Im Einsatz für die Bürgerrechte

DORIS ANGST YILMAZ

Interview mit Robert Huber, dem Präsidenten der Radgenossenschaft der Landstrasse

Herr Huber, wie fühlt man sich nach 14 Jahren Präsidenschaft der Radgenossenschaft der Landstrasse?
Ausgebrannt, ausgelaugt. Es braucht sehr viel Kraft, die Bürgerrechte einer Minderheit zu verteidigen.

Können Sie in groben Zügen die Entwicklungen der letzten Zeit skizzieren?

Ganz allgemein kann man sagen, dass den Fahrenden wenig freiwillig zugestanden wurde, sondern nur auf hartnäckige Forderung hin. Zum Beispiel bekamen wir Standplätze nur, wenn die Radgenossenschaft Druck auf die Behörden ausübte oder wenn illegal Plätze besetzt wurden – dann wurden auch legale Standplätze geschaffen, aber kaum je durch freiwilliges Handbieten. Als ganz positives Beispiel möchte ich hier ausdrücklich die Zürcher Gemeinde Dietikon erwähnen, die – ganz ohne Pressionen – sozusagen über Nacht Standplätze für 5–6 Familien schuf, ein Verdienst von Gemeindepräsident Notter. In Bern bestand ein fünfzigjähriges Provisorium. Jetzt machten die Einwohner Berns einen grossen Schritt vorwärts mit der Annahme der Vorlage für einen grossen Standplatz in Buech, der uns echten Lebensraum bietet. Im Namen der Jenischen sage ich Dank!

Können Sie Näheres zur Entstehung und zum Funktionieren der Radgenossenschaft sagen?

Als ich vor 14 Jahren die Leitung der Radgenossenschaft der Landstrasse übernahm, war das Büro in einem Campingwagen. Ein ehemaliger Lehrer amtierte als Sekretär. Die Generalversammlung war mehrheitlich von sesshaften Jenischen getragen. Ich wurde in den Verwaltungsrat der Genossenschaft gewählt und wurde ein Jahr später, 1983, Präsident. Als erstes begann ich, eine professionellere Bürostruktur aufzubauen mit einer Sekretärin mit Schreibmaschine. Heute sind wir computerisiert, und es arbeiten zwei Personen im Sekretariat. Vieles leisten wir in Fronarbeit mit geringen Spesenentschädigungen. Der Jahresbeitrag für Mitglieder beträgt 75 Franken. Vom Bundesamt für Kultur (BAK) werden wir mit 250 000 Franken jährlich subventioniert. In diesem Beitrag sind auch die Subventionen für die Unterorganisationen, das Zigeuner-Kulturzentrum und die Zigeunermission mit eingeschlossen.

Wir kamen mit den bereitgestellten Mitteln immer aus, haben noch nie einen Nachtragskredit beantragen müssen.

Welche Organisationsstruktur hat die Radgenossenschaft?
Wir sind 4 Mitglieder in der Geschäftsleitung und 12 Mitglieder im Verwaltungsrat. Aus allen Regionen der Schweiz findet sich in der Geschäftsleitung und im Verwaltungsrat ein jenischer Vertreter.

Was sind die hauptsächlichen Aktivitäten der Radgenossenschaft?

Ganz zuvorderst kümmern wir uns um die Stand- und Durchgangsplätze und Patente. Das Büro übernimmt die Kontakte mit Behörden, macht Schulbesuche, leistet nach Auftrag Soforthilfe bis Fr. 300.– aus dem betreffenden Fonds. Diese direkte Sozialhilfe ist für Einzelpersonen und Familien gedacht. Dann kümmern wir uns um Zigeuner, die als Asylsuchende aus osteuropäischen Ländern oder der Türkei zu uns kommen. Gegebenenfalls intervenieren wir beim BFF. Wir wurden auch schon zu Befragungen des BFF zugezogen.

Wie hat sich denn in den Augen der Jenischen die Radgenossenschaft etabliert?

Ich würde sagen, sie wird als ein nützliches Instrument wahrgenommen, man macht jedoch als Einzelner wenig für die Radgenossenschaft. Es gibt nicht etwa ein Art Vereinsidentität, aber man ruft nach uns, wenn man uns braucht! Auf dem politischen Feld ist die Radgenossenschaft akzeptiert als Dachorganisation der Jenischen in der Schweiz, seit neuerer Zeit sogar auch der nichtjenischen Zigeuner. Ohne die Radgenossenschaft fielen wir Jenischen um 50 Jahre zurück!

Wie ich verstanden habe, gab es auch eine Annäherung zu anderen Zigeunergruppen sowie über religiöse Grenzen hinweg. Wie ist heute das Verhältnis zur Evangelischen Zigeunermission, die mit einem Mitglied auch in der Radgenossenschaft vertreten ist?

Vor zehn Jahren gab es noch keine Zusammenarbeit mit der Zigeunermission. Wir sagten Ihnen ja auch bei der Einladung der EKR [die EKR traf sich zu einem Informationsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zigeuner und der Behörden am 26. Mai 1997] – vor ein paar Jahren wären wir noch nicht so einträchtig zusammengesessen. Die Subventionsgelder, die wir erhalten, sind für die Schweizer Jenischen gedacht, dennoch kommen

heute auch weitere Begünstigte in den Genuss dieser Gelder. Wichtig ist für uns, dass wir als Jenische auftreten und so wahrgenommen werden, dass anerkannt wird, dass es eine jenische Kultur gibt und wir diese leben wollen.

Wie sehen Sie Ihre eigene Rolle in dem Ganzen?

Ich habe einige Jahre Fronarbeit gemacht, viel geleistet, bin heute eine bekannte Figur. Es gibt für mich persönlich darin aber auch Negatives – meine Ehe ist an diesem Engagement gescheitert. Ich weiss nicht, ob ich das alles nochmals machen würde. Aber die Anerkennung der Jenischen war für mich – ich war selbst ein Opfer der «Aktion Kinder der Landstrasse» – ein Lebensziel. Mit meiner Ausbildung konnte ich nicht viel Geld verdienen, hier habe ich Anerkennung gefunden, indem ich für andere eintrat. Ich habe da eine natürliche Vermittlerposition. Ich bin sesshaft aufgewachsen, kenne die Sesshaften, kenne aber auch die jenische Lebensweise aus eigener Anschauung. Ich würde sogar soweit gehen zu sagen: hätte man uns mit dieser unseligen «Aktion Kinder der Landstrasse» nicht in die Schule gezwungen, wären wir heute nicht da, wo wir sind! Auch wenn in der Vergangenheit viele schmerzliche Erfahrungen liegen, kann daraus etwas Neues erwachsen. Mein Ziel ist es, Verständnis zu schaffen, divergierende Gruppen zusammenzubringen. Die Religionsunterschiede zum Beispiel sind heute nicht mehr so wichtig. Auch die Sippenverfeindungen sind viel weniger tief als früher, fast aufgehoben.

Welche Sippen gibt es denn unter den Jenischen?

Die Waser, Moser, Gemperli, Huber, Bittel, Gerzner, Werro, Bader zum Beispiel. Man kann heute wieder miteinander diskutieren, man hält zusammen. Dadurch sind wir stärker geworden! Die Mediatorenrolle ist wichtig für die Radgenossenschaft. Unsere Leute wissen als Privatpersonen kaum, wie man seine Interessen durchsetzen kann. Sie müssen aber auch lernen, Verantwortung zu übernehmen für ihre eigene Kultur, sich emanzipieren und einen Sozialisationsprozess durchmachen. Durch die Absolvierung der Schule an einem Ort und fixe Standplätze sind auch die Jenischen mit einer Region verbunden. Man kann sagen, dass in 90% der Schulen heute eine offene Haltung uns und anderen Minderheiten gegenüber herrscht. Die Lehrer sind bereit, die Kinder der Fahrenden nach der Sommerpause wieder in die Klasse aufzunehmen.

Was bewegt Sie heute und im Blick auf die Zukunft?

Wenn alle besser verstünden, dass wir alle nur Gäste auf dieser Welt und deshalb Wanderer sind, würde man auch uns mehr Verständnis entgegenbringen. Heute müssen wir uns doch weltweit gegenseitig akzeptieren, da die Probleme auch nur im weltweiten Zusammengehen zu lösen sind. Wir hoffen

natürlich sehr auf eine gute Zusammenarbeit in der neuen Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende», die wegweisend sein könnte auch für andere Minderheiten in der Schweiz. Wir brauchen noch mehr juristische Hilfe in juristisch relevanten Auseinandersetzungen. Von der EKR wünschen wir Unterstützung in Fällen von Diskriminierung, auch eine gemeinsam zu unterhaltende Ombudsstelle wäre ein Wunsch für die Zukunft.

Herr Huber, vielen Dank für dieses sehr persönliche Gespräch.

Zusammenfassung

Robert Huber, seit 14 Jahren Präsident der Schweizer «Radgenossenschaft der Landstrasse», beschreibt im Gespräch die Entwicklung dieser Dachorganisation der Fahrenden und Zigeuner. Subventioniert vom Bundesamt für Kultur, vertritt die Radgenossenschaft die Interessen der jenischen Minderheit, verhandelt mit Behörden um Standplätze, Patente, Schulfragen, leistet direkte Sozialhilfe an Einzelne, berät und interveniert. Sie hat auch eine Mediatorenrolle inne, die geprägt ist von den persönlichen Erfahrungen ihres langjährigen Präsidenten Robert Huber. Als Opfer der «Aktion Kinder der Landstrasse» kennt er sesshafte und fahrende Lebensweise aus eigener Anschauung und will zur Versöhnung unter den Kulturen beitragen. Für die Zukunft wünscht er sich ein erfolgreiches Wirken der soeben gegründeten Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende». Von der EKR erwartet er aktive Hilfe in Fällen von Diskriminierung und eine gemeinsam unterhaltene Ombudsstelle.

Résumé

Robert Huber, depuis 14 ans président de l'«Association suisse des gens de roulotte», décrit durant l'entretien l'évolution de cette organisation faîtière des Gens du voyage et des Tsiganes. Subventionnée par l'Office fédéral de la culture, l'«Association des gens du voyage» défend les intérêts de la minorité yénish, négocie avec les autorités sur les questions de place de stationnement, de patentes, d'écoles, fournit une aide sociale directe dans des cas individuels, donne des conseils et intervient au besoin. Elle joue aussi un rôle de médiation très facilité par les expériences personnelles de son président de longues années Robert Huber. Victime de l'action «Enfants de la Grande Route», il connaît personnellement les deux modes de vie, la vie sédentaire et le voyage, et s'efforce de favoriser la réconciliation entre les différentes cultures. Interrogé sur ses souhaits d'avenir, il dit appeler de ses vœux la réussite de la «Fondation pour le futur des Gens du voyage suisses» récemment créée. De la part de la CFR, il attend une aide active dans les cas de discrimination et la création d'un poste de médiation commun.



Die Bundesverwaltung und die Fahrenden; die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende»

CHRISTINE HOFMANN

Der erste offizielle Bericht von 1983 hatte die Gründung der «Radgenossenschaft» als Interessenvertretung der Fahrenden zur Folge – die meisten Probleme blieben aber ungelöst. Jetzt soll die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» als Vermittlerin zwischen Gemeinden, Kantonen, Bund und Fahrenden endlich die Probleme im Bereich der Stand- und Durchgangsplätze, der Schule und des Patentwesens lösen helfen.

1983 erschien ein Bericht mit dem Titel «Fahrendes Volk in der Schweiz», welcher von einer durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eingesetzten Studienkommission erarbeitet worden war. Dieser Bericht nahm erstmals Stellung zur Aktion «Kinder der Landstrasse» und verwies auf die Notwendigkeit, diese Vergangenheit aufzuarbeiten. Der Bericht erhob aber auch die Gegenwartssituation der Fahrenden und stellte ihre Probleme eingehend dar. Der Bericht mündete in eine Reihe von Empfehlungen an Bund und Kantone. Wie es aber so oft mit einmalig abgegebenen Empfehlungen geht, so stiessen auch die im Bericht aufgestellten Anregungen auf wenig Echo.

Dennoch konnten zumindest einige kleine Erfolge erzielt werden. Einer der wichtigsten ist sicher die Anerkennung der «Radgenossenschaft der Landstrasse» als Dachorganisation der Fahrenden in der Schweiz und damit verbunden die finanzielle Unterstützung dieser Organisation durch den Bund. Die Radgenossenschaft ist die Anlaufstelle für alle Schweizer Fahrenden. Dabei geht es nicht nur um die Beratung der Fahrenden in so ziemlich allen Fragen des täglichen Lebens. Die Radgenossenschaft hilft auch oft, Kontakte zu den Behörden zu schaffen, oder vermittelt selbst bei konkreten Problemen mit den verschiedenen staatlichen Stellen. Und schliesslich vertritt die Radgenossenschaft die Anliegen der Fahrenden als eigenständige kulturelle Minderheit gegenüber Bund, Kantonen und Gemeinden – und wird dabei nur zu oft allein gelassen. Die wesentlichsten dieser Anliegen haben sich nämlich im Vergleich zu 1983 nur geringfügig geändert. Noch immer sind es die Mängel bei der Platzsituation, welche die fahrende Bevölkerung am meisten daran hindern, ihre Lebensweise aufrechtzuerhalten. Und dabei fehlt es vor allem an Durchgangsplätzen, und zwar an Durchgangsplätzen, die nicht im Niemandsland und ohne jegliche sanitäre Anlagen angelegt werden, sondern eben menschenwürdig und relativ bei den Leuten. Noch immer sind auch die Möglichkeiten zu arbeiten nicht ge-

sichert. In jedem Kanton müssen die Fahrenden andere Patente einlösen und oft sogar mehrere Patente für die verschiedenen Tätigkeiten, die sie gleichzeitig ausüben. Die Patente werden zudem meist nur den Erwachsenen zugebilligt, so dass es fahrenden Jugendlichen verunmöglicht wird, in die Lehre zu gehen. Und dies, nachdem sie vielleicht auch die Schule nicht besuchen konnten, einfach weil es in der entsprechenden Gemeinde keinen Platz für schulpflichtige Kinder von Fahrenden gegeben hat.

Die wesentlichste Ursache dafür, dass die Probleme in der Platz-, der Arbeits- und der Schulsituation so schwer zu lösen zu sein scheinen, sehe ich darin, dass viele Schweizerinnen und Schweizer den Fahrenden und ihrer Lebensweise auch heute noch mit massiven Vorurteilen begegnen. Das wichtigste ist vielleicht die Überzeugung vieler Sesshafter, dass nur ein sesshaftes Leben ein geordnetes Leben sein kann. Und daraus abgeleitet entsteht der Vorwurf an die Fahrenden, dass sie Ordnung und Verantwortung scheuten und eben dem «lustigen Zigeunerleben» den Vorzug gäben.

Die Vorurteile haben in diesem Jahrhundert schon einmal dazu geführt, dass die fahrende Bevölkerung von der Gesellschaft ausgegrenzt und sogar verfolgt wurde. Bei der sogenannten «Aktion Kinder der Landstrasse» wurden Hunderte von Kindern ihren fahrenden Eltern weggenommen und bei Pflegeeltern, in Heimen oder sogar in psychiatrischen Kliniken untergebracht. Dass damit ein nicht wieder-gutzumachendes Unrecht an einer ganzen Volksgruppe begangen worden ist, wird heute von vielen verantwortlichen Stellen eingesehen. Aber der dieser Aktion zugrunde liegende Gedanke, dass die fahrende Lebensweise dem Vagabundieren gleichzusetzen sei, ist noch bei vielen verwurzelt. Und selbst wenn es durch die Anstrengungen der Radgenossenschaft oder anderer Institutionen gelingt, an einem Ort dieses Misstrauen in Vertrauen umzuwandeln, heisst dies noch lange nicht, dass damit ein durchschlagender Erfolg erzielt werden kann. Denn in unserem föderalistischen Staat müssten letztlich für eine Verbesserung der Platz- und der Schulsituation alle Gemeinden überzeugt werden, und für die Verbesserung der Arbeitssituation müssen neben dem Bund auch die Kantone aktiv werden. Der Radgenossenschaft als Organisation mit doch sehr beschränkten finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten kann eine solche Überzeugungsarbeit wohl kaum allein zugemutet werden.

Diese Überlegungen waren es letztlich, welche 1991 die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit dazu geführt haben, eine Initiative für die Schaffung einer Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» einzureichen. Den eigentlichen Zweck, den die Kommission für die Stiftung vorsah, ist in Art. 1 des Bundesgesetzes für die Stiftungsgründung folgendermassen festgehalten:

«Der Bund unterstützt zur Sicherheit und Verbesserung der Lebenssituation und zur Wahrung des kulturellen Selbstverständnisses der fahrenden Bevölkerung die privatrechtliche Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende».»

Mit dem Bundesgesetz über die Errichtung der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» sollte aber nicht nur ein Instrument geschaffen werden, um die Lebenssituation der Fahrenden zu verbessern, sondern mit diesem Gesetz sollte den Fahrenden auch der Status einer eigenständigen kulturellen Minderheit in der Schweiz zuerkannt werden.

Dennoch vermochten das Gesetz und besonders der von der Kommission für soziale Sicherheit erarbeitete Entwurf einer Stiftungsurkunde nicht alle, und schon gar nicht alle Fahrenden, zu überzeugen. Dies hatte auch seinen Grund. Denn obwohl die Initianten durchaus die Anliegen der Fahrenden vertreten wollten, enthielt der Entwurf der Stiftungsurkunde Bestimmungen, die im Sinne des Gesetzes nicht einzulösen waren. Die wichtigste Bestimmung des Stiftungsurkunde-Entwurfs in diesem Zusammenhang war, dass die Stiftung nicht nur selbst Stand- und Durchgangsplätze beschaffen, sondern diese auch selbst verwalten sollte. Eine solche Regelung wäre nicht nur rein faktisch unmöglich gewesen. Wie sollte beispielsweise eine privatrechtliche Stiftung die Verantwortung für den Betrieb von Stand- und Durchgangsplätzen übernehmen, auf welchen sie selbst gar nicht anwesend ist? Die Regelung wurde von den Fahrenden auch zu Recht als erneute Bevormundung empfunden. Denn der Betrieb der Stand- und Durchgangsplätze darf sicher von keiner aussenstehenden Stiftung, sondern kann einzig von den Fahrenden selbst betrieben werden.

Die Fahrenden erhielten während der parlamentarischen Beratung der Initiative Gelegenheit, zum Gesetz und zur Stiftungsurkunde Stellung zu nehmen. Dass ihre Vorbehalte gegenüber der Stiftungsurkunde ernst genommen wurden und das Parlament den Betrieb der Plätze nicht länger als Aufgaben der Stiftung sehen wollte, zeugt meines Erachtens vom Willen des Parlamentes, mit der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» eine Institution ins Leben

zu rufen, die wirklich zugunsten und nicht zu Lasten der Fahrenden wirken sollte.

Es gab aber auch einen Einwand der Fahrenden, der nicht berücksichtigt wurde. Es handelt sich um ihre Vertretung im Stiftungsrat. Die Stiftungsurkunde sieht vor, dass der Stiftungsrat aus elf Mitgliedern bestehen soll. Fünf Stiftungsräte bzw. Stiftungsrätinnen sollen von den Fahrenden bestellt werden, je zwei Mitglieder des Stiftungsrates sollen die Gemeinden, die Kantone und der Bund stellen.

Die Fahrenden äusserten hier ihre Bedenken, dass sie in einer Stiftung, welche zur Sicherung ihrer Gegenwart und Zukunft gegründet werde, nicht die absolute Mehrheit einnehmen könnten. Diesem

Einwand konnte das Parlament aus folgenden Überlegungen nicht Rechnung tragen: Die

neue Stiftung soll keine Interessenvertretung der Fahrenden im engeren Sinn werden.

Für diese Aufgabe wurde und wird die «Radgenossenschaft der

Landstrasse» vom Bund unterstützt. Die Stiftung soll aber

ein Forum werden, in welchem Vertretungen des

Bundes, der Kantone und der Gemeinden

gemein-

sam mit den Fahrenden nach Lösungen suchen, um die bekannten Probleme in der Platz-, der Arbeits- und der Schulsituation in den Griff zu bekommen. Eine weitere zentrale Aufgabe der Stiftung wird zudem die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Lebensweise und die Anliegen der Fahrenden sein. Die Stiftung soll also keine Konkurrenzorganisation der Radgenossenschaft sein, sondern eine Ergänzung und eine Institution, in welcher der Staat in Zusammenarbeit mit den Fahrenden seiner Verantwortung gegenüber dieser kulturellen Minderheit gerecht zu werden versucht.

Und wie soll dies nun konkret geschehen? Sicher wird die Stiftung den einzelnen staatlichen Stellen keine rechtlich verbindlichen Auflagen machen können. Auch kann sie mit ihrem relativ geringen Stiftungskapital von einer Million Franken und den jährlichen Betriebsbeiträgen von 150 000 Franken den einzelnen Fahrenden keine wesentlichen materiellen Hilfeleistungen zukommen lassen.

Die Stiftung soll aber auch nicht nur unverbindliche Empfehlungen, wie sie schon im genannten Bericht von 1983 abgegeben worden sind, wiederholen. Ihre Arbeit soll vom Bund sowie von allen Kantonen und Gemeinden ernst genommen werden. Aus diesem Grund war es dem Eidgenössischen Departement des Innern, welches mit der Errichtung der Stiftung betraut wurde, ein zentrales Anliegen, die Vertretungen der Kantone und Gemeinden nicht einfach mit einzelnen interessierten staatlichen Stellen zu besetzen. Vielmehr muss die Gewähr bestehen, dass die kantonalen und kommunalen Vertre-

**Viele
Schweizerin-
nen und Schweizer
begegnen den Fahrenden
und ihrer Lebensweise auch
heute noch mit massiven Vorurteilen.**



tungen in der Stiftung wirklich eine Verbindung zu überkantonalen resp. -kommunalen Stellen haben und dort auch die Anliegen und Vorschläge der Stiftung einbringen können.

Inzwischen ist der Stiftungsrat vollständig. Von den Kantonen haben die Konferenz der Kantonalen Fürsorgedirektoren und die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren je eine Vertretung bestimmt. Der eine Vertreter der Kantone, Herr Regierungsrat Werner Niederer aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden, ist zudem bereit, die erste Präsidentschaft der Stiftung zu übernehmen. Die Gemeinden sind durch zwei Mitglieder des Schweizerischen Gemeindeverbandes und der Bund durch das Bundesamt für Kultur und das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit vertreten. Auch die Vertretungen der Fahrenden sind inzwischen bestimmt, so dass der Stiftungsrat im Juni zu einer ersten konstituierenden Sitzung zusammentreten kann. Offiziell verurkundet wurde die Stiftung am 1. Mai 1997.

Die Stiftung muss nun zunächst auf der Basis der Stiftungsurkunde ihr Geschäftsreglement erarbeiten und die konkreten Projekte für die nächsten Monate beschliessen. Sicher ist heute einzig der Rahmen der Stiftungstätigkeit, nämlich die Förderung der interkantonalen und interkommunalen Zusammenarbeit auf den Gebieten Stand- und Durchgangsplätze sowie Schul- und Arbeitsfragen und schliesslich die Sensibilisierung der Öffentlichkeit mittels konkreter Projekte. Was nun die Stiftung aber als erstes tun soll, muss im Stiftungsrat, und zwar in Zusammenarbeit mit den Fahrenden selbst, erarbeitet werden.

Ob die Stiftung ein Erfolg werden wird oder ob damit nur ein weiteres Gremium geschaffen wird, in dem viel geredet und wenig getan wird, hängt sicher davon ab, wieviel Einsatz die einzelnen Vertretungen im Stiftungsrat zu leisten bereit sind und wie die Geschäftsstelle funktionieren wird. Für mich jedoch ist diese Stiftung schon nur deswegen eine Chance, weil mit ihr zum ersten Mal ein Forum geschaffen wird, in welchem Bund, Kantone und Gemeinden endlich gemeinsam mit den Fahrenden zusammenarbeiten und sich nicht gegenseitig die Probleme einfach weitergeben.

[Die erste konstituierende Sitzung der Stiftung hat am 19. Juni stattgefunden. An der nächsten Sitzung vom 10. November wird das Geschäftsreglement verabschiedet, und die konkreten Anliegen, die die Vertreter/innen der Fahrenden eingebracht haben, werden behandelt.

Die EKR hat die Stiftung offiziell begrüsst und ihr ihre Zusammenarbeit angeboten.]

Christine Hofmann ist Direktionsadjunktin im Bundesamt für Kultur und dort seit vielen Jahren zuständig für das Dossier «Fahrende».

Zusammenfassung

Der vom EJPD 1983 veröffentlichte Bericht «Fahrendes Volk in der Schweiz» nahm erstmals Stellung zur Aktion «Kinder der Landstrasse» und schlug konkrete Massnahmen vor. Leider wurden nur wenige davon umgesetzt. Als wichtigster Schritt muss die Anerkennung der «Radgenossenschaft der Landstrasse» als Interessenvertretung der Fahrenden angesehen werden. Diese stösst aber, aufgrund ihrer beschränkten Mittel und der föderalistischen Struktur der Schweiz, an ihre Grenzen bei der Lösung der drei hauptsächlichen Probleme der Fahrenden: Stand- und Durchgangsplätze, Schule und Patentwesen.

Aus diesem Grund hat die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit 1991 vorgeschlagen, eine spezielle Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» zu bilden. Die Stiftung soll nicht im engeren Sinn eine Vertretung der Fahrenden sein, sondern als Forum dienen, um Probleme gemeinsam mit Gemeinden, Kantonen und Bund anzugehen. Die Stiftung konnte am 1. Mai 1997 offiziell gegründet werden, ihren Arbeitsbereich und konkrete Projekte für die kommenden Jahre muss sie aber selber festlegen. Ob die Stiftung ein Erfolg werden wird oder ob damit nur ein weiteres Gremium geschaffen wird, in dem viel geredet und wenig getan wird, hängt davon ab, wieviel Einsatz die einzelnen Vertretungen im Stiftungsrat zu leisten bereit sind.

Résumé

Le rapport du DFJP «Les Gens du voyage en Suisse», publié en 1983, prenait pour la première fois position au sujet de l'action de Pro Juventute «Enfants de la Grand-Route» et proposait des mesures concrètes, dont malheureusement très peu allaient être réalisées. Conséquence la plus utile de ce document: la reconnaissance de l'«Association des gens du voyage» en tant qu'instance habilitée à défendre les intérêts des gens du voyage. Mais en raison du caractère limité de ses ressources et de la structure fédéraliste de la Suisse, cette association se heurte à d'étroites limites dans la résolution des trois problèmes principaux des gens du voyage: les places de stationnement et de passage, l'école, le domaine des patentes. C'est la raison pour laquelle la Commission du Conseil national pour la sécurité sociale a proposé en 1991 la création d'une fondation spéciale dénommée «Le futur des gens du voyage» censée servir, non pas de représentation proprement dite des Tsiganes, mais de forum de discussion avec les communes, les cantons et la Confédération. La fondation a été officiellement créée le 1^{er} mai 1997; elle définit elle-même son champ d'activité et ses projets concrets pour ces prochaines années. C'est de l'engagement des différentes représentations au conseil de fondation que dépendra la nature de ce forum – la question de savoir s'il ne ressortira de ses activités que de belles paroles ou des actions concrètes.



Minorité: un concept commode, mais ambigu

MAÏTÉ MICHON

Les tsiganes de Suisse forment une minorité. Mais les définitions sont nombreuses, parfois incohérentes, souvent contradictoires. De quelle minorité parle-t-on exactement?

L'univers des tsiganes est complexe, pluriel, secret. Loin de constituer un tout homogène, il forme une mosaïque de groupes qui depuis plus d'un siècle préoccupe historiens, linguistes et ethnologues. Notre préoccupation est de montrer à quel point les populations tsiganes peuvent être «flottantes» sous le regard des sédentaires, et cela à travers un exemple précis, celui de la population yenish, principal groupe tsigane de Suisse. Il s'agit de rendre compte de la pluralité des regards posés sur la particularité tsigane suisse et de souligner les problèmes qui en résultent, dans la mesure où l'approche de cette population est étroitement liée à la notion de minorité. D'une compréhension partielle, voire superficielle de la réalité yenish découlent de nombreuses ambiguïtés dans la formulation de la minorité. Or définir avec clarté une minorité est fondamental. Désigner une population en tant que minorité implique une forme de reconnaissance. En la définissant comme minorité, on reconnaît implicitement à une population des caractéristiques, des pratiques culturelles ou sociales qui entrent en conflit avec celles de la majorité. De ce conflit d'intérêts résulte une fragilisation du groupe minoritaire qui se voit menacé dans son existence pour des raisons inhérentes à son identité. Il ne peut donc subsister de flottements dans la définition d'une minorité si l'on veut s'interdire une reconnaissance partielle et incomplète. Que celle-ci soit officielle ou symbolique.

Les Yenish en Suisse

La population yenish de Suisse est estimée à environ 35 000 personnes. Elle peut être subdivisée de la façon suivante:

- ▶ Environ 5 000 nomades. Nous désignons sous la terminologie «nomades» les personnes qui nomadisent toute l'année et celles, plus nombreuses, qui se déplacent durant la belle saison, c'est-à-dire du printemps à l'automne.
- ▶ Environ 30 000 sédentarisés. Dans une proportion arbitraire, nous pouvons distinguer les victimes de l'Œuvre de la Grand-Route des Yenish ayant abandonné le voyage sous d'autres pressions extérieures. Las d'être sans cesse harcelés, un nombre important de Yenish s'est en effet détourné du mode de vie tra-

ditionnel. Il convient en outre de prendre en considération les «quelques 10 000 Suisses dont la jeunesse a été marquée par le mode de vie de leurs aïeux et qui essayent, du moins passagèrement, d'exercer des métiers itinérants» (DFJP 1983:18).

C'est essentiellement grâce aux revendications et à la détermination des organisations yenish, mises sur pied dès la révélation du scandale des Enfants de la Grand-Route en 1973, que l'existence de cette communauté est apparue aux yeux des autorités comme une réalité incontournable. En se posant comme composante différente mais constitutive de la société helvétique, les Yenish ont ravivé le délicat problème de la gestion des minorités au sein d'un État fédéral et démocratique. Soucieuse de ne pas minimiser l'importance du problème, soucieuse également de remédier aux injustices passées, la Confédération a décidé de se pencher sur les réalités de cette communauté profondément meurtrie dont la logique de vie est en conflit permanent avec l'ordre sédentaire. Mais les problèmes auxquels se heurtent les Yenish sont multiples. Alors que les nomades cherchent au quotidien à préserver leur mode de vie, les sédentarisés, en réclamant réhabilitation, tentent d'exorciser un passé douloureux afin d'envisager leur avenir. Face à cette situation, des instances de gestion ont été instaurées par le gouvernement. En 1984, Le «dossier nomade» est passé des mains du Département fédéral de justice et police (DFJP) à celles de l'Office fédéral de la culture (OFC), qui se charge aujourd'hui exclusivement des questions relatives aux nomades. Une Fondation «Pour assurer l'avenir des gens du voyage suisses» a en outre été mise sur pied pour gérer les problèmes quotidiens des nomades. En 1988, deux commissions ont été créées sous l'égide du Département de l'intérieur afin de dédommager les victimes de la sédentarisation forcée. Aujourd'hui dissoutes, il n'existe plus d'instance se penchant sur les problèmes actuels des sédentarisés; seuls les nomades font encore l'objet d'une attention de la part de la Confédération. Cette situation est loin d'être anodine. En traitant indépendamment – et de façon inégale – les problèmes des nomades et des sédentarisés, les autorités ont institué une division au sein d'une même population. Cette division ne sera par la suite que renforcée.

Les Yenish, une minorité nomade?

A travers l'analyse de trois documents fédéraux («Les nomades en Suisse. Situation, problèmes, re-



commandations» [1983], Rapport de la commission d'étude désignée par le Département fédéral de justice et police [DFJP]; «Nomades parmi les sédentaires» [1989], Publication éditée par l'Office fédéral de la culture [OFC]; Initiative parlementaire proposée par la commission de la sécurité sociale [1991],

terminant dans la définition de la minorité. Mais en désignant les nomades comme minorité, on fracture des collectivités plus larges qui, comme les Yenish, regroupent en leur sein nomades et sédentarisés. Aux yeux des membres de la commission mandatée par le DFJP, les nomades suisses forment une mino-



Fondation «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses») nous allons voir qu'il y a dans la perception des autorités un déplacement très net de la problématique Yenish à la problématique nomade. Dans la mesure où le nomadisme représente l'enjeu le plus visible du conflit d'intérêts qui oppose les Yenish à la société helvétique, il tend à devenir le critère dé-

rité: «C'est dans les années soixante que l'opinion publique a pris conscience de la situation des nomades en tant que minorité opprimée» (DFJP 1983:1). Le terme «Yenish» va pourtant apparaître comme substitut à l'appellation «nomade» dans la désignation de la minorité: «L'opinion publique est de plus en plus encline à reconnaître le droit à l'existence de la minorité

Yenish» (DFJP 1983:13). Cet amalgame entre Yenish et nomades porte à confusion dans la mesure où la majorité des Yenish est aujourd'hui sédentarisée. La commission tente d'éclaircir son propos: «La méfiance réciproque entre les Yenish et les sédentaires rend extrêmement difficile l'estimation du nombre des nomades. [...] les estimations varient de 5000 à 35 000 selon les caractéristiques retenues. [...] A notre avis, on peut estimer à 5000 le nombre de Yenish en Suisse, soit autant de personnes qui entendent vivre en nomades une bonne partie de leur existence» (DFJP 1983:18). Quel brio! Avec quelle aisance la commission dépouille les sédentarisés de leur identité! Regard commode qui facilite la désignation d'une minorité: puisque la population yenish est réduite à sa seule composante nomade, la minorité yenish devient également minorité nomade. Quant aux sédentarisés, ils se voient relégués dans un véritable *no man's land*. Et cela d'un simple coup de définition.

Aux yeux de l'OFC, les nomades forment également une minorité: «Pour ce qui est des aspects généraux et de l'histoire de la minorité nomade qui vit aujourd'hui en Suisse [...]» (Zürcher-Berther 1989:13). Contrairement au document précédent, l'ethnonyme «Yenish» n'est ici pas une seule fois utilisé. Désormais, sans que le groupe d'appartenance soit mentionné, les nomades forment *en tant que tels* une minorité.

Aux yeux des instigateurs de l'initiative parlementaire, les nomades forment une communauté culturelle: «La Confédération soutient la fondation de droit privé «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses» afin d'assurer et d'améliorer les conditions de vie et de préserver l'identité culturelle de la population nomade» (Initiative parlementaire 1991:456). Si les nomades vont être désignés en tant que minorité, celle-ci sera ethnique et culturelle: la commission «a constaté que les gens du voyage forment une minorité ethnique et culturelle en Suisse, minorité qu'il serait bon de reconnaître sous une forme ou sous une autre» (Initiative parlementaire 1991:453). Le terme «Yenish» ne sera jamais employé. Désormais, les nomades forment plus qu'une simple minorité: ils constituent une minorité *ethnique et culturelle*.

La minorité nomade, une incohérence

A travers chaque définition de la minorité, et ce dans les trois cas, la réalité yenish est appréhendée sous l'angle du nomadisme. Or désigner les nomades comme minorité est un non-sens.

Penser les nomades en terme de minorité, c'est évincer le groupe d'appartenance. C'est isoler les nomades d'une collectivité plus large, historiquement définie, à savoir les Yenish. Le nomadisme n'a pas de réalité en soi; il est avant tout une pratique propre à une collectivité. Il est une expression culturelle parmi d'autres (langue, pratiques sociales et écono-

miques, croyances, habitudes culinaires, etc.) propre à une communauté. Et cette communauté est yenish. Y a-t-il un sens à ne considérer qu'une minorité dans la minorité?

Désigner les nomades comme minorité culturelle, et *a fortiori* ethnique, est un non-sens. D'une part parce qu'elle réunit deux communautés culturellement et ethniquement distinctes: les Yenish et les Manouches (ou Sinti). D'autre part parce que le mode de vie nomade n'a jamais suffi à définir une culture. Si le nomadisme nous renseigne sur l'activité économique d'un groupe, il ne peut suffire à nous renseigner sur l'ensemble de sa culture. Il existe à travers le monde des populations nomades qui, si elles partagent le nomadisme comme mode de vie, n'ont culturellement – par la langue, l'histoire, les croyances, les pratiques sociales – rien à voir entre elles. On ne peut parler de la culture des nomades sans avoir préalablement défini le groupe de population qui nomadise. Parce que c'est ce groupe qui est porteur de culture.

Reconnaître une minorité – qu'elle soit culturelle, ethnique ou sans attribut – suppose que l'on prenne comme référence le groupe d'appartenance. C'est de ce groupe dont il faut partir. Dans le cas qui nous intéresse, ce groupe est yenish. Et qui dit Yenish, dit nomades et sédentarisés.

Les Yenish, une minorité ethnique?

«L'Office fédéral de la culture estime que, suivant l'évolution de la situation politique, la reconnaissance de la population yénich comme une minorité ethnique pourrait aussi avoir un effet contraire à celui recherché.»¹

Les données sont ici autres: c'est l'ensemble des Yenish qui est désormais pris en considération et à qui on refuse la détermination en tant que minorité ethnique. Désignés plus volontiers dans la littérature spécialisée comme «Gens du voyage» que comme «tsiganes», les Yenish ne sont pas appréhendés en tant qu'ethnie dans la mesure où ils ne sont pas reconnus comme d'«authentiques» tsiganes.

Les Yenish: «vrais» ou «faux» tsiganes?

Les Yenish, contrairement aux trois grands groupes tsiganes (les Rom, les Kalé et les Sinti), ne sont pas

¹ Mme Hofmann, adjointe-scientifique à l'OFC. Elle continue: «A la différence des Rom et des Sinti qui, dans plusieurs pays n'ont pas les mêmes droits que les nationaux, les Yenish sont des Suisses qui ont les mêmes droits et les mêmes devoirs – assujettissement aux impôts, obligation de servir, etc. – que les autres citoyens suisses. Dans le meilleur des cas, la reconnaissance en tant que minorité ethnique pourrait être synonyme d'une amélioration du mode de vie de la population yenish. Au pire des cas, toutefois, cette reconnaissance pourrait aussi contribuer à la marginaliser, voire à l'exposer à des persécutions. L'Office est pourtant d'avis que, en tant que minorité culturelle, les Yenish devraient bénéficier de mesures de promotion comparables à celles prises en faveur par exemple des Romanches en tant que minorité linguistique.»



d'origine indo-européenne, mais uniquement européenne (allemande). Les Yenish descendraient en effet des diverses couches de la population – paysans sans terres, soldats démobilisés, etc. – déracinée par la Guerre de Trente Ans (1618–1648). Ils seraient apparus en tant que communauté distincte à l'aube du XVIII^e siècle. Si certains chercheurs insistent sur les origines non-tsiganes des Yenish, d'autres estiment au contraire qu'ils sont issus d'un mélange entre tsiganes et sédentaires. Durant cette guerre, les contacts entre tsiganes et sédentaires sont nombreux: les tsiganes, en particulier les Sinti, vont en effet abondamment commercer avec les armées en conflit.

Quelle que soit toutefois la réalité historique de ce groupe, la provenance soit exclusivement sédentaire, soit métissée des Yenish semble déterminer leur «non-tsiganéité». Est-ce toutefois pertinent? Si l'on accepte la thèse du métissage, il est difficile d'exclure les Yenish de l'univers tsigane. La «pureté originelle» des groupes humains est une vue de l'esprit, *dangereuse de surcroît*. Tout peuple est le fruit de métissages ayant eu lieu à des périodes plus ou moins reculées de son histoire. Le métissage n'est en aucun cas un critère suffisant à déterminer la non-tsiganéité des Yenish. En outre, si les Yenish ont développé des caractéristiques qui leur sont propres, issues ou non de leur double provenance, celles-ci ne les ont jamais totalement éloignés des autres groupes tsiganes. Plus que leur origine, à la fois européenne et métissée (ou non), c'est avant tout leur parcours en tant que groupe culturel défini qui nous paraît fondamental. De même que la relation qu'ils entretiennent avec ceux que l'on considère comme d'authentiques tsiganes. Les Yenish contractent de nombreux mariages avec les Sinti. Lorsque l'on connaît l'importance de l'endogamie chez les tsiganes, de telles unions ne verraient pas le jour si les Yenish n'étaient pas considérés comme des pairs par les Sinti. D'autant plus que les tsiganes tiennent à se distinguer très nettement des non-tsiganes. En outre, l'«Union romani», une organisation faîtière qui regroupe près de 30 associations nationales de tsiganes et qui a reçu en 1979 le statut de membre consultatif auprès de l'ONU, a accepté en son sein la *Radgenossenschaft*, principale association yenish de Suisse. Signe d'une véritable reconnaissance des Yenish au sein de la grande famille tsigane.

Mais plus importante encore: c'est la notion même de «tsiganité» ou d'«authenticité tsigane» que certains chercheurs contestent aujourd'hui, dans la mesure où l'on peut difficilement définir une «identité tsigane» à proprement parler. «Il est souvent difficile de cerner la notion de «Tsigane» ou de «tsiganité». La plupart du temps, c'est soit l'image que l'auteur en a, soit celle qu'il veut donner, qui prédomine et qui n'est donc pas la même d'un ouvrage à l'autre» (Liégeois 1976:247). Cette difficulté à cerner ce qu'est le tsigane provient du fait que les tsiga-

nes forment avant tout une mosaïque de groupes particuliers, chaque groupe entretenant jalousement sa singularité. La pluralité des expressions tsiganes constitue en effet une des principales caractéristiques de la réalité tsigane. Construire un idéal-type du tsigane afin de pouvoir mesurer son degré d'authenticité relève d'une vision folklorique qui ne peut rendre compte de la réalité première de la tsiganité: celle de la diversité. Leur cohésion, ce par quoi les tsiganes se ressemblent, résulte peut-être avant tout de la position similaire qu'ils occupent au sein des sociétés sédentaires. Groupes marginalisés et «marginalisants», ils ont des «comportements similaires nés d'une exclusion comparable: frères sociologiques – de classe ou de caste – mais non par la culture ni la langue» (Martinez 1986:30). Aucune collectivité humaine n'est figée dans le temps. Les populations évoluent, se rencontrent, se heurtent, se métissent: elles se transforment. Penser que les Yenish ne peuvent être intégrés au monde tsigane, c'est défendre une conception bien statique, voire exotique, de la tsiganité. Si les Yenish forment un groupe atypique au sein de l'univers tsigane, par la jeunesse de leur genèse, par leur origine européenne, par l'aspect moins spectaculaire de leurs coutumes, par leur physionomie, ils n'ont jamais cessé d'évoluer en étroite relation avec ceux que l'on considère comme d'authentiques tsiganes. «Ethniquement incorrects» aux yeux de certains, ils ont pourtant une histoire de vie, un héritage culturel, une réalité sociale qui leur donne, en tant que groupe, une place méconnue mais bien réelle au sein de l'univers tsigane. Faut-il attendre que leur histoire soit millénaire pour qu'ils soient considérés au même titre que les autres groupes tsiganes?

Si le concept même de tsiganité est aujourd'hui contesté, le tsigane n'est par contre pas un personnage «[...] de nature floue et incertaine qu'une absence de définition aurait pu faire craindre. Il se définit lui-même d'une façon très précise, qui n'est susceptible d'aucune mauvaise interprétation» (Liégeois 1976:250). Si les tsiganes se définissent avec autant de précision, pourquoi n'est-il pas laissé aux Yenish la liberté de se définir eux-mêmes? Nous le voyons, les enjeux dans le domaine de leur autodétermination et dans celui de leur reconnaissance en tant que minorité ethnique sont considérables. Ils dépassent de toute évidence les considérations purement scientifiques.

Maïté Michon a rédigé son mémoire de licence en sociologie sur les Yenish, sous la direction de Bernard Crettaz, conservateur au Musée d'ethnographie. Elle travaille actuellement au Département des affaires culturelles de la Ville de Genève.

Bibliographie

- DFJP – Département fédéral de justice et police 1983
 Les nomades en Suisse. Situation, problèmes, recommandations.
 Rapport de la commission d'étude mandatée par le DFJP
- Initiative parlementaire 1991
 Fondation «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses». Feuille fédérale 45/VI
- Liégeois, Jean-Pierre 1976
 «Utopie et mutation: l'exemple tsigane.» Dans: *Cahiers internationaux de sociologie* LXI
- Martinez, N. 1986
 Les Tsiganes. Paris: PUF
- Michon, Maïté 1993
 Les Yenish en Suisse: Approches et définitions. Mémoire de Licence en Sociologie, Université de Genève
- Zürcher-Bertber, Maria-Luisa 1989
 Nomades parmi les sédentaires. Berne: OFC – Office fédéral de la culture

Résumé

Les Yenish de Suisse forment une minorité. Mais les définitions sont nombreuses, parfois incohérentes, souvent contradictoires. Il y a, dans la perception des autorités, un déplacement très net de la problématique yenish à la problématique nomade. Dans la plupart des documents fédéraux, les nomades sont désignés comme minorité, culturelle ou ethnique. Or définir les nomades comme minorité est un non-sens. Le nomadisme n'a pas de réalité en soi; il est une pratique parmi d'autres propre à une collectivité. Il ne peut être appréhendé en dehors du groupe qui nomadise, c'est-à-dire, dans le cas qui nous intéresse, les Yenish. En outre, les nomades ne peuvent former une minorité culturelle, et a fortiori ethnique, dans la mesure où le mode de vie nomade n'a jamais suffi à définir une culture. Il existe à travers le monde des populations nomades qui n'ont culturellement rien à voir entre elles. On ne peut parler de la culture des nomades sans définir le groupe de population qui nomadise, parce que c'est ce groupe qui est porteur de culture. Reconnaître l'existence d'une minorité, qu'elle soit ethnique, culturelle ou sans attribut, suppose que l'on prenne comme référence le groupe d'appartenance, c'est-à-dire ici les Yenish. Et qui dit Yenish, dit nomades et sédentarisés. Or en fabriquant la minorité nomade, les autorités définissent la non-existence des sédentarisés et instituent une division au sein d'une même population.

Si les Yenish sont parfois désignés dans leur ensemble comme formant une minorité, ils constituent aux yeux des autorités plus une minorité culturelle qu'ethnique, dans la mesure où ils ne sont pas reconnus comme d'authentiques tsiganes – au même titre que les Rom ou les Sinti. Or le concept même de «tsiganité», lié à celui d'authenticité tsigane, est aujourd'hui contesté. Il n'existe pas en effet de critères pertinents pour définir avec précision ce qu'est le tsigane. Construire un idéal-type du tsigane relève souvent d'une vision folklorique qui ne peut rendre compte de la réalité première de la tsiganité: celle de la diversité. En outre, si les Yenish forment un groupe atypique au sein de l'univers tsigane, par la jeunesse de leur genèse (ils sont apparus en tant que communauté distincte à l'aube du

XVIII^e siècle), par leur origine européenne, par le côté moins spectaculaire de leurs coutumes, par leur physiognomie, ils n'ont jamais cessé d'évoluer en étroite relation avec ceux que l'on considère comme d'«authentiques» tsiganes. «Ethniquement incorrects» aux yeux de certains, ils ont pourtant une histoire de vie, un héritage et un vécu culturels, une réalité sociale qui leur donne, en tant que groupe, une place méconnue mais bien réelle au sein de la mosaïque tsigane. En définitif, pourquoi ne leur est-il pas simplement laissé un interstice dans lequel ils puissent eux-mêmes se définir?

Zusammenfassung

In der Schweiz bilden die Jenischen eine Minderheit. Doch deren Definitionen sind vielzählig, manchmal inkohärent, oft widersprüchlich.

Die Behörden unterscheiden klar zwischen dem Problem der Jenischen und dem Problem der Fahrenden. In den meisten Dokumenten der Bundesbehörden werden die Fahrenden als kulturelle oder ethnische Minderheit bezeichnet. Doch die Fahrenden als Minderheit zu definieren macht wenig Sinn. Nomadismus ist keine Realität an sich, es ist eine kollektive Praxis unter anderen, die nicht ohne Einbezug der nomadisierenden Gruppe verstanden werden kann. Fahrende können keine kulturelle oder ethnische Gruppe bilden, da eine nomadisierende Lebensweise allein keine Kultur definiert. Es gibt weltweit unzählige nomadisierende Bevölkerungsgruppen, die gar nichts miteinander gemein haben. Es ist also nötig, die Gruppe genauer zu definieren, in unserem Fall also, die Jenischen als die in Betracht zu ziehende Minderheit anzusehen, und zwar sowohl als Fahrende wie als Sesshafte. Indem die Behörden von einer Minderheit der Fahrenden sprechen, spalten sie ein und dieselbe Bevölkerung und verdammen die Sesshaften zur Nichtexistenz.

Werden die Jenischen als Minderheit bezeichnet, so doch eher als eine kulturelle denn als eine ethnische Minderheit in der Masse, als sie nicht als «echte» Zigeuner angesehen werden wie die Roma oder die Sinti. Andererseits ist das Konzept der «Zigeunerschaft» im Sinne eines Masses an Ursprünglichkeit oder einer Reihe von bindenden Kriterien heute umstritten. Idealtypische Konstruktionen basieren oft auf folkloristischen Visionen, die die einzige eigentliche Realität der Zigeuner verkennen: die Verschiedenheit. Die Jenischen bilden zwar eine atypische Gruppe unter den Zigeunern – durch ihre jüngere Entstehung (als eigenständige Gruppe treten sie erst seit dem 18. Jahrhundert auf), durch ihren europäischen Ursprung, durch ihre weniger spektakulären Bräuche, durch ihre Physiognomie – aber sie haben sich doch in enger Beziehung mit jenen entwickelt, die man als «echtere» Zigeuner ansieht. Betrachten sie einige als «ethnisch inkorrekt», so haben sie doch ihre Geschichte, ein gelebtes kulturelles Erbe, eine soziale Realität, die ihnen einen verkannten, aber sehr realen Platz im Puzzle des Zigeuneruniversums sichern.

Warum also lässt man ihnen nicht einfach einen Freiraum, in dem sie sich selber definieren können?



I cani abbaiano, la carovana passa – Dalla dissuasione al reciproco rispetto

ALEX PEDRAZZINI

«I cani abbaiano, la carovana passa»: questa espressione, a tutti nota, concentra, nell'immagine, realtà alle quali spesso si è stati confrontati. Si è scritto che i cani abbaiano più per invidia che per ostilità verso chi, adagio adagio, scompare all'orizzonte: non è escluso. Non si debbono però nemmeno mitizzare queste realtà. Al di là della poesia, del fascino colorato, delle note e delle danze, vi sono le difficoltà delle quotidianità, per i nomadi e per i sedentari che, intrisi di quell'ostilità che è propria della mancanza di reciproca conoscenza, si rendono vicendevolmente la convivenza insopportabile.

Ticino e nomadi nel passato: uomini contro

La presenza di carovane di zingari nel Cantone Ticino ha iniziato a manifestarsi nella prima metà degli anni '80 ed ha posto di fronte l'autorità cantonale, i comuni e la cittadinanza a nuovi problemi che, via via, si sono fatti sentire sempre più.

Per rispondere alla pressante richiesta della popolazione sedentaria, mossa anche da pregiudizi e leggende metropolitane che volevano gli zingari elemento di disordine e di aumento di criminalità, il Governo aveva creduto, in un primo tempo, di eliminare i disagi collegati con il passaggio delle carovane dei nomadi attuando la strategia della dissuasione. Si trattava in fondo di convincere «con le cattive» i nomadi a non più attraversare le nostre contrade: è la concretizzazione della politica della chiusura a riccio, per anni valore nel collettivo subconscio elvetico ed oggi però – questo è il mio parere – autolesionismo ottuso.

Nell'ambito di questa strategia del braccio di ferro si richiesero all'Amministrazione federale delle dogane controlli più severi nei posti di frontiera dei documenti d'identità personale e dei veicoli; si emanarono direttive d'intervento per la Polizia cantonale affinché si elevassero contravvenzioni per violazioni alla Legge sui campeggi, per attività lavorativa senza relativo permesso (commercio ambulante), si pianificò lo sgombero forzato, ecc... I provvedimenti di polizia quali il sequestro della merce posta illegalmente in vendita o, più in generale, l'opera di asfissiante controllo che aveva quale obiettivo primo quello di rendere il meno prolungato possibile lo stazionamento delle carovane dei nomadi, non diede i frutti sperati.

Tale politica – che in un primissimo tempo permise di ridimensionare il fenomeno – non risolse il problema dello stazionamento provvisorio delle caro-

vane di zingari al Sud delle Alpi: si ripropose anzi con maggiore intensità e frequenza. Il miglioramento della rete viaria ha infatti posto il Ticino sulla naturale via Nord-Sud trasformandolo in «punto d'attracco» non più soltanto durante i mesi estivi, ma da febbraio sino a fine settembre.

Ticino e nomadi ieri: tolleranza estorta

Ecco perché a partire dall'inizio degli anni '90 si è cercato di battere una nuova strada e di trovare, con la collaborazione dei comuni, terreni che potessero essere utilizzati quale sosta temporanea per le carovane. Gli enti locali non si sono evidentemente precipitati con valanghe di offerte: solo attraverso una logorante opera di convincimento che rasentava il «volontariato estorto», si è riusciti, sgomitando, a creare spazi più o meno adeguati.

Tra gli oppositori non figuravano infatti soltanto le autorità comunali, ma i più disparati gruppi, dall'Associazione calcistica che vedeva messa a repentaglio la pulizia del campo sportivo al WWF, che temeva per i biotopi; dall'Associazione cacciatori che non voleva fossero disturbati quei cespugli ove l'avifauna nidificava ai Club cinofili, i cui spazi d'attività potevano essere ridotti in stato pietoso dai nomadi; dalle Ferrovie federali, che non gradivano ci si avvicinasse con i campi di sosta ai binari, ai responsabili della sicurezza, che indicavano come inadatte le zone in prossimità dei fiumi. Vincendo queste opposizioni si è cercato di fare in modo che l'insediamento delle carovane – che comunque continuava ad essere vissuta come calamità – fosse tollerata, purché limitata nel tempo al minimo indispensabile.

Di volta in volta la durata corrispondeva in pratica a quella necessaria perché le voci di protesta divenissero insopportabili. Qualche giorno per le telefonate e gli scritti dei cittadini al Municipio, qualche giorno per la lettera ufficiale del Municipio alla Polizia cantonale ed al Dipartimento, qualche giorno per la risposta dell'autorità cantonale al Comune, qualche giorno di negoziato con gli zingari ed infine, giocati i prolungamenti, la carovana se ne andava, avendo ottenuto quei 10-15 giorni di permanenza che costituivano il suo obiettivo iniziale. Se ne andava però tra le lamentele di una popolazione che le era diventata ancora più ostile e che rimproverava all'autorità in generale di non aver dato prova della fermezza necessaria e di utilizzare due pesi e due

misure nell'applicazione della legge: severi all'eccesso con i sedentari, lassisti con i nomadi ai quali tutto sembrava permesso.

Si metteva, così facendo, la mano in un ingranaggio infernale: l'anno successivo infatti i terreni si costellavano di immensi macigni che impedivano l'accesso ai terreni delle caravanes degli zingari; la reazione della popolazione e dell'autorità locale poi era virulenta ed immediata appena vi erano avvisaglie di roulottes che scendevano da Nord; l'arrivo dei nomadi provocava timori esagerati che ricordavano, in una certa misura, lo sbarco dei turchi, secoli addietro, sulle coste italiane. Esagero, ma solo in parte: in alcune zone del Cantone si rasentava la vera e propria psicosi. Ciò anche perché il classico «da bocca a orecchio» ingigantiva le accuse rivolte «a questi diversi»: da ladri di galline si trasformavano così in rapitori di bambini. Le malefatte degli zingari erano poi descritte con dovizia di particolari tale che sembrava attestare la veridicità d'accuse che erano invece spesso frutto di proiezione dei propri fantasmi di paura.

Ticino e nomadi nel presente: rispetto reciproco

Nel corso degli anni 1996 e 1997 il Cantone Ticino ha tentato un salto di qualità nella problematica «zingari»: quel salto che permette di passare dalla semplice tolleranza al rispetto reciproco, dai pugni stretti alla stretta di mano. Per porre in atto questa strategia ci si è dovuti muovere su più fronti: innanzitutto si è trattato di riuscire a trovare Comuni disposti a tentare la esperienza. Ed ecco così Mendrisio, Rancate, Balerna, Novazzano, Gudo e Bellinzona, pronti ad accettare la sfida.

L'altro «punto d'appoggio» doveva essere costituito dalla disponibilità di una carovana di zingari ad essere coinvolta nell'esperimento. Abbiamo potuto contare sulla preziosa collaborazione fornitaci dal pastore May Bittel (membro della Commissione federale contro il razzismo) dalla sua famiglia e da numerose altre caravanes svizzere e francesi che, tra metà maggio e metà giugno hanno soggiornato al Sud delle Alpi. Pure importante l'impegno della Radgenossenschaft, rappresentata dal suo Presidente Robert Huber e dal suo Segretario Max Läubli. Terzo elemento: la collaborazione di varie autorità locali e di organismi ed associazioni che spalancassero le porte delle scuole, dei mercati cittadini, dei

nostri monumenti. Il ruolo della Commissione cantonale nomadi, creata dal Consiglio di Stato il 14 maggio 1996, è risultata determinante.

Si è così svolta l'operazione «rispetto reciproco». Nel corso dei mesi di maggio e di giugno, sono state tenute diverse serate informative con mostra fotografica e pubblico dibattito, dal titolo «Crescere e vivere nomade». Serate alle quali hanno partecipato rappresentanti degli zingari e rappresentanti della autorità cantonale. Parallelamente Sindaci, Municipali e Consiglieri comunali, sono stati invitati a visitare un accampamento che si è, per questo, insediato in località diverse: dapprima a Bellinzona, poi a Gudo ed infine a Balerna. Sotto una tenda, fianco a fianco con gli zingari, hanno potuto discutere liberamente sfatando quei miti negativi che troppo spesso

hanno costituito ipoteca pesante per i nomadi. Da parte loro i nomadi stessi hanno potuto avvicinarsi alle realtà locali grazie a visite accompagnate che li hanno condotti ad esempio ai Castelli di Bellinzona. Apprezzatissimo, in questo ambito, il loro gesto di solidarietà con il versamento di un'offerta finanziaria a vantaggio della ricostruzione di Santa Maria delle Grazie, di recente distrutta da un incendio; un modo concreto di dire «apprezziamo la vostra cultura, il vostro modo di vivere; vorremmo veramente che voi faceste altrettanto». Ben-

venuti, con la loro musica e con le loro attività artigianali, sono stati i Sinti anche al mercato cittadino di Bellinzona.

Il passo più importante tuttavia in vista di porre eccellenti basi di rispetto per il futuro, è quello che ha coinvolto le scuole. Il pastore May Bittel ha tenuto, presso le Scuole medie, incontri-dibattito con giovani entusiasti dell'esperienza. Anche i più piccoli, i bambini delle elementari, hanno potuto «toccar con mano» le realtà di questo popolo itinerante, recandosi al campo, scorrazzando tra le roulottes e consumando la merenda con i loro coetanei.

L'azione «rispetto reciproco» si è rivelata come straordinariamente positiva. La carovana di May Bittel ha potuto mostrare ai ticinesi che con i nomadi non solo si può convivere, ma che si può andare oltre e giungere ad apprezzare la loro presenza. Occorre però essere realisti e sottolineare come il livello di educazione e di rispetto delle cose altrui di questa carovana Sinti è sicuramente di gran lunga superiore a quello di altri zingari che hanno attraversato il nostro Cantone. Infatti, mentre portavamo avanti il

**L'arrivo dei nomadi
provocava timori
esagerati
che ricordavano,
lo sbarco
dei turchi.**



discorso di conoscenza reciproca e di rispetto vicendevole, un'altra carovana, proveniente dall'Italia, si è insediata dapprima nel Sottoceneri e poi negli stessi luoghi in precedenza occupati dai nomadi di May Bittel, a Galbisio (Bellinzona). Essi sono riusciti in tempi brevissimi – purtroppo – ad offuscare l'immagine positiva che si stava diffondendo nel Paese. Quegli stessi spazi d'accampamento che erano stati riconsegnati dalla prima carovana alle autorità locali in condizioni perfette, sono stati lordati in maniera indegna dai secondi. Inoltre, il modo con cui questo secondo gruppo provvedeva al proprio sostentamento, non poteva non creare problemi: con fare aggressivo «pretendevano» di leggere la mano, di vendere tappeti, di imporre – in pratica – la loro legge ai sedentari. Numerosissime a questo punto le lamentele ed anche i momenti di tensione con la polizia locale. Basti ricordare che uno dei nomadi, fermato per eccesso di velocità, dopo animata discussione con la polizia disse: «va bene, pagherò la multa. Poco male, perché recupererò i soldi con i furti». Alcuni negozi della regione hanno dovuto moltiplicare gli sforzi per la sorveglianza, aumentando il personale; ed addirittura – *dulcis in fundo* – due nomadi, un maggiorenne ed un minorenne, sono stati arrestati per tentata estorsione.

Anche da parte dei sedentari vi sono stati eccessi inammissibili. Il più grave: un colpo esplosivo probabilmente da un veicolo in corsa che ha attraversato una roulotte di questa carovana durante il suo soggiorno a Novazzano mettendo in grave pericolo la vita di più persone, tre le quali numerosi bambini.

Amarezze che non vanificano certo i nostri sforzi, che ci spingono anzi a perseverare nella convinzione che la strada è sì lunga e difficile, ma che è l'unica che ci può condurre a risultati positivi.

Cosa fare ancora, di più e meglio

L'esperienza di quest'estate ci ha confermato in alcune nostre certezze: la prima è che la conoscenza reciproca facilita la convivenza e che quindi è un compito dell'autorità politica favorirla, con scambi quali quelli che abbiamo promosso che avvicinino sedentari e nomadi.

La seconda è che il discorso, se bene impostato, viene accettato dalla stragrande maggioranza della popolazione e dalle autorità politiche locali. Basti ricordare – questo esempio è per me sintomatico – che dopo lo sparo di Novazzano e l'abbandono, da parte dei nomadi, di quel terreno, il Consiglio comunale, all'unanimità, non solo ha stigmatizzato l'atto di violenza, ma ha invitato addirittura i nomadi a tornare su quelle terre. Gli hanno fatto eco numerosi altri municipi e consigli comunali del Mendrisiotto. Una straordinaria lezione di rispetto e disponibilità. Non si deve però – colti dall'entusiasmo – prendere

le proprie speranze per delle realtà. Il cammino è ancora ostico come ha dimostrato l'indecente comportamento della seconda carovana dei nomadi. Il terzo insegnamento infatti è che se vi sono persone, tra i nomadi, pronte a fare sforzi notevoli per facilitare la convivenza, ve ne sono altre che non si vogliono adeguare alle realtà dei sedentari, provocando così malcontenti ed ostilità.

E' nostra intenzione, il prossimo anno, ripetere la esperienza del 1997. Ci avvicineremo proprio a quelle carovane di nomadi che si sono rivelate «scomode». Mostriamo la nostra disponibilità, ma anche la nostra fermezza, nel caso in cui non volessero sentir ragione. Se dovessimo essere costretti ad atteggiamenti meno accondiscendenti di quanto si sia fatto quest'anno, non si tratterà di razzismo; si tratterà invece di una linea dura che intende evitare che il comportamento scorretto di pochi squalifichi tutti, proprio nell'interesse della pacifica convivenza. Continueremo d'altra parte gli sforzi profusi per avere a disposizione nuovi terreni per l'insediamento provvisorio dei nomadi.

La strategia che abbiamo scelto è quella infatti di una rotazione e ciò per più ragioni. La prima è quella che il carico che continua malgrado tutto a costituire il passaggio delle carovane dei nomadi, sia ripartito su più comuni e non siano sempre gli abitanti degli stessi quartieri a vedersi imporre queste presenze. La seconda è quella di permettere a molti ticinesi – e non soltanto a poche decine – di constatare come il passaggio di queste carovane possa anche essere letto come occasione straordinaria d'arricchimento grazie ad una cultura diversa dalla nostra, ma che difende valori nei quali anche noi crediamo.

Vi sarà un'ulteriore tema che approfondiremo. Dal punto di vista delle leggi, è possibile avviare discorsi nuovi? Crediamo di sì. Le nostre leggi sono state tutte concepite – scrivo tutte – da sedentari per sedentari. Ed ecco che allora, nella cornice rigida di queste disposizioni, mal trovano spazio i fantasiosi colori di vita dei nomadi. Parallelamente quindi alla richiesta che formuliamo loro di adattarsi alle regole del nostro vivere, è necessario che tanto il legislatore cantonale quanto quello federale, analizzino con «occhio zingaro» le leggi in vigore e si chiedano se ed in che misura non sia opportuno prevedere norme particolari per chi ha scelto la vita nomade. Uno sforzo in questo senso è già in atto a livello svizzero per quanto concerne l'uniformizzazione delle regole sulla vendita ambulante.

I collaboratori del Dipartimento delle istituzioni che ho l'onore di dirigere hanno d'altra parte ricevuto il compito di analizzare quelle leggi cantonali con le quali gli zingari entrano «in rotta di collisione» nel loro quotidiano. Dovranno sottoporci poi eventuali modifiche che rendano meno conflittuale la convivenza. Vorrei – e credo sia il sogno di tanti – che in futuro il passaggio dei nomadi in Ticino non



sia più momento di tensione e di disordine, ma opportunità di festosa accoglienza. Molto dipende da noi. Altrettanto – diciamocelo – da loro.

Alex Pedrazzini è Consigliere di Stato e Direttore del Dipartimento delle istituzioni del Cantone Ticino e membro della Commissione federale contro il razzismo.

Riassunto

Il variopinto fascino dei nomadi viene spesso a scontrarsi con la grigia quotidianità: conflitti correnti con i sedentari legati in parte ad ostilità tra diversi, in parte a mancanza di rispetto per la cultura altrui.

L'autorità politica cantonale è da tempo stata confrontata a questo genere di problemi. Le sue risposte sono state di vario genere, nei luoghi e nei tempi. Al Sud delle Alpi, dopo una prima fase durante la quale si tentò, con una opera di costante disturbo, di dissuadere le carovane degli zingari dal passare attraverso le nostre contrade, ci si è do-



vuti arrendere ad un'evidenza: si trattava di una strategia sbagliata ed i problemi si riponevano, ogni anno, nello stesso identico modo.

Si passò allora ad una fase di «tolleranza estorta». Si cercava di limitare i danni legati alla presenza di queste carovane, di restringere al minimo indispensabile la loro permanenza, d'attendere in pratica — prima dell'intervento poliziesco — che la protesta popolare salisse di tono. Nemmeno questa ci pare, con il giudizio di oggi, una buona strada. L'anno seguente infatti si aveva a che fare con una popolazione sedentaria «prevenuta», che metteva le mani innanzi e respingeva, sintanto che le era possibile, le carovane che intendevano di insediarsi nel loro comprensorio.

Nel 1997 il Ticino ha voluto tentare una nuova esperienza effettuando uno sforzo particolare per incentivare la conoscenza reciproca ed il rispetto. L'operazione è stata coronata da sicuro successo nella misura in cui sedentari e nomadi hanno potuto, assieme, sfatare alcuni miti negativi e porre le basi per un diverso approccio della diversità. Serate informative, visite al campo nomadi, discussioni con le autorità locali, dibattiti nelle scuole, allievi delle elementari ticinesi che si intrattenevano con i loro piccoli coetanei tra le roulotte: un'esperienza entusiasmante.

Non si deve però mitizzare: se quanto vissuto con una carovana Sinti rappresenta ciò che di meglio si possa immaginare, nel contempo la presenza di un'altra carovana, proveniente da Sud, ci ha dimostrato come il livello d'educazione e di disponibilità ad adeguarsi a certe regole minime sia estremamente diverso tra nomade e nomade. La cosa non sorprende perché si può sostenere la stessa identica riflessione riferendoci ai sedentari. Sta di fatto però che in pochi giorni quell'immagine positiva che stava attraversando il Cantone Ticino è stata gravemente pregiudicata da comportamenti inqualificabili (comprendente anche reati penali) tenuti da alcuni zingari. Nel contempo — giunto il momento dell'eccesso — di nuovo abbiamo dovuto registrare un atto criminale nei loro confronti: un colpo esplosivo verso una roulotte occupata in quel momento da parecchi bambini.

Di che scoraggiarsi? Crediamo veramente di no. Anzi: eccellenti ragioni per moltiplicare gli sforzi. Riproponendo, il prossimo anno, un'esperienza analoga. Accogliendo, con contatto più diretto, anche quelle carovane che sembrano «a rischio». Raddoppiando l'impegno per identificare nuove aree di sosta. Spiegando a chi, nomade, giunge in Ticino, che egli è il benvenuto. Aggiungendo però che questi segni di disponibilità non devono essere vissuti come manifestazione di debolezza. Chi esagera e tenta di imporre le sue regole, si troverà di fronte ad autorità intransigente.

L'ultimo importante settore che intendiamo affrontare nei mesi a venire, tocca la legislazione cantonale. Norme create da sedentari per sedentari, spesso mal si adattano a chi ha scelto la vita nomade. Un'analisi di dettaglio dovrà indicare se e quali spazi esistano per creare, all'interno delle leggi, disposizioni riservate a chi non ha fatto della sedentarietà il suo modo di vita. Anche questa è tolleranza. Anche questo è rispetto. Una via lungo la quale dobbiamo procedere assieme, noi ed i nomadi.

Zusammenfassung

Der Faszination, die fahrende Zigeuner auslösen, steht oft der graue Alltag gegenüber: Konflikte mit den Sesshaften. Diese beruhen einerseits auf dem Argwohn gegenüber allem Fremden, andererseits auf dem fehlenden gegenseitigen Respekt für die Kultur der anderen.

Die Tessiner Behörden haben im Laufe der Zeit unterschiedliche Wege gesucht, um solche Probleme zu lösen. Zu Beginn versuchte man, durch kontinuierliche Störaktionen den Zigeunern den Aufenthalt zu vergraulen. Doch Jahr für Jahr wiederholten sich die gleichen Konflikte.

Eine zweite Phase der «erzwungenen Toleranz» folgte. Man versuchte auf der einen Seite die Intervention der Polizeikräfte so lange zu verzögern, bis Proteste laut wurden, auf der anderen Seite durch Reduktion der Anwesenheit einer Karawane auf ein Minimum, den Schaden zu begrenzen. Doch auch dieser Weg wurde impraktikabel, da die einheimische Bevölkerung, durch diese Strategie gewarnt, im folgenden Jahr jeglichen Aufenthalt von Beginn weg zu verhindern suchte.

1977 hat man im Tessin einen völlig neuen Zugang gesucht und sich bemüht, den gegenseitigen Respekt zu fördern. Die Initiative war in dem Masse erfolgreich, in dem Fahrende und Sesshafte gegenseitig negative Vorurteile abbauen und einen neuen Zugang zur Frage der «Verschiedenheit» suchen konnten. Informationsabende, Besuche (auch von Schulklassen) bei den Zigeunern, Diskussionsrunden mit lokalen Behörden und in den Schulen waren eine faszinierende Erfahrung.

Leider darf man nicht nur die positiven Seiten sehen. Während mit einer Karawane von Sinti solche Erfahrungen möglich waren, haben andere durch ihr unangepasstes und provokatives Verhalten gezeigt, wie unterschiedlich Fahrende untereinander sind. Das erstaunt weiter nicht, ist es doch auch unter Sesshaften so, doch das sich gerade im Aufbau befindende positive Bild wurde dadurch schwer beeinträchtigt. Es muss auch erwähnt werden, dass in dieser Zeit leider auch ein Attentat gegen Zigeuner verübt wurde. Muss man sich entmutigen lassen? Wir glauben nein! Im Gegenteil, es ist ein Grund, die Bemühungen zu intensivieren. Im nächsten Jahr sollen die Erfahrungen wiederholt und gezielt eher «riskante» Gruppen in den direkten Dialog einbezogen werden. Neue Durchgangsplätze müssen gesucht werden. Fahrende sollen im Tessin ausdrücklich willkommen geheissen, doch gleichzeitig darauf hingewiesen werden, dass diese Verfügbarkeit nicht als Schwäche missverstanden werden soll: Wer sich nicht an die Regeln hält, werde auf hart durchgreifende Behörden stossen.

Ein weiteres wichtiges Problem, das wir in den nächsten Monaten anpacken werden, betrifft die kantonale Rechtsprechung. Regeln und Normen, die Sesshafte für Sesshafte festlegen, eignen sich oft wenig für Fahrende. Eine genaue Analyse soll aufzeigen, inwiefern es möglich ist, innerhalb des gesetzlichen Rahmens spezielle Bestimmungen für Fahrende zu erlassen. Auch das ist Toleranz, auch das ist Respekt.

Es ist ein langer Weg, den wir gemeinsam gehen müssen, wir und die Fahrenden.



Vom «Anti-Nomadismus» zur lebendigen Zusammenarbeit – Erwartungen und Hoffnungen einer Minderheit

SERGIUS GOLOWIN

Der Autor, ein langjähriger Freund der Zigeuner, erinnert an das Leid, das die «Sesshaften» den «Fahrenden» angetan haben. Er schlägt konkrete Massnahmen vor, die sesshaften wie fahrenden Schweizern und Schweizerinnen zugute kommen würden.

Der «Anti-Nomadismus» führte unser Land zwar nicht, wie fast das ganze übrige Europa, das sich unter der direkten Macht des Faschismus befand, zu Konzentrationslagern. Er löste aber 1926–1973 eine Unzahl von scheusslichen Menschenjagden aus, die nicht nur durch mündliche Zeugnisse belegt sind. Sie wurden ausgeheckt von Schreibtischtätern, deren ganze entsprechende «Bildung» aus den Werken des «wissenschaftlichen» Rassismus bestand. Ausgeführt wurden sie durch arme Polizisten und einfache Beamte, die wir eigentlich ebenfalls als Opfer ansehen müssen, da sie Befehle auszuführen hatten, die dann teilweise schwer auf ihrem eigenen Bewusstsein lasteten.

Belege suchen müssen wir für diese «Massnahmen» schon darum keine, weil Dr. Siegfried und seine Gesinnungsgenossen in ihren öffentlichen Schriften (nach denen an etlichen Orten die Schüler bis 1973 über solche Zustände «unterrichtet» wurden ...) sich ihrer rühmten! Nur ein Beispiel:

«Da wird z.B. ein mit acht Kindern im Walde hausender Markus in der Gegend von Wil gesichtet. Wir sind im Besitz der nötigen Informationen und gelangen sofort an die Vormundschaftsbehörde der zuständigen sanktgallischen Wohn-gemeinde. Man nimmt die Sache rasch, vielleicht innerhalb von zwei Wochen, an die Hand und zitiert die der Vernachlässigung an-

geklagten Eltern. Doch sind diese inzwischen tausend Schritte weitergezogen und haben ihre Zelte im Thurgauischen aufgeschlagen. (...) Also geht die Prozedur von vorne an; inzwischen hat aber die Familie Markus auch Wind davon bekommen, dass sich über ihrem Haupt ein Gewitter zusammenzieht. Nun wird der «Trabi» vor das Wägelein gespannt und Mann und Maus ziehen in Eilmärschen nach dem Süden. (...) Es geht vielleicht ein halbes Jahr, bis wir sie in Biasca oder Claro wieder ausfindig machen. Dort will es ihr Unglück, dass die Tessiner Polizei wieder einmal eine kleine Säuberung in die Wege leitet und ausserkantonale «Zingari» (...) kurzerhand in die Heimatgemeinde zurückführen lässt. Nun sind sie endlich auch für uns am rechten Ort, denn dort hat man ein Interesse daran, nicht zuzuwarten, bis sämtliche Kinder verwahrlost sind, und so wird endlich der längst fällige Entscheid über den Entzug der elterlichen Gewalt gefasst.»

**Es
darf keine
Gleichung zwischen
Sesshaftigkeit
und Kultur mehr geben.**

Eine Kultur fast zerstört

Die Theorie, die hinter dieser Hetze stand, lautete: «Wer die Vagantität erfolgreich bekämpfen will, muss versuchen, den Verband des fahrenden Volkes zu sprengen. Er muss, so hart es klingen mag, die Familie auseinanderzureissen versuchen. Einen anderen Weg gibt es nicht.» (Mitteilungen des Hilfswerks der Kinder der Landstrasse, Zürich 1943/28:4).

Wir reden heute von 600 Jenischen, die nachgewiesenermassen in diesen dunklen Jahren ihren Familien weggenommen wurden und darum entschädigt werden müssen. Doch die Zahl der Menschen, deren Familien und damit deren Jugend durch den unmenschlichen Druck der Verleumdungen und Verfolgungen zerstört wurden, muss das mehrfache davon betragen. Die Fahrenden konnten anlässlich der grossen Zigeunertagung von Chandigarh, zu der 1983 auch die Jenischen von der indischen Regierung eingeladen wurden, feststellen: «Selbstverständlich haben Tausende von Fahrenden «freiwillig» versucht, sich zu integrieren, um dieses Schicksal [der Kinderwegnahmen und ähnlicher Zwangsmassnahmen] nicht zu erleiden.» Die Erklärung der schweizerischen Jenischen am 3.

Welt-Roma-Kongress von Göttingen über diese Zwangs-Sesshaften lautet: «Diese Gruppe hat den grössten Prozentsatz von unglücklichen Menschen, von kaputten Ehen, von Kindern in Generationskonflikt, von Alkoholikern, Pillensüchtigen.» («Pogrom» 1981 13/84:16).

Verlust einer grossen Überlieferung

Das Schicksal dieser «integrierten» Nachkommen von Fahrenden, von eidgenössischen Kommissionen auf 30–40 000 geschätzt, ist teilweise grauenhaft. Da war einmal die fast unbestrittene Meinung, die sie, Integration hin oder her, für minderwertig erklärte. Dr. Alfred Siegfried war auf der Grundlage der «Forschungen», wie denen von Dr. R. Ritter, überzeugt, es gebe bei den Jenischen und verwandten Volksgruppen die «kaum zu bestreiten- den erbbiologischen Komponenten mit als Ursache der durchwegs festzustellenden untermittelmässigen Intelligenz» (Kinder der Landstrasse, Zürich 1964:34).



Erst neuerdings gibt es die Möglichkeit, dass sich auch die Sesshaften ein Bild des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Drucks machen können, die das Leben von einem Teil der Bevölkerung unseres Landes in eine Hölle verwandelten.

Über die Zustände ihrer Familie, die sich ausgerechnet in den Jahrzehnten des schweizerischen «Wirtschaftsbooms» zu integrieren versuchte, schrieb kürzlich Jeanette Nussbaumer, «Die Kellerkinder von Nivagl» (Basel 1995): «Zusammengehalten wird die Familie, die ihre eigene Kultur verloren und keinen Zugang zur sesshaften Zivilisation gefunden hat, bezeichnenderweise vom Grossvater, dem Neni, der noch getreu seinen «fahrenden» Wurzeln sein Geschirr in den umliegenden Dörfern verkauft: Solche Geschichten über das Elend und den Verlust der eigenen Überlieferung könnte man zweifellos von den meisten der erwähnten 30–40 000 Mitbürger zusammenstellen.»

Eine lange Erwartung

Es ist keine Frage: Das «fahrende» Dasein muss jeden Schatten des «Kriminellen» und «Asozialen» verlieren. Hunderte von Vorschriften, die ohne das Wissen und die Beteiligung der Nomaden erlassen wurden, erwarten ihre zeitgemässe Abänderung: Ich erwähne hier nur die Wiederherstellung der Stand- und Durchgangsplätze, die den Jenischen einst durch Gewohnheitsrecht zustanden, die sie aber während der Vorherrschaft der rassistischen Theorien fast überall verloren.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Streichung all der chaotischen Vorschriften, nach Gemeinden und Kantonen verschieden, die den Handel und das Gewerbe der Fahrenden unendlich erschweren. Unbestritten haben sie nicht nur die Tätigkeit der traditionell «hausierenden» Familien unnötig durch eine beschränkte Bürokratie erschwert, sondern auch viele der künstlerischen Tätigkeiten des Volkes zum Erliegen gebracht und durch solche Engherzigkeit der Volkskultur unseres Landes einen Todesstoss gegeben. Opfer mussten besonders die Fahrenden werden, denn, man darf nicht vergessen, um die notwendigen Bewilligungen zu erhalten, mussten die Gesuchsteller einen «sauberen» Leumund vorweisen: Bis 1973 war aber ein entsprechendes Zeugnis für einen «einheimischen Zigeuner» kaum zu kriegen, da seine «asoziale» Lebensweise ihn ständig mit dem Gesetz in Konflikt brachte.

Sehr wichtig scheint vielen Jenischen die Änderung all der Vorschriften, die den Kindern der Fahrenden ein Hineinwachsen in die beruflichen Traditionen ihrer Eltern und Grosseltern erschwert. Die Möglichkeit des Anhörens der Erfahrungen der «Alten», und selbstverständlich auch das tägliche Miterleben der Praxis, ist nicht weniger wichtig als der vorgeschriebene einheitliche Schulunterricht.

Zu einer gemeinsamen Zukunft

Für die friedliche Eingliederung der 30–40 000 Mitbürger, die heute wurzellos zwischen den «echten Fahrenden» und den «echten» Sesshaften stehen, braucht es natürlich ganz andere Massnahmen, die wir hier noch nicht vollkommen übersehen können. Vielleicht muss sich mit den Folgen der wohl jedesmal einzigartigen Schicksale eine besondere Kommission befassen. Sie muss Verständnis für ein fast zerstörtes kleines Volk besitzen und sollte auch nicht unter einem «politischen» Zeitdruck stehen. Bringt dieser Brückenbau über die teilweise künstliche Schlucht zwischen den Sesshaften und den Nomaden nichts fertig, ist dies ein schlechtes Vorzeichen für die nahe Zukunft.

Zum Entgegenkommen der Mehrheit gegenüber dieser «Zigeunermischlingspopulation» (auch dieser Ausdruck wurde von Dr. Siegfried verwendet!) gehört z. B.:

- Die endgültige Entfernung der negativen Stimmen zur Nomadenherkunft aus dem Schulunterricht aller Stufen. Es darf keine Gleichung zwischen Sesshaftigkeit und Kultur mehr geben. Es muss gezeigt werden, dass ohne Warenverbreitung und Unterhaltung durch die Fahrenden unserem Land in seiner Vergangenheit viel von seiner Farbe gefehlt hätte.
 - Regelmässiger Einbezug der Kultur der Jenischen in den Massenmedien, also nicht nur die seltenen Diskussionen über deren Existenzberechtigung: Ich erinnere nur an die Musik der Fahrenden, von der man noch in Graubünden, Appenzell, Berner Oberland usw. einiges weiss.
 - Genau gleich sollte in den Heimatmuseen, Weltausstellungen usw., die schliesslich auch die Nachkommen der fahrenden Volksgruppen mit ihren Steuerbeiträgen unterstützen, auch auf die künstlerischen und anderen Leistungen der Minderheit hingewiesen werden: Das faschistoide Märchen von unserem Land als dem «der anständigen sesshaften Bürger und Bauern» muss endlich begraben werden.
 - Die «Proletarisierung» der Nachkommen der Fahrenden, die durch Zwangsmassnahmen halbwegs sesshaft gemacht wurden, muss ihr Ende finden. Der Stolz auf die eigene Kultur ist ein Menschenrecht. In der Ausbildung zum Handwerk, an Kunst-, Musik-, Tanzschulen müssen auch die Leistungen der «Randgruppen» berücksichtigt werden. Wahrscheinlich leben wir sonst in der letzten Generation, in der man Lehrer finden kann, die aus persönlicher Erfahrung um solche Dinge wissen.
- Alle diese Versuche, die unterdrückten schöpferischen Kräfte der Minderheiten neu zu beleben, dürfen auf keinen Fall als «Gnade gegenüber den Aussenseitern» angesehen werden. Wir alle brauchen diese Kräfte, um gemeinsam die anstehenden Aufgaben der nahen Zukunft zu lösen.

Sergius Golowin ist Schriftsteller. Er ist in Prag staatenlos geboren und hat von schweizerischer und osteuropäischer Seite her Beziehung zur Nomadenkultur.

und Ausstellungen dargestellt werden; das noch vorhandene Wissen der Alten muss gerettet werden.

Zusammenfassung

Golowin erinnert an das Leid, das die «Sesshaften» den «Fabrenden» angetan haben. Hunderte wurden als Kinder ihren Familien entrissen. Zehntausende versuchten aus Angst vor diesen Verfolgungen, «sesshaft» zu werden. Die Folgen sind unglückliche Menschen, kaputte Ehen, Alkoholismus, Pillensucht.

Der Autor schlägt konkrete Massnahmen vor, die sesshaften wie fabrenden Schweizern und Schweizerinnen zugute kommen würden: Fabrende Lebensweise darf nicht mehr als «asozial» verstanden werden; der Beitrag der Fabrenden an die schweizerische Kultur muss als ein wichtiger Bestandteil in Schulen, in den Massenmedien, in Museen

Résumé

Golowin rappelle les souffrances que les «sédentaires» ont infligées aux «nomades». Des centaines d'enfants ont été arrachés à leur famille, des dizaines de milliers de personnes ont cherché à devenir «sédentaires» pour échapper à ces persécutions. Il en est résulté des gens malheureux, des mariages détruits, l'alcoolisme, la dépendance de médicaments.

L'auteur propose des mesures concrètes dont tous, en Suisse, sédentaires et itinérants, bénéficieraient: il ne faut plus que le «voyage» soit considéré comme asocial; la contribution des Gens du voyage à la culture suisse doit être présentée comme précieuse dans les écoles, les médias, les musées et les expositions; et il faut sauver le savoir qui subsiste chez les anciens.





Porträt einer Jenischen – «Ich bin eine Einzelgängerin geworden»

MARIA ROSELLI

Wenn Vreni M. von ihrer Kindheit erzählt, vergisst sie die Zeit. Es ist, wie wenn sie wieder mitten drin wäre. Mitten drin in diesem Alptraum, in diesem Wirrwarr von Institutionen, Pflegeeltern und Behörden, die ihr das Leben, so sagt die 58jährige jenische Frau, kaputtgemacht haben.*

Eigentlich hatte ich den Auftrag erhalten, das Porträt einer jenischen Frau zu schreiben; zentral sollte dabei der Aspekt des heutigen Alltags sein. Doch es kam anders: Zum einen, weil heute immer weniger Jenische das ganze Jahr durch im Wohnwagen unterwegs sind. Zum anderen, weil für viele Jenische, insbesondere für die Opfer der Aktion «Kinder der Landstrasse», die noch immer unverarbeitete Vergangenheit ihren heutigen Alltag prägt. Dies merkte ich schon beim ersten Kontakt mit Vreni M. Sie begann sofort von ihrer Jugend zu erzählen, von jenem Morgen, als der grosse Pferdeschlitten kam, um sie von ihrer Mutter wegzubringen. Und natürlich erzählte sie von ihren beiden Söhnen, die auch in ein Heim kamen.

Die Vergangenheit überschattet ihren heutigen Alltag, sie prägt ihr Leben, gestaltet das Verhältnis zu ihren Söhnen, bestimmt ihren Wunsch nach einem ruhigen Leben als Einzelgängerin. Daher hat auch im Porträt die Jugendzeit der Vreni M. eine zentrale Stellung eingenommen, ihr jetziger Alltag ist dabei ein wenig in den Hintergrund getreten.

«Ich bin, wie viele Jenische in der Schweiz, in Obervaz/GR geboren. Als ich acht war, hatte mein Vater einen tödlichen Unfall. Die von der Pro Juventute haben uns an einem kalten Wintermorgen geholt, sie kamen mit einem Pferdeschlitten, es hatte in jener Nacht geschneit. Sie nahmen uns alle acht mit. Mein jüngster Bruder war damals erst drei Monate alt, er wurde einem der älteren in den Schoß gegeben. Meine Mutter stand vor der Haustür und weinte. Sie konnte nichts tun. Sie hatte kein Geld für uns Kinder, sie wurde von der Gemeinde nicht unterstützt, und auch das Geld, das sie für den Unfall meines Vaters hätte bekommen sollen, hat die Gemeinde ihr genommen.

Wir kamen nach Rothenhausen bei Emmen/LU ins Kinderheim. Dort konnte sie uns einmal im Monat besuchen. Aber das Geld reichte nicht jeden Monat.

In Rothenhausen mussten wir am Freitag immer baden und wie im Militär in einer Reihe stehen. Da haben wir die Unterhosen vorzeigen müssen, auf der einen Seite der Reihe stand die Nonne mit einer Rute und auf der anderen der Pfarrer. Als Kind hat man vielleicht das Füdli nicht immer gut geputzt, es hatte manchmal noch Spuren. Da hat dir der Pfarrer Tazzen gegeben, und wenn du die Hände zurückgezogen hast, hat sie die Nonne festgehalten, damit er besser schlagen konnte. Heute würde ich denken:

Die haben doch den Genuss daran gehabt, denen ist es doch gerade gekommen, wo sie das gemacht haben!

Ich weiss, dass das harte Worte sind, aber es ist so gewesen. Einmal hat es dann der Arzt erfahren und hat dem Pfarrer gesagt: Vreni M. darfst du doch keine Tazzen geben, sonst wird sie noch ganz konfus! Das war alles psychisch, die haben uns so kaputtgemacht!

Mit 14 kam ich dann zu den ersten Pflegeeltern, einer Bauernfamilie in Endingen/AG. Bei den Steigmeiers musste ich um 5 Uhr morgens aufstehen, betten, Hühner misten, grasen. Hintendurch hat sich der Bauer noch an mir vergriffen, einfach mit den Händen; das war eine Wildsau. Wenn ich abends Holz im Keller holen musste, ist er mir nachgeschlichen und hat gefingerlt. Da habe ich mich eines Tages entschlossen, zu meiner Mutter zu flüchten nach Trogen. Ich bin mit dem Taxi bis nach St. Gallen gefahren, doch dort hatte ich dann kein Geld, um die Fahrt zu bezahlen. So hat mich der Chauffeur zur nächsten Polizeistation gebracht, statt zu meiner Mutter. Und die Polizei hat mich einfach wieder zum Bauer nach Endingen abgeschoben. Der Bäuerin konnte ich nichts sagen, die hätte mir nicht geglaubt und hätte mich geschlagen.

Nachdem ich wieder zurück war, sagten sie plötzlich, ich sei nicht ganz normal. Sie konnten einfach nicht verstehen, warum ich nicht bei diesem Bauern bleiben wollte. So haben sie mich zu den Spinnern getan, in die Irrenanstalt Waldhaus in Chur. Spinner ist vielleicht nicht das richtige Wort, doch es war schrecklich; ich war immer mit diesen Leuten zusammen, die den ganzen Tag gesponnen haben. Ich rede, wie ich denke. Ich kann das nicht verschönern. Zum Glück musste ich nicht lange in dieser Anstalt bleiben. Ein Arzt hat mir geholfen, wieder wegzukommen. Er sagte, ich sei normal.»

Ihre Erzählung unterbricht Vreni M. nur, um sich alle zehn Minuten eine Zigarette anzuzünden. Drei Päckchen verschiedener Marken liegen auf dem weissen Marmortischchen in der Stube ihrer 3-Zimmer-Wohnung. Sie kann das Rauchen einfach nicht lassen, ab und zu steht sie auf und öffnet die Balkontür. Doch schon wenige Minuten später schliesst sie sie wieder. Es ist zu laut. Gleich hinter ihrem Wohnblock wird die neue Haftanstalt von Kriens gebaut, dazu kommt der Fahrlärm der nahegelegenen Autobahn Zürich–Luzern.

«Viele von uns Jenischen haben es mit den Nerven. Es musste ja so kommen.

Nach den Steigmeiers kam ich zu einer anderen Pflegefamilie. Der Mann war ein Versicherungsvertreter, doch auch er hat mir nachgestellt. So war ich bei vielen Pflegefamilien. Sie schickten mich von der Pro Juventute aus, wenn sich eine Familie bei ihnen meldete, die eine Hilfe im Haushalt brauchte.



Ich wurde von Familie zu Familie verschupft, bis ich mit 27 in Bettlach bei Solothurn in einer Uhrenfabrik arbeiten konnte. Dort lernte ich meinen Mann kennen. Willi D. heisst er. Er war ein netter Kerl. Als ich ihm erzählte, dass ich in einem Mädchenheim wohne, sagte er, ich soll zu ihm ziehen. Das habe ich denn auch getan. Doch mein Vormund, Dr. Siegfried aus Zürich, wollte mich nicht heiraten lassen. Er sagte, das ginge nur, wenn ich schwanger wäre. So machten wir das Kind. Es war eine Zwangschwangerschaft, um meinen Vormund loszuwerden. Es ist schon himmeltraurig, wenn man so etwas tun muss. Als ich dann wirklich schwanger war, glaubte mir es Siegfried nicht. Er schickte mich zu einem Frauenarzt, um sicher zu sein. Erst dann bekam ich die Erlaubnis zur Heirat.

Heute freue ich mich natürlich über Marco, er ist ein guter Sohn. Jetzt ist er schon dreissig. Er kommt mich oft mit seiner Frau und den Kindern besuchen. Mit der Familie meines Mannes hatte ich hingegen nie Kontakt. Wir sind acht Jahre zusammengeblieben, dann habe ich mich scheiden lassen. Willi und ich passten nicht zueinander. Er arbeitete den ganzen Tag auf dem Bau als Hilfsarbeiter, und ich ging hausieren, das ging irgendwie nicht. Mein Ex-Mann ist jetzt 60, ich sehe ihn hin und wieder noch. Er wohnt in Emmenbrücke. Ich komme gut mit ihm aus, aber ich will nichts mehr mit ihm anfangen.

Mein zweiter Sohn, Franco, kam kurz nach der Scheidung. Er ist von einem Italiener. Doch der hat sich immer gedrückt, die Alimente zu bezahlen. Wenn ich an diesen Mann denke, werde ich ganz nervös. Er hat immer abgestritten, der Vater zu sein, dabei gleicht Franco ihm doch aufs Haar. So musste halt Willi für Franco die Alimente bezahlen, weil er zu spät die Vaterschaft abgestritten hat. Für Kinder, die bis zu 300 Tage nach der Scheidung auf die Welt kommen, muss der Ehemann aufkommen, wenn er nicht rechtzeitig reagiert. So stand ich nach der Scheidung alleine mit zwei Kindern da.»

An die Zeit, als ihre Söhne klein waren, denkt Vreni M. nicht gerne zurück. Beim Interviewtermin hat sie die Kinderjahre von Marco und Franco gleich gänzlich aus ihrer Erzählung ausgelassen. Erst einige Tage später fasste sie Mut und wollte weiter erzählen.

«Ich wohnte damals in einer stickigen Wohnung in Luzern, es hatte dort Mäuse und Ratten. Ich habe vom Hausieren gelebt. Habe die Sachen en gros gekauft und dann von Haustür zu Haustür wieder verkauft. Damals hat man noch mit Schubdübeln, Mottenkugeln, Rüstmessern, Gummibändern hausiert. Wir nannten es Kurzwaren. Ich kaufte bei einem Grossisten ein; er hiess Setz.

Und mit dieser Ware ging ich dann von Haus zu Haus. Damals reagierten die Leute noch gut, sicher besser als jetzt. Doch vom Hausieren allein konnte ich nicht leben, so wurde ich von der Gemeinde Luzern finanziell unterstützt. Sie haben mir die Wohnung bezahlt. Da haben sie mir ein blaues Büchlein gegeben, darauf stand: Einnahmen – Ausgaben. Jeden Monat musste man damit auf der Gemeinde das Geld holen. Sie haben es dir nicht auf die Bank geschickt, wir mussten persönlich gehen. Da musstest du jeden Cervelat, jede Strumpfhose, jede Seife aufschreiben. Dann

habe ich einmal die Zigaretten aufgeschrieben. Ich habe mir gedacht, jetzt probiere ich es. Es war so ein dicker Beamter in der Gemeinde. Der hat gesagt: Zigaretten sind Luxus. Da habe ich ihm geantwortet: Das glaube ich, dass das Luxus ist. Aber schauen sie doch mal ihren dicken Bauch an, das ist auch Luxus. Sie fressen Koteletts, und ich muss da Cervelats aufschreiben, he! Immer wieder wurde ich schikaniert. Aber richtig schlimm wurde es, als sie mir meine Söhne in ein Heim steckten. Den anderen Jenischen habe ich immer gesagt, ich hätte die Kinder selbst ins Heim getan. Ich konnte einfach nicht darüber sprechen.

In der 1. Klasse hatte Marco Probleme in der Schule; er kam nicht so mit. Da haben sie mir gesagt, er müsse in ein Heim. Das sei für ihn besser so. Doch ich wollte das nicht. Aber sie haben einfach gesagt, er müsse jetzt gehen. Ich durfte ihn alle zwei Wochen besuchen, das hat mir nicht genügt, ich wollte meinen Sohn bei mir. Dann habe ich gesagt, wenn er schon hier sein muss, will ich ihn jede Woche besuchen. Er musste im Heim bleiben, bis er die Schule beendet hatte.

Franco haben sie mir auch weggenommen. Sie kamen ins Spital, als er geboren war. Ich hatte einen Kaiserschnitt, ich dachte, jetzt stirbt der mir. Er war nur 1,4 Kilogramm schwer. Sie wollten, dass ich ihn zur Adoption freigebe. «Ich gebe meinen Sohn nicht weg», habe ich ihnen gesagt. Tagsüber brachte ich ihn in die Kinderkrippe. Eine Leiterin, die dort arbeitete, hat immer gemotzt. Es ist vielleicht vorgekommen, dass Franco auf dem Weg von zu Hause bis in die Krippe in die Hose machte, und die Frau warf

mir vor, ich würde mein Kind nicht sauberhalten. Da haben sie ihn mir, als er 2½ war, weggenommen (1979). Ich durfte ihn im Kinderheim nur einmal im Monat besuchen. Auch Franco musste fast die ganze Schulzeit dortbleiben.

Meine Kinder waren schon zwei arme Tröpfli, das sind schon psychische Belastungen. So etwas vergisst man nie. Der Ältere sagt manchmal: Weissst du, Mama, man merkt es schon, dass ich im Heim gewesen bin. Das ist eben so. Doch was hätte ich tun sollen?»

Seit zwei Jahren lebt Vreni M. in einem Wohnhaus an der Stadtgrenze von Luzern. Früher hat sie zeitweise in einem Wohnwagen gelebt. Aber das geht heute nicht mehr, vor allem seit sie eine schwere Rückenoperation hinter sich hat. Den Rücken habe sie sich als Kind bei den Bauern kaputtgemacht, sagt Frau M.

Das Leben ist an Vreni M. aber auch sonst nicht spurlos vorbeigegangen. Schon vor 20 Jahren atte-

Eigentlich würde ich gerne in einem Wohnwagen leben, aber dann bekomme ich keine Ergänzungsleistungen.



stierte ihr ein Arzt die Invalidität; sie sei psychisch angeschlagen und deshalb arbeitsunfähig. Heute lebt die jenische Frau, die immer wieder mit starken Depressionen kämpfen muss, von der Invalidenrente und den Ergänzungsleistungen. Insgesamt bekommt sie 2500 Franken, davon braucht sie allein für die Miete 1300 Franken.

«Zum Leben bleibt nicht viel, denn ich muss ja auch noch Telefon, Elektrizität, Krankenkasse usw. bezahlen. Manchmal denke ich, es wäre schon schön, wenn ich wenigstens einmal in die Ferien fahren könnte. Ich war in meinem ganzen Leben nie in den Ferien.

Eigentlich würde ich gerne in einem Wohnwagen leben, aber das geht mit dem Rücken nicht, und dazu kommt, dass sie mir keine Ergänzungsleistungen geben, wenn ich in einem Wohnwagen wohnen würde. Die Ergänzungsleistungen kriege ich nur, wenn ich in einem Haus wohne. Aber auch mit den Zusatzleistungen reicht das Geld nicht immer aus. Wenn ich nichts mehr zu Essen habe, gebe ich manchmal betteln. Das weiss in meiner Familie aber niemand. Wenn es mir psychisch besser geht, gebe ich manchmal auch hausieren. So ein paar Stunden pro Tag. Ich verkaufe Textilien, Schürzen und Taschentücher. Doch, wer kauft heute schon Taschentücher? Viele Frauen wollen heute nicht mehr Taschentücher bügeln. Wenn es mit dem Hausieren gutgeht, verdiene ich vielleicht 50, 60 Franken. Damit kaufe ich mir ein paar Schuhe oder einen Rock. Aber das darf niemand erfahren, sonst kürzen sie mir noch die Ergänzungsleistungen.

Als Genußnahme habe ich von der Pro Juventute 15 000 Franken bekommen, aber das ist schon lange weg. Jetzt wollen sie uns vom Bund vielleicht wieder Geld geben, mit diesem Fonds für die Holocaustopfer. Ich habe bereits nach Bern geschrieben, die haben mir zurückgeschrieben, dass sie meinen Brief vorerst aufbewahren. Hier im Haus lässt man mich in Ruhe. Es wohnen nur Ausländer in diesem Haus. Sie respektieren mich. Niemand schimpft über mich. Es sind meistens die Schweizer, die gegen die Jenischen aufrufen.

Heute lebe ich sehr einsam und zurückgezogen. Ich bin eine Einzelgängerin geworden. Ausser meinen Söhnen und einer Freundin sehe ich niemanden. Ich bin die meiste Zeit in meiner Wohnung. Koche, putze und schaue fern. Wenn die Depression wieder kommt, möchte ich niemanden mehr sehen. Dann will ich für mich alleine sein. Meistens beginnt die Depression im Herbst, wenn es kalt wird und der Nebel kommt. Dann denke ich oft: Das ist schon ein Dreckleben, das ich gehabt habe.»

Maria Roselli ist Journalistin in Zürich. Sie ist auf Fragen der Migration und der Arbeitswelt spezialisiert.

Zusammenfassung

Vreni M. ist ein Opfer der Aktion der Pro Juventute «Kinder der Landstrasse». Im Interview erzählt die heute 58jährige Jenische aus Obervaz/GR von ihrer Kindheit und ihrer Jugendzeit. Sie schildert, wie sie als 8jährige an einem kalten Wintermorgen mit einem Pferdeschlitten abgeholt und zusammen mit ihren sieben Geschwistern in ein Heim gesteckt wurde. Wie sie jeden Freitag im Heim baden müssen und vom Pfarrer geschlagen wurde, wenn die Unterhosen einmal nicht ganz sauber waren. Sie erzählt von ihren ersten Pflegeeltern, für die sie den ganzen Haushalt bestellen musste, und denkt mit Ekel an den Pflegevater zurück, der ihr abends nachstellte, wenn sie in den Keller ging, um Holz zu holen.

Auch nach ihrer Heirat mit einem nichtjenischen Schweizer war es um Vreni M. nicht besser bestellt. Sie bekam zwei Kinder und musste nach der Scheidung alleine für ihre Söhne sorgen. Doch schon nach wenigen Jahren schalteten sich die Behörden ein und brachten ihre Kinder in ein Heim. Bis heute hat sie das nicht verkraftet; ihren jenischen Freunden hat sie aus Scham erzählt, sie habe die Kinder freiwillig in ein Heim gebracht.

Heute lebt Vreni M. in einer 3-Zimmer-Wohnung in Kriens. Sie lebt von der Invalidenrente, doch ab und zu reicht das Geld nicht; dann geht sie hausieren. Sie ist psychisch angeschlagen und wird immer wieder von Depressionen befallen. Wenn sie traurig ist, denkt sie: «Die haben mich kaputtgemacht.»

Résumé

Vreni M. est une victime de l'action «Enfants de la Grande Route». Dans une interview, cette Yenish d'aujourd'hui 58 ans, originaire d'Obervaz/GR, évoque son enfance et sa jeunesse. Elle décrit ce matin d'hiver où on est venu les chercher en luge attelée, elle, alors âgée de huit ans, et ses huit frères et sœurs, pour aller les placer dans des homes. Elle raconte le bain du vendredi et l'inspection de son linge – les coups du pasteur si sa culotte n'était pas tout à fait propre. Elle se souvient de ses premiers parents nourriciers, dont elle devait faire tout le ménage, évoque avec dégoût ce père nourricier qui la poursuivait à la cave quand elle allait chercher du bois.

Son mariage avec un Suisse non-yenish ne fut pas heureux non plus. Elle en eut deux fils, dont elle s'occupa toute seule après son divorce. Mais à peine quelques années après, les autorités s'interposaient et plaçaient ses enfants dans un home. Elle ne l'a pas surmonté jusqu'à aujourd'hui; sous le coup de la honte, elle a raconté à ses amis yenish qu'elle avait placé volontairement ses enfants.

Aujourd'hui, Vreni M. vit dans un logement de trois pièces à Kriens. Elle touche une rente d'invalidité, mais quand, de temps à autre, ses ressources sont insuffisantes, elle fait encore du porte à porte. Elle est très abattue psychiquement et souffre périodiquement de dépressions. Quand elle est triste, elle se dit: «Ils m'ont détruite.»



Buech – ein definitiver Standplatz für die Berner Fahrenden

ANNEMARIE SANCAR-FLÜCKIGER

Am 13. April 1997 haben die Stadtberner Stimmberechtigten den definitiven Standplatz für die Berner Jenischen klar angenommen: Ausdruck von politischer Offenheit gegenüber Minderheiten oder ein «grosser Mocken Solidarität», wie die Berner Fahrenden zum Abstimmungsergebnis meinten. Der Weg war steinig und lang. Dieser Artikel gibt einen Einblick in die Geschichte und zeigt, wie nach dem jahrzehntelangen Provisorium endlich eine definitive Form gefunden werden konnte.

Die Berner Fahrenden

«Eigentlich müssen wir uns heute Jenische nennen, denn Fahrende sind viele, Tram- oder Lastwagenchauffeure sind Fahrende. Wir meinen aber eine ganze Lebensweise, eine andere Lebensweise.» So beschreibt ein Berner Fahrender seine Leute. Auf die Frage, was anders sei,

meint sein Nachbar: «Wir müssen herumziehen, wir können nicht in Wohnungen leben, das halten wir nicht aus, das war immer schon so.»

Die grosse Mehrheit der Nomaden in der Schweiz betrachtet sich als «jenisch». Die Berner Jenischen, etwa 20 Familien, sind Schweizer/innen. Nur einer, Chavo, sei ein eingebürgerter Sinti. Er sei hängen geblieben und habe eine Jenische geheiratet. Sie haben immer schon in der Schweiz gelebt und gearbeitet. Doch beides sei ihnen nicht gerade leicht gemacht worden. Die Jenischen sind immer wieder konfrontiert worden mit einer rassistischen Ausgrenzungspolitik. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre steht man dazu auch offiziell. Noch bis Anfang der siebziger Jahre wurden die Familien der Fahrenden durch die Aktivitäten von Pro Juventute zerstört. Ein Berner Fahrender schildert seine Erlebnisse als Kind der Landstrasse, wie er von seinen Eltern weggenommen und in ein Heim gesteckt wurde. Das sitzt ihm und allen andern tief in den Knochen. Dass sich Pro Juventute öffentlich bei den Fahrenden entschuldigt hat, hilft da kaum.

Marginalisierungen erfuhren die Jenischen auch wegen ihrer Berufe. «Wir sind der Staubsauger der Nation» sagt ein Berner Fahrender. «Unser Hausierhandel ist eine Form des Recyclings, wir lesen zusammen, was niemand mehr will, ein Dienstleistungsangebot, ohne dass wir profitieren würden.»

Ein
«grosser Mocken
Solidarität»

Die Arbeit bedeutet viel, ihr Handwerk steht symbolisch für die Gemeinschaft: Seiler, Bader, Korber, Schleifer, Möbelflicker usw. Die Arbeit verlangt das Herumziehen. «Wir leben nicht im Wohnwagen aus Vergnügen, sondern weil wir im Sommer damit durch die Schweiz ziehen und so unser Geld verdienen.» Sie bedauern, dass ihnen das für ihr Handwerk notwendige Hausieren so schwermacht wird. Ausgrenzungen, welche die Jenischen erfahren, sind von althergebrachten Stigmatisierungen getragen. Daran ändert sich auch nichts, wenn ein «Wir haben eigentlich nichts gegen die Zigeuner» vor das lange «Aber» gestellt wird. Diese Erfahrung von Ausgrenzung und Stigmatisierung ist tief in das jenische Selbstverständnis eingekerbt und bewirkt, dass die Fahrenden ihre Andersartigkeit zu begründen und manifestieren suchen, nicht zuletzt auch mittels ihrer Wohnform. Genau um das geht es in der Geschichte von Buech, der Geschichte eines Herumgeschobenwerdens, einer kleinen Odyssee, die im April dieses Jahres zumindest an der Urne ihr gutes Ende fand.

Auf der Suche nach einem Standplatz

Die Standplatzgeschichte der Berner Fahrenden geht auf das Jahr 1953 zurück, als die Wohnwagen zum ersten Mal verlegt werden müssen. 1959 diskutiert die Stadt unter Federführung der Polizeidirektion mögliche neue Standorte. Wegen eines Neubaus für einen Gewerbebetrieb wird der damalige Standplatz bereits 1963 gekündigt. Die Fahrenden werden an die Weissensteinstrasse geschickt; dies trotz der Vorbehalte des Stadtplanungsamtes betreffend der geplanten Bauvorhaben (Autobahn, SVB-Linie). Die Berner Fahrenden bleiben bis 1976 an der Weissensteinstrasse. Schliesslich ist es der neue Werkhof der Baudirektion, der ein erneutes Verlegen notwendig macht, und die 100 Seelen zählende Gruppe der Berner Jenischen muss am 11.8.1976 an die Murtenstrasse ziehen, wo sie heute noch wohnt. Der Standplatz befindet sich in einer der unwohnlichsten Gegenden der Stadt: unter der Autobahn und eingepfercht zwischen Zentralwäscherei und Tanklagern. Die Schadstoffemissionen sind



immens, die chronischen Luftwegerkrankungen entsprechend massiv. Die hygienischen Verhältnisse spotten jeder Beschreibung. Infolge Platzmangels müssen neugegründete Familien häufig wegziehen. Sie haben kaum Möglichkeiten, an Ort und Stelle den handwerklichen Tätigkeiten nachzugehen, der Raum ist zu eng.

Die Suche nach einem möglichst definitiven Standplatz ist in dieser Zeit nie aufgegeben worden. Noch im selben Jahr (1976) wird die Radgenossenschaft beim Gemeinderat der Stadt Bern (Exekutive) vorgestellt wegen der katastrophalen Wohnverhältnisse.

Es dauert jedoch weitere 13 Jahre, bis im städtischen Parlament mit einer Motion ein definitiver Standplatz für die Berner Fahrenden verlangt wird (Otto Mosimann/EVP, 1989) und weitere 8 Jahre, bis es zur Abstimmung kommt. Die Gründe für diese Verzögerung sind vielfältig. Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Die Standortsuche erweist sich als problematisch. In Bern scheint es für diese Menschen keine geeigneten Plätze zu geben. Jeder Vorschlag hat einen Haken. Bis Ende 1978 wird kein neuer Standort gefunden. Buech kommt als

Standort zum ersten Mal 1981 ins Gespräch. Noch im gleichen Jahr stimmt der damals bürgerlich dominierte Gemeinderat dem Vorschlag Buech grundsätzlich zu. Trotzdem wird die Verwaltung beauftragt, mögliche andere Standorte zu suchen, denn offenbar ist Buech als Standplatz nicht unumstritten. 1989 wird ein weiterer Platz (Areal Messerli) als Standplatz abgelehnt. Buech rückt wieder an erste Stelle. Die erarbeiteten Nutzungspläne zeigen klar, dass eine Umzonung, d. h. auch eine Volksabstimmung, nötig sein würde. Die Planungsvorlage Buech meint also nicht nur die Errichtung eines Standplatzes, sondern auch ein Umzonungsvorhaben, weswegen die Meinungen zum «Geschäft», trotz allem allseits betonten Verständnis für die Fahrenden, auseinandergehen.

Der Standplatz befindet sich unter der Autobahn, eingepfercht zwischen Zentralwäscherei und Tanklagern.

dacht gerät, das entsprechende Stück Land nur mittels eines zweifelhaften Abtausches erworben zu haben. Dieser «Handel» ist denn auch der Stein des Anstosses für einen Teil des Parlaments, obschon die zuständige Planungs- und Verkehrskommission mit 6:1 Stimmen (3 Enthaltungen) dem Geschäft zugestimmt hat.

Ohne im Detail auf die Diskussion einzugehen, ist doch festzuhalten, dass bei diesem «Geschäft» zwei verschiedene Diskussionen kurzgeschlossen und teilweise unglücklich vermischt wurden. Zum einen ging es um die städtische Umzonungspolitik und die Methode der Regierung, «billig zu Land zu kommen». Kritisiert wurde vor allem das Vorgehen der freisinnigen Planungsdirection. Ob bei dieser Gelegenheit auch parteipolitische, ja parteiinterne Konflikte ausgetragen wurden, ist anzunehmen. Zum anderen ging es um eine sozialpolitische Vorlage, die nicht nur dem Provisorium der Berner Fahrenden ein Ende setzen soll, sondern auch als wohnpolitisch fortschrittliches Vorgehen der Stadt verstanden werden kann.

Die Diskussion zur Planungsvorlage im Stadtrat fand am 19. Sept. 1996 statt, gekennzeichnet durch lange Fraktionserklärungen und abgeschlossen mit der Abstimmung unter Namensaufruf: Mit 41 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen (bei 5 Enthaltungen) wird der Planung Buech zugestimmt. Der für die Erstellung und Erschliessung des Standplatzes Buech für die Berner Fahrenden nötige Baukredit von knapp drei Millionen wird vom Stadtrat am 7. November 1996 genehmigt (39 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen). Die gespaltene Haltung im Parlament widerspiegelt sich auch hier im grossen Neinstimmen-Anteil.

«Gegen die Umzonung» oder «für die Fahrenden»

Die folgenden Auszüge aus den Voten (Stadtratsprotokoll vom 19. Sept. 1996) zeigen, dass das Abstimmungsergebnis nicht klar vorauszusehen war:

«Das Gebiet wurde landwirtschaftlich genutzt. {...} Fruchtfolgefläche sichert die Existenz eines bäuerlichen Betriebs. {...} Der heutige Standort der Fahrenden ist sauber und gepflegt. Diese Wohnform ist zu akzeptieren.» (Von Niederhäusern/FDP)

Im Parlament

Im Juni 1996 legt der Gemeinderat dem Stadtrat (Legislative) den Vortrag zur Planung Buech vor (Zonenplan und Vorschriften). Die Umwandlung einer Landwirtschaftszone in eine Industrie- und Gewerbezone (IG) stösst auf Widerstand, insbesondere auch deshalb, weil die Regierung unter Ver-



«Die Rückweisung richtet sich nicht gegen die Fabrenden. (...) Dass in der heutigen Zeit (...) Landwirtschaftsland in eine IG-Zone umgezont werden soll, verstehen wir nicht.» (Schweizer/SVP)

«Diese IG-Zone passt weder örtlich noch zeitlich in die Landschaft. (...) Den Fabrenden könnte eine Wohn- und Lebenssituation geboten werden, die ihrem kulturellen Selbstverständnis entspricht. Es bleibt zu hoffen, dass diese Tatsache auch für die Stimmberechtigten der Stadt Bern im Vordergrund steht.» (Aeppli/JBFL)

«Wir haben die Chance, mit dieser Vorlage eine sinnvolle Lösung für Fabrende zu realisieren. Wollen wir dies, müssen wir eine Umzonung schlucken, die wir sonst nicht unterstützten (...) eine

unbefriedigende Situation und Fehlentscheide aus der Vergangenheit können wir nicht auf dem Buckel der Fabrenden korrigieren.» (Lutz/GB/JA!)

Diese verfahrenre Lage veranlasste Ratsmitglieder und weitere Buech-Befürworter/innen, allen voran Grossrat Mosimann – derselbe Mosimann, der 1989 im Stadtrat eine Motion für einen definitiven Standplatz eingereicht hatte –, ein Komitee für den Standplatz zu gründen. Die Kampagne für die Abstimmung wurde realisiert unter dem Motto: «Ja zur Planung Buech, Schluss mit dem unzumutbaren Provisorium, der Standplatz für die Berner Fahrenden muss sein!»



Die Komiteearbeit hat sich gelohnt: die Planungsvorlage und somit der definitive Standort Buech wurden deutlich angenommen – ein Schritt zur Gleichstellung einer Berner Minderheit ist getan: 13 950 Ja gegen 4510 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 22,10 Prozent – ein Jastimmen-Anteil von 75,57 Prozent für Buech!

Ein negativer Ausgang der Abstimmung hätte mit der Umzonung erklärt werden können. Die Industriezone sei für zu viele ein Dorn im Auge. Einige hätten es sicher auch als Ablehnung der Fahrenden gewertet. Das positive Resultat ist indes Ausdruck einer eindeutigen Parteinahme für die Fahrenden. Dies ist in der Stadt Bern nicht erstaunlich, haben sich doch die Stimmberechtigten schon mehrmals für die Rechte von Minderheiten oder der ausländischen Bevölkerung ausgesprochen. Sofern das Baubewilligungsverfahren ungehindert abläuft, kann noch Ende dieses Jahres mit dem Bau begonnen werden.

Annemarie Sancar-Flückiger ist Ethnologin, Informationsbeauftragte des Christlichen Friedensdienstes (cfd), Bereiche Migrations- und Friedenspolitik, Stadträtin (Grünes Bündnis) und Koordinatorin des parlamentarischen Komitees und der Kampagne «Ja zu Buech».

Zusammenfassung

Am 13. April 1997 haben die Stadtberner Stimmberechtigten den definitiven Standplatz für die Berner Jenischen mit einem 75% Jastimmen-Anteil klar angenommen. Dies ist Ausdruck von politischer Offenheit gegenüber Minderheiten und ein «grosser Mocken Solidarität», wie die Berner Fahrenden zum Abstimmungsergebnis meinten. Der Weg war steinig und lang. Dieser Artikel gibt einen Einblick in die Geschichte und zeigt, wie nach dem jahrzehntelangen Provisorium endlich eine definitive Form gefunden werden konnte.

Résumé

Le 13 avril 1997, les habitants de la Ville de Berne ont clairement accepté, par 75% des voix, l'aménagement d'une place de stationnement définitive pour les Yenish bernois. C'est une manifestation d'ouverture politique aux minorités et un «beau témoignage de solidarité», comme l'ont déclaré les Gens du voyage bernois à la proclamation des résultats du scrutin. Le chemin a été long et semé d'embûches. Cet article est un rappel historique; il montre comment une solution provisoire depuis des décennies trouve enfin une forme définitive.

Literatur

Zur politischen und fachlichen Unterstützung für die Berner Fahrenden vgl.: Postulat Golowin im Grossen Rat (1977); Bericht der kantonalen ausserparlamentarischen Arbeitsgruppe des Kantons Bern «Hilfswerk Kinder der Landstrasse» (1987).



Les organisations internationales et les Tsiganes

JEAN-PIERRE LIÉGEAIS

Les organisations internationales, hors du contentieux séculaire qui marque les relations entre les pouvoirs publics ou les collectivités locales et les Tsiganes, ont à la fois le pouvoir et la responsabilité de faire avancer des politiques novatrices. Elles en ont aussi la vocation, car en tant qu'institutions internationales, elles rencontrent la transnationalité de fait des communautés tsiganes, depuis des siècles européennes et même mondiales.

L'Union Européenne

Le Parlement européen a montré un intérêt soutenu pour la situation difficile des communautés tsiganes et s'est préoccupé de l'amélioration de cette situation: les parlementaires ont souvent interrogé la Commission européenne et les Etats membres sur divers aspects concernant les Tsiganes et Voyageurs, et au cours des années ils ont adopté des résolutions incitant à développer des mesures en faveur des langues et cultures minoritaires.

Mais c'est en 1984 qu'il a commencé à suivre cette question de plus près. Le 16 mars 1984 le Parlement européen adopte une Résolution sur l'éducation des enfants dont les parents n'ont pas de domicile fixe, résolution par laquelle il invite la Commission à coopérer avec les Etats membres et à élaborer des mesures leur garantissant un enseignement adapté. Deux mois plus tard, le 24 mai 1984, il adopte une autre résolution sur la situation des Tsiganes.

Saisissant l'importance des problèmes soulevés par le Parlement, la Commission décide rapidement de faire réaliser un bilan en matière de scolarisation. Un réseau d'experts coordonné est alors institué pour mener cette étude qui est confiée au Centre de recherches tsiganes de l'Université René Descartes de Paris. Le rapport de synthèse, «La scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs», publié en 1986 en 5 langues, présente une analyse globale de la situation scolaire, de son contexte et de ses différents aspects et se termine par un bilan et des recomman-

dations en 100 points. L'étude, les réflexions, les témoignages divers montrent que la situation est très dégradée.

Les Ministères de l'Education sont consultés en 1987 ainsi que des représentants tsiganes pour discuter du rapport de synthèse et pour préciser les recommandations qui peuvent être faites aux Etats membres et aux institutions de la Communauté, ainsi que les orientations souhaitables pour une politique éducative respectueuse de la culture et du mode de vie des communautés tsiganes. Un «Document d'orientation pour la réflexion et pour l'action» est ensuite produit, et la Commission en

laisse la libre disposition à ceux qui souhaitent le publier, afin qu'il réponde à sa vocation de base de discussion et de consultation.

Une extension de l'étude est faite en Espagne et au Portugal, membres alors nouveaux de la Communauté; cette extension ne modifie pas les résultats obtenus dans les 10 autres Etats, mais renforce la nécessité et l'urgence d'une prise en compte.

Le 22 mai 1989 enfin, le Conseil et les ministres de l'Education adoptent une résolution concernant la scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs. Il s'agit d'un texte important que l'on peut qualifier d'historique. C'est un des acquis les plus fondamentaux pour les communautés tsiganes. Dans l'un des premiers paragraphes, il est reconnu et souligné pour les Tsiganes et Voyageurs «que leur culture et leur langue font partie, depuis plus d'un demi-millénaire, du patrimoine culturel et linguistique de la Communauté». Le texte présente un caractère symbolique de reconnaissance de la culture et de la nécessité de la respecter. La résolution présente ensuite tout un catalogue de mesures que les Etats membres devraient prendre dans le domaine des structures d'accueil, de la pédagogie et du matériel pédagogique, du recrutement et de la formation initiale et continue des enseignants, de l'information et de la recherche, de la concertation notamment avec les familles et de la coordination. La Communauté en

Leur culture et leur langue font partie, depuis plus d'un demi-millénaire, du patrimoine culturel et linguistique de la Communauté.



tant que telle, par la Commission, devra stimuler les initiatives nationales, organiser des échanges de vues et d'expériences, assurer la coordination, la documentation, l'évaluation permanente des mesures dans leur ensemble.

Depuis 1984 le Parlement européen est resté attentif au travail de la Commission et l'a questionnée à plusieurs reprises au sujet de l'avancement de celui-ci. En 1990, grâce à l'intérêt et à la mobilisation d'un nombre important de députés pour la scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs et pour l'éducation interculturelle d'une manière plus générale, le Parlement européen inscrit dans ses propositions prioritaires l'ouverture d'une ligne budgétaire fournissant les moyens de mettre en œuvre les actions nécessaires. Ces actions, permettant comme le demande la Résolution «de développer une démarche globale et structurelle», s'articulent autour de quelques grands axes:

- organisation d'échanges de vues et d'expériences:
 - réunions de représentants des Ministères de l'Éducation
 - réunions d'experts tsiganes
 - rencontres d'enseignants, de formateurs, de responsables de projets
 - promotion d'échanges d'expériences et de matériel pédagogique;
- développement de projets innovateurs:
 - réseaux européens de projets pilotes selon des priorités arrêtées par les différents partenaires, telles que l'enseignement secondaire, la transition école-vie active; l'enseignement à distance, le matériel pédagogique, la formation de médiateurs tsiganes;
 - lancement de groupes de travail sur l'histoire et la langue, notamment pour l'élaboration et l'aide à l'élaboration de matériel à usage pédagogique; le rôle de ces groupes est aussi de structurer sous forme de réseaux européens les contacts entre des personnes compétentes, de développer une base de données documentaires, d'organiser la production et la diffusion de matériel à usage pédagogique, de travailler comme groupes experts au service des différents partenaires;
 - aide à la production de documents à usage scolaire ou de documents de réflexion pédagogique; lancement d'une collection européenne;
 - soutien à l'Ecole d'été organisée par l'Union tsigane internationale;
- information et documentation:
 - publication en 5 langues du rapport de synthèse «La scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs» et d'autres documents élaborés au niveau de la Communauté;
 - publication du bulletin trimestriel «Interface» en plusieurs langues: information de base, description et analyse d'actions menées, publication de

fiches documentaires, d'informations sur différents programmes d'action, sur des textes fondamentaux issus notamment de la Communauté européenne et du Conseil de l'Europe, etc.

- développement d'une base de données documentaires, afin de fournir une réponse rapide aux demandes de ceux qui cherchent des références documentaires, un contact, qui veulent entreprendre une étude ou savoir ce qui a été réalisé ou ce qui est en cours;

- coordination, évaluation, diffusion. Le détail de ce programme est développé dans le bulletin d'information.

Dans le cadre de la mise en œuvre de la Résolution, pour le volet les concernant, les Etats intensifient les mesures préconisées. Au sein des institutions de la Communauté européenne, en dehors d'actions plus ponctuelles financées par exemple sur crédits du Fonds social européen ou dans le cadre du programme de lutte contre la pauvreté, les questions concernant les Tsiganes prennent une importance accrue. Une audition organisée en mai 1991 par la Direction «Sécurité sociale, protection sociale, cadre de vie» a permis à la Commission de prendre connaissance des analyses et des propositions des associations tsiganes. A l'issue de cette audition, et après diffusion de son compte-rendu, les services de la Commission mettent à l'étude les conditions d'un développement des activités concernant les Tsiganes et Voyageurs, autres que dans le domaine de la scolarisation. Par ailleurs le Parlement européen, qui questionne régulièrement la Commission sur les actions entreprises, maintient son attention.

Le Conseil de l'Europe

L'attention que porte le Conseil de l'Europe à la situation des communautés tsiganes n'est pas récente. Par la Recommandation 563 (1969) relative à la situation des Tsiganes et nomades en Europe, ainsi que par de nombreuses questions posées au Comité des ministres, l'Assemblée parlementaire (alors «Assemblée consultative») attire l'attention sur la situation des communautés tsiganes: discrimination, logement, scolarisation, organes consultatifs, sécurité sociale et soins médicaux.

Ensuite, la Résolution (75)13 «portant recommandation sur la situation sociale des populations nomades en Europe», adoptée par le Comité des Ministres le 22 mai 1975, aborde les questions de politique générale, de stationnement et de logement, d'éducation, orientation et formation professionnelles, d'action sanitaire et sociale, de sécurité sociale. Le Comité des Ministres «invite les gouvernements des Etats membres à informer le Secrétaire général du Conseil de l'Europe en temps utile des mesures

prises pour donner suite aux recommandations contenues dans la présente résolution».

La Résolution 125 (1981) de la Conférence permanente des Pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe «sur le rôle et la responsabilité des collectivités locales et régionales face aux problèmes culturels et sociaux des populations d'origine nomade» aborde de façon détaillée la situation globale des communautés tsiganes et fait une série de recommandations. C'est en réponse directe à la partie de cette résolution concernant l'éducation que le Conseil de la Coopération culturelle décide d'organiser en 1983 un séminaire international qui sera le premier d'une série. Voici la chronologie des actions du Conseil de l'Europe en matière d'éducation:

- ▶ le séminaire sur «La formation des enseignants des enfants tsiganes», tenu en 1983;
- ▶ toujours en réponse à la Résolution de la Conférence des Pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe, le Conseil de la Coopération culturelle demande la préparation du livre «Tsiganes et Voyageurs», publié en plusieurs langues, destiné avant tout aux enseignants, formateurs, inspecteurs, au personnel de l'administration ainsi qu'aux responsables des collectivités locales et régionales; bilan en deux parties (données socioculturelles et données sociopolitiques) sur la situation européenne; le livre sera actualisé en 1994, prenant en compte la nouvelle situation européenne;
- ▶ un second séminaire sur «La scolarisation des enfants tsiganes: l'évaluation d'actions novatrices» s'est tenue à nouveau à Donaueschingen/RFA en 1987;
- ▶ un troisième séminaire a été organisé en 1989: «Vers une éducation interculturelle: la formation des enseignants ayant des élèves tsiganes»;
- ▶ en 1990, un quatrième séminaire est organisé: «L'enseignement à distance et le suivi pédagogique».

On constate que l'intérêt du Conseil de l'Europe pour les questions concernant la scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs est resté soutenu au cours des dernières années. Les séminaires n'ont pas été conçus comme de simples stages de formation, stages qui peuvent être organisés par les Etats membres, ni comme des rencontres ponctuelles. Les séminaires européens, étant donné à la fois leur rareté et les opportunités qu'ils offrent par la conjugaison de connaissances et d'expériences multiples par l'analyse contrastée de réalisations diversifiées, doivent permettre de faire œuvre de découverte et de prospective, de créer un mouvement, d'ouvrir des pistes, d'induire des innovations. Ils doivent se compléter et développer progressivement l'acquisition de connaissances sur des thématiques prioritaires, un savoir global, cohérent et comparatif à l'échelle européenne. Dans cette optique le Conseil de l'Eu-

rope a toujours publié et largement diffusé les rapports issus des rencontres, documents très demandés. Les recommandations proposées, les orientations données se sont révélées fort utiles comme base de réflexion et comme ligne d'action, pour les enseignants comme pour les différents partenaires concernés par la situation scolaire des enfants tsiganes. En dehors des réalisations en matière d'éducation, les réflexions se sont poursuivies. Ainsi, le Comité des Ministres a adopté en 1983 la Recommandation n° R(83)1 relative aux nomades apatrides ou de nationalité indéterminée, dans laquelle il est recommandé aux gouvernements de prendre des mesures pour assurer la mise en œuvre du principe de non-discrimination à l'égard des nomades, faciliter le rattachement à un Etat, accorder aux nomades rattachés à un Etat l'autorisation de résider sur son territoire, de voyager à l'étranger et de revenir sur son territoire, faciliter l'admission sur son territoire de la proche famille du nomade. Le Comité ad hoc d'experts pour les documents d'identité et la circulation des personnes a, en 1986, adopté son rapport final d'activité sur l'examen des questions juridiques liées à la circulation des nomades.

En février 1993, l'Assemblée parlementaire a adopté la Recommandation 1203 sur la situation des Tsiganes en Europe. L'Assemblée rappelle la situation difficile des communautés tsiganes, l'importance de la mise en œuvre des textes déjà adoptés, et recommande au Comité des Ministres de prendre, le cas échéant sous forme de propositions à l'adresse des gouvernements ou des autorités locales et régionales compétentes des Etats membres, des initiatives dans le domaine de la culture, de l'éducation, de l'information, de l'égalité des droits, de la vie courante ainsi que des mesures d'ordre général telles que des travaux de recherche, la coopération avec la Communauté européenne, la consultation des associations tsiganes internationales représentatives, la désignation d'un médiateur.

Après une audition en 1991, qui réunit une centaine de participants (responsables d'associations tsiganes, directeurs de revues, artistes, élus politiques), la Conférence permanente des Pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe organise en 1992 à Liptovsky Mikuláš (Slovaquie) un colloque auquel participent des représentants des autorités locales, des représentants des communautés tsiganes et des experts. Le colloque confirme les résultats de l'audition de 1991, et ses conclusions soulignent la nécessité à la fois de mettre à jour et de réactiver la Résolution de 1981 et de faire des propositions concrètes de travail. La Commission de la Culture, de l'Education et des Médias de la Conférence décide alors la préparation d'un nouveau texte. Cette Résolution sur «Les Tsiganes en Europe: rôle et responsabilités des autorités locales et régionales» est adoptée en mars 1993. La Conférence regrette que les textes déjà adoptés n'aient été que très peu suivis d'effets concrets. Elle



invite les autorités locales et régionales à prendre les mesures nécessaires à travers une approche globale afin de faciliter l'intégration des Tsiganes dans la communauté locale, de développer la concertation et la participation des Tsiganes eux-mêmes, de combattre les préjugés et de participer au développement d'un réseau de communes.

La proposition de lancement d'un réseau de communes parmi les plus concernées par l'accueil des communautés tsiganes est une des idées-forces de cette Résolution, sur laquelle se greffent concrètement plusieurs activités qui sont détaillées.

Par ailleurs il est demandé au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe d'inviter les gouvernements à mettre en œuvre les textes adoptés, d'inviter le Conseil de la Coopération culturelle à intensifier le travail engagé depuis une dizaine d'années par des publications, l'organisation de séminaires, la participation au réseau de communes prévu, le lancement d'un «Itinéraire culturel tzigane européen», la prise en compte de la question tzigane dans le cadre du nouveau projet «Démocratie, Droits de l'Homme, Minorités: aspects éducatifs et culturels». La Résolution comporte aussi des propositions en matière de Droits de l'Homme, d'étude des questions de migration, d'étude des questions des moyens de communication de masse. Elle demande aux Tsiganes et à leur organisation une participation active et souligne enfin l'importance des travaux menés par la Communauté européenne et la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe et la nécessité de veiller à la complémentarité de ces ensembles de travaux.

Le «Comité européen sur les migrations» (CDMG) quant à lui intensifie son travail concernant les communautés tsiganes: lors de la 506^e réunion des Délégués des ministres, en janvier 1994, le CDMG reçoit mandat du Comité des ministres de «mener une étude approfondie sur les différents aspects de la situation et des conditions de vie des Tsiganes dans le contexte nouveau de l'Europe. Ces travaux devront être menés compte tenu de la Recommandation 1203 (1993) de l'Assemblée parlementaire relative aux Tsiganes en Europe et en étroite coopération avec ceux poursuivis dans d'autres enceintes, notamment au sein de l'Union européenne».

Il ne nous est pas possible d'entrer dans tout le détail des activités actuellement menées par le «Conseil de l'Europe pour les Tsiganes et Voyageurs». Le

descriptif de ces activités est d'ailleurs tenu à jour par le CDMG dans un document intitulé «Activités du Conseil de l'Europe concernant les Rom/Tsiganes et Voyageurs». On assiste à une diversification et une intensification des activités, et des actions sont entreprises non seulement dans le domaine de l'Éducation et de la Culture, mais aussi dans celui de l'égalité des chances, le statut de la femme tzigane, du rôle et la formation des jeunes, de la lutte contre le racisme et la xénophobie, etc. Parmi les faits marquants les plus récents, on peut mentionner

la nomination par le Secrétaire général du Conseil de l'Europe, en 1994, dans le cadre du CDMG, d'un coordinateur des questions concernant les Tsiganes. Le CDMG a produit en 1995

un «Rapport sur la situation des Tsiganes (Rom) en Europe» qui brosse un tableau de la situation et propose quelques mesures qui pourraient être mises en œuvre par le Conseil de l'Europe pour améliorer celle-ci.

Enfin, en 1996, suite à une décision du Comité des ministres, un «Groupe de spécialistes sur les Rom/Tsiganes» commence à se réunir, au rythme de deux réunions par an. Le mandat du Groupe stipule que ce dernier devra conseiller le Comité des ministres, par l'intermédiaire du CDMG, pour les questions relatives aux Rom/Tsiganes; par ailleurs, son rôle sera essentiellement de servir de «catalyseur» à d'autres secteurs du Conseil de l'Europe, à savoir d'encourager ou de stimuler les activités en cours et de susciter de nouvelles initiatives si le besoin s'en fait sentir. Enfin, il aura une fonction de coordination des activités concernant les Rom, en lien avec le Coordinateur pour les activités concernant les Rom/Tsiganes; il constituera la première instance du Conseil de l'Europe instituée de façon durable pour suivre la situation des Rom/Tsiganes en Europe.

**Si une
partie du chemin
est en train d'être par-
courue, beaucoup reste à
faire, dans un contexte difficile
qui rend tout progrès
fragile et aléa-
toire.**

L'Organisation sur la Sécurité et la Coopération en Europe

Depuis sa première réunion à Helsinki en 1975, l'OSCE (alors CSCE) a pris en compte les questions de sécurité militaire, de coopération politique entre l'Est et l'Ouest et de Droits de l'Homme. Une première réunion de la «Conférence sur la dimension humaine» s'est tenue à Paris en juin 1989. Une seconde s'est tenue à Copenhague en juin 1990. À l'issue de cette réunion, un important document sur la

dimension humaine a été approuvé/adopté par les Etats participants. Ce document final, en 5 chapitres, détaille ce que les Etats participants ont convenu «pour renforcer le respect et la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour développer les contacts entre les personnes et trouver des solutions aux questions d'ordre humanitaire connexes». Le chapitre IV est entièrement consacré à la question des minorités nationales; son article 40 concerne essentiellement les questions du racisme, et il est important de constater que seuls les Rom/Tsiganes sont explicitement mentionnés parmi l'ensemble des minorités:

«Les Etats participants condamnent clairement et sans équivoque le totalitarisme, la haine raciale et ethnique, l'antisémitisme, la xénophobie et toute discrimination contre quiconque, ainsi que toute persécution pour des raisons religieuses et idéologiques. Dans ce contexte, ils reconnaissent en outre les problèmes spécifiques des Rom (Gitans). Ils déclarent qu'ils sont fermement décidés à intensifier leurs efforts pour lutter contre ces phénomènes sous toutes leurs formes.»

Faisant suite à la réunion de Copenhague, une réunion d'experts de l'OSCE sur les minorités nationales s'est tenue à Genève, du 1^{er} au 19 juillet 1991. Dans le rapport final de cette réunion (chapitre VI) les Etats participants ont exprimé leur inquiétude au sujet de la multiplication des actes de violence pour des raisons raciales, ethniques ou religieuses et, «dans ce contexte, ils réaffirment leur reconnaissance des problèmes spécifiques des Rom (Gitans). Ils se déclarent prêts à prendre les mesures nécessaires afin de parvenir à une pleine égalité des chances entre les personnes appartenant aux communautés Rom résidant habituellement dans leur Etat et le reste de la population de cet Etat. Ils encourageront également la recherche et les études concernant les Rom et les problèmes particuliers auxquels ils ont à faire face.»

Il convient de souligner qu'à la suite de ces conclusions, les gouvernements des Etats participants ont commencé à porter une attention plus soutenue aux questions des Rom qui sont depuis lors suivies en relation avec l'ensemble de cette problématique et des pratiques développées au sein de l'OSCE. Lors de la réunion de Genève, plusieurs délégations ont abordé dans leurs interventions les problèmes concernant la situation des Rom, notamment les délégations des Pays-Bas, des Etats-Unis, de Finlande, de Hongrie, de Roumanie, de la République fédérative tchèque et slovaque, de Bulgarie. Par ailleurs, à la suite des conclusions de la réunion de Copenha-

gue (article 40), les organisations nongouvernementales «International Helsinki Federation» et «Helsinki Watch» ont envoyé des missions pour préparer des rapports sur la situation des Rom dans plusieurs Etats d'Europe, notamment en France, au Danemark, en Bulgarie, en Roumanie, en Yougoslavie, en République fédérative tchèque et slovaque.

Lors de la réunion de la «Conférence sur la dimension humaine» de l'OSCE qui se tient à Moscou du 10 septembre au 4 octobre 1991, les représentants des Etats participants attirent à nouveau l'attention sur la situation des Tsiganes. Il en est de même lors de la réunion qui se tient de mars à juin 1992 à Helsinki, dans le chapitre traitant des questions des engagements et de la coopération dans le domaine de la dimension humaine.

Parmi les éléments marquants de ces dernières années, on peut noter qu'en 1993 le «Haut Commissaire pour les Minorités Nationales» de l'OSCE a présenté un rapport sur la situation des Rom.

En septembre 1994, un séminaire concernant les Rom dans la Région de l'OSCE a été organisé sous l'égide du Haut Commissaire et du «Bureau des

Institutions Démocratiques et des Droits de l'Homme»

(BIDDH) en coopération avec le Conseil de l'Europe.

Un pas décisif est franchi lors du Sommet de

Budapest en décembre 1994: dans la Décision VIII sur la Dimen-

sion humaine, au paragraphe 23, les Etats participants décident de désigner au

sein du BIDDH un point de contact pour les questions concernant les Tsiganes. Ce point de contact est installé à Varsovie.

Les institutions européennes qui ont été les promoteurs de l'inter-culturel doivent rester vigilantes pour en être les garants.

Un mouvement d'ampleur pour les Tsiganes et Voyageurs

Le bilan que l'on peut esquisser montre qu'au cours des années passées, les institutions ont répondu positivement aux textes incitateurs issus de leurs instances parlementaires ou autres, mais avec une forte dominante éducative, mettant une priorité quasi exclusive sur les questions scolaires, fondamentales certes, mais non suffisantes. Aussi est-il à la fois très important de noter qu'un mouvement d'ampleur se dessine actuellement depuis le début des années 1990. Ce mouvement se caractérise par une triple orientation qui devrait permettre d'aborder les questions traitées dans un contexte global:

- une *intensification des réflexions* et de la volonté de les voir déboucher sur des actes concrets, en ce sens que dans les domaines où un mouvement était lancé il tend à être développé et consolidé, et que dans les domaines où tout était en gestation, des impulsions se font sentir;

- ▶ une *diversification des secteurs*, en ce sens que si l'éducation reste une priorité, les efforts s'appliquent davantage à des domaines tels que les questions d'accueil par les collectivités locales, les questions sociales, les questions juridiques, etc.
- ▶ une *concertation des acteurs*, en ce sens que, de plus en plus, les organisations tsiganes sont considérées comme des partenaires par les organisations internationales et doivent pour cela se positionner aussi au sein des dynamismes tsiganes quand des procédures de consultation se développent; concertation aussi et collaboration entre institutions internationales, chacune ayant un profil et une vocation qui lui sont propres.

Aborder ainsi les questions devrait permettre de bien les poser et de mieux y répondre. Le secteur de l'éducation a développé depuis une dizaine d'années une activité d'avant-garde, et certaines des orientations de travail préconisées commencent à faire leurs preuves dont d'autres domaines pourront tirer parti. En corollaire, les questions scolaires s'inscrivent dans un large mouvement, et il apparaît fondamental de relier entre eux de multiples événements qui se sont produits au cours d'une période récente. Cette démarche montre aussi que les rencontres, les auditions, les séminaires, les publications, ne sont pas des actions nécessairement isolées et sans lendemain, comme on peut quelquefois le supposer avec pessimisme: elles font partie d'un processus dynamique à condition de savoir les relier à ce qui se fait par ailleurs. Il n'est pas nécessaire non plus qu'une action ait un grand retentissement médiatique pour avoir une importance historique.

Il faut bien sûr relier aussi ces réflexions avec celles concernant les droits et le respect des cultures et des langues régionales et minoritaires: programmes en cours, charte, déclarations contre le racisme et la xénophobie ... Il faut enfin être lucide et bien mesurer que si une partie du chemin est en train d'être parcourue, beaucoup reste à faire, dans un contexte difficile qui rend tout progrès fragile et aléatoire. Tous les efforts doivent être conjugués pour consolider les acquis et permettre d'aller au-delà pour avancer sur ce chemin qui mène à la valorisation et au développement dynamique des cultures dans le respect mutuel d'une démarche interculturelle. Les institutions européennes, qui ont été les promoteurs de l'interculturel, doivent rester vigilantes pour en être les garants.

Jean-Pierre Liégeois est directeur du Centre de recherches tsiganes à l'Université René Descartes, Paris.

Résumé

L'évolution des 2-3 dernières décennies a montré que congrès et résolutions, décisions et publications ne doivent pas forcément demeurer lettre morte. Les premières résolutions du Conseil de l'Europe ont été prises dès la fin des années soixante. L'Union européenne, pour sa part, ne s'est engagée que dans les années quatre-vingts. Au début, ces deux organisations se sont concentrées sur les problèmes posés par la scolarisation et l'éducation et ont présenté dans ce domaine des propositions tout à fait concrètes.

Depuis le début des années nonante, on observe une nouvelle dynamique. Le mouvement s'est intensifié et étendu, les problèmes font l'objet d'une discussion plus différenciée à des niveaux plus variés; c'est ainsi que l'on a abordé les thèmes du racisme, des aspects social et juridique, de la mobilité, de la nationalité et des emplacements. Les propositions concrètes incitant à la collaboration aux niveaux communal et régional sont particulièrement prometteuses. Les échanges entre les organisations impliquées ont été intensifiés en ce qui concerne l'amélioration de la situation des tsiganes et, surtout, les organisations de tsiganes elles-mêmes sont considérées comme des interlocutrices à part entière et impliquées dans la discussion et dans la mise en œuvre des projets. Mais si des pas importants ont été faits dans la bonne direction, il reste un long chemin à parcourir.

Zusammenfassung

Die Entwicklung der letzten 20-30 Jahre hat gezeigt, dass Kongresse und Resolutionen, Beschlüsse und Publikationen durchaus nicht toter Buchstabe bleiben müssen. Im Europarat wurden die ersten Beschlüsse bereits Ende der 60er Jahre gefasst. Die Europäische Union dagegen begann erst in den 80er Jahren aktiv zu werden. Beide Organisationen konzentrierten sich anfänglich auf Probleme der Schule und Bildung und konnten in diesem Bereich durchaus mit konkreten Lösungsvorschläge aufwarten.

Seit Beginn der 90er Jahre ist eine neue Dynamik zu beobachten. Die Bewegung hat sich intensiviert und verbreitert, die Probleme werden differenzierter und vielschichtiger diskutiert, Rassismus, soziale und juristische Aspekte, Mobilität, Staatszugehörigkeit und Standplätze werden thematisiert. Besonders vielversprechend sind konkrete Vorschläge, die zur Zusammenarbeit auf Gemeinde- und Regionalebene anregen. Der Austausch zwischen den involvierten Organisationen wurde intensiver betreffend die Verbesserung der Situation der Zigeuner; vor allem werden Organisationen der Zigeuner selber als gleichwertige Partner in Diskussion und Umsetzung der Projekte miteinbezogen. Einige wichtige Schritte in die richtige Richtung sind gemacht worden, doch der Weg ist noch lang.



Roma: Die verwundbarste Minderheit. Zur Situation der Roma in Zentraleuropa

CLAUDE CAHN

12 Millionen Zigeuner gibt es heute weltweit. Die grössten Roma-Minderheiten leben zurzeit in osteuropäischen Ländern wie Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und Ex-Jugoslawien. Seit den politischen Umwälzungen nach 1989 hat sich die Situation der Roma dramatisch verschlechtert. Sie werden wieder diskriminiert, angegriffen, getötet und aus den Gesellschaften ausgeschlossen, in denen sie leben.

Gewalt gegen Roma ist in Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechien, der Slowakei und der Ukraine sowie im Zuge des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien zu verzeichnen. Doch einzig die Ereignisse in Rumänien in den Jahren 1990–1993 fanden die Beachtung internationaler Medien und Menschenrechtsorganisationen. Kleinere Delikte oder Streitereien lösten Angriffe ganzer Dörfer ethnischer Ungarn oder Rumänen auf lokale Roma aus, die sie vertrieben oder töteten. In der Stadt Hâdâreni im Bezirk Mures z.B. wurden die Häuser von vierzehn Roma niedergebrannt, fünf weitere Häuser demoliert und deren Bewohner zum Dorf hinausgejagt. Drei Roma wurden bei diesem Übergriff getötet. Bis heute blieben die meisten dieser Episoden ungeahndet, und den vertriebenen Roma wurde grösstenteils nicht erlaubt, in ihre Heimatgemeinden zurückzukehren.

Die rumänische Regierung unternahm einige Schritte, um weiteren Gewaltakten zuvorzukommen. Leider zeigten Untersuchungen, die das «European Roma Rights Center» 1996 durchführte, auf, dass Massnahmen gegen Gewalt in den Gemeinden zunehmende Polizeigewalt gegen Roma bedeutete. Roma wurden von der Polizei vertrieben, angeblich, um «öffentliche Spannungen einzuschränken», oder wegen Bagatelldelikten willkürlich erschossen.

In Bulgarien und der Ukraine traten in den Gemeinden ähnliche Probleme auf. In diesen Ländern war die Gewalt der Polizei allerdings das weit grössere Übel. Von den 1992–1994 vom «Human Rights Project» in Sofia dokumentierten 54 Fällen von ernstzunehmender Gewalt gegen Roma handelt es sich meist um Missbräuche von Polizei- oder Sicherheitskräften. So erschoss im September 1996 eine Wache am Bahnhof von Rakowski (Distrikt Plovdiv) ein 18jähriges Mädchen, das mit der Erlaubnis des Händlers, der den Transport durchführte, heruntergefallenes Korn zusammenlas.

In der Ukraine, besonders in der westlichen Region Transkarpatien, wurde öffentliche Gewalt in den Gemeinden von Hudlevo, Velyka Dobron und Ve-

lyki Bereznii gemeldet. Nach Berichten von Roma gehören Prügel während der Haft zum Alltag. In Transkarpatien werden Roma-Männer systematisch «prophylaktisch» verhaftet, zwangsregistriert und überwacht. Polizisten führen diese Spezialbehandlung auch ausserhalb des Dienstes eifrig weiter. Im April 1996 vergewaltigten Polizisten in Zivil gar ein Mädchen im Zigeunerlager von Mukachev.

Die Roma gehören zu den vielen Gruppen, die unter den Folgen des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien leiden. Roma wurden in den Städten Bihac, Zvornik und Sarajevo ermordet und sind in ganz Bosnien Opfer ethnischer Säuberungen.

An andern Orten Osteuropas hat das Vorurteil gegenüber Roma in den letzten sieben Jahren das Aufkommen von Skinhead-Bewegungen gefördert, deren Angriffe auf Roma abzielen. Eigentlich ein Import aus dem Westen, sind die Skins heute zu einem bedeutenden Faktor im Leben der Roma in Tschechien und der Slowakei geworden. Skins gibt es zwar auch in Bulgarien, Ungarn, Polen und Rumänien, doch ihr Gewaltpotential ist nicht derart auffällig wie in der früheren Tschechoslowakei und ihren Nachfolgestaaten. Hier sind Angriffe von Skinheads seit 1992 an der Tagesordnung und hatten mehrere grausame Totschläge zur Folge, darunter solche durch Ertränken, Messerstiche, Schläge und Verbrennen. Ein Roma starb 1995 in der tschechischen Republik, als Skinheads in sein Haus einbrachen und ihn vor den Augen seiner Familie mit einem Baseballschläger erschlugen.

Leider sind die Roma nicht nur der Gewalt der Skins ausgesetzt. Roma starben in der tschechischen Republik auch in Polizeihaft. In beiden Republiken wurden sie von der Bevölkerung von ihrem angestammten Boden vertrieben. In den wenigen Fällen, in denen es den Roma gelang, Strafanzeigen gegen Vertreibungen, Missbrauch der Polizeigewalt und andere Rechtsverletzungen oder gegen Skinheads einzureichen, wurden die Verfahren eingestellt. Mit dem legalistischen Argument, die meisten Roma seien ursprünglich aus der Slowakei, verweigert ihnen die tschechische Republik den Aufenthalt und schiebt sie ab.

In Ungarn trat die Skinhead-Bewegung in den frühen 90er Jahren auf den Plan und erreichte 1991–1992 ihren Zenit. Die soziale Stellung der Roma in Ungarn ist zurzeit sehr unsicher, Diskriminierung ist weit verbreitet, und fast überall sind sie unwillkommen. Nach 15 Jahren ökonomischer Krise und wegen der Wirtschaftspolitik der Behör-



den stieg die Arbeitslosigkeit unter den Roma von einem Stand, der mit dem der übrigen Bevölkerung vergleichbar war, auf ungefähr 60 Prozent und in einigen Regionen gar auf 80 bis 100 Prozent.

Überall in Zentral- und Osteuropa haben Krisen im Schulsystem und rassistische Schulpolitik die Situation der Roma verschärft. Die Schulabschlussquote ist seit den 70er Jahren dramatisch gesunken. Die meisten Roma, die heute zur Schule gehen, werden nicht halb so gute Ausbildungsstandards wie ihre Eltern erreichen können. Diese Situation wird durch das Problem der Sonderschulung verschärft. Roma werden schon im frühen Kindesalter in Schulen für geistig zurückgebliebene Kinder gesteckt. Die Roma-Gemeinde Oberwart (Österreich) lancierte einen Protest auf nationaler Ebene, weil 90–95 Prozent ihrer Kinder in solchen Schulen plazierte wurden. Tragischerweise war es eine Bombe, die in Oberwart vier Roma tötete und den Ort ins Medieninteresse rückte, welche die Wende brachte: Heute befinden sich nur noch 5 Prozent der lokalen Roma-Kinder in Sonderschulen.

Die Politik der westeuropäischen Staaten trägt dazu bei, die Situation der Roma in Osteuropa zu verschlimmern. Zunehmender Fremdenhass dient westeuropäischen Regierungen als Rechtfertigung, Ausländer zurückzuschaffen oder «kreative» Methoden zu finden, um Asylgesuche entweder abzulehnen oder Asylsuchende gar nicht erst anhören zu müssen. Als Deutschland damit begann, ganze Flugzeugladungen von Roma nach Rumänien zurückzuschaffen, löste dies noch weltweit empörte Schlagzeilen aus, heute finden solche Rückschaffungen täglich statt.

Die staatliche Verfolgung der Roma wird nicht anerkannt. Die «Flughafen-Klausel» und «Drittland-Klausel» ermöglichen es den westeuropäischen Regierungen, internationale Verpflichtungen zu umgehen und Asylsuchende nie anzuhören, weil sie ja das Land gar nie betreten haben bzw. weil sie im ersten sicheren Land, das sie erreichten, hätten um Asyl ersuchen müssen. Viele dieser Regelungen werden auf europäischer Ebene festgelegt und als für die Integrationsbemühungen notwendige «Harmonisierung» verkauft.

Es sind nicht allein osteuropäische Roma, die in Westeuropa leiden, die Zigeunerfrage ist in Westeuropa nicht lediglich ein Asylproblem. Zigeuner leben überall in Westeuropa, besonders zahlreich in Irland, Italien und Spanien. Auch sie werden, wenn auch auf weniger dramatische Weise, diskriminiert. So behandelte der europäische Menschenrechtshof in Strassburg vor kurzem den Fall einer Zigeunerin, der eine Bewilligung für das Stationieren ihres Caravans auf dem eigenen Landstück verweigert wurde. Das Gericht entschied, dass sie kein Recht habe, ihr Land auf diese Art zu nutzen.

Die Roma sind heute das am wenigsten integrierte und am meisten verfolgte Volk in Europa. Fast

überall sind ihre elementaren Rechte bedroht. Diskriminierung von Roma am Arbeitsplatz, in der Bildung, Gesundheitsversorgung, Verwaltung und anderen Dienstleistungsbereichen sind überall zu beobachten. Hassreden gegen Roma verstärken die für die europäische Meinung typischen Vorurteile.

Erfreulicherweise haben sich in den letzten Jahren verschiedene nationale wie internationale Nichtregierungsorganisationen der Problematik angenommen. Ökonomische, politische, soziale, kulturelle etc. Ansätze wurden gesucht, um die Lebensstandards der Roma zu verbessern, eine gerechtere Sozialpolitik zu ermöglichen, die kulturelle Identität der Roma zu stärken oder Roma zu grösserer politischer Partizipation zu ermutigen. Erstmals in der leidvollen Geschichte der Roma ist eine zunehmend starke paneuropäische Roma-Bewegung am Entstehen.

Claude Cahn ist Forschungsleiter am European Roma Rights Center in Budapest [Siehe Rubrik «Forum»]. Der hier neu aus dem Englischen übersetzte Artikel erschien erstmals in «mosquito» Nr. 3/1997.

Zusammenfassung

Öffentliche Gewalt gegen Roma wird in Bulgarien, Ungarn, Polen, der Slowakei, der Ukraine und im ehemaligen Jugoslawien verzeichnet. Die meisten Übergriffe, bei welchen auch Roma getötet wurden, wurden nicht geahndet. Vertriebene Roma sind meist ausserstande, in ihre Heimatgemeinden zurückzukehren. Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei sind an der Tagesordnung. Zufolge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien waren die Roma in ganz Bosnien «ethnischen Säuberungen» ausgesetzt.

Überall in Mitteleuropa sind die Skins aktiv an der Verfolgung der Roma beteiligt. Besonders die tschechische und die slowakische Skinheadbewegung haben sich durch grausame Morde an Roma hervorgetan.

Roma werden auch überall aus dem ökonomischen Prozess herausgedrängt. In Ungarn z. B. stieg die Arbeitslosigkeit im Vergleich zur übrigen Bevölkerung überproportional und erreicht im Schnitt 60 %. Die Schulpolitik hat überall in Zentral- und Osteuropa die Situation der Roma verschärft. Die meisten Roma-Kinder werden in Schulen für geistig zurückgebliebene Kinder gesteckt.

Die Asylpolitik der westeuropäischen Staaten verschlimmert die Situation der Roma in Osteuropa. Roma werden flugzeugweise zurückgeschafft. Roma haben kaum Chancen, Asylgesuche einzureichen oder durchzusetzen.

Erfreulicherweise werden seit einigen Jahren die Probleme der Roma durch verschiedene NGOs thematisiert. Erstmals in der Geschichte nimmt eine zunehmend starke paneuropäische Roma-Bewegung Formen an.

Résumé

Les actes de violence publics contre les Rom sont monnaie courante en Bulgarie, Hongrie, Pologne, Slovaquie, Ukraine et dans l'ancienne Yougoslavie. La plupart des atteintes portées à ces gens, qui leur coûtent parfois la vie, ne donnent lieu à aucune recherche. Les Rom expulsés sont généralement hors d'état de rentrer dans leur commune d'origine. Les violations des droits de l'homme par la police sont à l'ordre du jour.

Pendant la guerre dans l'ancienne Yougoslavie, les Rom ont été soumis à une «épuration ethnique» dans toute la Bosnie.

Partout en Europe centrale, les skinheads participent activement aux persécutions contre les Rom. Les mouvements skinheads tchèques et slovaques, notamment, se sont dis-

tingués par des meurtres particulièrement atroces. Les Rom sont aussi exclus du processus économique. En Hongrie par exemple, leur chômage a crû davantage que celui du reste de la population, et atteint en moyenne 60 %. La politique scolaire pratiquée partout en Europe centrale et orientale aggrave la situation des Rom. La plupart de leurs enfants sont placés dans des écoles pour retardés mentaux.

La politique d'asile des Etats ouest-européens aggrave la situation des Rom en Europe orientale. On les renvoie par avion dans leurs pays. Ils n'ont guère de chance de demander l'asile ou de faire valoir leurs droits.

Heureusement, certaines organisations non-gouvernementales se penchent depuis quelques années sur les problèmes des Rom et en parlent. Pour la première fois dans l'histoire, un mouvement des Rom prend de l'ampleur à l'échelle pan-européenne.





Die Musik der Roma

STÉPHANE LAEDERICH

Was ist Zigeuner-Musik? Diese scheinbar überflüssige Frage hat unzählige Antworten hervorgebracht. Seit dem 18. Jahrhundert haben Musiker – so Brahms, Bartók, Liszt – und Wissenschaftler versucht, dahinterzukommen. Sie haben bis heute nur Teilantworten gefunden. Der Autor, der die Chance hatte, im Rahmen seiner Tätigkeit als Produzent mit vielen Roma aus ganz Europa zusammenzuarbeiten, gibt eine persönliche Antwort.

Was ist Roma-Musik? Was sind z. B. die Gemeinsamkeiten zwischen Flamenco, ungarischer Zigeuner-Musik und den Blasorchestern auf dem Balkan? Denn, obwohl die Roma alle vom gleichen Land – aus Indien – stammen und, abgesehen von lokalen Variationen, dieselbe Sprache sprechen, die gleichen Gesetze und gemeinsamen Traditionen haben, variiert ihre Musik erheblich von Region zu Region und von Gruppe zu Gruppe.¹ Im Verlaufe meiner Arbeit habe ich einige Charakteristika gefunden, die, so glaube ich, das repräsentieren, was man Roma-Musik nennt. Da sich die Musik von Region zu Region unterscheidet, ist ein Überblick über die verschiedenen Repertoires notwendig, um die gemeinsamen Wurzeln aufzuzeigen. Meiner Meinung nach gibt es fünf Hauptcharakteristika der Roma-Musik, die auch die lokalen musikalischen Traditionen formen. Einige von ihnen sind offensichtlich, einige subjektiv, was eine wissenschaftliche Beschreibung erschwert. Ich habe mich – da ich über wenig formal-musikalische Schulung verfüge – entschlossen, sie willkürlich als «Stimmen», «Timing», «Phraseologie», «Harmonie» und «Gesang» zu klassifizieren.

Stimmen

Das erste und für mich wichtigste Charakteristikum der Roma-Musik ist die wie auch immer geartete

¹ Für den Roma-Begriff «nipo» gibt es keine adäquate Übersetzung. Ich schlage «Gruppe» oder auch «Stamm» vor.

Präsenz von drei Stimmen in jedem Lied, manchmal auch nur in Teilen davon. Diese Stimmen können gesungen oder instrumental sein. Die drei Stimmen bilden die melodische Linie, die Terz und die Quint. Russische Roma singen diese; die Instrumente werden nur für Rhythmus und Harmonien eingesetzt. Im Balkan hingegen übernehmen die Instrumente die Melodie, wie z. B. in den Blasorchesternazedoniens und Bulgariens.

Sogar die sehr traditionellen Lieder, wie man sie bei den Lovara und Kelderara hört, enthalten dieses Element. Das übliche Repertoire besteht nur aus Balladen, von einer oder mehreren Personen gesungen. Der Text wird meist improvisiert. Im Refrain – falls er von mehr als einer Person gesungen wird – meint man die Akkorde bzw. die drei Stimmen herauszuhören. Flamenco ist wahrscheinlich die einzige Ausnahme dieser «Regel», obwohl dieses Element im *Canto Rondo* auch präsent ist.

Timing

Am Einsetzen kann man erkennen, ob ein Roma im Orchester mitspielt, gleichgültig, welche Art Musik gerade gespielt oder gesungen wird. Es ist die «Attacke» oder das Einsetzen zu Variationen und Lied. Wo in der klassischen oder, allgemeiner, in der westlichen Musik die Variation immer auf den Schlag einsetzt, haben die Roma die Tendenz zu warten. Ihr Einsatz ist verzögert, also kurz nach dem Schlag. Trotzdem halten sie den Rhythmus und erzeugen so eine rhythmische Spannung.

Phraseologie

Diese ist das subjektivste Kriterium. Es ist sehr schwierig, zumindest für mich, das Typische an einer Roma-Phraseologie präzise zu beschreiben. Tatsache ist, es gibt sie! Die beste Analogie ist jene von Wellen. Diese Musik wird mit Intonationen und kleinen rhythmischen Überdehnungen und

Kompressionen, die an das Vorbeiziehen einer Welle erinnern, gespielt oder gesungen. Je nach Land kann eine Variation, sei sie vokal oder instrumental, als Forte beginnen und dann abflauen oder sich von Mezzo zu Forte steigern.

Harmonie

Soweit ich weiss, konzentrieren sich die meisten Fachleute in ihren Texten auf die Harmonien. Sie sprechen von Zigeuner-Tonleitern, speziellen Harmonien usw. Dieses Phänomen lässt sich meiner Ansicht nach ganz einfach erklären: Da, wo das musikalische Erinnerungsvermögen einen Dur-Akkord erwartet, spielen die Roma einen in Moll. Dies muss nicht immer geschehen, doch in jedem Lied oder in jeder Melodie ist dieses Element sehr präsent. Um ein einfaches Beispiel zu geben: Bei der Folge von Dm–G–C in Dm würde man als nächstes einen Dur-Akkord erwarten. Typischerweise wird jedoch ein verminderter Akkord wie z.B. a-Moll gespielt.

Gesang

Die Stimmen sind das am wenigsten konstante Element der Roma-Musik. Auch hier handelt es sich nicht so sehr um die Technik des Singens als um die natürliche Tongebung (und das Volumen) der Stimmen und die Art, wie beides eingesetzt wird. Man denke nur an den Flamenco und höre sich dann russische Roma-Musik an oder, besser noch, die Lovara-Lieder. Die Ähnlichkeiten in der Tongebung und in der Gestaltung sind erstaunlich. Aber machen diese Charakteristika die Roma-Musik aus? Natürlich nicht. Sie liefern bestenfalls einen Leitfaden, der es ermöglicht, das, was typisch Romanes ist, abzuleiten. Roma bilden eine geschlossene Gesellschaft, die für einen *Gadjo* schwer zugänglich ist. Roma-Musiker, auch wenn sie Kontakte zu *Gadje* haben – denn meist spielen sie ja für diese – benutzen ein anderes Repertoire, wenn sie unter sich sind. Manche Musikstudie hat sich von dieser Roma-Sitte täuschen und zu einer einseitigen Darstellung verleiten lassen. Für das, was heute (wie schon fast immer) als Zigeuner-Musik gilt, ist die ungarische Restaurantmusik das vielleicht beste Beispiel. Ihr Stil enthält einige der obengenannten Elemente (Timing und Phraseologie), wird aber von den Roma selbst als *‘gadjikani muzika’*, Musik für Nicht-Roma, bezeichnet. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ungarische Volksmusik, von Roma mit viel Flair und einigen spezifischen Eigenheiten gespielt. Diese Attitüde ist gängig. Russische Roma bedienen sich russischer Romanzen/Balladen, und rumänische Roma spielen Melodien rumänischer Volksmusik etc.

Neben den *‘Charakteristika’*, die ich zu beschreiben versucht habe, gibt es eine weitere Komponente: das Repertoire. Dieser Punkt ist nicht leicht zu erklären, denn was ist wirklich alte und wirkliche Roma-Musik und was nicht? Mit jedem Jahr, das die Roma in einer bestimmten Gegend verbracht haben, wurde ihre Musik von der lokalen Volksmusik beeinflusst – und hat diese wiederum beeinflusst. Daher die Verschiedenheit der Stile, Rhythmen und musikalischen Traditionen unter den Roma. Im Balkan spürt man die türkische Präsenz in den orientalischen Rhythmen ($\frac{7}{8}$, $\frac{9}{11}$ oder $\frac{9}{13}$). Der Flamenco widerspiegelt teilweise die arabische Kultur, die nach dem Eintreffen der ersten Roma in Spanien noch immer existierte. Was ist also die ursprüngliche oder die *‘Ur-Musik’*? Ich denke, sie existiert und kann auch heute noch herausgehört werden! Repräsentiert wird sie durch alle Roma-Lieder, die Balladen ohne rhythmische Komponenten, die meist improvisiert sind. Die Lovara-Traditionen geben vielleicht den besten Eindruck, wie diese Ur-Musik geklungen haben könnte. Genauer: jene Musik, die bei einer gemeinsamen Tischrunde – von und für Roma – gespielt wird. Sie improvisieren einen Trinkspruch (*‘Toast’*) oder anderes. Es ist dies der Teil des Roma-Repertoires, der im Norden wie im Süden, im Osten und im Westen gefunden wird. Bittet man einen alten Roma, etwas zu singen, bekommt man gewiss zumindest eine dieser Balladen oder Trink-

sprüche zu hören. Dies heisst natürlich nicht, dass die anderen Lieder nicht auch tatsächlicher Roma-Tradition entstammen. Einige von ihnen können ziemlich weit zurückverfolgt werden, in Russland z. B. liefert die Literatur Belege. Durch politische Willkür sind leider keine Dokumente, geschweige denn Archive, zu finden. Da hilft es nur noch, sich auf sein Gehör und Gefühl zu verlassen und danach zu entscheiden, ob diese spezielle Melodie alt oder neu sein könnte. Nicht sehr befriedigend, doch es funktioniert – vorausgesetzt, man verfügt über die nötige Erfahrung! Der Reichtum der Roma-Musik entstammt der Vielfaltigkeit ihrer Formen. Man kann schon viele Gruppen und Lieder gehört haben, und trotzdem gibt es immer wieder Neues. Besonders, weil diese Musik sich ständig weiterentwickelt. Leider kennen nur wenige diese Musik, nicht einmal alle Roma. Die alten Generationen sterben langsam aus, und mit ihnen verschwindet ein ganzes Stück Roma-

**Der
Reichtum
der Roma-
Musik ent-
stammt der
Vielfältigkeit
ihrer For-
men.**

sprüche zu hören.

Dies heisst natürlich nicht, dass die anderen Lieder nicht auch tatsächlicher Roma-Tradition entstammen. Einige von ihnen können ziemlich weit zurückverfolgt werden, in Russland z. B. liefert die Literatur Belege. Durch politische Willkür sind leider keine Dokumente, geschweige denn Archive, zu finden. Da hilft es nur noch, sich auf sein Gehör und Gefühl zu verlassen und danach zu entscheiden, ob diese spezielle Melodie alt oder neu sein könnte. Nicht sehr befriedigend, doch es funktioniert – vorausgesetzt, man verfügt über die nötige Erfahrung! Der Reichtum der Roma-Musik entstammt der Vielfaltigkeit ihrer Formen. Man kann schon viele Gruppen und Lieder gehört haben, und trotzdem gibt es immer wieder Neues. Besonders, weil diese Musik sich ständig weiterentwickelt. Leider kennen nur wenige diese Musik, nicht einmal alle Roma. Die alten Generationen sterben langsam aus, und mit ihnen verschwindet ein ganzes Stück Roma-



Kultur. Betrachten wir beispielsweise die Sinti: Ihre Musik ist gegenwärtig das, was Django Reinhardt in den 30er Jahren aus einer Mischung zwischen New Orleans Jazz, Blues und Sinti-Musik kreiert hat. Wer

erinnert sich schon daran, was Sinti zuvor gespielt haben? Mir erscheint dies tragisch, denn um überhaupt einen erfolgreichen «Blend» (Verschnitt) produzieren zu können, muss man über eine eigene kulturelle Identität verfügen. Sonst wird der neue «Blend» ein Plagiat. Deshalb muss dem Publikum heutige Roma-Musik präsentiert werden, in der die musikalische Tradition weiterlebt. Denn nur der Erfolg – und zwar vor den Gadje – kann das Aussterben dieser europäischen Musiktraditionen verhindern und die Saat zukünftiger Stilentwicklungen sein.

Was folgt, ist eine kurze (und unvollständige!) Beschreibung der verschiedenen musikalischen Repertoires und Stile der heutigen Roma-Musik. Zur Vereinfachung habe ich sie nach Ländern geordnet.

Die albanische Roma-Musik

In Albanien und Kosovo benutzen Roma-Orchester Akkordeons, Klarinetten und Busukis. Ihr Stil ist eine Mischung von türkischer und griechischer Musik. Die Lieder, meist nur vokal intoniert, erinnern an arabische Musik, während die instrumentalen Stücke schon beinahe Sirtakis sind.

Amaro Dives (MC)

Die bulgarische Roma-Musik

Bis vor kurzem wurde die Existenz von Roma in Bulgarien beinahe verneint. Nach offiziellen Angaben gab es vor dem Fall des kommunistischen Regimes weniger als 50 000 Roma in ganz Bulgarien. Heute schätzt man, dass ungefähr 800 000 Roma in Bulgarien leben, oft unter erschreckenden Bedingungen, in Ghettos und in blanker Armut.

Auch wenn die bulgarische Roma-Kultur eine der ältesten Europas ist – sie reicht bis ins 12.–13. Jahrhundert zurück –, wissen wir doch kaum etwas darüber. Heute wissen selbst die Roma wenig über ihr musikalisches Erbe. Dies macht es um so dringlicher, bulgarische Roma-Musik – frei von den Einflüssen westlicher Musik (auch von Rap!) – aufzuzeichnen.

Lovara und Kelderava

Diese beiden Roma-Gruppen haben einen sehr spezifischen Musikstil. Wie in anderen europäischen Ländern ebenfalls basiert er hauptsächlich auf vokalen Improvisationen ohne Einsatz von Instrumenten.

Der Nordwesten

In der Region Vidin, entlang der jugoslawischen Grenze, setzen sich die Orchester oft nur aus Blechinstrumenten zusammen. Diese Tradition findet sich ebenfalls in einem Teil des heutigen Mazedonien.

Der Südwesten

Die Musik ähnelt jener Mazedoniens. Zurnas, ursprünglich von den Türken eingeführt, sind die Hauptinstrumente.

Der Süden

Hier findet sich das, was allgemein als bulgarische Musik bezeichnet wird. Tatsächlich spielen die heutigen Roma-Orchester Bulgariens meist in diesem Stil, mit Klarinetten, Saxophonen, Akkordeon, Gitarre, Bass und Schlagzeug. Der Stil der Musik ist geprägt vom Einfluss der Musik des Mittleren Ostens.

Angelo Malikov: «Gypsy Songs» (CD GEGA GD 128); Ivo Barev: «Tsiganske Piesni» (LP BMA)

Tschechische und Slowakische Republik

In der Tschechischen Republik und der Slowakei lässt sich kaum noch ausmachen, wie dort die Roma-Musik ursprünglich getönt haben könnte. Die Musik ist kaum von der ungarischen Restaurantmusik zu unterscheiden.

Die ungarische Roma-Musik

Die eigentliche Roma-Musik Ungarns hat weder Violinen, Zimbale oder, um es kurz zu machen, überhaupt Instrumente. Gitarre und Mandoline kamen erst im 19. Jahrhundert hinzu. Diese Musik basiert auf Perkussionen und Bässen. Beides wird mit der menschlichen Stimme, mit Milchkannen (!), Löffeln und Tamburinen gemacht. Ein Sänger singt gewöhnlich die Ballade, während die anderen die Bässe und Perkussionen singen. Diese Musik ist

dem Kelderara- und Lovara-Stil nahe, der in ganz Europa zu finden ist.

Die Roma aus Transsylvanien und die sesshaften Roma (die kein Romanes mehr sprechen) spielen den im Westen wohl bekanntesten Stil, die sogenannte Restaurant-Musik. Diese ist eine Mischung aus ungarischen Volksliedern, transsylvanischen Einflüssen mit einem Touch von Wiener Musik. Dies ist keine Roma-Musik, sondern Musik, die von Roma gespielt wird.

Kalyi Jag: «O Suno» (CD Hungaroton); «Gypsy Songs» (CD Hungaroton), «Lungoj o Drom anglo Mande» (CD Hungaroton), «Karingszo me Phirav» (CD Hungaroton), «Chants Tsiganes de Hongrie» (CD Sunset Productions); Ando Drom: «Chants Tsiganes de Hongrie» (CD Fonti musicali), «Kaj Phirel o Del» (CD); Ethnographic: «Gypsy Folk Songs» (CD Harmonia Mundi), «Rom sam Ame» (CD Fonti Musicali); Kalman Balogh: «The Gypsy Cymbalum» (CD ARC Records), «Roma Vandro» (CD MW Records); Ciganydalok (LP Hungaroton)

Die moldauische Roma-Musik

Die Harmonien ähneln jenen des Flamenco, die Rhythmen sind eher orientalisches, und die Art des Singens und Spielens ist rumänisch – langsame Stimmen, schnelle Instrumente. Die Lieder sind dennoch der einfachen russischen Roma-Musik verwandt. Zusammen ergibt dies einen einzigartigen Stil.

Die polnische Roma-Musik

Den Roma in Polen, die während des Zweiten Weltkrieges unter der deutschen Besatzung enorm gelitten haben, war es bis 1961 erlaubt, frei zu reisen. Die Reise- und Handelsfreiheit führte dazu, dass die Roma ihre Kultur relativ gut erhalten konnten, was auch in ihrer Musik Ausdruck findet. Trotz deutlicher Einflüsse russischer Roma-Musik weist diese Besonderheiten auf. Erstens basiert sie auf Akkordeon und Violine, gelegentlich ergänzt durch Klarinette, und zweitens sind die Rhythmen eindeutig polnisch. Mazurkas, Walzer und sogar Polonaisen sind häufig. Im Gegensatz zu dem russischen Stil benutzen die polnischen Roma für ihre Musik eher Instrumente als die Stimme. Chöre sind unbekannt, und gewöhnlich gibt es nur einen Sänger. Die typischen Roma-Terzen und -Quinten werden mit Instrumenten und nicht mit Stimmen intoniert.

Die rumänische Roma-Musik

Eigentlich sind die meisten Aufnahmen, die man aus diesem Land hört, solche rumänischer Volkslieder, die von Roma gespielt werden. Im Gegensatz zur gängigen Auffassung besteht die Roma-Musik

in Rumänien nicht aus einem einheitlichen Stil. Es sind drei Hauptstile, die die Roma-Musik in Rumänien prägen.

Transsylvanien

Dieser Teil von Rumänien war bis 1918 unter ungarischer Herrschaft. Die sogenannte ungarische Musik stammt aus dieser Region! Sie basiert fast ausschliesslich auf Zimbale, Geigen, Bratschen und Bässen. Die Saiteninstrumente spielen in Akkorden, beinahe wie ein einziges Instrument. Die Geige übernimmt die Melodie, die Zimbale übernehmen entweder die Begleitung oder die Soli. Gesang kommt selten vor. Rhythmen und Harmonien sind eindeutig ungarisch, und der Rhythmus ist eher gemässigt.

Sandor Fodor «Kalotaszegi Nepzene» (CD Hungaroton)

Rumänien

Das Orchester ist hier ergänzt durch Akkordeon und Flöten (rumänischer Einfluss). Anders als bei rumänischen Volksliedern sind die Roma-Rhythmen langsamer, doch die Instrumente spielen in schnellem Tempo. Diese Dualität – langsame Stimme, schnelle Instrumente – ist der entscheidende Unterschied zu der transsylvanischen Musik. Die Harmonien und Rhythmen aber sind orientalisches: Zahlreiche Lieder und Melodien zeichnen sich durch einen 7/8- oder 7/9-Rhythmus aus.

Taraf de Hajdonk: «Musique Tsigane de Roumanie» (CD Cramm World), «Bandits d'Honneur...» (CD Cramm World); Toni Jordache: «Zamfir, si virtuosii sai» (LP Romania); Tsiganes Tsiganes: «By Marcel Cellier» (LP ORION)

Banat

Diese Region befindet sich in der Nähe der jugoslawisch-transsylvanisch-bulgarischen Grenze. Die Einflüsse all dieser Gegenden können herausgespielt werden. Die Orchester sind meist mit Blechinstrumenten plus einer Zimbal bestückt und ihre Musik jener Transsylvaniens ähnlich.

Taraf de Carancebes: «Musiciens du Banat» (CD Sylex)

Die russische Roma-Musik

Aus alten russischen Chroniken wissen wir, dass die ersten Roma im 16./17. Jahrhundert in Russland eingetroffen sind. Da Musikinstrumente in Russland zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert verboten waren, kreierten die russischen Roma, wie die Russen selbst, eine musikalische Tradition, die auf Chören aufbaute.

Im 18. Jahrhundert kam ein einzigartiges Instrument auf: die 7saitige Gitarre. Bis vor kurzem ist dieses Instrument fast ausschliesslich von russischen Roma gespielt worden. Diese Gitarre, auf G-Dur



gestimmt, erlaubt sowohl melodische Basslinien als auch Harmonien, die an Jazz erinnern. Perkussionsinstrumente waren selbstverständlich zur Hand: in der Küche. Löffel und Töpfe, Tamburine oder «Körper-Perkussionen» wie Steppen, Mit-den-Fingern-Schnippen und Klatschen.

Die Tradition der Roma-Chöre erreichte ihren Höhepunkt im 19. Jahrhundert und dauerte bis zur Revolution. Kabarets mit Roma-Musikern, wie das «Yar» in Moskau, waren bekannt und sind in der russischen Literatur (z. B. bei Puschkin) beschrieben worden. Während dieser Periode übernahmen die Roma den Stil der russischen Romanzen. Die Geige wurde eingeführt. Roma aus dem Balkan, die sich von Russland aufgrund der Popularität der russischen Roma-Musik angezogen fühlten, brachten sie mit.

Neben diesen Stilen gab es die alten Lieder, die in Ad-hoc-Formationen zuhause und nur, wenn die Roma unter sich waren, erklangen. Trotz der Revolution, Kriegen, Hungersnöten und Emigration hat diese musikalische Tradition der Roma überlebt.

Kolpakov Trio: «Rodava Tut» (CD Opre); A. & V. Dimitrievitch (CD AZ Records)

Ukrainische Roma-Musik

Diese Musik ist heutzutage kaum mehr anzutreffen. Statt dessen wird russische Roma-Musik gespielt. Wo man sie noch hört, ist das Hauptinstrument die Zimbal. Der Stil gleicht jenem von Moldawien.

Westeuropa

Zigeuner-Jazz

Diese Art Roma-Musik schuf Django Reinhardt zusammen mit Stéphane Grapelli in den 30er Jahren. Es ist eine Mischung von Jazz und traditioneller Roma-Musik wie jene der Kelderara und Lovara. Dieser Stil ist fast ausschliesslich in Nordfrankreich und Deutschland verbreitet.

Angelo Debarre (CD Hot Club Records); Titi Winterstein: «The best of...» (CD Boulevard Records); Dorado Schmitt: «Gypsy Reunion» (CD Planett WMD); Django Reinhardt: Zu viele um sie alle zu nennen!

Flamenco

Hier wird wohl keine Beschreibung nötig sein. Anzumerken ist höchstens, dass der Flamenco auch heute noch meist von Roma gespielt wird. Er wird auf spanisch gesungen, da Romanes nach dem Fall des muslimischen Königreiches in Spanien verboten wurde und heute kaum noch präsent ist.

Paco de Lucia; El Camaron; Manitas de Plata; und viele andere...

Lovara und Kelderara

Diese beiden Roma-Gruppen haben einen sehr spezifischen Musikstil. In allen europäischen Ländern basiert er hauptsächlich auf vokalen Improvisationen ohne Einsatz von Instrumenten.

Ruza Nikolic Lakatos: «Amare Gila» (CD RST Records)

Roma-Musik aus Ex-Jugoslawien

Wojwodina-Musik

Die Wojwodina war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Teil des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches. Daher lebt dort immer noch eine zahlreiche ungarische Minderheit. Viele Roma haben sich in dieser Gegend in Roma-Dörfern und in Städten wie Novi-Sad niedergelassen. Sie leben dort unter äusserst schwierigen Bedingungen. Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens haben viele von ihnen die Region verlassen, um bessere Arbeit zu finden und auch, um der latenten Diskriminierung zu entgehen.

Die Roma-Musik der Wojwodina entstand aus einer Mischung verschiedener Stile. Als die Wojwodina eine Grenzregion zum Ottomanischen Reich war, drangen türkische Harmonien und Rhythmen in die Musik ein. Da die Wojwodina aber auch von den Ungarn besetzt wurde, existieren auch stark ungarische Einflüsse. Diese Musik entstand in den Roma-Lagern als Tanz- und Festmusik und wird fast nur von Männern gespielt und gesungen. Die Geige spielt eine wichtige Rolle, zu vergleichen mit jener eines Ballettmeisters. Tatsächlich bekommt man auch heute noch bei kleinen Dorfanlässen den Geigenspieler, der sowohl singt als auch spielt, zu sehen.

Neben diesem Soloinstrument sind die *Tamburitsas* zu hören. Dieses Instrument – eine 4saitige Gitarre, auf Quartintervalle gestimmt –, wird u. a. im Burgenland (Österreich) gespielt. Typische Formationen der Wojwodina haben drei solcher *Tamburitsas*, eine, die die Terz zu den Variationen der Geige übernimmt, eine für den Rhythmus und eine für den Alt, der die tiefe Quinte und die melodischen Basslinien übernimmt. Ein Bass vervollständigt normalerweise eine solche Orchesterformation.

Im Gegensatz zu der Roma-Musik aus Serbien ist der Rhythmus hier ziemlich statisch, jedoch voll von Synkopen. Die erste Stimme wird gewöhnlich vom Geiger gespielt, oft als Solopartie. Die anderen Stimmen geben den Rhythmus, den Bass und die zweite Stimme ab.

Es gibt noch mehrere andere Musikstile in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien.

Romano Centar: «Pilem Pilem» (CD Opre)

Serbische Musik

Die Hauptinstrumente der Roma-Orchester dieses Landes sind das Akkordeon und die Geige. In Kontrast zu der Musik in der Wojwodina ist der Rhythmus im allgemeinen orientalischer: $\frac{7}{8}$, $\frac{11}{13}$.

Saban Bajramovic «Sar e Roma» (LP MC Jugoton), «Alamange Avera» (LP MC-Jugoton); *Jarko Jovanovic* «Opre Roma» (LP MC Jugoton)

Mazedonien

Zwei verschiedene Arten von Musik koexistieren in diesem Land. Erstens Blechorchester, die fast aus-

schliesslich bei Hochzeiten und Beerdigungen spielen – wie es Kusturika in seinen Filmen zeigt. Bei einer älteren Version dieser Art von Musik werden anstelle der Blechinstrumente Zurnas – klarinettenartige, türkische Instrumente – benutzt. Der andere Stil erinnert an den Flamenco. Blechinstrumente sind hier bestimmend. Die Harmonien erinnern an andalusische Musik.

Ref.: Kocani Orchestra

Die meisten Tonträger sind in grossen und/oder spezialisierten Musikläden zu finden (oft sind sie unter dem entsprechenden Land eingereiht).





Stéphane Laederich ist der Geschäftsführer von Opre/Zürich, ein Verlag für Roma-Musik und -Kultur und freischaffender Mitarbeiter der Roma Foundation Zürich. (Aus dem Englischen von Veronika Brassel)

Zusammenfassung

Stéphane Laederich hatte die Chance, mit vielen Roma aus ganz Europa zusammenzuarbeiten. Aufgrund seiner Erfahrungen beschreibt er fünf Charakteristika, die in ganz Europa die Musik der Roma auszeichnen:

- *Stimme: In jedem Lied sind drei Stimmen präsent.*
- *Timing: Der Einsatz ist verzögert, immer kurz nach dem Schlag.*
- *Phraseologie: Die Musik wird mit Intonationen und kleinen rhythmischen Überdehnungen und Kompressionen, die an das Vorbeiziehen einer Welle erinnern, gespielt oder gesungen.*
- *Harmonie: Da, wo das musikalische Erinnerungsvermögen einen Dur-Akkord erwartet, spielen die Roma einen in Moll.*
- *Gesang: Es handelt sich nicht so sehr um die Technik des Singens als um die natürliche Tongebung (und das Volumen) der Stimmen und die Art, wie beides eingesetzt wird.*

Anschliessend beschreibt er die Vielfalt der Stile der verschiedenen Regionen und gibt Beispiele von Tonträgern an.

Résumé

Stéphane Laederich a eu la chance de collaborer avec de nombreux Rom dans toute l'Europe. Se fondant sur ses expériences, il décrit cinq caractéristiques de la musique yénish qu'il dit avoir retrouvées dans toute l'Europe:

- *Voix: chaque chant est à trois voix*
- *Timing: attaque retardée, toujours un peu après le temps*
- *Phraséologie: la musique est jouée ou chantée avec des intonations et de petites extensions et compressions rythmiques qui rappellent le passage d'une vague.*
- *Harmonie: là où la mémoire musicale attend un accord majeur, les Rom jouent un accord mineur*
- *Chant: au premier plan figure, non pas la technique du chant, mais le son naturel et le volume des voix et la manière dont tous deux sont mis en œuvre.*

Pour terminer, l'auteur décrit la variété des styles des différentes régions et cite des exemples de supports de son.



Campagne de sensibilisation de la CFR Sensibilisierungskampagne der EKR Campagna di sensibilizzazione della CFR

Mit einer Pressekonferenz am 9. Juli 1997 hat die EKR ihre erste Öffentlichkeitskampagne lanciert. In der Folge drucken wir die Pressemitteilung, das Referat, das der Präsident der EKR, Prof. Georg Kreis, anlässlich der Medienkonferenz in Zürich gehalten hat, und die als Diskussionsgrundlage vorbereiteten «Stichworte zu Rassismus» ab.

La CFR a lancé sa première campagne de relations publiques par une conférence de presse à Zurich le 9 juillet 1997. Nous publions ci-après le communiqué de presse, l'exposé prononcé lors de la conférence de presse par le prof. Georg Kreis, président de la CFR, et les «Mots clés sur le racisme» préparés en tant que base de discussion.

La CFR ha iniziato la sua prima campagna d'informazione il 9 luglio 1997 con una conferenza stampa. Qui di seguito riportiamo il comunicato stampa, il discorso tenuto dal Prof. Georg Kreis, presidente della CFR, in occasione della conferenza ai media che ha avuto luogo a Zurigo e il testo «parole chiave sul razzismo» (in francese e tedesco) quale punto di partenza per la discussione.

Communiqué de presse

Le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie existent bel et bien. Ils se dissimulent en Suisse derrière la façade de la «normalité» quotidienne. C'est une réalité qui dérange et que chacun s'efforce de bannir de sa conscience.

La Commission fédérale contre le racisme (CFR), l'équipe dynamique de l'agence publicitaire Impuls Advertising AG, de Küsnacht, et le photographe et cameraman Alberto Venzago, dont le renom n'est plus à faire, s'attaquent à ce phénomène dans le cadre d'une campagne intitulée «Der schöne Schein» («Les belles apparences»).

Dans les semaines et mois à venir, des personnes étrangères à notre pays, aux modes de vie différents, adeptes d'autres religions, entreront en contact avec la population suisse sur des milliers d'affiches grandes et petites, dans des annonces qui paraîtront en grand nombre dans la presse et sur les écrans de télévision ou de cinéma. Leurs regards confronteront les spectateurs avec une réalité qui caractérise leur vie quotidienne: «On m'accepte, oui, pour autant que ...»

Le visage de ces étrangers est au centre de la campagne de sensibilisation lancée par la Commission fédérale contre le racisme (CFR) sous le titre «Der schöne Schein» («Les belles apparences»), qui fait prendre conscience du racisme quotidien, l'appelle par son nom, rompt le silence et ouvre la discussion sur ce phénomène de société.

Par cette campagne, la CFR, instituée il y a presque deux ans par le Conseil fédéral, soumet le thème du racisme au débat public conformément au mandat qui lui a été confié: «La CFR s'occupe de discrimination raciale, s'emploie à promouvoir une meilleure entente entre les personnes de race, couleur, origine, provenance ethnique ou religieuse, religion différentes, combat toute forme de discrimination raciale directe ou indirecte et attache une importance toute particulière à la prévention pour que celle-ci soit efficace.» L'an dernier, la CFR avait lancé, parmi les agences publicitaires suisses, un concours auquel 30

agences avaient participé, présentant 53 dossiers. Le projet «Der schöne Schein» («Les belles apparences»), qui a obtenu le premier prix, pourra être réalisé grâce à la générosité des personnes associées au projet (toutes ont renoncé à leurs honoraires), aux sponsors et aux prestations gratuites des annonceurs (annonces et affiches).





Il s'agit pour la CFR d'une campagne pilote qui, loin de se résumer à un feu d'artifice d'un seul été, vise des objectifs durables: la CFR s'efforcera d'assurer la pérennité des résultats obtenus par des mesures complémentaires telles que l'intégration des organisations non-gouvernementales (ONG) dans la campagne et la publication de brochures, rapports, journaux et autres matériels publicitaires.

Ces activités vont dans le sens de la stratégie à long terme de la CFR. En automne 1997 sera lancé un nouveau journal antiraciste, «Spock», destiné aux jeunes salariés. La CFR remettra par ailleurs au Conseil fédéral un rapport sur l'antisémitisme en Suisse. Elle publiera une brochure dont le propos sera de faciliter et de promouvoir un langage non discriminatoire dans le journalisme. Enfin, elle prévoit de poursuivre ses activités de relations publiques, en s'appuyant sur les expériences faites lors de la campagne actuelle.

Medienmitteilung

Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit existieren. Sie verbergen sich hinter der schweizerischen Alltagsoberfläche. Dieser Umstand provoziert. Allzuerne wird er deshalb aus dem Bewusstsein gedrängt. Dagegen geht die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) zusammen mit dem engagierten Team der Küssnachter Werbeagentur Impuls Advertising AG und dem renommierten Schweizer Fotografen und Kameramann Alberto Venzago mit der Kampagne «Der schöne Schein» an.

In den nächsten Wochen und Monaten treten Menschen anderer Herkunft, Lebensart und Religion mit der Bevölkerung in Kontakt – in Tausenden Gross- und Kleinplakaten, in vielen Printmedien-Anzeigen, in Fernseh- und Kino-Spots. Sie konfrontieren Betrachterinnen und Betrachter mit ihrer Alltagsrealität: «Man akzeptiert mich, solange ich ...»

Ihre Gesichter stehen im Mittelpunkt der von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) lancierten Sensibilisierungskampagne «Der schöne Schein». Sie bringt den Alltagsrassismus ins Bewusstsein, nennt ihn beim Namen, bricht das Schweigen und öffnet den Diskurs.

Mit der Kampagne stellt sich die vor fast zwei Jahren durch den Bundesrat eingesetzte EKR der öffentlichen Diskussion um das Thema Rassismus und kommt ihrem Mandat nach: «Die EKR befasst sich mit Rassendiskriminierung, fördert eine bessere Verständigung zwischen Personen unterschiedlicher Rasse, Hautfarbe, nationaler oder ethnischer Herkunft, Religion, bekämpft jegliche Form von direkter oder indirekter Rassendiskriminierung und schenkt einer wirksamen Prävention besondere Beachtung.» Letztes Jahr schrieb die EKR unter den

Schweizer Werbeagenturen einen Kampagnenwettbewerb aus, an dem sich 30 Agenturen mit 53 Vorschlägen beteiligten. Der erstprämierte Vorschlag «Der schöne Schein» kann nun dank Honorarverzicht sämtlicher an der Projektumsetzung beteiligten Personen, dank Sponsoren, dank Gratis-Plakatausgang und -Insertaten realisiert werden.

Für die EKR handelt es sich dabei um eine Pilotkampagne. Damit ist allerdings nicht nur ein sommerliches Feuerwerk angesagt: Die EKR strebt vielmehr mit flankierenden Massnahmen wie der Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Kampagne und mit einem Materialien-Angebot Nachhaltigkeit an.

Das entspricht auch der langfristigen EKR-Aktivitätenstrategie. So gelangt ab Herbst 1997 die Rassismus-Thematik via die neue Zeitschrift «Spock» an junge Arbeitnehmer/innen. Ferner wird zuhause des Bundesrates ein Bericht über den Antisemitismus in der Schweiz verfasst. Eine Broschüre unterstützt und fördert den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch im Journalismus. Schliesslich soll die Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt werden, wobei sich die EKR ihre Erfahrungen mit der jetzigen Kampagne zunutze machen kann.

Comunicato stampa

L'esistenza del razzismo, dell'antisemitismo e della xenofobia è un dato di fatto, ma questi fenomeni si nascondono dietro l'apparenza quotidiana. Questa situazione è una spina nel fianco e se ne dimentica molto volentieri la realtà. La Commissione federale contro il razzismo (CFR), insieme con il team della agenzia pubblicitaria di Küssnacht, la Impuls Advertising AG, e con il famoso fotografo e cameraman svizzero Alberto Venzago vogliono risvegliare le verità rimosse con il lancio della campagna pubblicitaria «Der schöne Schein».

Nelle prossime settimane e nei prossimi mesi persone la cui origine è diversa dalla nostra, il cui stile di vita si discosta dal nostro, la cui religione è un'altra verranno presentate alla popolazione parlandole da cartelloni pubblicitari di varia grandezza, in inserzioni sui giornali, durante gli spot televisivi e cinematografici e confrontandola con la loro realtà quotidiana: «Sono il benvenuto. Se»

La campagna di sensibilizzazione è centrata sui loro volti, portando il piccolo razzismo quotidiano alla nostra coscienza, dandogli un nome e rompendo il silenzio per iniziare una discussione aperta.

Con questa campagna, la CFR, nominata circa due anni fa dal Consiglio federale, si confronta con il tema «razzismo» secondo il suo incarico: «Il mandato della Commissione è il seguente: occuparsi dei problemi di discriminazione razziale, promuovere una migliore comprensione tra persone di stirpe, colore di pelle, origine, provenienza nazionale o etnica,

religione diversi, opporsi a qualsiasi forma di discriminazione razziale diretta o indiretta e rivolgere un'attenzione particolare a misure di prevenzione efficaci.»

L'anno scorso 30 agenzie pubblicitarie svizzere hanno partecipato alla gara indetta dalla CFR presentando 53 proposte. Il progetto premiato «Der schöne Schein» ha potuto essere concretizzato solo grazie al fatto che tutti coloro che partecipano alla sua realizzazione hanno rinunciato ad essere ricompensati, grazie agli sponsor, grazie ai cartelloni ed alle inserzioni gratis.

Per la CFR questa rappresenta una campagna pilota, sicuramente non destinata a restare il fuoco d'artificio d'una sola estate: la CFR infatti progetta misure atte a sostenerla e a continuarla nel tempo, quali

GEORG KREIS

En quoi cette campagne est-elle nécessaire?

Pourquoi faut-il une campagne publicitaire contre le racisme et l'antisémitisme?

C'est une question compréhensible et légitime, quoique finalement secondaire. Je souhaite que, plutôt que de nous concentrer sur l'aspect accessoire de la nature de notre engagement pratique, nous portions essentiellement notre attention sur le problème principal, la question des préjugés racistes. Nous avons besoin de telles campagnes, tout comme nous ne pouvons nous passer d'une Commission fédérale contre le racisme, ni – malheureusement – d'une norme de droit pénal contre le racisme. Une des tâches princi-

Kofi Zuberbühler, 8: «Die Schweizer haben mich gern.



Solang' ich klein und herzlich bin.»

Was viele betrifft, geht alle an.
Eidgenössische Kommission gegen Rassismus.

l'appoggio delle organizzazioni non governative (ONG) e la distribuzione di vario materiale pubblicitario ed informativo.

In questo senso la Commissione resta fedele ai progetti ed alle strategie già in corso e pianificate per i prossimi anni. Ad esempio, a partire dall'autunno 1997, l'argomento «razzismo» appare sulla nuova rivista «Spock», dedicata ai giovani lavoratori. Inoltre il Consiglio federale riceverà un rapporto sull'antisemitismo in Svizzera. Seguirà una pubblicazione per invitare ed incoraggiare l'uso nell'ambito giornalistico di una lingua che eviti termini discriminatori. Infine, le azioni dirette al pubblico verranno portate avanti, facendo tesoro delle esperienze raccolte con questa campagna.

pales de la commission consiste à sensibiliser la société à toutes les formes de discrimination raciale et à mettre sur pied des activités dans une certaine mesure préventives. La sensibilisation vise moins les formes les plus manifestes d'excès racistes violents que les symptômes plus discrets du racisme quotidien. La sensibilisation doit pénétrer notre conscience avant que nous ne cédions par inadvertance au racisme ou, ce qui est plus fréquent encore, que nous ne tolérions sans broncher, ou même sans y prendre garde, les comportements racistes de tiers.

Il est souvent bouleversant d'écouter les récits de discriminations et de marginalisations que certains se voient infliger – pas toujours par mauvaise volonté, mais par indifférence, réflexe défensif, peur, considérations d'intérêt, et sous l'empire d'une incapacité de reconnaître l'équivalence d'une autre réalité que la sienne. Les victimes de discrimination raciale sont des immigrés, des étrangers mariés chez nous, des enfants de mariages mixtes, des adeptes d'autres religions, des personnes qui vivent différemment comme les gens du voyage, les requérants d'asile, les saisonniers.



La discussion sur le rôle de la place financière suisse pendant la Deuxième guerre mondiale a aussi ravivé d'un jour à l'autre l'antisémitisme qui couve en permanence dans notre société.

La nécessité d'une telle campagne s'explique par le caractère indispensable de mesures préventives. Dans le domaine des drogues conventionnelles ou moins connues, la nécessité de la prévention saute aux yeux. Il devrait en être de même lorsque cette drogue a pour nom le racisme. C'est une «drogue» qui procure à celui qui s'y adonne, lorsqu'il traite autrui comme un interlocuteur inférieur, membre d'un groupe jugé de seconde classe, et porte ainsi atteinte à sa dignité, l'illusion d'être quelqu'un de spécial, de supérieur.

Il n'est pas possible de combattre efficacement un phénomène s'il demeure refoulé dans l'inconscient, et si les «belles apparences» demeurent préservées.

Cette campagne porte un nom très juste: «Les belles apparences». L'idée est de montrer que sous la surface rassurante de la «normalité» l'anormal guette, et qu'à regarder de plus près comment notre société traite «l'autre», des abîmes s'ouvrent sous nos pas. Ce qui est ainsi mis en lumière est laid et porte un nom que personne ne veut entendre: le racisme. Le racisme reflète des différences de pouvoir, relègue les victimes en marge de la société sous le prétexte de leur apparence différente, de leur religion différente, etc. Que ces mécanismes d'exclusion soient relativement modérés en Suisse par rapport à ce qu'ils sont ailleurs et la relative rareté des violences manifestes constituent un des volets de notre réalité. L'autre est que sous la mince carapace des apparences, il se passe chez nous bien des choses incompatibles avec le respect des droits de l'homme.

La première grande campagne de la CFR entend nommer par son nom le phénomène dont elle a mandat de s'occuper. Elle veut ainsi ouvrir la voie à une vaste discussion sur toutes les situations dans lesquelles nous préservons les belles apparences au détriment d'habitants de ce pays. Elle veut enfin ouvrir le débat sur les moyens potentiels pour y remédier dont disposent les autorités, la CFR, d'autres institutions, les enseignants, les têtes charismatiques, les politiciens – tout citoyen de ce pays.

Aux yeux de la CFR: un coup d'envoi.

En été 1996, la commission avait lancé, parmi les agences publicitaires suisses, un concours de motivation contre le racisme et l'antisémitisme auquel 30 agences avaient participé, présentant 53 projets. Vous avez aujourd'hui devant vous le projet «Der schöne Schein» («Les belles apparences»), qui a remporté le premier prix. La campagne sera menée par l'agence publicitaire Impuls Advertising et le photographe Alberto Venzago, avec le généreux soutien des éditeurs d'affiches et de journaux, du Groupe parlementaire-

contre le racisme et de différentes organisations non-gouvernementales. Tous se sont penchés, dans le cadre de la préparation de la campagne, sur le problème des «belles apparences». Ils ont examiné si les portraits présentés reflétaient bien un aspect de la réalité helvétique. Ils ont examiné concrètement le cas des personnes qui ont prêté leur visage pour représenter le destin d'un groupe ethnique donné. Ces modèles ont tous droit ici à de chaleureux remerciements, de même que les sponsors, qui ont décidé dans de brefs délais, sans bureaucratie, de s'associer à la campagne.

Il s'agit d'un projet pilote.

La campagne a été réalisée avec un minimum absolu de moyens financiers. Nous avons dû renoncer à de grandes manifestations médiatiques – par exemple aux spots publicitaires à la télévision. Mais la CFR refusait malgré tout de renoncer à la démarche, certes audacieuse, que représentait ce projet pilote. Elle a dû reconnaître, il est vrai, que sans budget de projet proprement dit, elle est dans l'impossibilité d'accomplir à long terme la première tâche formulée dans son mandat.

La CFR tenait particulièrement à éviter de donner d'elle-même l'image d'une autorité prisonnière de sa tour d'ivoire bureaucratique, essentiellement occupée à rédiger des rapports. En publiant ces images et ces messages, la CFR s'expose elle-même à l'appréciation de l'opinion publique, qu'elle invite au dialogue. La campagne ne manquera pas de susciter des émotions, positives ou négatives. La CFR ne se dérobe pas à ces émotions, qu'elle considère comme justifiées et très importantes. Diagnostiquer et mettre en lumière ce qui se passe dans les esprits, au plan individuel comme à l'échelle de la société toute entière, peut nous aider à adopter une position claire et conséquente face au racisme.

GEORG KREIS Warum braucht es diese Kampagne?

Warum braucht es eine Öffentlichkeitskampagne gegen Rassismus und Antisemitismus?

Das ist eine verständliche und legitime, letztlich aber nebensächliche Frage. Ich wünschte mir, dass man sich nicht auf Kosten der Aufmerksamkeit gegenüber der eigentlichen Frage nach unseren rassistischen Voreingenommenheiten auf einen Nebenaspekt der Art des praktischen Engagements konzentriert. Es braucht solche Kampagnen, wie es eine Eidg. Kommission gegen Rassismus und wie es – leider – eine Strafrechtsnorm gegen Rassismus braucht. Eine Hauptaufgabe der Kommission besteht darin, die Gesellschaft gegenüber jeglicher Form der rassistischen

Diskriminierung zu sensibilisieren und damit bis zu einem gewissen Grad Präventionsarbeit zu leisten. Die Sensibilisierung gilt weniger den offensichtlichsten, weil mit Gewalttätigkeit verbundenen Formen der rassistischen Ausschreitungen. Die Sensibilisierung muss auch die weniger augenfälligen Formen des alltäglichen Rassismus zum Gegenstand haben. Und die Sensibilisierung muss unser Bewusstsein vorweg erreichen, bevor man unbedacht zum Täter wird oder, was noch häufiger vorkommt, Taten von Dritten unbeachtet und stillschweigend hinnimmt.

Es ist oft erschütternd zu hören, was Menschen an Diskriminierung und Ausgrenzung angetan wird – nicht einmal immer aus bösem Willen, sondern aus Gleichgültigkeit, Abwehr, Angst, aus Nützlichkeits-erwägungen – aus Unfähigkeit, eine andere Realität als die eigene als gleichwertig anzuerkennen. Opfer rassistischer Diskriminierung sind Zugereiste, Eingehairatete, Kinder aus Mischehen, Menschen mit einem anderen religiösen Bekenntnis, Menschen mit einer fremden Lebensart wie die Fahrenden, Asylsuchende und Gastarbeiter. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Rolle des Finanzplatzes Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ist auch der latent stets vorhandene Antisemitismus plötzlich wieder salonfähig geworden.

Die Notwendigkeit einer solchen Kampagne erklärt sich aus der Notwendigkeit vorbeugender Massnahmen. Im Bereich von konventionellen oder weniger konventionellen Rauschmitteln leuchtet uns dies schnell ein. Es sollte uns auch da einleuchten, wo es um die Droge des Rassismus geht. Eine Droge, welche die Illusion vermittelt, dass wir uns als etwas Besseres fühlen können, wenn wir andere als Angehörige angeblich minderwertiger Gruppen behandeln und ihre Würde angreifen.

Man kann ein Phänomen nicht wirksam bekämpfen, wenn es verdrängt bleibt und der schöne Schein aufrechterhalten bleibt.

Die Kampagne trägt den treffenden Titel «Der schöne Schein». Sie will zeigen, dass unter dem schönen Schein der Normalität das Abnorme lauert, dass sich Tiefen auftun, wenn man genauer hinschaut und bemerkt, wie in unserer Gesellschaft «der andere», das Fremde behandelt wird. Was ans Tageslicht kommt, ist unschön und hat einen unerwünschten Namen: Rassismus. Der Rassismus widerspiegelt ein Machtgefälle und grenzt die Opfer aus, indem er sie auf ihr andersartiges Aussehen, ihre andere Religion usw. festschreibt. Dass in unserer Gesellschaft diese Ausgrenzungsmechanismen – im Vergleich zu anderswo – relativ gemässigt und selten offen gewalttätig ausgetragen werden, ist ein Teil der Realität. Dass unter der Oberfläche vieles dem Respekt vor der Menschenwürde nicht gerecht wird, ist die andere Seite dieser Realität.

Die erste grössere Kampagne der EKR will das Phänomen, mit dem sie sich befassen muss, beim richti-

gen Namen nennen. Sie will damit den Weg öffnen für eine breite Diskussion darüber, wo und wann der schöne Schein jeweils aufrechterhalten wird zuungunsten unserer Mitbewohnerinnen und Mitbewohner in diesem Land. Sie will auch die Diskussion eröffnen, wie dem begegnet werden kann: von Behörden, von der EKR, von anderen Institutionen, von Lehrern und Vorbildern, von Politikern – von jedem Bürger und jeder Bürgerin dieses Landes.

Diese Kampagne ist von der EKR als ein Startzeichen gedacht.

Im Sommer 1996 schrieb die Kommission einen Wettbewerb für eine Kampagne zur Motivation gegen Rassismus und Antisemitismus unter Schweizer Werbeagenturen aus. 30 Agenturen sandten 53 Wettbewerbsvorschläge ein. Den erstprämiierten Vorschlag der Impuls Advertising AG, «Der schöne Schein», haben Sie nun vor sich.

Die Kampagne wird von der Impuls Advertising und dem Fotografen Alberto Venzago getragen und grosszügig unterstützt von den Plakatgesellschaften, den Zeitungsverlegern sowie von der Gruppe Parlamentarier gegen Rassismus und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen. Sie alle haben sich in der Arbeit an dieser Kampagne bereits mit dem «schönen Schein» auseinandergesetzt. Sie haben geprüft, ob die dargestellten Portraits einen Ausschnitt der Wirklichkeit widerspiegeln. Sie haben sich mit den Personen auseinandergesetzt, die ihr Gesicht liehen zur Darstellung des Schicksals einer Gruppe von Menschen. Ihnen allen sowie den Sponsoren, die in der knappen Zeit sich mit unbürokratisch raschen Entscheidungen zum Mitmachen entschieden, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Kampagne ist von der EKR als ein Pilotprojekt gedacht.

Sie wurde mit einem absoluten Minimum an finanziellen Mitteln realisiert. Auf grosse Medienauftritte – zum Beispiel im Werbeblock des Fernsehens – musste verzichtet werden. Die EKR wollte trotzdem nicht auf den gewagten Schritt eines solchen Pilotprojekts verzichten. Sie musste jedoch feststellen, dass sie ohne ein eigentliches Projektbudget längerfristig die erste in ihrem Mandat formulierte Aufgabe gar nicht erfüllen kann.

Nicht zuletzt wollte die EKR auch den schönen Schein vermeiden, sie sei selbstgenügsam im bürokratischen Elfenbeinturm mit dem Verfassen von Berichten beschäftigt. Die EKR stellt sich mit diesen Bildern und den Aussagen auch selbst der Öffentlichkeit und fordert sie zum Dialog auf. Sicher wird die Kampagne Emotionen auslösen, positive und negative. Die EKR stellt sich diesen Emotionen und hält sie für richtig und wichtig. Eine Klärung unserer gesamtgesellschaftlichen und individuellen Befindlichkeit kann uns alle weiterführen in eine klare und gelebte Haltung gegen Rassismus.



Stichworte zu Rassismus – eine Diskussionsgrundlage

Die folgenden «Stichworte zu Rassismus» sind im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Öffentlichkeitskampagne entstanden. Sie sind als Diskussionshilfe gedacht. Reaktionen und Ergänzungen sind willkommen.

Ideologie

Rassistisch ist jede Ideologie, die folgende drei Annahmen aufweist:

- Menschen werden aufgrund bestimmter körperlicher oder kultureller Eigenarten oder auch aufgrund ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit in naturgegebene wie durch Blutsverwandtschaft verbundene Gruppen – sogenannte «Rassen» – eingeteilt;
- Mitglieder solcher pseudo-verwandtschaftlicher Gruppen werden durch bestimmte gemeinsame, weitgehend unveränderbare psychische Merkmale ausgezeichnet;
- Gruppen werden hierarchisiert oder diskriminiert anhand einer «Werteskala», die auf den zugeschriebenen psychischen Merkmalen basiert.

Praxis und Ideologie

- Oft – aber nicht immer – wird eine rassistische Praxis mit einer rassistischen Ideologie gerechtfertigt.
- Manchmal verhält sich jemand rassistisch, obwohl er/sie für eine egalitäre Ideologie einsteht. Bisweilen denkt jemand rassistisch, ohne sich in der Praxis rassistisch zu verhalten.
- Rassisten, Fremdenhasser und Antisemiten schieben ihren Opfern die Schuld an der eigenen Aggression zu.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen als «fremd» empfundene Menschen. Neben Ausländern/Ausländerinnen, anders aussehenden oder sich verhaltenden Menschen können das auch Aussenseiter/-innen, Nichtintegrierte, Alte, Behinderte usw. sein. Alle diese Menschengruppen sind Diskriminierungen ausgesetzt, die nicht zu tolerieren sind. Es macht jedoch keinen Sinn, alle Diskriminierungen als Rassismus zu bezeichnen.

Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindlichkeit ist eine Form von Rassismus, wenn Ausländer/innen angefeindet werden – wie das meistens der Fall ist –, weil ihr Aussehen

oder Verhalten als andersartig, als «fremd» angesehen wird oder wenn sie aufgrund eines zugeschriebenen Nationalcharakters stigmatisiert werden.

Antisemitismus

Antisemitismus ist eine Form des Rassismus:

- wobei Religion als vornehmliches Merkmal zur Rassenkonstruktion herangezogen wird;
- Juden als Sündenbock für allerlei Probleme herhalten müssen;
- «den Juden» vorgeworfen wird sich gegen «die Menschheit» zu verschwören;
- Antisemitismus tendiert zur Extremform, nämlich zur Eliminierung der Juden als einzigen Lösung.

Praxis

Rassistisch ist jede Praxis, die Menschen ungerecht oder intolerant behandelt, demütigt, beleidigt, bedroht oder an Leib und Leben gefährdet, aufgrund von mindestens einem der folgenden Attribute:

- bestimmte körperliche Merkmale (wie Hautfarbe, Physiognomie usw.);
- ethnische Herkunft und/oder Staatsangehörigkeit;
- bestimmte kulturelle Merkmale (wie Sprache oder Name);
- religiöse Zugehörigkeit.

Grundwerte

Individuen – nicht «Rassen» – sind unterschiedlich, aber alle Menschen sind gleich. Rassismus verstößt gegen das elementare Menschenrecht, nicht diskriminiert zu werden.

Rassismus trifft nicht nur die Opfer, er entmenslicht die Täter. Eine Gesellschaft, die Rassismus und Antisemitismus toleriert, ist nicht demokratisch.

Massnahmen

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind nicht als natürliche (anthropologische) Erscheinungen zu tolerieren. Sie sind sozial, historisch und psychosozial verankerte Phänomene, die bekämpft und überwunden werden müssen und können.

Die Rolle von politischen, wirtschaftlichen und religiösen Autoritäten und Behörden auf allen Ebenen

ist zentral im Kampf gegen rassistische Ideologie. Sie müssen immer wieder unzweideutig und entschieden Stellung beziehen.

Rechtliche Ahndung kann nur die extremsten Auswüchse rassistischer Praxis bestrafen.

Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen, ob Schule, Wirtschaft, Politik oder Verwaltung, tut Not. Aufklärung ist ein erster notwendiger Schritt.

Täter als Täter und Opfer als Opfer darstellen:

- ▶ Informationen zur Motivation der Täter bzw. Offenlegung des Nutzens, den Täter aus ihrer Haltung ziehen;

- ▶ Informationen über die Opfer, um Ängste und Misstrauen abzubauen, die ihnen gegenüber empfunden werden.

Voraussetzung ist, Rassismus als solchen zu benennen:

- ▶ in seinen ideologischen Erscheinungsformen;
- ▶ in alltäglichen, subtilen Diskriminierungen;
- ▶ in diskriminierenden Strukturen.

Und immer wieder:

- ▶ rassistische Vorfälle niemals verharmlosen;
- ▶ rassistische Vorfälle publik machen;
- ▶ rassistische Vorfälle öffentlich verurteilen!



Mots clés sur le racisme – Une base de discussion

Les «mots clés sur le racisme» ci-après ont été conçus lors des préparatifs pour la campagne de relations publiques pour servir de base de discussion. Toute réaction et tout complément seront les bienvenus.

Idéologie

Est raciste toute idéologie qui présente les trois pré-supposés suivants:

- ▶ Elle répartit les gens selon des critères ayant trait à certaines particularités corporelles ou culturelles, ou sur la base de leur appartenance ethnique, nationale ou religieuse, en groupes soi-disant définis selon les lois de la nature, p.ex. selon la parenté biologique («races»).
- ▶ Les membres de tels groupes de pseudo-parenté sont étiquetés à l'aide de caractéristiques communes de nature psychique et dans une large mesure non modifiables.
- ▶ Les groupes sont hiérarchisés ou discriminés selon une «échelle de valeurs» fondée sur les caractéristiques psychiques qui leur sont prêtées.

Pratique et idéologie

- ▶ Une pratique raciste fait souvent – mais pas toujours – l'objet de tentatives de justification à l'aide d'une idéologie raciste.

- ▶ Il arrive qu'une personne adopte un comportement raciste alors même qu'elle défend par ailleurs une idéologie égalitaire. Elle véhicule parfois une idéologie raciste sans se comporter elle-même de manière raciste dans la pratique.
- ▶ Les racistes, xénophobes et antisémites attribuent à leurs victimes la faute de leurs propres agressions.

Hostilité à quiconque est différent, ostracisme

Cette attitude se manifeste à l'encontre de toute personne ressentie comme «extérieure» au groupe: les étrangers, quiconque présente une autre apparence, se comporte différemment, les originaux et les marginaux, les personnes mal intégrées, les vieux, les handicapés, etc. Tous ces gens sont exposés à des discriminations intolérables. Précisons toutefois qu'il n'y aurait aucun sens à taxer de racisme toutes les discriminations quelles qu'elles soient.

Xénophobie

La xénophobie, la haine de l'étranger, est une forme de racisme lorsque – comme c'est généralement le cas – elle condamne des étrangers du simple fait que leur apparence ou leur comportement sont considérés comme «différents», «inhabituels» ou qu'on leur attribue un caractère national stigmatisant.



Antisémitisme

L'antisémitisme est une forme de racisme, car

- il utilise la religion comme caractère distinctif de la «race» qu'il cherche de constituer;
- il utilise les juifs comme boucs émissaires à qui attribuer la responsabilité des problèmes sociaux;
- il accuse «les juifs» de conspirer contre «l'humanité»;
- il tend dans sa forme extrême à l'élimination des juifs comme unique solution.

Pratique

Est raciste toute pratique qui traite des êtres humains de manière injuste ou intolérante, les humilie, les offense, les menace ou met en danger leur intégrité physique ou leur vie en raison de l'un au moins des attributs suivants:

- particularités physiques (couleur de la peau, physionomie ...);
- appartenance ethnique ou nationale, ou les deux;
- certaines caractéristiques culturelles (langue, nom ...);
- croyance religieuse.

Valeurs fondamentales

Les individus (mais non les «races») sont différents, mais tous les êtres humains sont égaux. Le racisme viole ce principe fondamental des droits de l'homme qu'est la non-discrimination.

Le racisme ne salit pas seulement les victimes, mais également ceux qui s'en rendent coupables, les privant de toute humanité. Une société qui tolère le racisme et l'antisémitisme n'est pas démocratique.

Mesures

Le racisme, la xénophobie et l'antisémitisme ne doivent pas être tolérés sous prétexte qu'ils seraient des manifestations (anthropologiques) naturelles. Ce sont des phénomènes d'origine sociale, historique et psychosociale que nous devons et pouvons combattre et dépasser.

Le rôle des autorités politiques, économiques et religieuses de tous les niveaux est primordial dans la lutte contre l'idéologie raciste. Elles doivent prendre régulièrement position à son sujet, résolument et sans ambiguïté.

Les manifestations de racisme ne peuvent faire l'objet de répression pénale que dans des cas extrêmes.

La prévention dans tous les domaines de la société – école, économie, politique, administration – est d'une urgente nécessité.

Présenter les coupables en tant que coupables et les victimes en tant que victimes:

- Informations sur la motivation des racistes et mise en lumière des avantages qu'ils retirent de leur attitude;
- Informations sur les victimes pour atténuer l'appréhension et la méfiance qu'on ressent à leur égard.

Une des conditions préalables à toute prévention est qu'on appelle le racisme par son nom:

- dans les formes idéologiques sous lesquelles il se manifeste;
- au niveau des discriminations quotidiennes et subtiles;
- au niveau des structures discriminatoires.

Et se rappeler constamment les principes suivants:

- Ne minimiser aucun incident raciste;
- Faire connaître publiquement chaque incident raciste;
- Condamner publiquement les événements racistes!



Liste der Mitglieder der EKR/Liste des membres de la CFR/Lista dei membri della CFR

Regula Bähler	Forum gegen Rassismus, Parlamentarische Gruppe gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (hat aus gesundheitlichen Gründen Rücktritt eingereicht, Ersatz wurde noch nicht gewählt)
Muriel Beck Kadima	Schweiz. Evangelischer Kirchenbund, Forum gegen Rassismus
May Bittel	Schweiz. Radgenossenschaft der Landstrasse
Cécile Bühlmann, Nationalrätin (Vizepräsidentin)	Expertin: Beauftragte für Interkulturelle Erziehung
Mario Forni, Dr. phil. I	Schweiz. Bischofskonferenz (hat aus gesundheitlichen Gründen Rücktritt eingereicht, Ersatz wurde noch nicht gewählt)
Fikri Karaman	Interessengemeinschaft Schweizer–Ausländer (IGSA)
Georg Kreis, Prof. Dr. (Präsident)	Leiter des Europainstituts der Universität Basel
Mimi Lepori Bonetti	Parlamentarische Gruppe gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
Thomas Lyssy	Schweiz. Israelitischer Gemeindebund (SIG), Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz
Markus Marti	Verband schweiz. Arbeitsämter (VSAA)
Cintia Meier-Mesquita, Dr. phil. I	Expertin: Soziologin
Olivier Meuwly, Dr. iur.	Union suisse des arts et métiers (USAM)
Carmen Meyer-Sommer	Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, Bund Schweiz. Frauenorganisationen
Samia Osman	Arbeitsgemeinschaft Christen und Muslime in der Schweiz
Alex Pedrazzini, Regierungsrat	Schweiz. Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD)
Rolf Probala	Experte: Ethnologe und Journalist
Boël Sambuc (vice-présidente)	Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme (LICRA)
Peter Schmid, Regierungsrat	Schweiz. Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK)
Peter Sigerist	Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB)
Doris Angst Yilmaz	Leiterin des Sekretariats der EKR
Michele Galizia, Dr. phil. I	Stv. Leiter des Sekretariats der EKR
Cornelia Bohnet	Sekretärin des Sekretariats der EKR



Pressespiegel

Antisemitismus

- In vielen Artikeln wird das Interview mit Bundesrat J.-P. Delamuraz (24heures, 31.12.96) zu den Holocaust-Geldern als Zäsur verstanden. (Das umstrittene Interview ist in deutscher Sprache nachzulesen in: Madeleine Dreyfus [Hrsg.] «Manifest vom 21. Januar 1997. Geschichtsbilder und Antisemitismus in der Schweiz». Zürich: WoZ-Verlag, S.13ff.) Aussagen wie «Lösegeld-Erpressung», «Schuldgeständnis» und «Destabilisierung» hätten dem Antisemitismus in der Schweiz Aufwind verliehen und die jüdische Gemeinde zutiefst verunsichert, so der Grundton mehrerer Kommentare. In Leserbriefen und Artikeln konnte auf der anderen Seite eine breite Solidarisierungswelle mit Bundesrat Delamuraz festgestellt werden. Erwin Kessler, Verein gegen Tierfabriken, lobt Bundesrat Delamuraz gar, «die ungeduldige jüdische Gier nach dem Naziraubgold» kritisiert zu haben. Dagegen fordert Georg Kreissler im «Israelitischen Wochenblatt» vom 14.3.97: «Die Schweiz muss ihre Schuld anerkennen und für ihre Verfehlungen geradestehen.» Und der Bundesrat bezog im Rahmen von zwei Interpellationsantworten deutlich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen diskriminierender Haltung Stellung.
- Verschiedene Facetten des Antisemitismus thematisiert der Bericht der «WochenZeitung» vom 24.1.97 insbesondere zur akademischen Pflege des Ressentiments gegenüber Juden. Der «Tages-Anzeiger» macht am 10.2.97 eine Tour durch die öffentliche Meinung im Leserbrieffundus, hinterfragt am 15.2.97 die Praxis der Zürcher Zünfte, nur Christen aufzuneh-

men, und geht am 9.5.97 den jüdenfeindlichen Tendenzen in der Schweizer Literatur während der Kriegszeit nach.

- «Biel als Zielscheibe rassistischer Hetzer», titelt das «Bieler Tagblatt» am 7.4.97 und meldet, dass ein Dutzend Ärzte und eine Reihe öffentlicher Personen mit Hetzschriften, die die Auswütschlüge propagieren, beliefert worden seien.
- In Zürich eskaliert erneut der Kampf zwischen radikalen Skinheads und antifaschistischen Kräften. Sechs Stunden lang terrorisierten über 100 Skinheads laut «Tages-Anzeiger» vom 7.4.97 am vergangenen Samstag das Zürcher Niederdorf, jagten linke Jugendliche und schlugen unter den Augen der Stadtpolizei mindestens zwei von ihnen spitalreif, wie «Vorwärts» am 11.4.97 berichtet. Die Untätigkeit der Polizei habe erst recht die Gewalt entfesselt, meint der «Nouveau Quotidien» am 25.4.97. Erst am 1. Mai beruhigt sich die gespannte Lage mit letzten Gewaltentladungen seitens der Autonomen und mit der Wiederherstellung der Ordnung durch die Polizei, berichtet der «Nouveau Quotidien» am 2.5.97. Wegen des Vorwurfs der Mittäterschaft der Polizei läuft bei der Bezirksanwaltschaft eine Strafuntersuchung. Solche Behauptungen würden sehr ernst genommen, meint Philipp Hotzenköcherle vom Polizeikommando gegenüber der NZZ am 3.7.97. Mit dem Eingeständnis gegenüber der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates, «die politische Sensibilität sei nicht richtig eingeschätzt worden», akzeptiert Polizeivorstand Robert Neukomm an einer Medienorientierung die GPK-Kritik, wie der «Tages-Anzeiger» vom 3.7.97 zitiert.

- In Basel werden der Baselbieter Regierungsrat P. Schmid und E.-U. Katzenstein, Redaktor des reformierten «Kirchenboten», mit antisemitischen Schmierereien eingedeckt, wie die «Jüdische Rundschau» vom 6.3.97 meldet. Drei Monate später steht in der «WochenZeitung» vom 6.6.97, dass ein Mann mit Jarmulke durch den Basler Rechtsextremisten Jürgen Künzli – wegen mehrfacher Drohungen und Gewalttätigkeiten bereits im Februar 1997 zu neun Monaten bedingt verurteilt – in antisemitischer Weise attackiert worden sei.
- Gemäss einer Studie der Universität Tel Aviv war der Antisemitismus 1996 weltweit auf dem Rückzug, habe aber neue Formen angenommen. Die Studie, welche Brandanschläge, Schüsse und Bombenattentate erfasst, vermerkt einen Rückgang von 41 Angriffen 1995 auf 32 für das Jahr 1996. Dagegen wird mit Besorgnis registriert, dass der Zulauf der Rechtsextremen in Europa und der Antisemitismus im Internet weiter zunehmen. (Bund, 6.5.97)
- Der «Courrier» fragt am 22.6.97 besorgt: «Antisémitisme en Suisse: et si ce n'était qu'un début?»/«Antisemitismus in der Schweiz: Und wenn dies erst der Anfang wäre?» Bundesrat Leuenberger klagt in einem Interview mit der «Schweizer Familie» vom 2.7.97 die Galionsfigur der Rechten, Christoph Blocher, welcher gegen die «Solidaritäts-Stiftung» und den «Holocaust-Fonds» polemisiert, der Brandstiftung und Schaumschlägerei an.

Kirche und Antisemitismus

- Im Neuenburger «Express» vom 21.2.97 rufen namhafte Kirchenvertreter des Kantons Neuenburg die Gemeinden dazu auf, Antisemitismus nicht zu tolerieren.
- In einem Interview mit der «Neuen Luzerner Zeitung» vom 6.5.97 äussert sich der Theologe Eugen Drewermann über die religionspsychologischen Wurzeln des Antijudaismus.

- In den Leserbriefspalten der «Aargauer Zeitung» vom 6.5.97 erregen sich die Gemüter über den Entscheid der Reformierten Landeskirche des Kantons Aargau, Nachforschungen anzustellen über das Verhalten und den Antisemitismus der Kirche während der Zeit des Zweiten Weltkrieges.
- «Wenn man nicht an die Schuld des Volkes Israel glaubt, kann man kein Christ sein.» Mit dieser Interpretation wird der Münsterpfarrer in Bern, Franz Christ, in der Berichterstattung über eine christlich-jüdische Veranstaltung in der «Sonntags-Zeitung» vom 29.6.97 zitiert. Auch in Basel ist das Verhältnis zwischen Christen und Juden offensichtlich nicht so unproblematisch, wie vielfach angenommen, meint die «Basler Zeitung» am 20.5.97.

Zigeuner/Fahrende

Die Debatten um die «Schatten der Vergangenheit» lösen ein grösseres Interesse gegenüber den Zigeunern aus:

Nach 40 Jahren Provisorium und einer breiten Informationskampagne in den Medien haben die Stimmberechtigten der Stadt Bern mit ihrem Ja zum definitiven Standplatz in Buech ein Signal von nationaler Bedeutung gegeben. («WochenZeitung», 4.4.97)

Während in Bern nun ein fester Standplatz realisiert wird, ist diese Frage in Biel noch immer heftig umstritten und fern einer festen Vereinbarung. («Biel-Bienne», 9.4.97) Auch in der Westschweiz nimmt sich die Presse des Themas an. So berichtet zum Beispiel der «Nouveau Quotidien» am 15.4.97 über die Verhandlungen um Standplätze. 6 bestehende oder geplante Plätze (Versoix/GE, Payerne/VD, Rennaz/VD, le Pâquier/NE, Sierre/VS, Bienne/BE) werden porträtiert. Der Kanton Freiburg wird im Vergleich mit dem Kanton Waadt für sein fehlendes Bemühen kritisiert.

In der Stadt Zürich, kritisiert Robert Huber, Präsident der Rad-

genossenschaft der Landstrasse, gebe es immer noch keinen einzigen Durchgangsort. («Tages-Anzeiger», 27.6.97)

- «Scharotl» (die Zeitschrift der Fahrenden) meldet, dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg erstmals in seiner Geschichte mit einer Beschwerde einer Angehörigen des fahrenden Volkes befassen musste. («Scharotl», 3/97)
- Ein Historikerteam hat im Februar 1997 die Arbeit aufgenommen, die Akten im Bundesarchiv zu sichten und ein erstes Licht in dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte zu bringen. Die Radgenossenschaft kann sich mit der vom Bundesamt für Kultur (BAK) getragenen Studie nicht zufrieden geben. («Scharotl», 3/97)
- Die «Kinder der Landstrasse» erhalten wieder Zugang zu ihren Akten. In einer Verwaltungsvereinbarung erklären sich die Kantone einverstanden, die Vormundschaftsakten über die von ihren Eltern getrennten jenen Kinder im Bundesarchiv aufzubewahren. («Tages-Anzeiger», 3.4.97)
- Die «Weltwoche» vom 5.6.97 berichtet von einem Sinneswandel der Tessiner Behörden gegenüber den Fahrenden, durchaus auch zum Vorteil der Sesshaften. Bis vor kurzem versuchten die zuständigen Stellen mit allen Mitteln, den Fahrenden den Aufenthalt zu verleiden. Heute haben sie dank Polizeidirektor Alex Pedrazzini (Mitglied der EKR) ihre Meinung geändert. Das «Movimento contro il razzismo et la xenofobia» attestiert dem CVP-Politiker Lernfähigkeit. Heute seien die wichtigsten Forderungen weitgehend erfüllt: Fünf feste Standplätze mit hygienischen Einrichtungen stehen zur Verfügung.
- Nach sechs Jahren Vorbereitungsarbeit hat die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende», am 1. Mai 1997 offiziell gegründet, mit ihrer ersten Sitzung am 19.6.97 ihre Arbeit aufgenommen. («Scharotl», 3/97)
- Die Situation der ausländischen Fahrenden in der Schweiz, wie z. B.

der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, welche nur unter Gefahr zurückkehren können, findet kaum Beachtung in den Medien. Zur Zeit sind vor allem im Internet Initiativen im Gang, welche sich um das Los der Roma-Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sorgen. Es wird geschätzt, dass etwa 40 000 Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien in der Schweiz zur Gruppe der Roma gehören, welche mehrheitlich ihre ethnische Herkunft nicht thematisieren, obwohl sie bei Rückschaffung mit Verfolgung zu rechnen haben (<http://hamp.hampshire.edu/>).

Diskriminierungen

- Die «WochenZeitung» publiziert am 7.2.97 die «Chronologie des Rassismus 1996». 61 Vorfälle, im Jahr zuvor waren es 57, wurden erfasst. Erneut befinden sich darunter fünf Brandanschläge. 14 Vorfälle gehen auf das Konto von neonazistischen Skinheads, in 15 Fällen waren Holocaust-Leugner die Täter.
- In ihrem Bericht vom 5.3.97 macht die «Aargauer Zeitung» auf das Problem von anonymen Briefen und massiven Drohungen rassistischen Inhalts im oberen Freiamt aufmerksam. Die Gruppe «Neue Hitlerjugend», Verfasserin mehrerer Drohbriefe, war bisher unbekannt. An Schulen wirkte schon das Auftreten in Bomberjacken und Kampfstiefeln bedrohlich. Die Schulbehörden hoffen, mit Aufklärungsaktionen und einer angemessenen Behandlung im Geschichtsunterricht die Schrecken der Nazi Herrschaft vor Augen führen zu können, um zumindest jüngeren Anhängern der Naziideologie die Augen zu öffnen.
- *Nachtrag zum Fall Arch:* Das Urteil wurde im Oktober 1996 definitiv rechtskräftig, da sowohl Verteidiger als auch der Staatsanwalt ihre Appellation zurückzogen. In Arch ist inzwischen Ruhe eingekehrt. (NZZ, 17.10.96) Das «VPOD-Magazin» (100/97) trägt in einer Chronologie die Auseinandersetzungen

zung um die fremdenfeindlichen Vorkommnisse in der Seeländergemeinde Arch von 1992 bis 1996 nochmals zusammen und kritisiert die Ereignisse, ohne den eigenen Verband zu schonen. Es hätte von der VPOD-Lehrer/innengruppe bis zur Erziehungsdirektion niemand das Ausmass des Falles erkannt, und alle Beteiligten hätten regelrecht versagt. Der Zweite Weltkrieg sei immer noch nicht im Lehrplan, und der politische Kampf sei auf die juristische Ebene delegiert worden. Nun gehe es noch um die Zukunft des betroffenen Lehrers Peter Fasnacht. Für die Schulkommission sei klar, dass Fasnacht 1998 abgewählt werde. Das Magazin fragt sich, ob das Engagement für menschliche Werte und historische Wahrheiten mit einem derart hohen Preis verbunden sein müsse.

Rechtsextreme

- Rund ein Jahr nach dem *Skinhead-Überfall* auf das «Festival der Völkerfreundschaft» in Hochdorf wurden die Strafen gegen einen Grossteil der Beteiligten bekanntgegeben. 40 der 57 verzeigten Täter erhielten bedingte Freiheitsstrafen zwischen sechs Wochen und drei Monaten sowie Bussen. In allen Fällen wurde die Strafuntersuchung wegen Landfriedensbruchs eingestellt, wie das Amtsstatthalteramt Hochdorf bekannt gab. (NZZ, 16.10.96)
- Die «WochenZeitung» resümiert in ihrer Ausgabe vom 28.3.97 die Akteneinsicht in die Skinheadszene im Rahmen der breitangelegten Strafuntersuchung der Luzerner Polizei gegen die festgenommenen Hammerskins von Hochdorf. Die Durchsicht der über 800 Seiten Akten ermögliche eine genaue Übersicht über die Deutschschweizer «Glatzenszene». In diesem Rahmen wurde auch aktenskundig, dass Skins an der Demonstration gegen den Auftritt von C. Blocher von Zürcher Polizisten aufgefordert worden seien, Pflastersteine zu werfen. Neben

einer Auflistung der Organisationsformen kam der Bericht zum Schluss, dass der Strafverfolgungsdruck die Schweizer Hammer-Skinheads offenbar geschwächt habe und sie sich zur Zeit nur im Zürcher Niederdorf relativ frei bewegen könnten.

- Laut «Facts» (5/97) wirbt der aktivste Holocaust-Leugner der Schweiz auf dem Internet. Der Basler *Jürgen Graf* sei zu einer zentralen Figur der europäischen und amerikanischen Neonazi-Szene geworden. Trotz der Schwierigkeiten, Verantwortliche auf dem Netz zu belangen, habe nun der Aargauer Staatsanwalt, D. Aufderblatten, ein Strafverfahren gegen Grafs Internetauftritt initiiert. Am 5.2.97 erliess das Amtsgericht Mannheim (D) einen Haftbefehl gegen Jürgen Graf und seinen Verleger Gerhard Förster wegen Volksverhetzung. Im August 1995 wurde er bereits vom Amtsgericht Weinheim (D) zu einem Jahr Gefängnis bedingt und 10 000 DM Busse verurteilt. («WochenZeitung», 28.2.97)

Universale Kirche (UK)

- Die Universale Kirche bleibt weiterhin im Gespräch. Am 5.10.96 meldet der «Tages-Anzeiger» den Rücktritt von Daniel Schillig, Mitglied der UK, als Gemeinderat und Schulpräsident von Neuheim/ZG. Das klar antisemitische Gedankengut der UK sei mit dem öffentlichen Amt nicht vereinbar, meint der Neuheimer Gemeinderat. Am 29.11.96 verteidigt die Schulpräsidentin Anita Hurni die Kindergärtnerin Beata Iten, Frau des Zuger Lehrers Jürg Iten, in einem Leserbrief im «Tages-Anzeiger», diese habe sich ja schriftlich von antisemitischen Äusserungen der UK distanziert.
- Gemäss einer Recherche der «WochenZeitung» in der Ausgabe vom 20.12.96 werden die «Zeiten-Schriften» des Herausgeberpaares Benjamin und Ursula Seiler-Spielmann als Sprachrohr der UK benutzt. Der Sektenführer werde darin auf 24 Seiten interviewt.

Leach-Lewis, Führer der UK, bezeichnet darin die Antirassismus-Strafnorm als stumpfsinnig, der Prozess von Trogen verhöhne die Justiz und mache sie zum Gespött. Gedruckt wurden die «Zeiten-Schriften» von der «Zollikofer AG» in St. Gallen, die zur NZZ-Gruppe gehört. Das Herausgeberpaar muss sich Anfang April 1997 in Bern-egg/SG im Untersuchungsverfahren erstmals vernehmen lassen. Nach Auflagen seitens der Druckerei wurde der Auftrag unter Protest storniert und der «Fachpresse-Druckerei AVD» in Goldach übergeben, wie die «Sonntags-Zeitung» vom 6.4.97 herausfand. Deren Verlagschef, Heinrich Bischof, kündigt eine Überprüfung der Angelegenheit an.

- Im ersten «SGA-Bulletin» 1997 erklärt Regierungsrat Hans-Peter Uster, dass dem Kantonsschullehrer Jürg Iten nach seiner schriftlichen Distanzierung nicht gekündigt werde, da die Kündigung einem Berufsverbot gleichkomme und die Rechtslage nicht so eindeutig sei, wie ursprünglich angenommen.
- Dagegen wird das Urteil von vier Monaten Gefängnis bedingt und 5000 Franken Busse gegen Sektenführer Reimer Peters vor dem Ausserrhodener Obergericht in zweiter Instanz bestätigt. Die Aussagen in jenem Brief seien «übelster Antisemitismus», die «Öffentlichkeit» sei gegeben und Peters für den Versand verantwortlich gewesen, wie die «Neue Luzerner Zeitung» das Gericht in seiner Ausgabe vom 19.3.97 zitiert. Die NZZ vom 19.3.97 hält in ihrem Bericht fest, ein letztinstanzliches Urteil wäre wünschenswert.
- Am 2.4.97 stand erneut ein Exponent der UK vor Gericht. Über 80 Anhänger der Sekte unterstützten den angeklagten Hans-Ulrich Hertel vor Bezirksgericht. Schuld seien die Journalisten und Medien, die solche Aussagen veröffentlichen, versuchte Hertel sich vor Gericht zu rechtfertigen. («Tages-Anzeiger», 3.4.97)

Anthroposophie

- ▶ Die von der «Antifaschistischen Zeitung» in ihrer dritten Ausgabe 1996 zur Diskussion gestellte «Herrenmenschentümelei in der Anthroposophie» nimmt der «Tages-Anzeiger» am 21.2.97 und die «Weltwoche» am 3.4.97 auf. Beide Beiträge behandeln die Kontroverse um das «Schwarzbuch Anthroposophie» der Gebrüder Grandt, welches Rudolf Steiner unter anderem Sexualmagie und Rassismus vorwirft. Steiners Texte zur Rassenlehre seien auch von seinen Anhängern nur schwer vom Vorwurf des Rassismus zu entkräften. In seinem Artikel in der «Weltwoche» findet Lukas Hartmann, die Zitate aus Steiners Arbeitervortrag vom 3. März 1923 seien diffamierend und abstrus und brächten überzeugte Anhänger einer widerspruchsfreien Lehre in arge Verlegenheit.

Urteile/Verfahren

- ▶ Die Klage von *Pierre Heumann* gegen die Verantwortlichen des «Israelitischen Wochenblattes» wegen Zuwiderhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm im Rahmen eines Interviews mit dem rechtsextremen israelischen Literaturprofessor Hilel Weiss vom 4.10.96 wird vom Bezirksanwalt Würgler abgewiesen. Seit Inkrafttreten der Strafnorm am 1. Januar 1995 sind verschiedentlich Versuche von Gegnern des Gesetzes zu verzeichnen, den Spiess umzudrehen und es auf den politischen Gegner anzuwenden. Zum ersten Mal sei eine jüdische Publikation eingeklagt. («Israelitisches Wochenblatt», 7.2.97)
- ▶ Der «Tages-Anzeiger» (14.2.97) berichtet von einem ähnlich gelagerten Fall, die Antirassismus-Strafnorm zu instrumentalisieren. Ein Mitglied der Scientology-Kirche ist mit seiner Rassismusklage gegen die Sektenkritikerin Elsbeth Bates bei der Anklagekammer des Kantons St. Gallen abgewiesen worden. *Scientology* sei keine Religion im Sinne des Gesetzes, wird

mit diesem Rekursentscheid erstmals offiziell festgestellt. Jürg Stettler, Pressesprecher von Scientology, erklärt, man werde eine staatsrechtliche Beschwerde prüfen.

- ▶ Nach zwei Jahren muss sich der St. Galler Arzt *Walter Fischbacher* nun doch vor Gericht für seine antisemitischen Äusserungen verantworten. Er ist nach einem Versand seines Pamphlets «Die zionistische Weltverschwörung» im Sommer 1995 angeklagt worden. Nachdem der Untersuchungsrichter Jules Wetter am 4. Juni 1996 eine Aufhebungsverfügung erliess, rekurierten der Kläger Sigi Feigel sowie Staatsanwalt Thomas Weltert («WochenZeitung», 18.2.97). Das Bezirksgericht St. Gallen verurteilte Fischbacher schliesslich zu zwei Monaten bedingt. Seine Beschuldigungen der Zionisten würden als antisemitische Propaganda verstanden, urteilten die Richter. Fischbachers Anwalt wollte sich offiziell zum Urteil nicht äussern. («Tages-Anzeiger», 21.4.97)
- ▶ Im Zürcher Oberland wird laut Agenturmeldung SDA ein Verfahren eingeleitet wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm. In einer Schnitzelbank in der Fasnachtszeitung von *Hinwil* seien Asylsuchende als «Asylbetrüger» verunglimpft worden. Eine Woche zuvor war gegen die Urheber eines Verses der Bärenswiler Fasnachtszeitung ein Verfahren eröffnet worden wegen antisemitischer Verse: Der Autor mache sich über Entschädigungsforderungen von jüdischen Naziopfern lustig. (NZZ, 25.2.97)
- ▶ Der Schaffhauser Traubensaftproduzent und Verleger *Emil Rahm* ist wegen Rassendiskriminierung zu einer Busse von 5000 Franken verurteilt worden. Die Verbreitung des Buches «Geheimgesellschaften/ Band I» von Jan Van Helsing in seinem Blatt «Memopress» taxiert das Gericht als Verletzung der Antirassismus-Strafnorm. Der Untersuchungsrichter hielt das Buch in seiner Gesamtheit geeignet, zu Hass und Intoleranz gegenüber Juden, jüdischen Banken,

Zionisten, Freimaurern und anderen aufzurufen. (NZZ, 21.3.97)

- ▶ Unter Berufung auf die Antirassismus-Strafnorm hat die Vereinigung «Schweiz–Armenien» eine Strafklage eingereicht. Diese wurde am 24. März, dem Gedenktag an den Genozid am armenischen Volk, gegen türkische Vereine in der Schweiz, welche in einer Petition den Völkermord leugnen, deponiert. Auf Anfrage bestätigt M. A. Niggli, Jurist an der Universität Freiburg, dass die Petition unter den Strafrechtsartikel falle und dass in Frankreich 1995 bereits ein amerikanischer Historiker verurteilt worden sei wegen Leugnung von Genozid. («24heures», 24.3.97)
- ▶ Weil ein *Lehrer der jurassischen Kantonsschule* sich vor seinen Schülern beleidigend und rassistisch geäussert hat, ist dieser um zwei Lohnklassen herabgestuft worden. Das Kantonsgericht hat den Rekurs des Lehrers abgelehnt. Das Urteil tritt rückwirkend auf Oktober 1995 in Kraft. (SDA, 21.4.97)
- ▶ In Genf hat ein Algerier *Klage gegen einen Skinhead* erhoben wegen Körperverletzung und rassistischer Diskriminierung, nachdem er wegen einer Lungenverletzung ins Spital eingeliefert werden musste. Es sei in Genf erst ein Urteil wegen Verstosses gegen die Antirassismus-Strafnorm gefällt worden, 11 Fälle seien noch pendent. Dass nur sehr wenig Fälle vor dem Richter entschieden würden, liege auch daran, wie der Lausanner Anwalt J.-M. Dolvio bemerkt, dass die meisten Opfer nur mit prekärer Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz weilten. («Tribune de Genève», 22.4.97)
- ▶ Vor anderthalb Jahren hatten Medienberichte den Berner Grossen Rat dazu veranlasst, eine Voruntersuchung wegen der Physiognomiekurse des *Vereins für Menschenkenntnis* in den Räumlichkeiten der Universität Bern einzuleiten. Laut Agenturmeldung vom 30.4.97 werden die Akten nun mit Antrag auf Überweisung an den Staatsanwalt geschickt.
- ▶ Der ehemalige Skinhead und SBB-Angestellte *Reto Guardiani* ist in

Olten zu 500 Franken Busse verurteilt worden. Das Amtsgericht fand den 26jährigen für schuldig, ein Flugblatt mit rassistischen Äusserungen in Umlauf gebracht zu haben. Das Oltener Urteil ist von besonderer Bedeutung, weil damit zum ersten Mal der Begriff «Asylant» als diskriminierend erachtet wird. («Berner Tagwacht», 14.5.97)

- Der *Basler Buchhändler Jäggi* ist vom Strafgericht Basel-Stadt zu einer Busse von 1000 Franken verurteilt worden, weil er das Buch «Geheimgesellschaften» von Jan van Helsing im Sortiment führte. Obwohl der Buchhändler von einem Anwalt auf das betreffende Buch mit rassistischem Inhalt hingewiesen worden sei, habe er dieses weiterhin zum Verkauf angeboten. («Bund», 30.5.97)
- Der Basler Theologieprofessor E. Stegmann, Präsident der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaft, hat gegen den Holocaust-Leugner *Jürgen Graf* Anzeige wegen Beschimpfung und Verletzung der Antirassismus-Strafnorm eingereicht. Das Buch «Todesursache Zeitgeschichtsforschung» sei eine einzige Leugnung der Judenvernichtung und übelste antisemitische Hetze («Sonntags-Zeitung», 8.6.97). Das Verfahren obliege dem Bezirksgericht Baden, bei dem seit längerem Anzeigen von Sigi Feigel gegen Graf und dessen Verleger Gerhard Förster hängig sind.
- Die *St. Galler Autopartei* wird im Gegensatz zum Urteil der Vorinstanz vom St. Galler Kantonsgericht freigesprochen. Im März 96 noch zu einer Busse von 500 Franken verurteilt, da der Begriff «Tamil-Tourist» diskriminierend sei, wertet das Kantonsgericht diesen im betreffenden Zusammenhang nicht mehr als herabsetzend. («Berner Tagwacht», 17.6.97)

Migrationspolitik und Antirassismus-Strafnorm

- Im «Vorwärts» vom 6.12.96 äussert sich Anjuska Weil, eine von 40 Unterzeichner/innen eines «Offe-

nen Briefes zu couragiertem Auftreten gegen Rassismus und Intoleranz», zur Ausländerpolitik des Zürcher Stadtpräsidenten und Präsidenten der städtischen Ausländerkommission Josef Estermann: Das Dreikreismodell habe sich in die Köpfe und Herzen der Menschen eingebrannt, auch jener, die es eigentlich ablehnen oder ablehnen müssten. Der Offene Brief, als Reaktion auf das «Tages-Anzeiger»-Interview mit Stadtpräsident Josef Estermann vom 3.10.96, stellt mit grosser Beunruhigung fest, dass Herr Estermann mit der Unterstützung der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht eine repressive Richtung eingeschlagen habe durch eine diskriminierende Aufspaltung in Erwünschte und Unerwünschte.

- Der Bundesrat hat den ersten Bericht der Schweiz zum «Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung» genehmigt. Er hält darin fest, dass der begrenzte Zugang der Ausländer zum schweizerischen Arbeitsmarkt mit dem Übereinkommen vereinbar sei. Der Bericht wird von einem Ausschuss der UNO geprüft werden. (Agenturmeldungen vom 19.12.96)
- Der Thurgauer Regierungsrat bittet das EJPD, dem Kanton keine Asylsuchenden aus dem Kosovo mehr zuzuweisen. Laut dem Bundesamt für Flüchtlinge und dem EJPD-Sprecher Viktor Schlumpf sei dies das erste und einzige schriftliche Begehren dieser Art. Die «Gesellschaft für bedrohte Völker» fordert die Bundesanwaltschaft auf zu prüfen, ob das Vorgehen der Thurgauer Regierung keinen Verstoss gegen die Antirassismus-Strafnorm darstelle. Die Antwort steht noch aus. («DAZ», 23.3.97)
- Die Antirassismus-Strafnorm soll mit einer Volksinitiative wieder abgeschafft werden. Mitinitiant der Initiative ist der notorische Holocaust-Leugner Andreas Studer. Rimuss-Fabrikant Emil Rahm distanziert sich von dem Vorhaben, hat aber eine Petition «zum Schutz der freien Meinungsbildung» lan-

ciert, welche «Nachbesserungen» des entsprechenden Strafartikels fordert. («Sonntags-Blick», 30.3.97)

- Marie-Claire Caloz-Tschopp kritisiert in ihrem zweiteiligen Text zum institutionellen Rassismus in der «Berner Tagwacht» vom 8.4.97 und 14.4.97, die Argumentationsweise des Bundesrates im Zusammenhang mit dem sogenannten Dreikreismodell sei differenzialistisch und rassistisch. Bedenklich sei, dass diese in einem bundesrätlichen Text erscheine, der eigentlich die Ratifikation der UNO-Konvention glaubhaft machen solle.

Massnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus

- Der Gemeinderat von Muri/BE bittet die letztes Jahr gegründete Arbeitsgruppe «Rassismus und Antisemitismus», sich mit Aufklärungsarbeit den aufkommenden antisemitischen Strömungen entgegenzustellen. Die Jugend zu sensibilisieren und ihr zu einem umfassenden Geschichtsbild zu verhelfen, sei besonders wichtig, sagt Gemeindepräsident Niederhäuser. Der Arbeitsgruppe gehören ein Gemeinderatsvertreter, Mitglieder der Schulkommission, Schulvorsteher, Schulsekretär und eine Jugendarbeiterin an. («Bund», 22.1.97)
- Die Diskussion über Antisemitismus in der Innerschweiz, letztes Jahr von Kantonsrat Josef Lang lanciert, wurde am 30.1.97 mit einer Podiumsdiskussion zur Judenfeindlichkeit Zugs in der Zwischenkriegszeit und zum schweizerischen Antisemitismus und seinen Folgen im allgemeinen fortgesetzt. (Flugblatt)
- Mit einem Teil der von der EU-Kommission gesprochenen Budgets des «Europäischen Jahres gegen Rassismus» 1997 soll ein europäisches «Monitoring Center for Racism and Xenophobia» (RAXEN) aufgebaut werden. Das Jahr gegen Rassismus ist am 30.1.1997 offiziell eröffnet worden. Der EU-Kommissar für Ar-

beit und Soziales, Padraig Flynn, sagte anlässlich der Eröffnungsfeier: «Rassismus ist zu einem europäischen Problem geworden.» (Süddeutsche Zeitung, 5.3.97)

- ▶ Über 4000 Personen haben mit der Unterzeichnung des «Manifestes vom 21. Januar 1997» die Verlautbarungen eines Bundesrates und der Schweizer Banken im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen jüdischer Opfer des Naziregimes kritisiert. Das Manifest solle auf jeden Fall als Instrument der Sensibilisierung für den Antisemitismus in der Gesellschaft fortbestehen, wie 200 Kongress-Teilnehmer und -Teilnehmerinnen in Zürich zu verstehen gaben. (NZZ, 26.5.97)
- ▶ An den Interkulturellen Junifestwochen in Luzern dominierten an der Podiumsdiskussion «Zu Hause in der Fremde» zwei Themen: «Politische Rechte für Ausländer» und «Die Sprache als wichtigstes Hilfsmittel auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration». (Neue Luzerner Zeitung, 6.6.97) Im selben Rahmen fand im Schulhaus St. Karli eine multikulturelle Projektwoche statt, an der 240 Kinder – in neun Sprachgruppen aufgeteilt – mitwirkten. Die Kinder befassten sich mit der eigenen Kultur und näherten sich anderen Kulturen und Mentalitäten an. (Neue Luzerner Zeitung, 13.6.97)
- ▶ Rund um den Flüchtlingstag am 16. Juni hat in Bern, Zürich und Basel je ein sehr erfolgreicher «Lauf gegen Rassismus und Antisemitismus» stattgefunden. Die von den Hilfswerken, dem Gewerkschaftsbund und der EKR getragene Aktion soll eine gemeinsame Anti-Rassismus-Aktion der Arbeitgeber-, Arbeitnehmerverbände und der EKR mitfinanzieren helfen. (verschiedene Medien)
- ▶ Das Konfliktophon wird nach drei Betriebsjahren seit Anfang Jahr neu von der Organisation CH-701 und der Asylorganisation Zürich getragen. Die Beratungsstelle für Kulturkonflikte ist telefonisch unter der Numer 01/242 42 29 erreichbar. (Tages-Anzeiger, 13.3.97)



Revue de presse

Antisemitisme

- ▶ Dans de nombreux articles, l'interview du conseiller fédéral J.-P. Delamuraz («24heures», 31.12.96) sur les victimes de l'Holocauste a été interprétée comme une tentative de censure. (Cette interview controversée figure en langue allemande dans: Madeleine Dreyfus, «Manifeste du 21 janvier 1997 – Images historiques et antisemitisme en Suisse», Zurich: éd. WoZ, p. 13s.) Les déclarations de Delamuraz – chantage, rançon, reconnaissance de culpabilité, déstabilisation – auraient ravivé l'antisemitisme en Suisse et profondément inquiété la communauté juive, tel est le ténor des nombreux commentaires. Dans des lettres de lecteur et des articles, on a vu inversement déferler une vague de solidarité avec le conseiller fédéral Delamuraz. Erwin Kessler, de l'«Association contre les fabriques d'animaux», loue même J.-P. Delamuraz pour avoir critiqué «l'impatiente avidité juive de récupérer l'or nazi». Par contre, Georg Kreis demande, dans le journal «Israelitisches Wochenblatt» du 14.3.97, que «la Suisse reconnaisse sa faute et assume sa culpabilité». Le Conseil fédéral a pris clairement position, dans le cadre de ses réponses à deux interpellations, contre le racisme, l'antisemitisme et d'autres formes de discrimination.
- ▶ Dans son édition du 24.1.97, le journal «WochenZeitung» évoque d'autres facettes de l'antisemitisme, et notamment le thème du ressentiment, toujours de bon ton chez certains intellectuels – contre les Juifs. Le «Tages-Anzeiger» donne, le 10.2.97, un aperçu de l'opinion publique sous forme de lettres de lecteur, sonde, le 15.2.97, les avis régnant sur la pratique des corporations zurichoises leur imposant

de n'accepter que des membres chrétiens, et se penche le 9.5.97 sur les tendances antisémites dans la littérature suisse du temps de guerre.

- ▶ «Bienne la cible d'agitateurs racistes» titrait le «Bieler Tagblatt» du 7.4.97, annonçant qu'une douzaine de médecins et une série de personnalités de la vie publique avaient reçu des lettres de provocation propageant la thèse du mensonge d'Auschwitz.
- ▶ A Zurich, le combat entre les Skinheads radicaux et les forces antifascistes repart de plus belle. A en croire le «Tages-Anzeiger» du 7.4.97, une centaine de Skinheads auraient terrorisé pendant six heures le quartier zurichois de Niederdorf samedi dernier, poursuivant des jeunes et battant au moins deux d'entre eux sous les yeux de la police au point qu'on a dû les hospitaliser, comme l'écrivait le «Vorwärts» du 11.4.97. L'inactivité de la police aurait donné du regain à la violence, affirme le «Nouveau Quotidien» du 25.4.97. Il faut attendre le 1^{er} mai pour que la situation se calme après les derniers actes de violence des Autonomes et le rétablissement de l'ordre par la police, rapporte le «Nouveau Quotidien» du 2.5.97. La police fait l'objet d'une enquête du juge de district (Bezirksanwaltschaft), suite à des reproches de complicité. De telles allégations sont prises très au sérieux, dit Philipp Hotzenköcherle, de la Centrale de la police, à la NZZ le 3.7.97. En reconnaissant, face à la Commission de gestion du Conseil communal, que «la sensibilité politique n'a pas été évaluée correctement», le chef de la police Robert Neukomm accepte la critique de cette commission lors d'une conférence de presse, comme le rapporte le «Tages-Anzeiger» du 3.7.97.



- A *Bâle*, le conseiller d'Etat de Bâle-Campagne P. Schmid et E.-U. Katzenstein, rédacteur du journal réformé *«Kirchenbote»*, sont la cible de barbouillages antisémites, comme l'annonce la *«Jüdische Rundschau»* du 6.3.97. Trois mois plus tard, la *«WochenZeitung»* du 6.6.97 rapporte qu'un homme coiffé de la Jarmulke a été attaqué par l'extrémiste de droite bâlois Jürgen Künzli, déjà condamné en février 1997 à neuf mois avec sursis pour menaces et violences réitérées.
- Selon une étude de l'Université de Tel Aviv, l'antisémitisme était en recul dans le monde en 1996, mais revêt désormais de nouvelles formes. L'étude, qui porte sur les incendies criminels, coups de feu et attentats à la bombe, enregistre un recul de 41 attaques en 1995 à 32 en 1996. Elle souligne cependant avec inquiétude que l'extrême-droite relève la tête en Europe et que l'antisémitisme continue à prendre de l'ampleur sur Internet (*«Bund»* du 6.5.97).
- Le *«Courrier»* demande le 22.6.97 avec inquiétude «L'antisémitisme en Suisse: et si ce n'était qu'un début?» Dans une interview dans *«Schweizer Familie»* du 2.7.97, le conseiller fédéral Leuenberger accuse d'esbroufe et d'incitation à la violence la tête de file de la droite, Christoph Blocher, qui polémique contre le *«Fonds de Solidarité»* et le *«Fonds d'aide aux victimes de l'Holocauste»*.

Eglise et antisémitisme

- Dans le journal neuchâtelois l'*«Express»* du 21.2.97, des représentants renommés de l'Eglise du canton de Neuchâtel en appellent aux communes pour qu'elles ne tolèrent pas l'antisémitisme.
- Dans une interview pour le journal *«Neue Luzerner Zeitung»* du 6.5.97, le théologien Eugen Drewermann parle des racines religieuses et psychologiques de l'anti-judaïsme.
- Dans les colonnes de l'*«Aargauer Zeitung»* du 6.5.97, les lettres de

lecteur se font virulentes à propos de la décision de l'Eglise nationale réformée du canton d'Argovie de procéder à des recherches sur le comportement et l'antisémitisme de l'Eglise durant la Deuxième Guerre mondiale.

- «Si l'on ne croit pas à la faute du peuple d'Israël, on ne peut pas être un chrétien.» Telle est l'interprétation du pasteur de la Cathédrale de Berne, Franz Christ, citée dans l'article que le journal *«Sonntags-Zeitung»* consacre le 29.6.97 à une manifestation judéo-chrétienne. Et la *«Basler Zeitung»* de renchérir le 20.5.97 que les relations entre chrétiens et juifs à Bâle ne sont pas non plus sans causer certains problèmes.

Tsiganes/Gens du voyage

- Les débats sur les «ombres du passé» suscitent davantage d'intérêt pour les Tsiganes: Au lendemain d'une vaste campagne d'information, les habitants de la ville de Berne ont approuvé en scrutin la création d'une place de stationnement définitive au lieu-dit Buech, après que les Tsiganes aient dû se satisfaire d'une solution provisoire pendant 40 ans. C'est un signal important à l'échelle nationale toute entière (*«WochenZeitung»* du 4.4.97). Mais alors que Berne aménage une place de stationnement définitive, la question demeure violemment controversée à Bienne, et une entente définitive semble encore très éloignée (*«Biel-Bienne»* du 9.4.97). La presse se saisit de ce thème en Suisse romande aussi. C'est ainsi par exemple que le *«Nouveau Quotidien»* a publié un article sur les places de stationnement en date du 15.4.97, décrivant six places existantes ou planifiées (Versoix/GE, Payerne/VD, Rennaz/VD, le Pâquier/NE, Sierre/VS, Bienne/BE). Le canton de Fribourg est critiqué pour son manque d'efforts par comparaison avec le canton de Vaud. Robert Huber, Président de l'*«Association des gens du voyage»*, critique le fait qu'il n'existe toujours

pas une seule place de stationnement en ville de Zurich (*«Tages-Anzeiger»* du 27.6.97).

- *«Scharotl»* (le journal des Gens du voyage) annonce que le Tribunal européen des Droits de l'homme à Strasbourg a dû se pencher pour la première fois de son histoire sur une plainte d'un Tsigane du voyage (*«Scharotl»* 3/97).
- Une équipe d'historiens a commencé en février 1997 à passer en revue les documents déposés aux Archives fédérales pour faire un début de lumière sur ce sombre chapitre de l'histoire suisse. L'*«Association des gens du voyage»* ne peut se satisfaire de l'étude commandée par l'Office fédéral de la culture (OFC) (*«Scharotl»* 3/97).
- Les *«Enfants de la Grande Route»* ont de nouveau accès à leurs dossiers. Dans une convention administrative, les cantons se déclarent d'accord pour déposer aux Archives fédérales les documents relatifs aux tutelles d'enfants yénish séparés de leurs parents (*«Tages-Anzeiger»* du 3.4.97).
- La *«Weltwoche»* du 5.6.97 évoque un changement d'attitude des autorités tessinoises à l'égard des Gens du voyage, en grande partie aussi au profit des sédentaires. Il y a peu de temps encore, les instances compétentes essayaient par tous les moyens de décourager les Gens du voyage de séjourner sur le sol tessinois. Aujourd'hui, ils ont changé d'opinion grâce au directeur de la police Alex Pedrazzini (membre de la CFR). Le *«Movimento contro il razzismo e la xenofobia»* atteste au politicien UDC une bonne capacité d'apprentissage. Les exigences principales sont aujourd'hui satisfaites: cinq places de stationnement équipées d'installations sanitaires sont à disposition.
- Après six ans de travaux de préparation, la Fondation pour le futur des gens du voyage suisse a été officiellement créée le 1^{er} mai 1997, et elle a tenu sa première séance de travail le 19.6.97 (*«Scharotl»* 3/97).
- La situation des Gens du voyage étrangers en Suisse, par exemple les Romani originaires de l'ancienne Yougoslavie, qui ne peuvent re-

tourner sans danger dans leur pays, ne suscite guère d'écho dans la presse. Certaines initiatives se développent actuellement sur Internet pour informer sur le destin des réfugiés de guerre Rom de l'ancienne Yougoslavie. Selon des évaluations non officielles, ces réfugiés seraient au nombre de 40 000 environ en Suisse. Ils ne font généralement pas état de leur ethnie, alors même qu'ils doivent s'attendre à des persécutions en cas de renvoi dans leur pays. (<http://hamp.hampshire.edu/>)

Discriminations

- ▶ La «WochenZeitung» publie dans son numéro du 7.2.97 la «Chronologie du racisme 1996». 61 incidents ont été enregistrés cette année, 57 l'année précédente. Dans le nombre, à nouveau cinq incendies criminels. 14 événements sont à mettre au compte des Skinheads néonazis; dans 15 cas, les malfaiteurs étaient des négateurs de l'Holocauste.
- ▶ Dans son rapport du 5.3.97, l'«Aargauer Zeitung» évoque le problème des lettres anonymes et des menaces massives à teneur raciste dans le district *Oberes Freiamt*. Le groupe «Neue Hitlerjugend», auteur de plusieurs lettres de menaces, était jusqu'alors inconnu. On a déjà vu surgir dans certaines écoles des vestes d'aviateur et des bottes de combat aux allures menaçantes. Les autorités scolaires espèrent réussir à éclairer les élèves, du moins les plus jeunes, sur le caractère odieux du nazisme par des campagnes d'information et un traitement adéquat de ce thème dans les leçons d'histoire.
- ▶ *Epilogue du cas Arch*: le jugement est entré définitivement en vigueur en octobre 1996, le défenseur tout comme le procureur général ayant retiré leur appel. Le calme est revenu à Arch (NZZ du 17.10.96). Le «VPOD-Magazin» (100/97) récapitule encore une fois la chronologie de la controverse sur les événements xénophobes survenus entre 1992 et 1996 dans la com-

mune du Seeland Arch et critique les événements sans ménager sa propre association. Du groupe d'enseignant(e)s membres du VPOD/SSP jusqu'à la Direction de l'instruction publique, personne n'aurait mesuré la portée du cas, et personne ne se serait montré à la hauteur. La Deuxième Guerre mondiale demeurerait absente aujourd'hui encore des programmes scolaires, et la lutte politique aurait été déléguée au plan juridique. Il s'agit maintenant de régler le sort de l'instituteur Peter Fasnacht. Aux yeux de la Commission scolaire, le cas est clair, Fasnacht ne doit pas être réélu en 1998. Le journal SSP se demande si l'engagement en faveur des valeurs humaines et des vérités historiques doit s'accompagner de sanctions aussi sévères.

Extrême droite

- ▶ Un an environ après l'attentat perpétré par les Skinheads lors du «Festival de l'amitié entre les peuples» à Hochdorf, les peines prononcées contre une grande partie des participants ont été publiées: 40 des 57 personnes dénoncées encourrent des peines d'emprisonnement de six semaines à trois mois avec sursis, assorties d'amende. L'instruction pénale pour «violences commises par une personne agissant au sein d'un attroupement dans un lieu public» a été suspendue dans tous les cas, comme l'a fait savoir la préfecture (Amtsstatthalteramt) de Hochdorf (NZZ du 16.10.96).
- ▶ Dans son édition du 28.3.97, la «WochenZeitung» récapitule les résultats de la consultation des dossiers des Skinheads impliqués dans la vaste enquête pénale de la police lucernoise contre les «Hammer-skins» arrêtés à Hochdorf. L'étude des 800 pages de ces dossiers permet de se faire une idée exacte de la scène suisse alémanique des crânes rasés. Il est consigné dans ces écrits que les Skins ont été invités par des policiers zurichois à lancer des pavés lors de la démonstration Blocher. Ce rapport énumère les for-

mes d'organisation des Skinheads, puis parvient à la conclusion que les poursuites judiciaires semblent avoir affaibli ce milieu en Suisse, et que pour l'instant, les Skins ne peuvent se mouvoir relativement librement à Zurich que dans le quartier du Niederdorf.

- ▶ Selon «Facts» (5/97), le négateur de l'Holocauste le plus actif de Suisse racole sa clientèle sur Internet. Le Bâlois Jürgen Graf serait devenu l'une des figures centrales de la scène néonazie européenne et américaine. En dépit des difficultés liées à la poursuite des auteurs de publications dans le réseau, l'avocat argovien D. Aufderblatten a engagé une poursuite pénale contre les interventions de Graf sur Internet. Le 5.2.97, le tribunal (Amtsgericht) de Mannheim (Allemagne) a lancé un mandat d'arrêt contre Jürgen Graf et son éditeur Gerhard Förster pour excitation à la haine raciale. Jürgen Graf avait déjà été condamné en août 1995 par le tribunal de Weinheim (D) à une année de prison avec sursis et à une amende de 10 000 DM («WochenZeitung» du 28.2.97).

Église Universelle (Universale Kirche/UK)

- ▶ L'Église Universelle continue à alimenter la controverse. Le 5.10.96, le «Tages-Anzeiger» annonce le retrait de Daniel Schillig, membre de l'UK, en tant que conseiller communal et président des écoles de Neuheim/ZG. Les idées nettement antisémites de l'Église UK seraient incompatibles avec l'exercice d'une fonction publique, estime le Conseil communal de Neuheim. Le 29.11.96, la présidente des écoles Anita Hurni défend la jardinière d'enfants Beata Iten, épouse de l'instituteur zougois Jürg Iten, dans une lettre de lecture au «Tages-Anzeiger», affirmant que Mme Iten se serait distancée par écrit des déclarations antisémites de l'UK.
- ▶ Selon les résultats d'une recherche menée par la «WochenZeitung» et publiée dans son numéro du 20.12.96, le journal «ZeitenSchriften» du couple d'éditeurs Benjamin

- et Ursula Seiler-Spielmann est utilisé comme organe de diffusion des idées de l'UK. Le chef de la secte y est interviewé sur 24 pages. Dans cet article, Leach-Lewis, chef de l'UK, qualifie de bornée la disposition pénale contre la discrimination raciale, ajoutant que le procès de Trogen bafoue la justice et le tourne en ridicule. Le journal «ZeitenSchriften» a été imprimé par la «Zollikofer AG» de Saint-Gall, qui appartient au groupe NZZ. Le couple d'éditeurs doit être entendu pour la première fois début avril 1997 à Berneck/SG dans le cadre de la procédure d'instruction. L'imprimerie ayant posé des conditions, le mandat a été supprimé avec protestations, et transféré à la «Fachpresse-Druckerei AVD» à Goldach, comme l'a découvert la «Sonntags-Zeitung» (N° du 6.4.97). Son éditeur en chef Heinrich Bischof annonce une enquête sur cette affaire.
- Dans le premier «Bulletin SGA» de 1997, le conseiller d'État Hans-Peter Uster déclare que le maître secondaire Jürg Iten, qui s'est distancé par écrit de ce qui lui est reproché, ne sera pas licencié, car une telle mesure reviendrait à une interdiction d'exercer sa profession, alors que la situation juridique ne serait pas aussi claire que présumé à l'origine.
 - Par contre, la condamnation du chef de secte Reimer Peters à quatre mois d'emprisonnement avec sursis et à fr. 5000.– d'amende est confirmée par le tribunal de deuxième instance d'Appenzell Rhodes extérieures. Les déclarations formulées dans cette lettre procéderaient de l'«antisémitisme de la pire espèce», son caractère public serait avéré, et Peters aurait été responsable de l'envoi de la lettre (c'est en substance en ces termes que la «Neue Luzerner Zeitung» cite le tribunal dans son numéro du 19.3.97). La NZZ du 19.3.97 conclut dans son article qu'un jugement de dernière instance serait souhaitable.
 - Nouvelle comparution le 2.4.97 d'un membre influent de l'UK. Plus de 80 adeptes de la secte soutiennent l'accusé Hans-Ulrich Her-

tel devant le tribunal de district. La faute reviendrait aux journalistes et aux médias qui acceptent de publier de telles déclarations, déclare Hertel pour tenter de se justifier aux yeux du tribunal. Le jugement sera remis par écrit ultérieurement. («Tages-Anzeiger» du 3.4.97).

Anthroposophie

- La «Weltwoche» du 3.4.97 et le «Tages-Anzeiger» du 21.2.96 reprennent le débat soulevé par l'«Antifaschistische Zeitung» dans son troisième numéro de 1996 sur le «jeu de l'Anthroposophie avec l'idée de la race des maîtres». La controverse concerne, dans le «Tages-Anzeiger», le «Livre noir sur l'Anthroposophie» (*Schwarzbuch Anthroposophie*) des frères Grandt qui accuse Rudolf Steiner, entre autres, de magie sexuelle et de racisme. Selon l'auteur, il serait difficile, même aux Anthroposophes, de réfuter le caractère raciste des textes de Steiner sur la théorie des races. Lukas Hartmann se penche lui aussi dans la «Weltwoche» sur les reproches à l'adresse de l'Anthroposophie. Les citations de l'exposé pour les ouvriers prononcé par Steiner le 3 mars 1923 seraient diffamatoires et confuses et mettraient dans l'embarras les adeptes convaincus d'un enseignement dépourvu de toute contradiction.

Jugements/procédures

- Le juge de district (*Bezirksanwalt*) Würgler a repoussé la plainte de Pierre Heumann contre les responsables du journal «Israelitisches Wochenblatt» pour violation de la disposition pénale antiracisme dans le cadre d'une interview, le 4.10.96, du professeur de littérature israélien d'extrême-droite Hilel Weiss. Depuis l'entrée en vigueur de la disposition pénale en question le 1^{er} janvier 1995, différentes tentatives des adversaires de cette loi tendaient à la retourner contre leurs opposants. C'était la première fois qu'une publication

juive faisait l'objet d'une plainte («Israelitisches Wochenblatt» du 7.2.97).

- Le «Tages-Anzeiger» du 14.2.97 rapporte un cas analogue dans lequel on a tenté d'«instrumentaliser» la disposition pénale antiracisme. Un membre de l'*Eglise de Scientology* qui avait déposé une plainte pour racisme contre la critique de la secte Elsbeth Bates a été débouté par la Chambre d'accusation du canton de Saint-Gall. La *Scientology* ne serait pas une religion au sens de la loi, est-il constaté pour la première fois officiellement dans ce jugement sur recours. Jürg Stettler, porte-parole de la *Scientology*, a annoncé un recours de droit public.
- Deux ans plus tard, le médecin saint-gallois Walter Fischbacher est malgré tout appelé à rendre compte en justice de ses déclarations antisémites. Plainte a été déposée contre lui après l'envoi, en été 1995, de son pamphlet «La conspiration sioniste mondiale». Après l'arrêt d'annulation prononcé le 4 juin 1995 par le juge d'instruction Jules Wetter, le plaignant Sigi Feigel et le procureur général Thomas Weltert ont fait recours («WochenZeitung» du 18.2.97). Le tribunal de district de Saint-Gall a finalement condamné Fischbacher à deux mois de prison avec sursis. Ses accusations à l'égard des Sionistes seraient comprises comme de la propagande antisémite, ont estimé les juges. L'avocat de Fischbacher n'a pas voulu s'exprimer publiquement au sujet de ce jugement («Tages-Anzeiger» du 21.4.97).
- L'agence de presse SDA annonce qu'une procédure a été engagée dans l'Oberland zurichois pour violation de la disposition pénale antiracisme. Dans un *Schnitzelbank* du journal de carnaval de Hinwil, les requérants d'asile auraient été accusés calomnieusement d'être des «fraudeurs d'asile». Une semaine auparavant, une procédure avait été ouverte contre l'auteur d'un vers antisémite publié dans le journal de carnaval de Bäretswil: l'auteur se moquait des exigences de dédommagement des victimes juives du nazisme (NZZ du 25.2.97).

- ▶ Le producteur de jus de raisin schaffhousois et éditeur *Emil Rahm* a été condamné à une amende de fr. 5000.– pour discrimination raciale. Le tribunal a taxé de violation de la disposition pénale antiracisme la promotion, dans sa feuille «Memopress», du livre «Geheimgesellschaften, Band I» (Sociétés secrètes, tome I) de Jan Van Helsing. Le juge d'instruction a qualifié le livre dans son ensemble de publication susceptible de constituer un appel à la haine et à l'intolérance contre les juifs, les banques juives, les sionistes, les francs-maçons et d'autres encore (NZZ du 21.3.97).
- ▶ Invoquant la disposition pénale antiracisme, l'association «Suisse-Arménie» a déposé le 24 mars, jour commémoratif de génocide contre le peuple arménien, une plainte contre des associations turques en Suisse qui, dans une pétition, niaient la réalité de ce génocide. Interrogé à ce sujet, M.A. Niggli, juriste de l'Université de Fribourg, a confirmé que la pétition en question tombe sous le coup de l'article 261^{bis} CPS, ajoutant que la France a déjà condamné en 1995 un historien américain pour avoir nié la réalité de ce génocide («24heures» du 24.3.97).
- ▶ Parce qu'un maître d'école secondaire jurassien s'était exprimé en termes injurieux et racistes devant ses élèves, il a pénalisé de deux classes de traitement. Le tribunal cantonal a rejeté le recours de l'enseignant. Le jugement entre en vigueur à titre rétroactif au mois d'octobre 1995 (SDA 21.4.97).
- ▶ A Genève, un Algérien a déposé plainte contre un *Skinhead* pour coups et blessures et discrimination raciale après avoir dû être hospitalisé avec une blessure au poumon. A Genève, un seul jugement a été prononcé à cette date pour violation de la disposition pénale antiracisme, 11 cas seraient encore en suspens. Aux dires de l'avocat lausannois J.-M. Dolvio, la rareté des cas tranchés par le juge tient notamment au fait que la plupart des victimes ne séjournent en Suisse qu'avec des autorisations précaires («Tribune de Genève» du 22.4.97).
- ▶ Des articles parus dans la presse il y a un an et demi avaient incité le Grand Conseil bernois à procéder à une enquête préalable sur les cours de physionomie organisés dans les locaux de l'Université de Berne par l'association «Verein für Menschenkenntnis». Selon une dépêche d'agence du 30.4.97, le dossier sera transmis au procureur général avec prière de donner suite.
- ▶ Le PDC Neuchâtel a exclu son président et fondateur qui a comparu devant le tribunal en juillet 1996. Il lui était reproché de s'être adressé en termes racistes à un couple du Cameroun («Ostschweiz» du 30.4.97).
- ▶ L'ancien *Skinhead* et employé des CFF *Reto Guardiani* a été frappé d'une amende de 500 francs à Olten. Le tribunal cantonal a reconnu cet homme de 26 ans coupable d'avoir mis en circulation un tract contenant des déclarations racistes. Le jugement d'Olten est d'une importance particulière parce qu'il considère pour la première fois l'expression *Asylant* comme potentiellement discriminatoire («Berner Tagwacht» du 14.5.97).
- ▶ Le libraire bâlois *Jäggi* a été condamné à fr. 1000.– d'amende par le tribunal de Bâle-Ville pour avoir conservé dans son assortiment le livre «Geheimgesellschaften» (Sociétés secrètes) de Jan van Helsing après qu'un avocat eût attiré son attention sur le contenu raciste de cet ouvrage («Bund» du 30.5.97).
- ▶ Le professeur de théologie bâlois E. Stegemann, président de la «Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft», a porté plainte contre le négateur de l'Holocauste *Jürgen Graf* pour outrage et violation de la disposition pénale réprimant les discriminations raciales. Le livre «Todesursache Zeitgeschichtsforschung» (Cause de disparition: la recherche historique contemporaine) serait du début à la fin une négation fondamentale de l'extermination des Juifs et de la provocation antisémite de la pire espèce («Sonntags-Zeitung» du 8.6.97). La procédure relèverait du tribunal de district de Baden, auprès duquel des plaintes de Sigi Feigel contre Graf et son éditeur Gerhard Förster sont en suspens depuis longtemps.
- ▶ Le *Parti automobile saint-gallois* est acquitté, contrairement au jugement de première instance. Condamné, en mars 96 encore, à une amende de fr. 500.– pour avoir utilisé l'expression jugée discriminatoire de «touriste tamoul», le Parti automobile est acquitté par le tribunal cantonal, qui ne considère pas cette expression comme offensante dans le contexte considéré («Berner Tagwacht» du 17.6.97).

Politique migratoire et disposition pénale antiracisme

- ▶ Dans le «Vorwärts» du 6.12.96, Anjuska Weil, l'une des 40 signataires d'une «lettre ouverte pour un affrontement courageux du racisme et de l'intolérance», prend position sur la politique des étrangers de Josef Estermann, Président de la Ville de Zurich et président de la commission municipale des étrangers: le «Modèle des trois cercles» s'est incrusté dans l'esprit et le cœur des gens, même de ceux qui, logiquement, le rejettent ou devraient le rejeter. Cette lettre ouverte constate avec une grande inquiétude que J. Estermann, en soutenant les mesures de contrainte dans le cadre de la législation sur les étrangers, adopte une ligne répressive et opère une ségrégation discriminatoire entre personnes bienvenues ou importunes.
- ▶ Le Conseil fédéral a approuvé le premier rapport de la Suisse sur la «Convention internationale pour l'élimination de toute forme de discrimination raciale». Il affirme dans ce document que l'accès limité des étrangers au marché du travail suisse est compatible avec la convention en question. Le rapport sera examiné par une commission de l'ONU (dépêche d'agence du 19.12.96).
- ▶ Le Grand Conseil thurgovien prie le DFJP de ne plus attribuer au canton de requérants d'asile originaires du Kosovo. Selon l'Office fédéral des réfugiés et Victor

- Schlumpf, porte-parole du DFJP, cette demande est la première et la seule de son espèce à cette date. La «Gesellschaft für bedrohte Völker» prie le Ministère public fédéral d'examiner si la démarche du gouvernement thurgovien ne représente pas une violation de la règle pénale antiracisme. On attend sa réponse («DAZ» du 23.3.97).
- Certains prétendent abolir la récente disposition pénale réprimant la discrimination raciale et lancent à cet effet une initiative populaire. Parmi eux le négateur notoire de l'Holocauste Andreas Studer. Le fabricant de jus de raisin Emil Rahm prend ses distances par rapport au projet, mais lance une pétition «pour la protection de la liberté d'opinion» réclamant des «améliorations ultérieures» de l'article 261^{bis} («Sonntags-Blick» du 30.3.97)
 - Marie-Claire Caloz-Tschopp critique le mode d'argumentation du Conseil fédéral à propos du «Modèle des trois cercles» dans un article en deux parties consacré au racisme institutionnel et paru dans le journal «Berner Tagwacht» des 8.4.97 et 14.4.97, accusant l'Exécutif d'être trop «différencialiste» et raciste. L'auteur juge inquiétant qu'une telle argumentation apparaisse dans un texte du Conseil fédéral censé convaincre de l'opportunité de ratifier la Convention de l'ONU.

Mesures contre le racisme et l'antisémitisme

- Le Conseil communal de Muri/BE prie le groupe de travail «Racisme et antisémitisme» créé l'an passé de déployer des activités d'information pour combattre les tendances antisémites qui se font jour. Sensibiliser la jeunesse et l'aider à acquérir une vue d'ensemble de l'histoire est d'une importance toute particulière, affirme M. Niederhäuser, président de la Commune. Le groupe de travail réunit un représentant du Conseil communal, des membres de la commission scolaire, le directeur des écoles, le
- secrétaire des écoles et une assistante sociale («Bund» du 22.1.97).
- La discussion sur l'antisémitisme en Suisse centrale, lancée l'an passé par le député Josef Lang, s'est prolongée le 31.1.97 par une table-ronde sur l'antisémitisme zouglois durant l'Entre-deux-guerres et sur l'antisémitisme suisse et ses conséquences en général.
- Avec une partie du budget octroyé par la Commission de l'UE pour l'«Année européenne contre le racisme» (1997), il est prévu d'aménager un «Monitoring Center for Racism and Xenophobia» (RAXEN) européen. L'année contre le racisme a été ouverte officiellement le 30.1.1997. Pádraig Flynn, Commissaire UE au travail et aux affaires sociales, a déclaré lors de la cérémonie d'inauguration: «Le racisme est désormais un problème européen» («Süddeutsche Zeitung» du 5.3.97).
- Plus de 4000 personnes ont signé le «Manifeste du 21 janvier 1997» pour critiquer les déclarations d'un conseiller fédéral et des banques suisses en rapport avec les fonds en déshérence de victimes du nazisme. L'instrument du manifeste doit être entretenu de toute manière pour sensibiliser la société à l'antisémitisme, comme l'ont proclamé 200 membres du congrès organisé à Zurich (NZZ du 26.5.97).
- Lors des Semaines interculturelles de juin («Interkulturelle Junifestwochen») de Lucerne, deux thèmes ont prédominé lors du forum «Se sentir chez soi même ailleurs»: «Des droits politiques pour les étrangers» et «La langue, instrument majeur sur la voie d'une intégration positive» («Neue Luzerner Zeitung» du 6.6.97). Dans le même cadre avait lieu au collège St. Karli une semaine de projet pluriculturelle à laquelle participaient 240 enfants répartis en neuf groupes linguistiques. Les enfants se sont penchés sur leur propre culture et se sont rapprochés d'autres cultures et mentalités («Neue Luzerner Zeitung» du 13.6.97).
- A propos de la Journée des Réfugiés, organisée à Berne, Zurich et Bâle le 16 juin de cette année, a eu

lieu une «Course contre le racisme et l'antisémitisme». Cette action menée par les œuvres d'entraide, l'Union syndicale suisse et la CFR est censée participer au financement d'une campagne contre la discrimination raciale menée par les associations d'employeurs, les syndicats et la CFR (media divers).

- Le Conflictophone, en service depuis trois ans, est financé et desservi depuis le début de cette année par l'organisation CH-701 et l'«Asylorganisation Zürich». Bureau de conseil en cas de conflits culturels: téléphone 01 / 242 42 29 («Tages-Anzeiger» du 13.3.97).



Quelques propositions bibliographiques sur les Rom

STÉPHANE LAEDERICH

Devant le nombre sans cesse croissant des livres et publications sur les Tsiganes, j'ai choisi de ne présenter que des livres pour lesquels j'ai éprouvé une affinité. En conséquence, cette liste non-exhaustive reflète un choix délibéré de ma part. Les livres indiqués ci-dessous fourniront de plus amples références.

Dans tous les livres cités ci-dessous, les chiffres sur les populations Tsiganes en Europe reflètent toutefois ceux de statistiques périmées. Les statistiques actuelles et officielles font la plupart du temps mention de populations plus importantes.

Histoire et Culture

Fraser, Angus 1992

THE GYPSIES. Oxford: Blackwell

Un livre très complet et sérieux sur l'histoire des Tsiganes de leur origine à nos jours. L'auteur expose les différentes phases de l'histoire, mais ne s'attarde que peu sur l'aspect culturel.

Vaux de Foletier, François 1970

MILLE ANS D'HISTOIRE DES TSIGANES. Paris

Le classique absolu sur les Tsiganes et leur histoire. La plupart des autres livres découlent de celui-ci. Très sérieux et à recommander.

Vossen, Rüdiger 1983

ZIGEUNER. Frankfurt a.M.: Ullstein

Ce livre est le résultat d'une exposition sur les Tsiganes. Moins complet que les précédents sur l'histoire, il s'attarde plus longuement sur les traditions et la culture des Rom. Ce livre constitue une très bonne introduction aux Tsiganes.

Histoire et Langue

de Gila Kochanowski, Vania 1994

PARLONS TSIGANE, Paris: L'Harmattan

Ce livre présente une introduction simple des dialectes tsiganes parlés dans le Nord de l'Europe. Sur le

plan de l'histoire, l'auteur présente une vue controversée de l'origine des Tsiganes allant à l'encontre des opinions établies.

Bulgarie

Marushiakova, E. V. Popov (eds.)

STUDII ROMANI, VOL. 1 & 2. Sofia: Minorities Studies Society Studii Romani

En anglais et bulgare. Une collection d'articles de divers auteurs sur les Rom de Bulgarie, leur culture et leur langue. Très spécialisé.

Marushiakova, Elena, Vesselin Popov (eds.)

GYPSIES IN BULGARIA. Frankfurt a.M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften

Peut être commandé à la Roma Foundation Zurich (Höschgasse 81, 8008 Zürich). Une vue générale de l'histoire, la culture, la langue et l'organisation sociale des Tsiganes en Bulgarie. Une mine d'information sur les Tsiganes du Sud des Balkans.

Hongrie

Stewart, Michael 1997

GYPSIES IN HUNGARY. Oxford: Oxford University Press

Ce livre est le résultat d'une année passée par l'auteur chez des Tsiganes en Hongrie. Le livre présente leur vie, leur origines ainsi que les problèmes auxquels ils doivent faire face de nos jours.

Russie

Tcherenkov, Lev 1969

«BRÈVE ESQUISSE SUR LES TSIGANES EN URSS». Dans: Études Tsiganes N° 3:11-25

Une description des Tsiganes en URSS ainsi que des différents groupes qui y habitent. Bien qu'écrit à une période où l'auteur

ne pouvait exprimer certains faits, cet exposé n'en reste pas moins actuel et complet.

Pologne

Ficowski, Jerzy 1990

THE GYPSIES IN POLAND. Warsaw: Interpress.

En anglais et polonais. Moins sérieux que les autres ouvrages présentés ici, ce livre comporte néanmoins une pléthore de documents divers, photos, archives sur la vie des Tsiganes en Pologne.

Roumanie

Fienbork Gundula, Brigitte Mihok, Stephan Müller

DIE ROMA HOFFEN AUF EIN LEBEN OHNE ANGST. Reinbeck: Rowohlt.

Rommel, Franz 1995

DIE ROMA RUMÄNIENS, VOLK OHNE HINTERLAND. Wien: Picus

Les deux livres présentent la situation actuelle des Tsiganes en Roumanie et leurs problèmes.

France

Vaux de Foletier, François 1981

LES TSIGANES DANS L'ANCIENNE FRANCE. Paris

Un exposé sérieux sur les Tsiganes en France.

Divers

(auteurs divers)

«TERRE D'ASILE, TERRE D'EXIL, L'EUROPE TSIGANE» Ethnies No. 15 (Numéro spécial).

Une série de documents de différents auteurs sur les Tsiganes en Europe et les problèmes auxquels ils sont actuellement confrontés.

Littérature

de Gila Kochanowski, Vania 1992

ROMANO ATMO. Paris: Wallada.

L'histoire d'une révolutionnaire lettone et Tsigane.

Stojka, Karl, R. Pohanka 1994

AUF DER GANZEN WELT ZU HAUSE. Wien: Picus.

Un témoignage personnel sur l'Holocauste des Tsiganes.



Bücher/Livres/Libri

MARIELLE DANBAKLI

Textes des institutions internationales concernant les Tsiganes

(ISBN 2-86565-098-7)

On Gypsies: Texts issued by International Institutions

(ISBN 2-86565-099-5)

Toulouse: Centre Régional de Documentation pédagogique de Midi-Pyrénées
(Collection Interface)

Au moment où les institutions internationales développent des activités de plus en plus nombreuses en direction des communautés tsiganes, il convient de faire le point sur la dynamique interne de ces institutions, qui transparaît à travers les textes qui y sont conçus et qui en sont issus. Une présentation globale dans un volume maniable de l'ensemble d'environ 120 textes fondamentaux est utile à plusieurs égards:

- c'est une mise en perspective historique de la genèse d'une réflexion et du développement d'un certain nombre d'actions;
- c'est la démonstration d'une attention soutenue de la part des instances européennes et internationales;
- c'est le moyen de mieux saisir quels sont les domaines qui ont fait l'objet d'un examen de la part des institutions et des instances qui les composent;
- c'est pour l'ensemble des partenaires concernés un instrument de référence et un outil de travail, permettant d'avoir immédiatement sous la main des textes jusqu'à présent dispersés et souvent difficiles d'accès.

Dans le souci de progresser dans la réflexion et dans l'action, il est en effet fondamental de savoir quels sont les champs dans lesquels existent des propositions, et quelles sont les références auxquelles peuvent faire appel aussi bien les acteurs de terrain que les militants

associatifs, les responsables administratifs que les responsables politiques. A partir de là il est possible d'étayer une action en prenant appui sur ces textes, ou de développer l'exploration de nouveaux domaines dans lesquels il est nécessaire d'avancer.

Celui qui connaît les orientations et les décisions des instances démocratiques, celui qui connaît ses possibilités et ses droits est mieux à même de les faire valoir et de négocier avec son environnement. Celui qui est informé de l'avancée des idées pour le respect des personnes et des cultures peut participer aux débats qui s'instaurent et apporter son aide à ceux qui sont déjà actifs.

JEAN-PIERRE LIÉGEOIS

Adresse: Collection Interface,
Centre Régional de Documentation
pédagogique de Midi-Pyrénées,
3 rue Roquelaine,
F-31069 Toulouse Cedex.

MARIE RUTH KRÍZKOVÁ, KURT
JIRÍ KOTOUC, ZDENEK ORNEST
(HG.)

Ist meine Heimat der Ghetto wall? Gedichte, Prosa und Zeichnungen der Kinder von Theresienstadt

Hanau: Verlag Werner Dausien, 1995
(ISBN 3-7684-1356-X)
207 S., Fr. 29.80

Was bin ich?
Zu welchem Volk gehöre ich?
Ich, auf ziellosen Irrwegen ein Kind.
Ist meine Heimat der Ghetto wall
oder ist sie das Land mit Knospen so lind,
vorwärts stürmend, lieblich und klein –
Will Böhmen, will die Welt meine Heimat
sein?

Diese Verse stehen zu Beginn eines eindrücklichen und bewegenden Sammelbandes mit Gedichten,

Prosa und Zeichnungen von etwa hundert dreizehn bis fünfzehn-jährigen Jungen, die in den Jahren 1942 bis 1944 im «Heim 1» des Blockes L 417 im Ghetto Theresienstadt untergebracht waren. Der Verfasser des Gedichts ist Hanuš Hachenburg, damals vierzehn Jahre alt. Er wurde 1944, wie fast alle jugendlichen Autoren dieses Buches, in Auschwitz umgebracht. Nur gerade fünfzehn überlebten, unter ihnen Zdenek Taussig, der die einzigartigen Zeugnisse dieser Kinder für die Nachwelt aufbewahrt hat.

Theresienstadt in Nordböhmen wurde 1941 von den Nationalsozialisten als Konzentrationslager für die jüdische Bevölkerung aus der Tschechoslowakei und anderen europäischen Staaten eingerichtet. Aus Theresienstadt wurden Häftlingstransporte für Zwangsarbeiten oder direkt in die Gaskammern von Auschwitz abgefertigt. Im tragischen Kampf ums Überleben bemühte sich die eingesetzte Theresienstädter «Selbstverwaltung», den gefangenen Kindern innerhalb der gesetzten Grenzen ein möglichst «menschenwürdiges» Leben zu bieten. Sie brachte die Kinder in Gebäuden unter, wo es bessere Lebensbedingungen gab als in den zahlreichen Kasernen der Festung und den desolaten Unterkünften der Erwachsenen, vertraute sie Erziehern an und gewährte ihnen medizinische Betreuung.

Einer dieser geschützten Räume war «Heim 1», geleitet von Walter Eisinger, Lehrer der Kinder. Hinter den Mauern dieses Ghettos in einem kleinen, mit dreistöckigen Pritschen überfüllten Raum schuf er eine Welt, in der die Jungen ihre Begabungen entfalten konnten. Dort entstand auch die illegale Kinderzeitschrift «Vedem», ein insgesamt über 800 Seiten umfassendes Dokument, dem das Buch gewidmet ist. «Ist meine Heimat der Ghetto wall?» beinhaltet eine Auswahl von Gedichten, Aufsätzen, Geschichten, Anekdoten, Briefen und Reportagen aus der Zeitschrift, ergänzt durch

Zeichnungen der Kinder in Theresienstadt, Dokumentaraufnahmen aus den Archiven des Jüdischen Museums in Prag, der Gedenkstätte Theresienstadt und des Museums der tschechischen Literatur in Prag. Die Kommentare der Herausgeber machen zudem – soweit bekannt – Angaben über die Autoren der Texte und die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift «Vedem».

Die Texte und Zeichnungen der Jugendlichen geben mit grosser Klarsicht und einer Kindern eigenen Gabe, sich vorbehaltlos mit Realitäten auseinanderzusetzen, die Atmosphäre wieder, in der sie gelebt haben. Mit beeindruckendem Scharfsinn, mit einer Mischung aus kindlicher Neugier und jugendlicher Skepsis, mit grosser Liebe für Details und einem tiefen Respekt gegenüber den grossen Themen des Lebens wie Liebe, Freundschaft, Leiden und Tod beschrieben und zeichneten diese Jugendlichen ihre Eindrücke und Erlebnisse. Sie machten Expeditionen, sogenannte «Streifzüge» durch Theresienstadt, und schrieben Reportagen: über die Entlausungsstation, die Kinderküche und die Kinderbäckerei, über das Zentralbad, die Latrinen, über eine Hochzeit. Sie beschrieben mit grosser Treffsicherheit, zum Teil nicht ohne eine gewisse Spur Sarkasmus, die tragischen Trivialitäten des Lagerlebens, so etwa wer welche Art von Mützen trägt, um sich gegenüber andern abzusetzen, wie Ghettowachmänner glauben, sich wichtig machen zu können, wie man es geschickt anstellen kann, Esspäckchen zu bekommen oder wie schwierig es ist, ein Mädchen zu umarmen, weil es so viele Kleider auf sich trägt. Daneben entstanden eine Reihe «wissenschaftlicher Abhandlungen»: über das Krematorium und die Kremation, über das Funktionieren der Fernleitungs-Heizung, über Literatur und Kunst.

Unüberhörbar sind neben all den abgeklärt wirkenden Texten jedoch auch die Stimmen, die dem Schmerz, der Verzweiflung, der

Hoffnungslosigkeit und – manchmal – auch der Hoffnung auf ein besseres Leben Ausdruck geben. Die nachfolgenden Gedichte stammen von Orce (Zdenek Ornest) und Ha- (Hanuš Hachenburg):

An die Vergessene

(Ruth N. gewidmet, die bald nach unserer gemeinsamen Ankunft in Theresienstadt weiter deportiert wurde – nach Polen)

*Ach du Erinnerung, die du mir Ruhe
schenkst
dass ich an die denke, die meine Liebe
hat
Werd' wieder lächeln, wenn du an
mich denkst
Du meine Verbündete, mein bester
Kamerad*

*Süsse Erinnerung, erzähl ein Märchen
mir
von meinem Mädchen, das mich nicht
mehr hört
Erzähl, und wir beide lauschen dir,
rufe mein Schwälchen, dass zurück es
kehrt*

*Fliege zu ihr und frage sie still
ob sie an mich noch denkt ab und zu
ob sie gesund ist und mich noch will
ob ich ihr Liebster bin immerzu*

*Kehr schnell dann zurück und verlier
dich nicht
denke ich doch an nichts anderes mehr
Du bist so schön, ein so lieblich Gesicht
Leb wohl, mein Mädchen, ich liebte
dich sehr*

Mein Land

*Mein Land, das trage ich im Herzen
für mich und nur für mich!
Aus der Schönheit Fäden gesponnen
träume ich ewig nur dich*

*Ich kann dich jetzt nur lieblosen
fühle es jederzeit.
Das Land ist nicht auf der Erde
ist in mir und doch so weit*

*Mein Land ist im Himmel, in den
Sternen
es ist der Vögel All
ich kann es fühlen und weine
aus Sehnsucht überall*

*Doch eines Tages flieg ich davon
von des Körpers Fesseln befreit,
der Freiheit entgegen, um zu sehen
mein ganzes Land weit und breit*

*Jetzt ist noch klein das Land,
erreichbar nur im Traum,
der mich so leicht umarmt
in diesem grässlichen Raum*

*Doch einmal komme ich in das Land
um dort zu bleiben allemal
dort in der Gegend, die meine Sehnsucht
fand
dort gibt es kein «ich» und keine Qual*

Das sorgfältig gestaltete Buch berührt zutiefst und zeigt mit grosser Eindringlichkeit, dass selbst in den aussichtslosesten und erschreckendsten Situationen Menschen dazu in der Lage sind, für sich und für andere menschenwürdiges Leben zu gestalten.

SIMONE PRODOLLIET

ANJA TUCKERMANN Muscha

München: Erika Kloppe Verlag, 1994
(ISBN 3-7817-2080-2)
218 S., Fr. 23.–

Anja Tuckermann hat Josef Müller in Berlin in einem Café kennengelernt, als er seine Geschichte erzählte. Sie war so aufgewühlt vom Gehörten, dass sie beschloss, mehr von diesem Menschen zu erfahren und den Bericht im Radio wiederzugeben, wo sie zuweilen Beiträge in der Jugendsendung machte. Mit der Zeit lernte sie Josef immer besser kennen, bis sie ihn schliesslich fragen konnte, ob sie über seine Geschichte ein Buch schreiben dürfte. Er willigte ein, und das Buch «Muscha» entstand. «Muscha. Das ist der Name, den meine leiblichen Eltern mir gegeben haben. Muscha zu sagen, das fühlt sich anders an als Josef. Muscha ist eine Spur zu meiner Herkunft, das erste Gefühl, das ich für meine Eltern habe. Muscha ist der Name für meine dunkle Haut.»

Ganz am Schluss des Buches stehen diese Sätze, als Josef erfährt, dass er ein Sinto ist und sogar einen Zwilling Bruder hat, von dem jede Spur fehlt. Aber vorerst muss Josef 1938 eingeschult werden, während der Zeit des Nationalsozialismus, und das ist bereits die erste grosse Schwierigkeit. Warum, das sagen ihm seine Pflegeeltern nicht, auch nicht, dass sie nicht seine leiblichen Eltern sind. Besser, er weiss so wenig wie möglich, dann ist er nicht befangen, sagen sie sich. Aber Josef hat schwarze Haare und eine dunklere Haut als seine Schulkameraden, und er fällt auf, vor allem den Lehrern. Die Lehrer wissen, dass er Zigeuner ist, und manche Schulkameraden wissen es auch. Immer wieder erlebt er Diskriminierung, begreift nichts, erhascht zu Hause nur Fetzen von Gesprächen, einzelne Worte, Gebärden. Die Pflegeeltern zeigen ihm ihre Liebe, versichern ihm ihren Schutz – aber wie lange können sie durchhalten? Sie stehen nicht nur für dieses Pflegekind ein, sie sind auch im Untergrund tätig gegen das Nazi-regime. Auch davon darf Josef nichts wissen. Jedes Jahr wird schlimmer, und die Demütigungen und Verletzungen, die Josefs Seele erleiden muss, werden mehr. In der Schule wird es zu gefährlich. Die Eltern müssen ihn verstecken; in einem Gartenhäuschen im Schrebergarten ausserhalb der Stadt muss er ganz allein warten, bis bessere Zeiten kommen. Hie und da kommt ein Freund der Eltern, um mit ihm zu spielen, um seine Einsamkeit zu durchbrechen. Doch plötzlich erscheint er nicht mehr. Es wird auch da zu gefährlich. Wieder muss Josef in ein anderes Versteck. Wieder gibt es auch Freunde, die weiterhelfen. Eines Tages darf er nach Hause, darf wieder draussen spielen, sieht die Nachbarn – die auf einmal überaus freundlich zu ihm sind, wie sie es nie zuvor waren. Sie haben plötzlich Angst davor, als Nazis verpetzt zu werden. Keiner will mehr ein Nazi sein. Der Krieg ist vorüber.

Am vierzehnten Geburtstag erzählen die Eltern Jakob, dass sie ihn mit dreieinhalb Jahren als Pflegekind aus einem Kinderheim geholt hatten. Von seinen leiblichen Eltern fehlte jede Spur. Sie seien Zigeuner gewesen. Darum die dunkle Haut, die schwarzen Haare, darum ein Z auf der Lebensmittelkarte, was bedeutete, dass er eine kleinere oder gar keine Ration erhalten sollte. «Aber was ist denn ein Zigeuner?» fragt er schliesslich seine Mutter. «Ein Mensch», antwortet sie. «Zigeuner sind ein Volk mit einer eigenen Sprache, das überall in Europa verstreut lebt.» Und Josef erfährt, dass die Zigeuner, von den Nazis als «mindere Rasse» eingestuft, verfolgt und getötet wurden. Wenn sie nicht getötet wurden, sterilisierte man ihre Kinder, um sie auszurotten. Auch Josef konnte später keine eigenen Kinder kriegen. Die vielen Wunden, die ihm zugefügt wurden, verheilten allmählich, aber die Narben blieben. Die authentische Erzählung und ihre gelungene literarische Umsetzung wühlt nicht nur auf und macht betroffen. Sie zeigt auch, wie schnell jemand ausgegrenzt werden kann und wie schnell eine Gesellschaft in eine rassistische Haltung hineinschlittern kann. Das Buch ist ein Stück aufgearbeitete Vergangenheit, steht aber auch als Mahnmal dafür, wie unmenschlich Menschen sein können. (Lesealter: ab 12 Jahren)

HELENE SCHÄR

JERZY FICOWSKI
Die Schwester der Vögel. Märchen der polnischen Roma.

(übers. v. Karin Wolff)
Berlin: Elefanten Press, 1996
(ISBN 3-88520-578-5)
126 S., Fr. 26.90

Lange ist der Herausgeber Jerzy Ficowski mit den polnischen Roma umhergezogen und hat sich ihre Geschichten angehört. Vom Waldesrauschen, von den Vögeln,

vielleicht auch vom gurgelnden Bächlein seien sie ihnen übermittelt worden, heisst es. Fein säuberlich hat unser Zuhörer auf Birkenrinde aufgeschrieben, was er erhaschen konnte, und neunzehn dieser ungewöhnlichen Märchen in Buchform für eine breitere Leserschaft herausgebracht.

Die Schwester der Vögel konnte den Gesang der Vögel bestimmen. Wollte sie nur die Pfingstvögel hören, zog sie ein gelbes Tuch über, ein Rosatuch liess die Finken zwitschern, hüllte sie sich aber in bunte Kleider, so war ein Tirilieren in allen Tönen zu hören. Ob sich nun Matuja, die Seele des Buchenbaums, der jungen Frau annimmt, die Buchecken sammelt und so gern ein Söhnchen hätte, ob einer mit seinem Schatten den Teufel überlistet und so seine zwölf Brüder befreit, oder ob Gott und der Teufel gar zusammen versuchen, die Welt zu erschaffen, die Märchen sind anders, als wir sie zu hören gewöhnt sind. Sie widerspiegeln die Nähe zu Tier und Natur, das rastlose Suchen nach Glück, die Sehnsucht, umherzuziehen, und den unerschütterlichen Glauben an eine Freiheit ohne materiellen Besitz, und sie fallen auf, weil sie keine direkte Moral vermitteln, wohl aber Einblick geben in die Lebens-, Denk- und Gefühlsart der polnischen Roma. (Lesealter: ab 10 Jahren)

HELENE SCHÄR

HOWARD CRUSE
Am Rande des Himmels

(aus dem Amerikanischen von A. Knigge)
Hamburg: Carlsen 1996
(ISBN 3-551-72470-9)
212 S., Fr. 39.–

Amerika 1960: Nach der Wahl des charismatischen Präsidenten John F. Kennedy befinden sich die USA in Aufbruchstimmung. Kennedy hat seinen knappen Wahlsieg unter anderem den Organisationen der Schwarzen zu verdanken. Zwar beruft Kennedy einige Schwarze in

wichtige Ämter, aber besonders entschieden setzt er sich nicht für deren Rechte ein.

Howard Cruse lässt seine Hauptfigur Toland Polks in Clayfield, einer fiktiven Kleinstadt in den amerikanischen Südstaaten, aufwachsen. Erst hinterfragt Toland die Diskriminierung der Schwarzen an sich nicht weiter – auch wenn ihn die rassistischen Parolen seines Schwagers Orley anwidern. Über eine Freundin, Mavis, lernt er Sammy Noone kennen, einen jungen Musiker, der nicht nur mit Schwarzen befreundet ist, sondern sich auch offen zu seiner Homosexualität bekennt. Sammy ist es, der Mavis und Toland zu einer Party im Melody Motel mitnimmt. «Für einen normalen Weissen muss das Melody damals ein furchteinflössender Ort gewesen sein», meint Toland im Rückblick. Das Melody Motel ist ein bekannter Treffpunkt der Antirassismus-Aktivistinnen und Bürgerrechtler. Hier wird Toland erst-

mals offen mit Homosexualität konfrontiert, etwas, was ihn zunächst tief verunsichert.

Auf der Party lernt Toland auch Ginger Raines kennen, eine junge Protestsängerin, die sich in der Liga gegen Rassentrennung engagiert. Durch sie wird Toland für die Probleme der Schwarzen und für die grassierende Gewalt, die der Klu-Klux-Klan ausübt, sensibilisiert, auch wenn er zunächst noch immer eine gewisse Distanz zu den Vorgängen zu wahren sucht. Denn Toland hat mit einem ganz persönlichen Problem zu kämpfen – seiner lange verdrängten Homosexualität.

Cruse, selber aufgewachsen in Birmingham/Alabama, der Stadt, die 1963 durch einen Brandanschlag auf eine Kirche der Schwarzen, bei dem vier Mädchen starben, traurige Berühmtheit erlangte, erzählt hier in Rückblenden eine fiktive Autobiographie.

Howard Cruse ist mit den Verhältnissen jener Zeit vertraut und hat

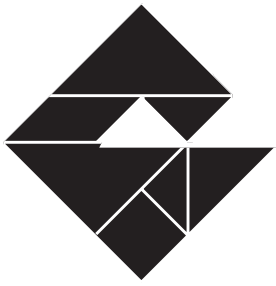
mit Akribie Fakten zusammengetragen. Im seinem opulenten Comic-Roman verflucht er äusserst geschickt die persönliche Entwicklungs- und Emanzipationsgeschichte von Toland Polk und parallel dazu die Entwicklung der Schwarzenbewegung und entwirft so ein eindrückliches Bild der USA der sechziger Jahre.

Auch zeichnerisch nimmt Cruse Bezug auf jene Zeit – sein schnörkelloser, manchmal etwas schwerfälliger Zeichenstil lehnt sich stark an denjenigen von Robert Crumb an, dem Begründer der sogenannten Underground-Comics, der zu jener Zeit mit seinen Strips eine Revolution in der Comic-Welt auslöste.

Die erzählerische Dichte und epische Breite von «Am Rande des Himmels» rechtfertigen wie bei wenigen anderen gezeichneten Geschichten die Bezeichnung «graphischer Roman».

BETTINA WEGENAST

.....



Untersuchungsbericht zur Situation der Roma in Bosnien

12.–19. Oktober 1996,
von Katrin Reemtsma (Auszüge)

Dieser Bericht wurde durch die *European Working Group for Roma in and Refugees from Bosnia*, einer Organisation mit Sitz in Deutschland (% Süd-Ost-Europa Kulturzentrum, Grossbeerenstr. 88, D-10963 Berlin), erstellt. Beteiligte der Untersuchungskommission waren Katrin Reemtsma, eine Kulturanthropologin und Expertin für Roma-Fragen, und Hedina Sijercic, ehemals verantwortliche Journalistin für das Roma-Programm von Radio/TV Sarajevo. Hedina Sijercic lebt seit 1992 als Flüchtling in Deutschland. Der Bericht wird von Betroffenen als noch zu oberflächlich kritisiert. Wichtig ist aber, dass die Situation der Roma von der internationalen Gemeinschaft erkannt wird.

Die Zahl der Roma, die im ehemaligen Jugoslawien lebten, wird bis auf 1,2 Millionen geschätzt. Als Gastarbeiter, später als Flüchtlinge ist ein Grossteil dieser Menschen ausgewandert. Es wird zunehmend bekannt, dass auch unter den in der Schweiz lebenden Menschen aus Ex-Jugoslawien – Flüchtlinge, Asylsuchende, Saisoniers, Gastarbeiter – viele Roma sind. Aufgrund ihrer jahrhundertalten Diskriminierungserfahrung haben sich die wenigsten von ihnen als Roma ausgegeben: Beispiele von Asylsuchenden aus Kosovo, die sich als Albaner deklarierten und dennoch nur mit Mühe ihrer Befragung auf Albanisch folgen konnten, sind bekannt; in Waldenburg/BL z.B. leben 45 Familien, die aus Kosovo stammen und, ohne dass es die Behörden wissen, Roma sind. Angesichts der drohenden Rückschaffungen ist es von grösster Bedeutung, dass die besondere Situation der Roma berücksichtigt wird. Unter den Tausenden von Hilfsprojekten

der verschiedenen Hilfsorganisationen ist bisher kein einziges spezifisch auf die Probleme der Roma ausgerichtet.

Eine Untersuchung der Lage aus Schweizer Sicht, die neben Bosnien auch andere Regionen von Ex-Jugoslawien berücksichtigt (die meisten Roma lebten in Serbien und Makedonien, viele ausser in Bosnien auch in Kroatien und Slowenien), drängt sich auf. Mit dem Abdruck einiger Auszüge aus dem Bericht wollen wir zur Reflexion beitragen.



Vor dem Krieg waren die Roma die grösste Minderheit in Bosnien. In der früheren Verfassung der Republik waren sie als «Nationalität» anerkannt. Sie hatten ihr eigenes Radio/TV-Programm in Sarajevo und mehrere kulturelle Vereinigungen.

Tausende Roma leben in anderen europäischen Ländern, hauptsächlich in Deutschland. In Bosnien leben Roma auf dem von der muslimischen Regierung kontrollierten Gebiet.

In der serbischen Republik gibt es nur noch wenige Roma. Von den vormals 5000 bis 7000 Roma von Banja Luka blieben nur gerade etwa 200 im Gebiet; etwa 500 Roma aus Banja Luka leben heute in Rom, weitere 500 in London und viele andere in Berlin. Von den 8000 Roma von Bijeljina blieben nur 190. Dörfer, die ausschliesslich von Roma bewohnt waren – wie Jasenje und Staro Selo – wurden zerstört; deren ehemalige Bewohner leben jetzt in Berlin und anderen Teilen Deutschlands sowie in Österreich. Roma-Familien von Doboj überlebten den Krieg in Tesanje. Sie

wurden im Frühjahr nach Sarajevo gebracht, wo sie jetzt von Serben verlassene Häuser in Vraca bewohnen.

Von den Roma, die vor dem Krieg in Sarajevo lebten, leben heute ungefähr 500 in Rom, andere in Deutschland; wenige hundert haben den Krieg in Kakanj überlebt. Hundertsiebenzig Familien (von schätzungsweise 220–230) vom nördlichen Zentral-Zavidovici flohen nach Deutschland. Roma, die nahe von Mostar in Bosnien-Herzegowina wohnten, flohen nach Italien. [...]

Eine Anzahl von Roma, die im serbisch kontrollierten Gebiet geblieben waren, wurden zwangsweise in die serbische Armee eingezogen. Ein Flüchtling des zerstörten Dorfes Jasenje in Bijeljina wurde später – wie seine Rotkreuz-Dokumente zeigen – im Lager von Batcovic nahe Bijeljina inhaftiert.

Orthodoxe Roma, die ein und derselben Familie angehörten, aber in Banja Luka und Sarajevo lebten, wurden 1992 in Banja Luka in die serbische und in Sarajevo in die bosnische Armee eingezogen.

Andere Roma kämpften freiwillig in der bosnischen Armee oder wurden dazu gezwungen. Am 4. April 1994 wurden Roma eingeladen, sich als freiwillige Kämpfer einzutragen; 35 Männer von Sarajevo-Gorica entschieden sich, in der bosnischen Armee zu kämpfen. Von den 52 Familien, die während des Krieges in Zavidovici blieben, bildeten 32 Männer eine Roma-Einheit – genannt *Garavi Vod* (Schwarze Einheit) – und kämpften als Teil der bosnischen Armee 1993 und 1994 in der Nähe ihrer Heimatstadt. [...]

Es wurden folgende Beobachtungen gemacht:

- ▶ Roma sind in allen bosnischen Teilstaaten eine Minderheit; keine der bosnischen Regierungen fühlt sich besonders verantwortlich gegenüber den Roma.
- ▶ Die Roma haben ihren Status als anerkannte Minderheit oder «Nationalität» verloren.
- ▶ Obwohl die Roma das Schicksal mit der muslimischen Bevölkerung

teilten, wurden sie hinsichtlich Unterkunft und Arbeit als letzte berücksichtigt.

- Die Roma haben nicht die organisatorische Infrastruktur, die sie mit humanitären, nationalen oder internationalen Institutionen zusammenbringen könnte.
- Internationale Organisationen und nationale Regierungen haben – wenn überhaupt – nur gelegentlich die Roma in ihre Arbeit und ihre Abklärungen miteinbezogen; und wie bei der humanitären Hilfe während des Krieges werden jetzt die Roma hinsichtlich des zur Zeit stattfindenden kleinen Wiederaufbaus ausgelassen.

Der Bericht macht auch einige praktische Empfehlungen für internationale und lokale Organisationen, die sich mit Roma-Fragen auseinandersetzen:

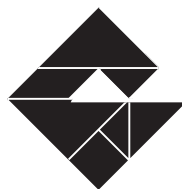
- Nationale und internationale humanitäre Hilfs- und Unterstützungsorganisationen sollten die Roma in ihre Arbeit miteinbeziehen.
- Es sollte eine Organisationsinfrastruktur unter den Roma gebildet werden mit Verbindungen zu bosnischen, europäischen und internationalen Institutionen sowie eine Integration in europäische, Roma-bezogene Politik.
- Lokale Projekte für Wiederaufbau und Arbeit, Erziehung, Kultur sowie Verständnisbildung zwischen den Gruppierungen (nicht nur hinsichtlich der ethnischen Zugehörigkeit, sondern auch zwischen denjenigen, die in Bosnien blieben und denjenigen, die Bosnien verlassen haben) sollten zusammen mit den Roma entwickelt werden.
- Internationale Organisationen (UNHCR, OSZE, Europarat, ECMM, NGOs sowie nationale Organisationen der europäischen Staaten oder der USA) sollten die Roma in ihre Arbeit miteinbeziehen; sie sollten die Situation der Roma nicht als Nebensächlichkeit betrachten, sondern als Prüfstein der demokratischen, multinationalen Entwicklung in Bosnien.
- Internationale Organisationen und nationale Regierungen sollten die

Roma in ihren Bemühungen unterstützen, den Status einer «Nationalität» oder einer nationalen Minderheit wiederzuerlangen.

- Es sollte berücksichtigt werden, dass im allgemeinen eine erzwungene Rückführung von Flüchtlingen – ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder aus welchem Drittland – in irgendeinen der bosnischen Teilstaaten eine Erhöhung der Spannungen und Gewalttätigkeiten zur Folge hat.
- Die Kriterien für eine Rückkehr können nicht auf materiellem Status, auf strafbaren Handlungen,

Finanzen, Ausländergesetzgebungen oder der Jahreszeit beruhen; vielmehr sollten freiwillige Rückkehr, Sicherheit und ein Minimum an sozialer Versorgung (Unterkunft und ein sich entwickelnder Arbeitsmarkt) massgebend sein.

- Schliesslich sollte die Rückkehr einer grösseren Anzahl von Menschen sorgfältig organisiert und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Einwohnern eines Gebietes, den nationalen Institutionen, den Rückkehrern und den internationalen Organisationen vorbereitet werden.



Die Radgenossenschaft der Landstrasse

Die 1975 gegründete Radgenossenschaft der Landstrasse ist die Interessengemeinschaft des Fahren- den Volkes in der Schweiz. Sie ist die vom Bund anerkannte Dachorganisation der Jenischen, die sich im Namen aller Schweizer Jenischen darum bemüht, bessere Lebensbedingungen für diese ethnische Minderheit zu schaffen. Zur Infrastruktur der Radgenossenschaft gehören ein gut funktionierendes Büro, monatliche Verwaltungsratssitzungen und die jährlich stattfindende Generalversammlung. Das Sekretariat der Radgenossenschaft fungiert als Anlaufstelle für Gemeinden, Behörden, Bundesstellen und, nicht zu vergessen, für die Fahren- den selbst.

Wie schon früher erleben die Fahren- den auch in der heutigen Zeit täglich Rassismus am eigenen Leib. Man denke zum Beispiel an die fehlenden Aufenthaltsmöglichkeiten der Fahren- den in der Schweiz, was durch sogenannt illegales Anhalten immer wieder zu Wegweisung durch die Behörden führt und aus unserer Sicht klar als rassistisch bezeichnet werden kann.

Daneben wird den Fahren- den die Erwerbstätigkeit durch unhaltbare Auflagen der einzelnen Kantone vielfach praktisch verunmöglicht, weil sie zur Ausübung der Hausierertätigkeit in jedem Kanton spezielle Patente lösen müssen. Diese Patente bekommen sie jedoch nur dann, wenn sie alle durch den Kanton gestellten Auflagen erfüllen (Strafregisterauszug etc.).

Die Radgenossenschaft bemüht sich seit mehr als zwanzig Jahren, für die Fahren- den in diesem Land legale Stand- und Durchgangs- plätze zu schaffen und den Fahren- den damit den so dringend notwendigen Lebensraum zu ermöglichen. Trotz Empfehlungen des Bundes tun sich Gemeinden und Kantone schwer, legale Aufenthaltsmöglichkeiten für das Fahren- de Volk zur Verfügung zu stellen. In der Empfehlung des Bundes vom Jahre 1983 wird die Forderung formuliert, dass in jedem Kanton mindestens ein Standplatz und mehrere Durchgangsplätze zu realisieren sind. Leider wurde diese Empfehlung in den Archiven verstaubt.

Die Probleme der Fahren- den der Schweiz sind politischer Art. So



kann nur über eine Veränderung in der politischen Denkweise eine Verbesserung erzielt werden. Mit gegenseitiger Achtung und Anerkennung sollte dies in einem Rechtsstaat wie der Schweiz möglich sein.

Unser Wunsch ist die Respektierung der Fahrenden durch die sesshafte Bevölkerung, d.h. mehr Akzeptanz und Verständnis einer ethnischen Minderheit gegenüber. Wir wünschen uns nicht mehr, als jeder Bürgerin und jedem Bürger

in diesem Land zusteht, nämlich das Recht, leben und arbeiten zu können.

Radgenossenschaft, Freilagerstr. 5,
(Postfach 8048), 8047 Zürich.

Tel. 01 492 54 77/79,

Fax 01 492 54 87

Das vierteljährlich erscheinende Bulletin der Radgenossenschaft «Scharotl» kann für Fr. 25.– pro Jahr abonniert werden bei:

Redaktion Scharotl,
Postfach 1647, 8048 Zürich.



Genossenschaft fahrendes Zigeunerzentrum

Das Zigeunerzentrum, gegründet im Jahr 1985, dient seit nunmehr 10 Jahren der Aufrechterhaltung jenes Kultur und der Verbreitung dieser Kultur unter Jenischen wie unter Nichtjensichen in der ganzen Schweiz. Es führt regelmässig Besuchstage, Schülernachmittage und Kontaktgespräche aller Art in verschiedenen Städten der Schweiz durch. Die Pflege jenes Kultur ist eine Existenzfrage für die jenes Bevölkerung. Das Zigeunerzentrum verfügt über vielfältige Beziehungen zu Hunderten von Jenischen in diesem Land, die auch ihre Sorgen und Wünsche an es herantragen. Diese Verankerung in der jenes Bevölkerung ist die Substanz des Zigeunerzentrums, das die Meinungen und das Selbstverständnis der jenes Bevölkerung nach aussen trägt und den Nichtjensichen nahebringt.

Das Zigeunerzentrum versucht nichtmaterielle Werte, die in der heutigen Gesellschaft von immer breiteren Kreisen anerkannt werden, zu pflegen. Dazu gehören: Besitzlosigkeit, Erzählkultur, Naturnähe, Mobilität.

Besonderen Wert legen wir auf die Zusammenarbeit mit Fahrenden anderer Nationalitäten. Es ist kaum

bekannt, dass Angehörige sowohl von Roma- wie von Sinti-Stämmen in der Schweiz leben, die eine dem Deutschen völlig fremde Sprache sprechen und mit ausländischen Zigeunerstämmen verbunden sind. Deren Denken und Kultur möchten wir auch in gelegentlich von rassistischen Tendenzen geprägten Zeiten der einheimischen Bevölkerung nahebringen.

Seit 1992 führen wir in der Stadt Zürich mit Unterstützung der Stadtbehörden eine sogenannte Zigeunerkulturwoche durch, in der wir Tradition, Kultur und Probleme der Jenischen und Fahrenden in einem verdichteten Programm der Öffentlichkeit vorstellen. Der Publikumserfolg veranlasst uns, diese Kulturwoche in Zürich weiterzuführen und zu versuchen, sie auf andere Städte auszuweiten.

Die Arbeit des Zigeunerzentrums ist ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung einer multikulturellen Schweiz. Ohne Verständnis für die Minderheiten im eigenen Land ist kein Verständnis für Zugewanderte aus fremden Ländern und nicht einmal Verständnis der eigenen multikulturellen Vergangenheit möglich.

Kontakt: David Burri, Maria Mehr,
Postfach 465, 8134 Adliswil



Opre

Opre heisst «aufwärts» in Romanes und steht für:

- O** Das Rad, ein Bestandteil der Fahne der Roma.
- P** Produktion von Musik, Konzerten, CDs und diverse Shows.
- R** Romanes: Nur Roma-Kultur.
- E** Edition von Musik, aber auch von Büchern usw.

Unsere Absicht ist es, ein umfassendes Bild der Kultur der Roma, ihrer Geschichten und Traditionen zu vermitteln. Hauptziel ist die Begegnung zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Roma, um gängige Vorurteile abbauen zu können. Wir wollen den Dialog anregen, um ein besseres Verständnis der Roma und ihrer Kultur zu fördern.

Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Nur in einem Gebiet wird den Roma vorurteilsfrei begegnet: der Musik. Mit Musik allein kann ein breiteres Publikum angezogen werden. Rund um die musikalischen Ereignisse veranstaltet «Opre» verschiedene Aktivitäten: Markt, kulturelle Ausstellungen, Informationsstände, Ausstellungen und Dokumente über Geschichte und Verfolgung, Forum für die Probleme der Roma (Runder Tisch) und Theater.

Neben Konzerten und Veranstaltungen produziert «Opre» CDs: Kolpakov Trio: «Rodava Tut»; Romano Centar: «Pilem Pilem»; (und ab Oktober 1997 erhältlich) Kalyi Jag: «La Rromnjasa»; Roma Festival: Live-Aufnahmen von Kalyi Jag, Angelo Debarre, Romano Centar, Kolpakov Trio und Rromane Gitare.

Opre, Höschgasse 81,
8008 Zürich; Tel. 01 388 60 33,
Fax 01 388 60 39



European Roma Rights Center (ERRC)

In den letzten Jahren haben sich verschiedene internationale und nationale Nichtregierungsorganisationen der Probleme der Roma angenommen. Unterschiedliche Ansätze – ökonomische, soziale, politische, kulturelle etc. – wurden angewandt in der Hoffnung, den Lebensstandard der Roma zu verbessern, eine gerechtere Sozialpolitik voranzutreiben, die kulturelle Identität der Roma zu stärken und sie zur Teilnahme am politischen Leben zu ermutigen. Lösungen wurden im Rahmen des Kampfes gegen Rassismus sowie im Zusammenhang mit der Förderung des kulturellen Pluralismus gesucht. Alle diese Projekte sind Fragmente einer wachsenden europäischen Roma-Bewegung. Dagegen wurden die Menschenrechtssituation der Roma und deren Möglichkeiten zur gerichtlichen Verteidigung im Falle von Menschenrechtsverletzungen bis heute nicht in die Strategien miteinbezogen.

Das *European Roma Rights Center* hat zum Ziel, die Rechte der Roma zu verteidigen. Das ERRC will als Anwalt für die Menschenrechte der transnationalen, geographisch uneinheitlichen Romagemeinde wirken und den Roma Instrumente liefern im Kampf gegen Diskriminierung und für den gleichen Zugang zu Regierung, Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Unterkunft, Stimmrecht und den öffentlichen Diensten.

Forschung

Die planmäßige Erfassung der Menschenrechtsverletzungen bildet die Grundlage für alle weiteren Menschenrechtsprojekte. Das ERRC baut ein Rechtskontrollsystem auf, das durch ein Netzwerk von Menschenrechtsüberwachern vor Ort getragen wird und Fälle von Menschenrechtsverletzungen

dokumentiert und regelmässig veröffentlicht.

Bildung

Mit dem Bildungsprogramm sollen Roma, die Recht studieren wollen, unterstützt werden. Geplant sind weiter Trainingsprogramme für Roma und andere, die die Rechte der Roma verteidigen, sowie Seminare zu spezifischen Rechtsfragen, welche Roma betreffen, z.B. für Richter, Gesetzesbehörden, Journalisten.

Dokumentationen und Publikationen

Das ERRC ist als Dokumentationszentrum und Bibliothek für Roma- und Menschenrechtsfragen konzipiert. Vorgesehen ist die Publikation regelmässiger Regionalberichte, spezieller themenbezogener Berichte und regelmässiger Presseverlautbarungen. Das regelmässig erscheinende Bulletin heisst *Roma Rights – The Newsletter of the ERRC*.

Verteidigung der Rechte der Roma

Das ERRC plant, ein Netzwerk von Anwälten in den verschiedenen Ländern aufzubauen, um die Verteidigung von Roma auf nationaler und internationaler Ebene aufzunehmen.

Das ERRC wird Forschung im Rechtsbereich, Hilfe und Beratung jenen Gruppen anbieten, die sich mit Roma-Rechtsfragen in ihren Ländern befassen. Um ihre Professionalität zu verbessern, werden Mitglieder solcher Gruppen im ERRC als Praktikanten eingesetzt. Anwälte werden die Rechtsdienste für Roma in den verschiedenen Ländern überwachen und bewerten. Sie werden vergleichende Analysen der unterschiedlichen Rechtssysteme durchführen und Probleme und Hindernisse, die in

den Gesetzen sowie der Zivil- und der Strafprozessordnung verschiedener Staaten liegen, formulieren. Die Anwälte werden auch diskriminatorische Auswirkungen von scheinbar demokratischen Anordnungen analysieren. Kurz, das Programm wird ein Rechtslabor für die Rechte der Roma und gleichzeitig ein Labor für Gesetzesreformen in einem allgemeineren Sinn sein.

Förderung der Roma-Rechte

Das ERRC versorgt die internationale Gemeinschaft, Regierungen, multilaterale Organisationen (OSZE, EU, UN etc.), internationale Nichtregierungsorganisationen und die internationale Presse mit Informationen zu Fragen der Rechte der Roma. Zentral ist dabei die Botschaft, dass die Roma den universellen Menschenrechten unterstehen und dass sie einzig aus diesem Grund respektiert und gleich behandelt werden müssen. Das ERRC setzt sich für die Roma ein, nicht weil sie auf exotische Weise zur europäischen Kultur beitragen, nicht weil sie begabte Musiker oder Geschichtenerzähler sind, sondern weil sie Menschen sind – gleich und frei geboren. (Zusammengefasst aus dem Englischen.)

ERRC, Nador utca 11,
H-1051 Budapest,
Tel. +36 1 327 3117, e-mail:
dpetrova@osi.hu, derc@osi.hu



La Collection Interface – Une collection pour la connaissance et la reconnaissance des droits des Tsiganes

Interface: un programme

Le Centre de recherches tsiganes de l'Université René Descartes, à Paris, développe depuis le début des années 80 une collaboration régulière avec la Commission européenne et avec le Conseil de l'Europe. Chargé de mener des études et des travaux d'expertise au niveau européen, une part importante de son activité consiste aussi à assurer de façon structurée la mise en œuvre de mesures visant à améliorer les conditions d'existence des communautés tsiganes, notamment par des actions pour lesquelles il a plus particulièrement vocation: recherche, formation, information, documentation, publication, coordination ... et dans des domaines qui sont autant d'axes de recherche de ses différentes équipes: sociologie, histoire, linguistique, anthropologie sociale et culturelle...

Pour mener à bien ce travail de réflexion et d'action, une stratégie a été élaborée, permettant à des idées, à des initiatives et à des personnes d'horizons divers de coopérer dans un ensemble dont la configuration est synonyme à la fois d'organisation et de consistance. Le cadre de travail ainsi façonné au fil des années est marqué à la fois par une solidité qui doit permettre un soutien efficace des activités, et par une flexibilité qui lui confère ouverture et adaptabilité. Animé par une philosophie qui transparait à travers de nombreuses publications, notamment à travers le bulletin d'information *Interface*, il est devenu le support d'un programme de référence.

Interface: un ensemble d'équipes

Plusieurs équipes à vocation internationale ont un rôle moteur essentiel dans le cadre du programme, et

développent des actions de documentation, d'information, de coordination, d'étude et de recherche. Avec le soutien de la Commission européenne dans le cadre de la mise en œuvre d'une Résolution adoptée en 1989 par les ministres de l'Éducation de l'Union européenne concernant la scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs, des groupes de travail ont été lancés, pour l'histoire, pour la langue, pour la culture: le Groupe de recherche pour une histoire européenne des Tsiganes, le Groupe de recherche et d'action en linguistique romani, le Groupe de travail européen pour la scolarisation des enfants tsiganes et voyageurs, ainsi qu'un Groupe de travail pour une encyclopédie tsigane. Un soutien complémentaire du Conseil de l'Europe permet d'assurer une extension de certains des travaux à l'ensemble de l'Europe.

Interface: un réseau

- Ces groupes, formés de spécialistes confirmés, ont pour mission de structurer sous forme d'un réseau les contacts entre chercheurs, de développer une base de données documentaires dans leur domaine, de travailler comme groupes experts au service d'autres équipes, d'organiser la production et la diffusion de matériel à usage pédagogique dans leur domaine de compétence;
- préparées par des équipes de multiples Etats, les productions sont le résultat de collaborations réellement internationales; ces équipes, par leur composition, sont à même de bien connaître les nécessités et les sensibilités de lieux très différents et d'avoir accès à des réalisations nationales et locales de qualité, qu'il est important de faire connaître;
- afin de décentraliser et de mieux répartir les activités, un réseau

d'éditeurs d'Etats différents est formé, à même d'assurer à la fois une implantation locale et une diffusion largement internationale.

Interface: une Collection

Pour répondre à la demande pressante de matériel pédagogique, demande confirmée par les ministres de l'Éducation dans la Résolution qu'ils ont adoptée au niveau européen, mais aussi avec le double souci de diffuser des connaissances de qualité qui font largement défaut et de valoriser ainsi une histoire, une langue, une culture, il convenait d'imaginer une Collection.

Les textes publiés portent le label *Interface* du Centre de recherches tsiganes:

- ils sont conçus en relation de complémentarité les uns avec les autres et avec les autres actions développées au niveau européen, afin de produire une information structurée – caractère important pour le lecteur et pédagogiquement essentiel;
- ils sont inédits pour la plupart, à la fois parce qu'ils abordent des thèmes non encore explorés et pourtant essentiels, et parce qu'ils les abordent de façon originale;
- leur qualité est garantie par les spécialistes confirmés qui en assurent l'élaboration ou en dirigent la préparation en contact avec les auteurs;
- conçue par des spécialistes, la Collection n'est pas destinée à des spécialistes: elle doit être utilisable directement par des élèves du second degré, et, pour leurs élèves, par des enseignants du premier degré. Les auteurs élaborent un texte clair et bien structuré, l'appareil de références étant donné en fin d'ouvrage pour ceux qui souhaitent compléter leur lecture;
- conçue par des spécialistes, la Collection n'est pas destinée à un public spécialisé: dans une démarche d'éducation interculturelle, et étant donné le contenu de chaque ouvrage, tout élève et tout enseignant sont à même de s'informer ou d'utiliser dans leurs cours une information concernant les Tsiganes.

nes et Voyageurs. Proposés par des chercheurs de grande compétence, certains des textes renouvellent aussi certaines approches dans les domaines couverts (histoire, linguistique, sociologie, etc.) et ils concernent aussi bien les enseignants que les formateurs, les élèves, étudiants et chercheurs, mais aussi les travailleurs sociaux, les responsables administratifs ou politiques;

- ▶ les ouvrages pourront être accompagnés de fiches pédagogiques pratiques ou autres outils didactiques; ces fiches et outils sont préparés par des équipes de terrain, des pédagogues confirmés, par des participants à des projets-pilotes. Leur production est très illustrative de la dynamique du programme *Interface*: association de partenaires diversifiés dans le contexte d'une recherche-action, coordination et complémentarité des travaux, vocation européenne et adaptation au contexte culturel et linguistique local;
- ▶ le volume de chaque ouvrage est prévu pour le rendre maniable et facilement accessible;
- ▶ la Collection *Interface* est une Collection à vocation internationale, dont la plupart des textes sont produits en plusieurs langues afin d'être accessibles à un large public.

Le réseau des éditeurs: Anicia (avec le Centro Studi Zingari – Italie); Centre régional de Documentation pédagogique Midi-Pyrénées (France); Kastaniotis (Grèce); Parabolis (Allemagne); Presencia Gitana (Espagne); Rromani Baxt (Fondation culturelle de l'Union romani internationale, pour certains livres concernant la langue); University of Hertfordshire Press (Royaume-Uni).

Titres de la Collection *Interface*

Collection européenne à vocation pédagogique, développée par le Centre de recherches tsiganes, avec le soutien de la Commission européenne et du Conseil de l'Europe. Toute commande, directement ou par l'intermédiaire d'un libraire,

doit être adressée à l'Editeur (voir le sens des abréviations plus bas). Un prix inférieur au prix à l'unité est proposé pour les achats en nombre (écoles, associations, etc.)

Marcel Kurtiade, *Sirpustik amare chibaqiri. Livre de l'élève/Pupil's book* (ISBN 2-86565-074-X) [CRDP]

Marcel Kurtiade, *Livre du maître/Teacher's manual* (disponible en albanais, anglais, espagnol, français, hongrois, polonais, roumain, slovaque) [PG]

Antonio Gómez Alfaro, *La Gran redada de Gitanos*, (ISBN 84-87347-09-6) [PG]; *The Great Gypsy Round-up* (ISBN 84-87347-12-6) [PG]; *La Grande rafle des Gitans* (ISBN 2-86565-083-9) [CRDP]

Donald Kenrick, *Gypsies: from India to the Mediterranean* (ISBN 2-86565-082-0) [CRDP]; *Los Gitanos: de la India al Mediterráneo* (ISBN 84-87347-13-4) [PG]; *Les Tsiganes de l'Inde à la Méditerranée* (ISBN 2-86565-081-2) [CRDP]; *Zingari: dall'India al Mediterraneo* (ISBN 88-900078-1-8) [ANICIA]

Elisa Ma Lopes da Costa, *Os Ciganos: Fontes bibliográficas em Portugal* (ISBN 84-87347-11-8) [PG]

Marielle Danbakli, *Textes des institutions internationales concernant les Tsiganes* (ISBN 2-86565-098-7) [CRDP]; *On Gypsies: Texts issued by International Institutions* (ISBN 2-86565-099-5) [CRDP]

Bernard Leblon, *Gitans et flamenco* (ISBN 2-86565-107-X) [CRDP]; *Gypsies and flamenco* (ISBN 0-900-45859-3) [UHP]

David Mayall, *English Gypsies and State Policies* (ISBN 0-0900458-64X) [UHP]

Donald Kenrick, Grattan Puxon, *Gypsies under the Swastika* (ISBN 0-0900458-658) [UHP]; *Gitanos bajo la Cruz Gamada* (ISBN 84-87347-16-9) [PG]; *Les Tsiganes sous l'oppression nazie* (ISBN 2-86565-172-X) [CRDP]

Giorgio Viaggio, *Storia degli Zingari in Italia* (ISBN 88-900078-9-3) [ANICIA]

Donald Henrick, Grattan Puxon, *Bibaxtale Bersa* (ISBN 84-87347-15-0) [PG]

K. Fings, H. Heuss, F. Sparing, H. Asséo, *Sinti und Roma unter dem Nazi-Regime – 1 – Von der «Rassenforschung» zu den Lagern* (ISBN 3-88402-188-5) [PA]

Série Rukun:

Groupe de recherche et d'action en linguistique romani, *O Rukun zal and-i skòla* (ISBN 2-9507850-1-8) [RB]

Groupe de recherche et d'action en linguistique romani, *Kaj si o Rukun amaro?* (ISBN 2-9507850-2-6) [RB]

Groupe de recherche et d'action en linguistique romani, *I bari lavenqi pustik e Rukunesqiri* (ISBN 2-9507850-3-4) [RB]

Adresses des éditeurs:

ANICIA, Via San Francesco a Ripa, 62, I-00153 Roma

CRDP (Centre Régional de Documentation Pédagogique Midi-Pyrénées), 3, rue Roquelaine, F-31069 Toulouse Cedex

PA (Editions Parabolis), Schliemannstrasse 23, D-10437 Berlin

PG (Editorial Presencia Gitana), Valderrodrigo, 76 y 78, E-28039 Madrid

RB (Rromani Baxt), 22, rue du Port, F-63000 Clermont-Ferrand

UHP (University of Hertfordshire Press), College Lane Hatfield, UK-Hertfordshire AL10 9AB

Pavee Point Travellers Centre, 46 North Great Charles Street, IRL-Dublin 1



Einige Homepages zu Zigeuner-Fragen auf dem Internet

Es gibt viele Homepages, die sich mit Fragen der Zigeuner befassen, sowohl von Zigeunern selber wie von Universitäten und internationalen Organisationen. Die meisten sind gut untereinander vernetzt, so dass man schnell weit herumkommt. Hier sind einige (eher zufällig ausgewählte) Einstiegsseiten:

Association of Gypsies/Romani International (<http://www.niia.net/~rom/>)

Eine religiöse Seite der Roma. Widmet sich Fragen der Kultur, der Erziehung und der Menschenrechte.

European Roma Rights Center (<http://www.ceu.hu/errc/errcmain.html>)

Homepage der im «Forum» sich darstellenden Organisation.

Gypsy Wisdom (<http://www.cam.org/~jennyb/gypsy.html>)

Die Seite führt alte Rezepte zur Behebung jeder erdenklichen Krankheit auf.

Pavee Point – Travellers Centre (<http://homepages.iol.ie/~pavee/>)

Eine Irische NGO, die sich sehr erfolgreich irischen Fahrenden widmet. Besuchenswert ist die Bibliographie.

Roma National Congress (<http://www.romnews.com/>)

Ein Muss, um mit aktuellen Nachrichten zu Roma, besonders auch bezüglich Ost- und Südosteuropa, auf dem laufenden zu bleiben. Gute, kommentierte Verbindungen zu weiteren Homepages.

Roma Rights Web (<http://hamp.hampshire.edu/%7EratS88/romani/>)

Umfassender Einstieg in die Welt der vernetzten Zigeuner-Organisationen und -Homepages. Kleine kommentierte Bibliographie und Verweise auf anstehende Ereignisse.

RomInterpress (<http://www.opennet.org/opennet/radio/rroma.html>)

Kleine Organisation in Belgrad, die Bücher, Schulbücher publiziert und Dokumentarfilme dreht.

The Gypsy Lore Society (<http://hamp.hampshire.edu/~ratS88/gls/>)

Die Gesellschaft wurde 1888 in Grossbritannien gegründet und erhielt 1977 einen Ableger in den USA. Sie widmet sich dem Studium und der Verbreitung der Zigeunkultur und gibt eine

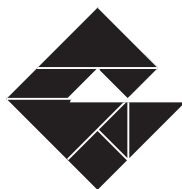
Zeitschrift (*Journal of the Gypsy Lore Society*) heraus.

The Patrin (<http://www.geocities.com/Paris/5121/patrin.htm>)

Patrin ist eine Roma-Organisation, die sich der Verbreitung der Kultur und Geschichte der Roma (auch auf Romanès) widmet. Gute, kommentierte *links* zu weiteren Homepages.

Unión Romani (<http://www.qsystems.es/gipsy/>)

Eine gut organisierte spanische Roma-Organisation; die Homepage gibt es auch auf Spanisch und Romanesch.



Ein Projekt der DEZA für Roma-Kinder in der Ostslowakei

In der Ostslowakei leben rund 400 000 Roma. In der Kleinstadt Levoca stellen sie rund 25 % der Bevölkerung. Hier unterstützt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im Rahmen der Osthilfe (unter dem Titel «Eingliederung von Minderheiten») Sonderklassen zur Vorbereitung von Roma-Kindern auf den Schuleintritt. Realisator des Projekts ist die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV).

In der ersten Projektphase (1994–1997) wurde eine Vorschule eingerichtet, in der die Sprachkenntnisse von Roma-Kindern verbessert und ihr Interesse am Lernen geweckt werden soll. Mit einem freiwilligen sogenannten «Nullten Schuljahrgang» für Roma-Kinder wurde versucht, die Integrationschancen zu erhöhen und damit die normalerweise hohe Drop-out-Rate zu verringern.

Das Projekt wurde in enger Kooperation mit und unter finanzieller

Beteiligung der lokalen Stadt- und Schulverwaltung sowie den übergeordneten staatlichen Kreisbehörden durchgeführt. Mit bescheidenen finanziellen Mitteln (ca. Fr. 100 000.–) wurde ein Modell zur besseren Schulintegration einer Minderheit ausgearbeitet und erfolgreich realisiert. Das Modell wurde vom slowakischen Schulministerium übernommen und ab dem Schuljahr 1997 flächendeckend eingeführt. Die Kreis- und Stadtverwaltung führt die aufgebaute Vorschule selbständig und aus eigenen Mitteln längerfristig weiter.

In der Abschlussphase des Projekts wird eine Talentförderung für jene Roma-Kinder ins Auge gefasst, welche die ordentliche Primarschule erfolgreich bestehen. Zu diesem Zweck finanziert das EDA den Unterricht (vor allem Musik und Tanz) für begabte und motivierte Roma-Kinder an der städtischen Kunstschule in Levoca.



Rassismus, Xenophobie und die «Fremden»

Im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Schwerpunktprogramms (SPP) «Zukunft Schweiz» hat sich der Forschungsverbund «Rassismus, Xenophobie und die Fremden» gebildet. Er besteht aus einem Rahmenprojekt und drei Teilprojekten.

Rahmenprojekt: «Rassismus, Xenophobie und die «Fremden» – Konflikte und Strategien in der schweizerischen Gesellschaft»

*Koordination: Urs Altermatt
(Universität Freiburg)*

Der Forschungsverbund «Rassismus, Xenophobie und die Fremden» befasst sich mit Problemfeldern, die mit der Ethnisierung sozialer Ungleichheiten und sozialer Konflikte zusammenhängen. Mit der Ethnisierung der Gesellschaft und Politik gewinnen Kategorien wie Ethnie, Volk und «Rasse» als Erklärungsmuster für soziale Konflikte an Bedeutung. Essentialistische Vorstellungen natürlicher Unterschiede sowie auf- und abwertende Kategorisierungen werden als Interpretations- und Verhaltensmuster verwendet. Rassismus und Xenophobie beeinflussen insbesondere in Phasen der eigenen sozialen und geistigen Identitäts- und Orientierungssuche den Umgang mit dem «Fremden». Das Rahmenprojekt geht davon aus, dass sich die verschiedenen sozialen und politischen Gruppen an den gleichen institutionellen Vorgaben und öffentlichen Debatten orientieren. Die Auseinandersetzung mit sozialen oder ethnisch-kulturellen Ungleichheiten ist in Verbindung mit der Möglichkeit der Nutzung politisch-institutioneller Strukturen zu sehen. Im Projekt werden rassistische und

fremdenfeindliche Diskurse auf zwei Ebenen untersucht: im Kontext von Wechselwirkungen zwischen den politischen Einwanderungs- und Integrationsdiskursen auf der einen und anhand der Dispositionen und Aktionen der Migranten auf der anderen Seite.

«Rassismus und Politik in den neunziger Jahren»

*Urs Altermatt, Damir Skenderovic
(Universität Freiburg)*

Das Teilprojekt befasst sich mit den xenophoben und rassistischen Diskursen, die Teil der politischen Strategien rechtspopulistischer Parteien, rechtsextremer Gruppierungen und intellektueller Zirkel der Neuen Rechten sind. Die Analyse der ideologischen Muster, politischen Anliegen, diskursiven Praktiken und organisatorischen Strukturen der politischen Akteure stehen im Vordergrund. Auf diese Weise wird Entwicklung und Bedeutung der politischen Akteure im Bereich des Rassismus und der Xenophobie veranschaulicht. Im Rahmen des politischen Systems der Schweiz spielt vor allem auch der Gebrauch von direktdemokratischen Mitteln eine wichtige Rolle.

Einen Schwerpunkt des Forschungsprojektes bilden die Diskurse und Strategien der rechtspopulistischen Parteien. Ihre Einflussnahme auf gesellschaftliche und politische Diskussionen zielt oftmals in Richtung Ethnisierung sozialer Konflikte und sozioökonomischer Ungleichheiten. Im Prozess der Konstruktion von Ethnien, «Rassen» und «Fremden» werden kulturelle oder biologische Merkmale als abwertende Kriterien für die Bezeichnung einer

ganzen Gruppe verwendet. Sie werden als naturgegebene, unwandelbare Tatsache vorausgesetzt und sind negativ konnotiert. Damit wird die eigene Identitätsbildung gefördert und die eigene Gruppe positiv abgehoben.

«Racisme et xénophobie dans l'espace public et dans le cyberspace»

*William Ossipow, Matteo Gianni
(Université de Genève)*

Le but de cette recherche consiste à étudier la nature des messages racistes et xénophobes qui apparaissent dans l'espace public. Pour ce faire, nous nous pencherons sur deux lieux privilégiés de production de ces messages, notamment les médias écrits et Internet. Par rapport aux médias, nous focaliserons notre attention sur les éditoriaux et le courrier des lecteurs d'une dizaine de quotidiens suisses. Nous considérerons deux votations qui touchent directement à la problématique des Etrangers et du racisme, notamment les Mesures de contrainte et la Loi sur l'interdiction de la discrimination raciale. Nous suivrons aussi attentivement les développements de l'Affaire des Fonds juifs qui secoue actuellement la Suisse, surtout en ce qui concerne la production de discours antisémites. Concernant Internet, nous nous intéresserons à un certain nombre de sites racistes. Par le biais de ce corpus, nous constituerons une grammaire des messages racistes et xénophobes en Suisse. Par la suite, notre recherche touchera des aspects plus théoriques et normatifs concernant les implications des phénomènes racistes sur les institutions libérales-démocratiques. De plus, parce que le racisme peut être compris comme étant un type de discours moral, nous tenterons, sur la base de la théorie du développement moral de Kohlberg, d'étudier les conséquences éthiques et politiques des discours racistes et xénophobes.



«Religieuses Minderheiten in der Schweiz, Ansprüche auf kollektive Rechte und kollektive Aktion»

Joanna Pfaff-Czarnecka (Universität Zürich)

In der Schweiz, wie in den meisten europäischen Ländern, wächst die Zahl und die Grösse der nicht-christlichen religiösen Gemeinschaften. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend mit fremden Religionen und mit fremden Lebensformen konfrontiert. Zudem erreichen immer häufiger Vertreter von Minderheiten, die sich für die Anerkennung ihrer Anliegen einsetzen, die Schweizer Öffentlichkeit. Insbesondere mehren sich Stimmen, die religiöse Anliegen vorbringen: beispielsweise das Recht auf besondere Formen der Bestattung und der Bekleidung sowie das Recht, von spezifischen bürgerlichen Pflichten befreit zu werden, die mit religiös-kulturellen Normen kollidieren.

Die religiösen Minderheiten – v. a. die muslimischen, hinduistischen

und buddhistischen Gemeinschaften – stellen heute einen Teil der Schweizer Öffentlichkeit dar. Es ist interessant, ihre Aktionen vergleichend zu betrachten, sowohl um die spezifischen kollektiven Dynamiken zu erfassen, die sich innerhalb der höchst heterogenen Gruppierungen entfalten, als auch um zu erkennen, welche Anpassungsleistungen die jeweiligen Minderheiten zu erbringen bereit sind.

Die Schweizer Institutionen und die Bürger/innen geraten, andererseits, unter Druck, auf Anliegen zu reagieren, die neu für sie sind und die teilweise die geltenden Normen und Werte in Frage stellen. Als besonders beunruhigend wird der Umstand empfunden, dass individualistische Normen mit kollektiven Kategorien konfrontiert werden. Die aufbrechenden Wertekonflikte tragen deshalb auch zur Verstärkung fremdenfeindlicher Haltungen bei. Zugleich bieten sie einen Anlass, um die anerkannten Gerechtigkeitsvorstellungen und die geltenden Begründungen zu überdenken.

plainte pénale, la médiation pénale et communautaire, l'aide individuelle, les mesures préventives de type socio-éducatif et les actions d'information, on décrira et on comparera ces interventions, tant auprès d'auteurs que de victimes de la violence raciste.

Une recherche-action

L'équipe de recherche associe deux types d'acteurs, insérés d'une part dans le lieu d'action, l'Association romande contre le racisme (ACOR) et d'autre part dans le lieu de recherche et de formation, l'Institut d'Études sociales (IES). Cette équipe poursuivra les principes d'une recherche-action, avec un triple objectif: expérimentation d'actions novatrices, évaluation et production de connaissances.

La recherche-action permet notamment d'être en prise directe avec la réalité sociale observée. Elle constitue ainsi un enrichissement pour l'action qui se trouve secondée par des méthodes de recueil de données et d'investigation rigoureuses.

La recherche a commencé le 1^{er} mars 1997 et durera 28 mois.



Violence raciste en Suisse romande – Analyse des actes, des acteurs et de nouvelles formes d'intervention

L'étude que nous proposons porte sur les manifestations de violence raciste et les réponses pénales et préventives qui y sont apportées. Elle vise à mieux connaître les actes, les victimes et les auteurs, et à apprécier les possibilités et limites de diverses interventions novatrices. Elle se situe dans le domaine de la «violence au quotidien» du Programme national de Recherche 40.

La recherche en matière de racisme se trouve à un stade embryonnaire en Suisse. Les études existantes s'intéressent surtout à la violence physique et à la discrimination idéologique ou culturelle. Cette

recherche permettra de porter aussi une attention à la violence symbolique, aux discriminations institutionnelles ou socio-économiques et aux réponses privilégiant le rétablissement de la communication, l'instauration du dialogue et la réparation.

A travers un inventaire systématique des appels parvenant au «800 SOS-Racisme», la recherche se propose d'analyser les actes dénoncés, en distinguant les niveaux de discrimination et le type de violence exercée, et d'établir le profil des victimes et des auteurs. A partir d'une typologie des suites données aux appels, comprenant la

Concepts de base

Justice restauratrice et prévention

Les interventions développées par l'ACOR favorisent l'écoute, le rétablissement de la communication, le dialogue, la réparation et la réconciliation. En s'appuyant sur des incidents concrets de violence raciste subie ou exercée, l'ACOR met en place une dynamique d'action et des processus qui permettent de comprendre ces incidents et de leur donner une réponse.

La médiation

La médiation vise à restituer aux parties le pouvoir de gérer leur désaccord et à mettre l'accent sur la construction de nouvelles relations. Elle propose un mode de résolution du conflit qui est une

réponse possible à la lutte contre la violence au quotidien.

Les interventions socio-pédagogiques

Les interventions socio-pédagogiques relèvent de la prévention au sens large du terme, en agissant en particulier sur le racisme. Elles visent à faire disparaître des attitudes discriminatoires en cherchant à provoquer un conflit normatif ou un dilemme interne plutôt que de moraliser, culpabiliser et stigmatiser les auteurs.

Discrimination

La recherche analysera les actes selon le type de discriminations:

- ▶ idéologique (propagande p. ex.)
- ▶ politique et institutionnelle (politique migratoire «des 3 cercles» p. ex.)
- ▶ économique et sociale (emploi, logement p. ex.)
- ▶ culturelle (voisins, transports publics p. ex.)

Violence

Nous distinguerons deux types de violence, la violence physique et la violence symbolique. La violence

physique peut avoir des degrés différents et s'exercer contre des personnes ou des biens. La violence symbolique peut prendre la forme de menace, d'injure ou de pratiques discriminatoires, voire d'autres formes moins visibles.

Objectifs de recherche

- ▶ mettre à disposition des instruments d'action;
- ▶ ajuster l'action en fonction d'une observation scientifique;
- ▶ contribuer à la réflexion théorique sur le racisme et les stratégies à développer pour le combattre;
- ▶ contribuer au débat sur l'utilisation de la médiation dans le contexte suisse;
- ▶ élaborer des instruments d'information;
- ▶ utiliser les résultats dans l'enseignement.

IES/ACOR; 28, rue Prévost-Martin, 1211 Genève 4;
Tél. 022 322 14 14,
Fax 022 322 14 99, e-mail:
Monique.Eckmann@ies.unige.ch

MONIQUE ECKMANN, CLAUDIO BOLZMAN,
ANNE-C. SALBERG MENDOZA, KARL GRÜNBERG
.....

auch vernunftmässigen Einflussnahme abhängig. Die Auseinandersetzung mit den Tricks rassistischer Propaganda und Indoktrination dagegen macht resistenter gegenüber den Verführungskünsten fremdenfeindlicher Ideologieträger und Demagogen.

Das «Medienpaket Rassismus» richtet sich an die Sekundarstufe II (Mittel- und Berufsschulen) und besteht aus folgenden Teilen:

- ▶ Aegerter, Roland, Ivo Nezel (Hrsg.) 1996
Sachbuch Rassismus. Information über Erscheinungsformen der Ausgrenzung. Zürich: Pestalozzianum
- ▶ Aegerter, Roland (Hrsg.) 1997
Unterrichtsmaterialien und didaktische Hinweise. Lehrerordner. Zürich: Pestalozzianum
- ▶ Bütler, Heinz, Beat Kuert 1997
Colors of Schweiz. Videofilm (56 Minuten)

«Rassismus» wird im Lehrmittel als Etikette (Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit) gebraucht für unterschiedliche Formen der Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen, die wegen ihrer Andersartigkeit stigmatisiert, diskriminiert, verfolgt, vertrieben und getötet werden.

Die drei Teile des Medienpaketes ergänzen sich komplementär, sind aber auch einzeln einsetzbar. Während das Sachbuch vornehmlich Informationen und Argumente zur Verfügung stellt, spricht der Film überwiegend Gefühle und die Wahrnehmung an. Der Lehrerordner enthält Unterrichtsmaterialien (Folien, Texte, Übungen) und didaktische Hinweise, ohne die Lehrperson konzeptionell einzuengen. Ermöglicht wurde die Entwicklung des Medienpaketes durch die «Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus» in Zusammenarbeit mit dem «Pestalozzianum Zürich». Der Film konnte dank einem namhaften Beitrag des Bundes realisiert werden. Das gesamte Medienpaket ist ab Herbst 1997 erhältlich.

ROLAND AEGERTER
.....



Medienpaket Rassismus – ein neues Lehrmittel für die Sekundarstufe II

Wie kann durch pädagogische Mittel Rassismus bei Jugendlichen abgebaut oder gar verhindert werden? In der Fachliteratur finden sich zu dieser Frage zwar eine Menge von Anregungen, aber nur sehr wenig wissenschaftlich erprobte Handlungsempfehlungen. Mit gutem Willen allein ist es aber auch in der pädagogischen Arbeit nicht getan, entscheidend bleibt die Wirkung.

Ausgehend von einer dreisemestrigen Lehrveranstaltung an der Universität Zürich ist unter der

Leitung von Prof. Ivo Nezel ein neues Lehrmittel zum Thema Rassismus entstanden, in das Ergebnisse der pädagogischen Forschung eingeflossen sind. Besonders berücksichtigt wurden Erkenntnisse über den Wandel von Einstellungen und die Bedingungen der Wirksamkeit von Beeinflussungsvorgängen durch Manipulation und Indoktrination. Da Einstellungen sowohl einen kognitiven als auch einen emotionalen Anteil haben, ist ihr Wandel von einer gleichzeitig gefühlsmässigen als



Formen rassistischer Diskriminierung im Alltag

Die Lizentiatsarbeit am Lehrstuhl für Sozialarbeit der Universität Freiburg (Prof. Alberto Godenzi) befasst sich mit der Vielschichtigkeit rassistischer Diskriminierung und ihrer Kristallisierung im Alltag von Betroffenen. Im Zentrum des Forschungsinteresses steht die Frage, in welchen Dimensionen und Formen sich Rassismus manifestiert und wie er erlebt wird. Die qualitative Untersuchung unterschiedlicher Diskriminierungsformen soll Aufschluss geben über konstitutive Kriterien wie Inhalt, Festmacher, Übermittlungsmodus, Orte und Täter sowie Ursachen und Konsequenzen.

Das Spektrum an Diskriminierungsformen reicht von eher laten-

ten und subtilen bis hin zu manifesten, offenen Äusserungen und Handlungen. Die Forscherinnen gehen von der Annahme aus, dass Betroffene vorwiegend latente und subtile Diskriminierung erfahren, während die Antirassismus-Strafnorm (Art. 261^{bis} StGB) manifeste Formen zu erfassen sucht. Der Vergleich zwischen erlebtem und gesetzlich geahndetem Rassismus ermöglicht eine Diskussion um das Rassismusverständnis und die jeweils dahinterstehende Norm.

Monika Huggenberger, Evelyne Thönnissen, Champs-des-Fontaines 26, 1700 Freiburg;
Tel. 026 466 81 16,
e-mail: Thoennissen@hotmail.com



Migration und ihre Auswirkungen auf die Schweiz

Erklärungs- und Lösungsansätze aus interdisziplinärer Sicht – eine Weiterbildungsreihe der Universität Bern

Die zunehmende Interkulturalität stellt die Gesellschaft in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens vor neue Fragen. Der Umgang mit diesen Fragen ist allerdings weitherum von Vorurteilen und Stereotypen geprägt. Die weitverbreitete, ablehnende Haltung gegenüber allem Fremden, verbunden mit der Finanzverknappung im öffentlichen Bereich, verhindert zunehmend die Suche nach geeigneten Lösungen, um das Zusammenleben der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung möglichst chancengleich und konfliktarm zu gestalten.

Hier setzt die Weiterbildungsreihe an, welche von der Koordinations-

stelle für Weiterbildung der Universität Bern zusammen mit dem Seminar für öffentliches Recht, Universität Bern (Prof. Dr. Walter Kälin), dem Institut für Pädagogik, Universität Bern (Dr. Cristina Allemann-Ghionda) und dem Schweizerischen Tropeninstitut Basel (Dr. Thomas Junghanss) organisiert wird. Wegleitend für die Programmgestaltung war die Idee, eine Gesamtschau der Fragestellungen und Probleme, welche das Zusammenleben von Menschen verschiedener Muttersprachen und Staatsangehörigkeit aufwerfen, zu vermitteln. Die Weiterbildung ist so angelegt, dass sich die Teilnehmenden vorerst im Grundlagenmodul allgemeinen und grundsätzlichen Fragen zu stellen haben. Hier werden zum Beispiel Migrationstheorien vermittelt, welche

die komplexen Mechanismen, denen die weltweiten Wanderungsbewegungen unterliegen, zu erfassen und erklären versuchen; oder es werden die unterschiedlichen Wege erläutert, welche die einzelnen Länder in der Regelung ihrer Migrationspolitik gehen; oder verschiedene Konzepte zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung vorgestellt. Im weiteren werden die grundsätzlichen Fragestellungen und Forschungsergebnisse in den Bereichen Recht (Ausländer- und Asylrecht), Bildung (das schweizerische Bildungswesen und sein Umgang mit Migration und sprachlich-kultureller Vielfalt) und Gesundheit (Gesundheit und Krankheit im Kontext der Migration) umrissen. Ziel des Grundlagenmoduls ist damit, die Teilnehmenden mit den Sichtweisen anderer Berufsbereiche zu konfrontieren und ihnen durch diesen nicht immer ganz freiwilligen «Blick über den eigenen Zaun» eine vertiefte Einsicht in die vielseitige Problematik, die Migration mit sich bringt, zu vermitteln und dadurch ganzheitlichere Problemlösungsstrategien zu ermöglichen. Die drei folgenden Module «Migration und Recht», «Migration und Bildung» und «Migration und Gesundheit» bieten die Gelegenheit zur vertieften Auseinandersetzung in diesen Bereichen. Das Thema Rassismus – dies ist, wenn es um Fragen im Zusammenhang mit Migration geht, unabdingbar – wird dabei verschiedentlich aufgegriffen.

Das Programm stellt die Interdisziplinarität in den Mittelpunkt und verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit den Erfahrungen und dem Expertenwissen aus der Praxis. Die Beiträge der Vertreter und Vertreterinnen von verschiedenen mit Migrationsfragen betrauten Bundesämtern wie auch weiterer Institutionen (z.B. der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz oder etwa der Verbindung der Schweizer Ärzte und Ärztinnen, FMH) bieten die Gelegenheit, die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis

anhand konkreter Handlungsvorschläge zu diskutieren. Die Weiterbildung will damit ganz konkret auch zur laufenden Diskussion über die Neuorientierung der bestehenden Migrationspolitik beitragen.

Daten: Modul 1 (Grundlagen): 6.–8. November 1997; Modul 2 (Migration und Recht): 26.–28. Februar 1998; Modul 3 (Migration

und Bildung): 26.–28. März 1998; Modul 4 (Migration und Gesundheit): 23.–25. April 1998.

Kosten: Fr. 650.– pro Modul.

Ausführliches Programmheft und Anmeldeunterlagen:

Uni Bern, Koordinationsstelle für Weiterbildung, Falkenplatz 16, 3012 Bern; 031 631 33 59; Fax 031 631 33 60.



Seminar für Intra- und Interkulturelle Studien (SIIS)

Der berufsbegleitende, zweijährige Studiengang behandelt die gesellschaftlichen, politischen und staatsrechtlichen Dimensionen rassistischer und ethnischer Beziehungsfelder.

Zwei Semester lang werden mittels eines transdisziplinären Ansatzes die Gesellschaftsstruktur, das sozialhistorische Umfeld der «Rassen»-Idee und Ausgrenzungsstrategien- und -mechanismen und Handlungen untersucht. Im dritten und vierten Semester werden Menschenrechte und Menschenwürde anhand praktischer Beispiele thematisiert.

Ziel des Programms ist es, Sensibilität für die Anforderungen der intra- und interkulturellen Auseinandersetzung zu fördern; sich rassistisch, ethnozentrisch und antisemitisch motivierter Inhalte, die gesellschaftlich und professionell

diskriminierend sind, bewusst werden; Richtlinien zu erarbeiten, die Rassismus, Ethnozentismus und Antisemitismus als Kategorien erfassen und erkennen lassen. Das Programm richtet sich an Ausbilder/innen im Sozial- und Polizeiwesen und in der Pädagogik; Lehrer/innen, Journalisten/Journalistinnen, Juristen/Juristinnen; Personen, die in den Bereichen der Asylkoordination, Hilfswerke und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind.

Das SIIS beginnt am 28. Oktober 1997 und endet am 22. Juni 1999. Es findet jeweils dienstags abends von 19–21 Uhr statt. Der Gesamtstudiengang kostet Fr. 5500.– inklusive Kursunterlagen.

Auskunft, Anmeldung und Ort: AW: Race&Gender, Sonneggstrasse 26, 8006 Zürich;

Tel. 01 262 16 26, Fax 01 262 16 27

die junge schwangere Frau, die sich illegal in Österreich aufhält, eine Aufenthaltsbewilligung erhalten kann. Ein katholischer Würdenträger empfiehlt den beiden zu heiraten. Eine Journalistin ist ganz gierig auf diesen «Coups» und schwirrt nervös, unentwegt Fotos knipsend, herum. Die Gäste im kleinen Café nehmen Anteil und diskutieren an- und schliesslich auch aufgeregt. Smitha möchte ihre Meinung kundtun, fühlt sich aber wegen des katholischen Würdenträgers nicht frei zu sprechen.

Noch Stunden nach diesem kurzen Zwischenfall beschäftigt Smitha die Geschichte dieses Paares. Sie ist vor allem aufgebracht, weil die Journalistin sich nicht wirklich für das Schicksal der Leute interessierte, sondern nur Bilder wollte. Smitha weiss jedoch nicht, dass die Szene nur gestellt war. Erst am Abend, als sie im Theater der Gruppe von Menschen (Paar, Journalistin, Würdenträger) wieder begegnet – in einer Theaterszene –, ist sie erleichtert, dass die Szene am Nachmittag nur gestellt war. Eines der vielen versteckten Theaterstücke der Gruppe «M.U.T.H.» aus Basel, mit welchen sie versuchten die Gemüter von Besucherinnen und Besuchern der Versammlung in Graz zu bewegen. Dank der finanziellen Unterstützung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes konnten neben «M.U.T.H.» auch noch andere Gruppen aus der Schweiz zum Thema Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und interkulturelle Begegnung Initiativen im «Haus der Gastfreundschaft» darbieten. Jenische der «Radgenossenschaft der Landstrasse» haben in einer Ausstellung und mit dem Film «Kinder der Landstrasse» ihr Leben dargestellt; Workshops von «NCBI» (National Coalition Building Institute) aus Thalwil und der «Association Romande Contre le Racisme» aus Lausanne fanden grossen Anklang. Wichtig ist, dass diese Arbeit nun auch in der Schweiz dank der neuen Beziehungen weitergeführt wird.

MURIEL BECK KADIMA, KOORDINATORIN DES
«HAUSES DER GASTFREUNDSCHAFT»



Rassismus und Versöhnung? Zweite europäische ökumenische Versammlung zum Thema Versöhnung

(Graz, Juni 1997)

Ein Stimmungsbild: Smitha und Josile aus England, Jugendliche karibischen bzw. asiatischen Ursprungs helfen als Stewards in der Cafeteria des «Hauses der Gast-

freundschaft» mit. Ein Paar kommt herein – ein älterer Herr und seine sehr junge, offensichtlich ausländische Freundin – und bitten um Unterschriften für eine Petition, damit



Nachrichten aus dem Exil

MARIELLA MEHR

Mariella Mehr hat viele Streitschriften verfasst und in vielen Romanen die schmerzhafteste Vergangenheit der Jenischen beschworen. Die folgenden Gedichte behandeln diese Themen indirekt, bildhaft, jenisch: es sei typisch für die Zigeuner, ein ganz bestimmtes Lebensgefühl nicht als solches auszudrücken, sondern mit einer Geschichte darzustellen. Mariella Mehr wird noch dieses Jahr endgültig auswandern – ins Exil geben, wie sie sagt.

Nachrichten aus dem Exil

Gras streift das faulende
Blut des Fasans.
Eine Ladung Schrot hat die Stirn beleidigt,
das Herz versengt und
seinen Lebensnerv
an den Tod verhökert.

Ein ganzes Jahrzehnt seiner Vögel beraubt.
Was tun ohne sie, wir unbeflügelten Toren,
die wir noch immer das Blut
des Bruders vergiessen
und einer des andern Leib in
rote Fetzen hüllt?

Ein bescheidener Blick
voll lärmendem Zauber, furchtbarer als
jeder Zorn
trifft den, der tötet, sein Auge,
das von Unrat und Dunkel verstopfte.

Es weint, was sich wandelt, und was
sich beendet, gesäubert vom Wort,
wird zum Weg in die
Stern-(oder Mönchinnen-?)Klause,
die am Fuss der Geschichte entstand.



Halbgesichtig, unverhüllt,
das Mönchinnenfleisch
auf der Flucht vor
den Zwitterhänden.

Das andre, das Mondgestein
oder Feldlilienblut
durchtobt meinen Schädel
auf der Suche nach einer Spur

Stundenglück
oder zimtfingrig
– wenn überhaupt –
klaubt sich das Wort
aus pechschwarzen Traumpielen.

Bin ich lichtfüßig gegangen.
Bin ich schlafdurchdrungen
nur einen Sternwurf weit
lichtfüßig gegangen
bin ich vor deiner Tür
zu Asche geworden.
Ach.



Dir blüht noch Laub ums Herz,
und eine frische Prise Salz
haftet dir im Blick.

Von mir will keiner wissen,
wess' Gewürz ich bin
und welcher Liebe Dauer.

Oft singt mir der Wolf im Blut,
dann wird mir warm
in einer fremden Sprache.

Licht, sag ich dann, Wolfslicht,
sag ich, und dass mir keiner komme,
das Haar zu schneiden.

In fremden Krümen keime ich
und bin mir Wort genug.
Vergänglich, sag ich mir,
denn bald hört jedes Keimen auf,
und einer jeden Stunde Rest läuft ab.

Die Gedichte werden 1998 in deutsch und romanès in einem Gedicht-band (Drava Verlag, Klagenfurt) publiziert werden.



-
- 3.9.1997–31.1.1998 **Nirgendwo zu Hause – zum Leben philippinischer Migrantinnen und Migranten. Eine Ausstellung** Gruppe Schweiz–Philippinen, Bäckerstrasse 25, 8004 Zürich, Telefon/Fax 01 241 92 15
Zürich: 3.9.–20.9.97, Winterthur: 1.11.–28.11.97, Basel: 2.12.97–31.1.98
-
- 7.9.–11.9.1997 **The Other as Mystery and Challenge – The Significance of the Jewish People for the Christian Church and of the Christian Church for the Jewish People** International Council of Christians and Jews, PO Box 1129, D-64646 Heppenheim, phone +49-6252-5041, fax +49-6252-68331
Roma (I)
Internationale Konferenz und Jahrestreffen. Themen: Herausforderung an traditionelle Glaubensrichtungen: Rassismus und Nationalismus, Flüchtlinge und Asylsuchende in unserer Mitte
-
- 8.9.1997–28.1.1998 **Migrantinnen und Migranten fallen nicht vom Himmel. Fortbildung für Lehrer/innen.**
Wer hat heute keine fremdsprachigen Kinder in seiner Klasse? Im Kurs soll die Wahrnehmung gegenüber den Migrantinnen und Migranten gefördert werden. Zudem sollen Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten besprochen werden, fremdsprachige Kinder in den Schulalltag zu integrieren.
 ZÜRICH: 8.9., 22.9. und 20.10.1997, jeweils 17–19 Uhr. *Anmeldung: Amt für Berufsbildung, Lehrerfortbildung, 8090 Zürich*
 LUZERN: 15.10., 22.10. und 29.10.1997, jeweils 14–17 Uhr. *Anmeldung: Lehrer/innenfortbildung, Sentimatt 1, 6003 Luzern*
 BASEL: 15.11.1997, 14–18 Uhr; 16.11.1997, 9–12.30 Uhr. *Anmeldung: ULEF, Claragraben 121, 4005 Basel*
 AARAU: 14.1., 21.1. und 28.1.1998, jeweils 14–17 Uhr. *Anmeldung: ED, Sektion Fortbildung, Rain 24, 5001 Aarau*
-
- 12.9.–14.09.1997 **One World ... Many Worlds: Globalisation, Exodus and Multitudes** Collettivo Infodiret(t)e, ECN-Padova, e-mail hobo@ecn.org, <http://www.ecn.org/pad/>
Venezia (I)
Internationales Treffen. Themen: Bildung eines neuen öffentlichen Subjektes und eines neuen öffentlichen Raumes gegen Nationalstaat und Nationalismus; Aufhebung aller Grenzen, Bildung eines solidarischen Gemeinschaftsnetzwerkes
-
- 26.9.1997 **All Countries, All Colours Internationaler Fotowettbewerb im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Rassismus** Comité de Liaison et d'Action des Etrangers, CLAE, 26, rue de Gasperich, L-1617 Luxembourg, phone +352-298686, fax +352-298601
-
- 27.9.1997 **Carnival of Cultures** Integrationsforum, Frau Ruch, Bacherplatz 10/6, A-1050 Wien, phone +43-222-5484800/16, fax 5484800/9
Wien (A)
Themen: kulturelle Darbietungen von Menschen jeden Alters und jeglicher Nationalität und Kultur, Manifestationen, Theater, Musik, Demonstrationen, Workshops ...
-
- 27.9.–28.9.1997 **Retraite Asylkoordination Schweiz – Coordination Asile Suisse** Asylkoordination Schweiz, Postfach 5215, 3001 Bern. Tel. 031 312 40 38, e-mail: asylschweiz@access.ch
Lausanne
Themen: Revision Asylgesetz, Immigration und Integration, Frauen im Asylverfahren, Ziviler Widerstand
-
- 5.10.–10.10.1997 **4th International Youth Conference Against Racism** Bnai Brith Youth Organisation, Fasanenstrasse 79, D-10623 Berlin, phone +49-30-2829869, fax +49-30-2829869
Berlin (D)
Internationale Konferenz für Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren. Themen: Rassismus und Psychologie, «Anti-Ziganismus», Rassismus und Sprache, Rassismus im Internet, die «Nicht-Existenz» menschlicher Rassen, Workshops zu: Tanz, Philosophie, Schauspielerei, Perkussion, kreatives Schreiben ...
-



18.10.–23.10.1997	Living Together – Joining Hands With Gypsy Communities Striving for Cultural Diversity in Europe <i>Cluj (RO)</i>	Youth Action for Peace/MCP, 3 avenue du Parc Royal, B-1020 Bruxelles, phone +32-2-4789410, fax +32-2-4789432, e-mail is@yap.knooppunt.be
<i>Internationales Treffen der Jugendleiter. Themen: Kontakte zwischen Zigeunergemeinschaften in Europa, Situation der Zigeuner in ihren Gesellschaften, Besuche bei und Diskussionen mit jungen Zigeunern in Rumänien, konkrete Aktionen für die Zusammenarbeit</i>		
23.–24.10.1997	L'école au cœur des intercultures	Service de la Formation continue, Université de Fribourg, Ch. du Musée 8, 1700 Fribourg, Tél. 026-300 73 47, Fax 026-300 97 28
<i>En combinant des apports théoriques et des ateliers, nous étudierons les différents problèmes que la coexistence interculturelle pose à l'ensemble du système scolaire. Nous analyserons aussi certaines expériences menées à l'étranger et dans diverses régions de Suisse, visant à intégrer l'interculturalité dans une dynamique pédagogique et sociale à l'intérieur de l'institution scolaire. Direction: Prof. Jean Retschitzki</i>		
NOVEMBER 1997	Symposium über Antisemitismus in Europa <i>Bonn (D)</i>	Ministerialdirektor Rupprecht, Bundesministerium des Innern, Graurheindorfer Strasse 198, D-53117 Bonn, phone +49-228-6814411/1719, fax +49-228-6814647
<i>Organisiert von der Catholic Federal Study Group on Adult Education</i>		
NOVEMBER 1997	Anti-Racist and Anti-Fascist Film Festival <i>Newcastle (GB)</i>	Tyne & Wear Anti-Fascist Association, TWAFa, c/o 4 The Cloth Market, GB- Newcastle NE1 1EA, phone +44-191-2221660, fax +44-191-2210259
NOVEMBER 1997	Design a Poster Against Racism <i>Roma (I)</i>	ACSR – Las Segovias, José Vázquez, c/Cedaceros, 9–3º izda, E-28014 Madrid, phone +34-91-7255102, fax +34-91-7255277
<i>Präsentation der Resultate des internationalen Wettbewerbs</i>		
2.11.–11.11.1997	Training Course for Youth Leaders From Gypsy Communities <i>Budapest (H)</i>	European Youth Centre Budapest, EYCB, Zivatar utca 1–3, H-1024 Budapest, phone +36-1-2124078, fax +36-1-2124076
<i>Organisiert durch: Council of Europe Youth Directorate</i>		
4.11.–6.11.1997	Europäische Tage der Menschenrechte. Internationale Mobilisierungskampagne	Union Nationale des Associations Universitaires de Défense des Droits de l'Homme, 203 rue d'Alésia, F-75014 Paris, phone +33-145430525, fax +33-145430162, e-mail eiguer@unanuddh.francenet.fr, http://www.wplace/publique.fr
6.11.–9.11.1997	First European Congress of the Gypsy Youth <i>Barcelona (E)</i>	Union Romani, Apartado 202, E-08080 Barcelona, phone +34-3-4127745, fax +34-3-4127040, e-mail nionromanigipsy@bcn.servicom.es, http://www.qsystems.es/gipsy
<i>Internationale Konferenz. Themen: Bildung, Sozialpolitik, Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten, Partizipation der Jugend, Verbandswesen, Frauen, Kultur</i>		
6.11.–7.11.1997	Les cadres légaux d'une société multiculturelle	Service de Formation continue, Université de Fribourg, Ch. du Musée 8, 1700 Fribourg, Tél. 026-300 73 47, Fax 026-300 97 28
<i>Lors de ce séminaire, nous chercherons précisément à comprendre comment les cadres légaux s'adaptent ou résistent à la pluriculturalité, en abordant, entre autres, les questions suivantes: Faudrait-il donner de l'espace aux droits culturels, mais avec quelles conséquences en ce qui concerne l'égalité des citoyens face à la loi? Quelles seraient les conséquences d'une «pluralisation» du droit qui octroierait plus d'espaces aux «droits culturels» qu'aux «droits individuels»? Direction: Prof. Christian Giordano</i>		
6.11.–27.11.1997	Auf dem Prüfstand – Diskussionsreihe. <i>Basel</i>	Höhere Fachschule im Sozialbereich Basel, Thiersteiner Allee 57, 4053 Basel
<i>Geschichte der Migration und die schweizerische Migrationspolitik (6.9.1997). Kultur(en)stadt Basel 2002 – die Sicht der Migrantinnen und Migranten (13.9.1997). Multikulturelle Sozialarbeit (20.11.1997). Migrationspolitik auf dem Prüfstand (27.11.1997). Jeweils 20.00–22.00 Uhr.</i>		
8.11.–9.11.1997	Legal Conditions for the Fight Against Racism, Xenophobia and Anti-Semitism in Europe <i>Strasbourg (F)</i>	European Association of Lawyers for Democracy and World Human Rights, Roßstrasse 7, D-40476 Düsseldorf, phone +49-211-444001, fax +49-211-444027, e-mail ejdm.thomasschmidt@t-online.de
<i>Europäisches Kolloquium. Themen: rechtliche Fragen, Strafgesetz und Zivilgesetz gegen Rassismus, Anti-Diskriminierungsgesetze, Integrationsprogramme</i>		

9.11.1997	Kristallnacht – Internationaler Tag gegen Faschismus und Antisemitismus	
17.11.–18.11.1997	Hearing on Possibilities for a EU Network/Secretariat Against Racism <i>Bruxelles (B)</i> <i>Treffen der EU-Kommission mit 100–150 NGOs</i>	Annette E. Bosscher, Commission of EU DG V, 37 rue Joseph II, B-1000 Bruxelles, phone +32-2-2330611, fax +32-2-2330704
29.11.–30.11.1997	State of Affairs of Racism and Discrimination <i>Bruxelles (B)</i> <i>Abschlussveranstaltungen des Europäischen Jahres gegen Rassismus. Themen: Diskrimination in verschiedenen sozialen Sektoren, Strategieentwicklung zur Bekämpfung inakzeptabler Formen von Ungleichheit</i>	Johan Leman, Centre pour l'Egalité des Chance et pour la Lutte Contre le Racisme, Rue de la Loi 155, B-1040 Bruxelles, phone +32-2-2951052, fax +32-2-2951899
2.12.1997	Internationaler Tag für die Abschaffung der Sklaverei	
10.12.1997	Internationaler Tag der Menschenrechte	
11.12.–13.12.1997	The Roma Migration Systems and European Political Strategies (Euroconference Nr. 20) <i>Milano (I)</i>	European Migration Center, Schliemannstr. 23, 20437 Berlin, Tél. +49 30 44 65 10 65, Fax: +49 30 444 10 85, e-mail: emz@compuserve.com
18.12.–19.12.97	Abschlusskonferenz des Europäischen Jahres gegen Rassismus <i>Luxembourg (L)</i>	Annette E. Bosscher, Commission of EU DG V, 37 rue Joseph II, B-1000 Bruxelles, phone +32-2-2951052, fax +32-2-2951899
27.1.1998	Jahrestag der Befreiung von Auschwitz	
6.2.1998	La Suisse: une société multiculturelle? <i>Fribourg</i> <i>Prof. H.-R. Wicker, Dr. P. Meyer-Bischof, Prof. T. Fleiner. Horaire: 9–17 heures</i>	Service de la Formation continue, Université de Fribourg, Ch. du Musée 8, 1700 Fribourg
21.3.1998	Internationaler Tag gegen Rassismus	
14.3.–22.3.1998	Europäische Aktionswoche gegen Rassismus	Aktionen koordiniert durch: UNITED, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam, Tél. +31 20 6834582, e-mail: united@antenna.nl
1998	50ter Jahrestag der Universellen Erklärung der Menschenrechte	United Nations Centre for Human Rights, Helga Klein, Palais des Nations, CH-1211 Genève 10, phone +41-22-9173955, fax +41-22-9170099, e-mail ngls@unctad.org
Vor 2001	UN-World Conference on Racism	United Nations Centre for Human Rights, Palais des Nations, CH-1211 Genève 10, phone +41-22-9173955, fax +41-22-9170099, http://www.hchr.ch

Wir publizieren gerne alle Veranstaltungen, die mit Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun haben. Bitte melden Sie uns Datum, Ort, Titel und Veranstalter und eine Kontaktadresse jeweils bis Ende Februar bzw. bis Ende Juli.

Nous annonçons volontiers toutes les manifestations ayant pour sujet le racisme, l'antisémitisme ou la xénophobie. Nous vous prions de nous communiquer date, lieu, titre et organisateur de la manifestation, ainsi qu'une adresse de contact avant fin février ou fin juillet.

Pubblichiamo volentieri tutte le manifestazioni concernenti razzismo, antisemitismo e xenofobia. Vi saremmo grati di volerci indicare data, titolo, luogo, organizzatore e un indirizzo entro la fine di febbraio rispettivamente la fine di luglio.



ML



**In der nächsten Nummer
Dans le prochain numéro
Nel prossimo numero**

TANGRAM Nummer 1 war der Antirassismus-Strafnorm (Art. 261^{bis} StGB) gewidmet. Die Nummer ist leider vergriffen, kann aber als Fotokopie bezogen werden.

TANGRAM Nummer 2 trägt den Titel «Medien und Rassismus».

TANGRAM Nummer 4 erscheint im März 1998. Es wird sich mit der Möglichkeit befassen, im Rahmen einer Sozialberichterstattung eine systematische Dauerbeobachtung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierungen sowie Integrationsprozessen zu gewährleisten.

Für die künftigen TANGRAM-Nummern haben wir folgende Themen vorgesehen:

- ▶ Rassismus und Jugendliteratur
- ▶ Neorassismus und Kulturalismus
- ▶ Esoterische Kulte mit rassistischen Tendenzen

Le premier numéro de TANGRAM était consacré à la disposition pénale réprimant la discrimination raciale (art. 261^{bis} CP). Ce numéro est malheureusement épuisé, mais peut être obtenu sous forme de photocopie.

TANGRAM N° 2 porte le titre «Médias et racisme». Il est encore disponible.

TANGRAM N° 4 paraîtra en mars 1998 et traitera des possibilités d'observation permanente des manifestations de racisme, de xénophobie, de discrimination et de tout ce qui a trait aux processus d'intégration.

Voici quelques thèmes possibles pour les prochains TANGRAM:

- ▶ Racisme et littérature pour la jeunesse
- ▶ Néoracisme et culturalisme
- ▶ Cultes ésotériques à tendances racistes

Il primo numero di TANGRAM, dedicato alla disposizione penale sull'antirazzismo (art. 261^{bis} CP), è purtroppo esaurito, ma se ne possono ottenere delle fotocopie.

Il secondo numero di TANGRAM è intitolato «Mass media e razzismo».

Il quarto numero di TANGRAM uscirà a marzo 1998 e sarà incentrato sulla possibilità di introdurre nel rapporto sulle condizioni sociali in Svizzera un rilevamento sistematico e continuo sia dei fenomeni razzismo, xenofobia e discriminazione che dei processi d'integrazione.

Nei prossimi numeri di TANGRAM sono previsti:

- ▶ Il razzismo e la letteratura per i giovani
- ▶ Il neorazzismo ed il culturalismo
- ▶ I culti esoterici di tendenza razzista

Beiträge, besonders auf Französisch und Italienisch, sind willkommen.

Des contributions, spécialement en français et en italien, seront les bienvenues.

Siamo grati a chi voglia contribuire, particolarmente con testi in italiano ed in francese.



Impressum

TANGRAM – BULLETIN DER EIDGENÖSSISCHEN KOMMISSION GEGEN RASSISMUS
TANGRAM – BULLETIN DE LA COMMISSION FÉDÉRALE CONTRE LE RACISME
TANGRAM – BOLLETTINO DELLA COMMISSIONE FEDERALE CONTRO IL RAZZISMO
TANGRAM – BULLETIN DA LA CUMISSIUN FEDERALA CUNTER IL RAZZISSEM

Nr. 3, September/septembre/settembre 1997

Herausgeberin/Editeur/Editore: Eidgenössische Kommission gegen Rassismus/Commission fédérale contre le racisme/
Commissione federale contro il razzismo

Redaktion/Rédaction/Redazione: Sekretariat der EKR, GS-EDI, 3003 Bern; Tel.: 031 324 13 31;
Fax: 031 322 44 37; e-mail: michele.galizia@gs-edi.admin.ch

Verantwortlich: Michele Galizia

Redaktionskomitee dieser Nummer/Comité de rédaction de ce numéro/Comitato di redazione per questo numero:
Muriel Beck Kadima, May Bittel, Michele Galizia, Alex Pedrazzini

Holzschnitte/gravures en bois/silografie: Max Läubli, 6702 Claro

Erscheint zweimal jährlich/Paraît deux fois par année/Pubblicazione semestrale

© EKR/CFR

Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe erwünscht; Belegexemplar an die EKR
Reproduction autorisée avec mention de la source; copie à la CFR
Riproduzione autorizzata con menzione della fonte; copia alla CFR.

Vertrieb/Diffusion/Diffusione, Abonnement/Abonnements/Abbonamenti: EDMZ, 3000 Bern
(Art. Nr. 301.300.3/97)

Preis/Prix/Prezzo: Gratis/Gratuit/Gratuito

Gestaltung: Eleganti & Keller, Typo·Graphic·Design, Luzern

Korrektorat: Textkorrektur Terminus, Luzern

Die in den Beiträgen vertretene Meinung muss nicht jener der Kommission entsprechen
L'opinion émise dans les textes ne reflète pas forcément celle de la CFR
L'opinione espressa negli articoli non riflette necessariamente quella della CFR

Zigeuner/Tsiganes/Zingari



DORIS ANGST YILMAZ

Médiateur avec l'aide de Dieu

DORIS ANGST YILMAZ

Im Einsatz für die Bürgerrechte



CHRISTINE HOFMANN

Die Bundesverwaltung und die Fahrenden

MAÏTÉ MICHON

Minorité: un concept commode, mais ambigu



ALEX PEDRAZZINI

Esperienze ticinesi di convivenza



SERGIUS GOLOWIN

Vom «Anti-Nomadismus» zur lebendigen Zusammenarbeit

MARIA ROSELLI

Porträt einer Jenischen



ANNEMARIE SANCAR-FLÜCKIGER

Ein definitiver Standplatz für die Berner Fahrenden

JEAN-PIERRE LIÉGEOIS

Les organisations internationales et les Tsiganes



CLAUDE CAHN

Zur Situation der Roma in Zentraleuropa

STÉPHANE LAEDERICH

Die Musik der Roma